



Tätigkeitsbericht:
**Auswahl an Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Jüdischen
Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**
2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Ergebnisse im Überblick	6
2. Aufgaben des JFDA	7
3. Veranstaltungen und Kooperationen	8
Quo vadis, Europa? – Fachgespräch zu islamistischem Terrorismus	8
Podiumsdiskussion „Es kommt darauf an, zu widersprechen – Antisemitismus in Deutschland“	8
Kundgebung “Gegen den antisemitischen Quds-Marsch in Berlin!”	10
Fachgespräch “Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Was können, müssen wir tun?”	12
Podiumsdiskussion „Ich bin kein Rassist, aber...“ – Ideologien und Selbstbild der Neuen Rechten	13
Mahnwache für Menschenrechte – gegen religiösen Fanatismus	14
Podiumsdiskussion „Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben“ – Querfront als Strategie der Neuen Rechten?	15
Podiumsdiskussion „Welcome, or not Welcome?“	16
Podiumsdiskussion Das „deutsche Volk“ als Opfer – Verschwörungsideologie und Selbstviktimisierung	17
Podiumsdiskussion “Reif für die Anstalt? – Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens”	18
4. Projekte	20
„Rassismus in der Mitte treffen“	20
Lernwerkstatt am Willi-Graf-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde	20
Gallery Walk am Willi-Graf-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde	22
Podiumsdiskussion „Ich bin kein Rassist, aber...’ Ideologien und Selbstbild der Neuen Rechten“	22
Lernwerkstatt an der Gail S. Halvorsen Sekundarschule in Berlin-Dahlem	27
Interaktiver Workshop mit Plakaten an der Gail S. Halvorsen Sekundarschule	28
Lernwerkstatt an der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit	28
Plakatausstellung an der Heinrich-von-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit	29
Podiumsdiskussion “Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben” Querfront als Strategie der neuen Rechten	30
Podiumsdiskussion „Welcome, or not Welcome?“ – Die Instrumentalisierung des Flüchtlingsdiskurses in rechtspopulistischen Bewegungen und ihre Auswirkungen	31
„Vorsicht Verschwörung!“	33
Workshop an der Marcel-Breuer-Schule in Berlin-Weißensee (7. November)	34
Workshop am Max-Planck-Gymnasium in Berlin-Mitte	37
Podiumsdiskussion „Das ‚deutsche Volk‘ als Opfer – Verschwörungsideologie und Selbstviktimisierung“	40

Podiumsdiskussion „Reif für die Anstalt? – Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens“	40
Workshop am Barnim-Gymnasium in Berlin-Hohenschönhausen	42
„Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“	45
Lernwerkstatt an der Lina-Morgenstern-Gemeinschaftsschule in Berlin-Kreuzberg	45
Lernwerkstatt in der Voltaire Schule Potsdam	47
Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion am Oberstufenzentrum in Strausberg	49
Ausstellungseröffnung und Diskussionsrunde an der Lina-Morgenstern-Gemeinschaftsschule in Berlin-Kreuzberg	51
Antisemitismus erklärt: Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel	53
Lernwerkstatt in der Integrierten Gesamtschule Halle	53
Rassismus und Antisemitismus erklärt: Interview mit Dr. habil. Klaus Holz	56
Kirchlicher Antijudaismus erklärt: Interview mit Pfarrer Johannes Hildebrandt	58
Ausstellung und Diskussionsrunde in der Integrierten Gesamtschule Halle	58
Lernwerkstatt an der Carl-Legien-Schule in Berlin-Neukölln	61
Plakatpräsentation im Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum in Oranienburg	63
Lernwerkstatt in der Theodor-Heuss-Schule in Berlin-Moabit	64
Lernwerkstatt am Paulus-Praetorius-Gymnasium in Bernau	66
Die Wurzel christlicher Judenfeindschaft: Interview mit Dr. Christian Staffa	67
Plakatpräsentation an der Carl-Legien-Schule in Berlin-Neukölln	67
Workshop am Eckener-Gymnasium in Berlin-Mariendorf	68
Workshop an der Ernst-Litfaß-Schule (OSZ) in Berlin-Reinickendorf	70
Lernwerkstatt an der Nelson-Mandela-Schule in Berlin-Wilmersdorf	71
Plakatpräsentation in der Voltaire Schule Potsdam	72
Plakatpräsentation am Paulus-Praetorius-Gymnasium in Bernau	74
II. Bunte Welt Galerie in der Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit	75
Plakatpräsentation im Eckener-Gymnasium in Berlin-Mariendorf	76
Plakatpräsentation in der Berliner Nelson-Mandela-Schule in Berlin-Wilmersdorf	77
Plakatpräsentation in der Ernst-Litfaß-Schule (OSZ) in Berlin-Reinickendorf	78
5. Pressemitteilungen	80
Facebook löscht Video-Dokumentation über “Wir für Deutschland”-Demonstration	80
Facebook widerruft Löschung der Video-Dokumentation des JFDA von rechter Demo	81
Zum Tod des 9. israelischen Präsidenten Shimon Peres	81
6. Berichte, Kommentare, Essays	83
Ein Jahr danach: Wir sind alle Charlie Hebdo	83
Hitlers Erbe: „Mein Kampf“ wird nicht gemeinfrei	84
Englische Übersetzung der Studie zum antisemitischen Djihaad	85
Fachgespräch über islamistischen Terrorismus	85
Antisemitische Parolen und „Hitlergruß“ vor „Movimiento“-Kino	89

Angriff auf Journalisten und antisemitisches Vokabular bei rechtem Aufmarsch in Berlin	90
AfD-Politiker beteiligen sich an Hass-Kampagne gegen Journalisten	92
Staatsschutz schreitet gegen „Hass-Posts“ im Internet ein	94
„Hier fliegen gleich die Löcher aus dem Käse...“	94
Angezettelt – eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum	97
Mit Musik Grenzen überwinden	98
Antisemitischer Angriff auf der revolutionären 1. Mai Demo in Berlin	100
Rechtsextreme marschieren in Berlin	100
AfD macht antimuslimische Ressentiments zum Programm – Ein Beitrag zur Einordnung der Debatte	102
Kaffeekränzchen mit Pegida	105
Abwärtstrend: AfD-Kundgebungen im Brandenburgischen kommen die Teilnehmer abhanden	106
Gauland und Höcke in Elsterwerda gegen „Kanzler-Diktatur“	108
Judenhass als Quellentext	109
Anti-Bilderberg-Protest: Eine antisemitische und rassistische Querfront gegen die „Elite“	111
Aufmarsch der völkisch-nationalistischen "Identitären Bewegung" (IB) in Berlin	115
Wir hätten es besser wissen können...	116
Auftaktkundgebung des Al Qudstag-Marsches	123
Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Eine Einführung	128
Islamistischer Terror in Würzburg?	130
Von den Juden und ihren Lügen	132
Hitlergruß und Volksverhetzung bei rechtem Aufmarsch in Berlin	133
Djihadterrorismus als globale Bedrohung der Sicherheit	136
Rechts gegen Rechts – Eine Paaranalyse	143
Weltsozialforum 2016 provoziert mit antisemitischer Karikatur	144
Wer sind WIR eigentlich – und wer ist DAS VOLK?	145
Der Judenstern zuerst – danach der Holocaust	146
„Aufstehen gegen Rassismus“-Demonstration	148
Israelfeindliche Hetze auf Schüler_innen Demonstration	148
KenFM-Veranstaltung vor dem Kanzleramt – Ein verschwörungsideologischer Selbstbedienungsladen	150
Mit Antiamerikanismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologie für den Frieden?	151
„Intifada bis zum Sozialismus“, „Lager in Palästina“ – Was ist daran antisemitisch?	152
Gasthof lehnt Israelische Gäste ab	157
Reichsbürger, Neonazis und AfD’ler demonstrieren gemeinsam in Berlin	158
Rechte Allianz demonstriert nach Anschlag in Berlin	160
Einigkeit und Recht und „Volksgemeinschaft“ – Überlegungen zur konformistischen Revolte in Deutschland	162
Verschwörungsideologie, Selbstviktimisierung und Gewalt in Zeiten der sogenannten “Flüchtlingskrise”	165

Vorwort

Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA e.V.

Verehrte Leserinnen und Leser,

Liebe Freundinnen und Freunde,

Im vergangenen Jahr hat sich das JFDA im Rahmen verschiedener Projekte nicht nur mit dem Anstieg von Antisemitismus in Deutschland sondern auch dem Anstieg von Rassismus im Kontext der Instrumentalisierung des Flüchtlingsdiskurses und dem Erstarken rechtspopulistischer und neuer rechter Erscheinungsformen beschäftigt. Durch tägliches Monitoring dieser Erscheinungsformen haben wir einerseits eine breitere Öffentlichkeit auf diese Entwicklungen aufmerksam gemacht und haben gleichzeitig unsere Erkenntnisse kontinuierlich in die Konzeptualisierung neuer Bildungsmaterialien zu dem Thema einfließen lassen.

Neben dem Beobachten aktueller Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, betreuen wir auch regelmäßig Fälle von Betroffenen die zu uns kommen und unsere Beratung in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang nahmen wir auch im Jahr 2016 oftmals die Rolle des Vermittlers zwischen Behörden, Firmen und Opfern ein. Auch die Erfahrungen aus diesem Bereich lässt einen starken Anstieg antisemitischer und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erkennen.

Unsere Beobachtungen aktueller Formen des rechtsextremen aber auch linksextremen und islamistisch motivierten Antisemitismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fließt in unsere verschiedenen Modellprojekte ein. Darunter ist das seit 2015 durchgeführte Modellprojekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird. Neu dazu gekommen im Jahr 2016 ist das von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geförderte Projekt „Rassismus in der Mitte treffen“, das sich mit dem Anstieg einwanderungsfeindlicher Entwicklungen in Deutschland beschäftigt. Das befristete Projekt „Vorsicht Verschwörung!“ reagierte auf antidemokratische, staatsfeindliche Strömungen, die oftmals antisemitische Verschwörungsnarrative bedienen. Beide Projekte beschäftigen sich in ihren Inhalten mit den Hauptkomponenten aktueller Erscheinungsformen rechtspopulistischer Bewegungen.

Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, der Harold Bob Stiftung, der F.C. Flick Stiftung und der Evangelischen Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte für ihre großzügige Unterstützung dieser Bildungsprojekte. Wir danken auch unseren Mitglieder_innen und Spender_innen für Ihre Unterstützung unserer Arbeit.

Wir freuen uns die aktuellen Ergebnisse unserer Arbeit präsentieren zu können und freuen uns über Ihre Anregungen und Ideen.

1. Ergebnisse im Überblick

Allgemein:

15 Feldbeobachtungen mit veröffentlichten Videos
17 Lernwerkstätte (Workshop + ggf. Ausstellungseröffnung) an 17 verschiedenen Schulen (12 in Berlin, 4 in Brandenburg, eine Halle), dabei 12 Plakatausstellungen an den Schulen
7 Podiumsdiskussionen/Fachgespräche
Über 40 Artikel, Berichte, Analysen
Broschüre

Projekt “Vorurteile abbauen”:

11 Lehrwerkstätten und Plakat-Ausstellungen an 11 Schulen (6 Berlin, 4 in Brandenburg, 1 Halle)
4 Interviews mit Expert_innen (mit Videoproduktion)

Projekt “Rassismus in der Mitte treffen”:

3 Lernwerkstätte und 3 Plakat- Ausstellungen und Podiumsdiskussionen an 3 Schulen (alle in Berlin)
3 Podiumsdiskussionen
1 Broschüre zu aktuellen Erscheinungsformen des deutschen Rechtspopulismus

Projekt “Vorsicht Verschwörung!”:

3 Workshops an 3 Schulen (alle in Berlin)
2 Podiumsdiskussionen

2. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet.

Seit 2012 ist das Forum als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Das JFDA unterstützt daher demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme informiert und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

3. Veranstaltungen und Kooperationen

Quo vadis, Europa? – Fachgespräch zu islamistischem Terrorismus

28. Januar 2016

Ein Jahr ist es her, dass islamistische Terroristen das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, einen koscheren Supermarkt und eine Polizistin auf offener Straße in Paris attackierten und dabei 17 Menschen ermordeten. Wie zu befürchten war, sollten die Attentate nicht die letzten in Europa bleiben. Im Juni 2015 bezeichnete der Terrorismusexperte Berndt Georg Thamm den Anschlag in seiner Analyse für das Jüdische Forum als „Vorboten eines Tsunami“. Diese Befürchtung hat sich mit den Pariser Terroranschlägen am 13. November 2015 bestätigt: Die gezielten Angriffe auf das gesellschaftliche Leben – auf Cafés, ein Fußballstadion und einen Club – haben gezeigt, dass jeder von uns zur Zielscheibe der Islamisten werden kann. Es handelt sich hierbei um die perfide Strategie individueller Terrorattacken, die in den Alltag getragen werden, um Angst und Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Kann man angesichts dieser terroristischen Attacken, die bisher eher Israel trafen, aber mit den jüngsten Anschlägen nun auch in Europa angekommen sind, von einer „Israelisierung Europas“ sprechen? Und wie soll man damit umgehen? Muss die bisherige Politik in Europa gegenüber der weltweiten Erstarkung des islamistischen Terrorismus letztlich als gescheitert betrachtet werden? Und welche Wege sollen wir künftig gehen?

Darüber sprachen folgende Experten auf einem Podium:

Berndt Georg Thamm arbeitet seit mehr als 30 Jahren als Referent, Berater und Fachautor für verschiedene Strafverfolgungsbehörden, darunter auch für die Berliner Polizei. Seit Jahrzehnten erstellt er Expertisen zu organisiertem Verbrechen und internationalem Terrorismus.

Uli Grötsch ist SPD-Bundestagsabgeordneter und in der Expertengruppe „Internationaler Dschihadismus“ aktiv. Im Innenausschuss des Bundestages arbeitet er vor allem zu Präventionsstrategien gegen die islambezogene Radikalisierung.

Roderich Kiesewetter ist Obmann für Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Als Abgeordneter sitzt er im Auswärtigen Ausschuss und Verteidigungsausschuss.

Ort: Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal. Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Podiumsdiskussion „Es kommt darauf an, zu widersprechen – Antisemitismus in Deutschland“

4. Februar 2016

Podiumsgespräch zum aktuellen Antisemitismus, am Donnerstag, 4. Februar 2016 um 19 Uhr, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Mit: Petra T. Fritsche (Stolperstein-Aktivistin), Anne Goldenbogen (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus), Andrej Hermlin (Musiker), Levi Salomon (Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus)

Moderation: Hans Coppi (Berliner VVN-BdA) und Benjamin Steinitz (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS))

Veranstalter: Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –Bund der AntifaschistInnen

(VVN-BdA e.V.), Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.), Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

„Hallo, dreckige Judenfreundin, Wir werden nicht nachlassen, eure Symbole zu schänden, mit denen ihr unser schönes Friedenauer Stadtbild vergewaltigt“ heißt es in einer E-Mail an Petra T. Fritsche, die Stolpersteine in Friedenau verlegt. Auf der Al Quds-Demonstration im Juli 2015 wurde von einem Redner „Tod Israel, verflucht seien die Juden und Sieg für den Islam“ skandiert. Ein Jahr zuvor war es im Zusammenhang mit der Eskalation im Gaza-Konflikt zu Beleidigungen gegen und Angriffen auf jüdische Menschen und solche die sich mit Israel solidarisierten in Berlin und anderen Gegenden Deutschlands gekommen. Äußerungen auf Pegida- und Legida-Demonstrationen zeigen wie stark Rassismus und Antisemitismus zusammengehen. Hinzu kommt der offene Antisemitismus von Neonazis, aus der Mitte der Gesellschaft und aus dem muslimischen Milieu.

Wir müssen darüber reden.

Aus einem Interview mit Andrej Hermlin im November 2014:

„Gerade in der Presse wird in letzter Zeit behauptet, der Antisemitismus hierzulande sei der Antisemitismus jener Menschen, die aus arabischen Ländern zu uns gekommen sind. Dass der dort besonders verbreitet ist, ist unstrittig. Aber die deutschen Antisemiten mit diesem Verweis gleichsam aus ihrer Verantwortung zu entlassen, ist natürlich billig. In Wahrheit verhält es sich so, dass sich hier plötzlich Menschen miteinander verbünden, die eigentlich sonst nichts miteinander zu tun haben. Nämlich Neonazis, Palästinenser, Araber, linke Antisemiten. Es ist momentan in unserer Gesellschaft eine Tendenz zu erkennen, alles in Frage zu stellen. Die Leute raunen: Die Regierung belügt uns, die Medien belügen uns, es ist eine große Verschwörung der Amerikaner und Juden im Verbund mit den Medien, der NSA, und der FED (Zentralbank der USA) im Gange.“

Lässt sich überhaupt etwas dagegen tun?

„Ja wir müssen aufklären, man muss Veranstaltungen machen, man muss Demonstrationen, Lichterketten organisieren, mit Menschen sprechen und so weiter und so fort. Ich sag ja auch nicht, dass man das nicht tun soll – nur glaube ich nicht an die Wirkung solcher Maßnahmen. Es wird immer wieder behauptet, das alles, was wir im Moment erlebten, sei ja kein Antisemitismus. Wenn ich sagte: Antisemit ist derjenige, der für die Wiedererrichtung von Gaskammern ist – nun, dann fänden wir wohl nur sehr wenige Antisemiten unter den Deutschen. Wenn ich aber die Deutschen fragte: Glaubt ihr, dass die Juden die Welt beherrschen? Glaubt ihr, dass es Zeit ist aufzuhören von der Shoah zu reden, würde ich zweifellos die entsprechenden, ernüchternden Antworten bekommen. Jede unwidersprochene antisemitische, rassistische Bemerkung ist eine Niederlage. Es kommt also darauf an zu widersprechen.“

Das gesamte Interview: www.antifa.vvn-bda.de/2014/11/12/es-kommt-darauf-an-zu-widersprechen/

Kundgebung “Gegen den antisemitischen Quds-Marsch in Berlin!”

2. Juli 2016

Treffpunkt: Samstag, 2. Juli 2016

Auftaktkundgebung: 12:30 Uhr Joachimsthaler Str. / Kurfürstendamm („Kranzler-Eck“)

Abschlusskundgebung 14:30 Uhr George-Grosz-Platz

Aufruf:

Gegen den antisemitischen Quds-Marsch in Berlin!

Für Solidarität mit Israel und mit der iranischen und syrischen demokratischen Opposition!
Kurz nach der Islamischen Revolution im Iran hat der religiöse Führer Ayatollah Khomeini 1979 den so genannten „Quds“-Tag (Quds = arabisch für Jerusalem) als globalen Kampftag eingeführt, an dem weltweit für die Vernichtung Israels mobilisiert wird. An diesem Ziel des iranischen Regimes hat sich bis heute nichts geändert.

Auch in Deutschland findet seit Jahrzehnten der sogenannte „Quds-Marsch“ statt. Der Hass auf den jüdischen Staat und auf individuelle Freiheiten vereint zu diesem Anlass unterschiedliche Bündnispartner: von Anhängern der islamistischen Hisbollah, Nazis, Antisemiten bis hin zu antizionistischen Linken.

Der Antisemitismus ist die ideologische Triebfeder des iranischen Regimes und bestimmt seine Politik. Die Vernichtungsdrohungen der Islamischen Republik richten sich vor allem gegen die größte jüdische Gemeinschaft der Welt: Israel. Immer wieder unterstreicht das iranische Regime unmissverständlich sein Ziel, Israel mit Gewalt zu vernichten, so z.B. finanziert der Iran die Hamas-Raketen gegen Israel. Erst im März 2016 trugen Langstreckenraketen bei einem Testflug die Aufschrift „Israel muss ausradiert werden“.

Die iranischen „Quds-Brigaden“ verüben weltweit blutige Terroranschläge. Die Kooperation der Teheraner Herrscher mit dem syrischen Diktator Baschar al-Assad und der vom Iran geschaffenen libanesischen Terrormiliz Hisbollah versteht sich als „Achse des Widerstands“ – gegen Israel. Oppositionelle im Iran und im Exil werden grundsätzlich als „zionistische Agenten“ bezeichnet. Gleichzeitig setzt das Gewaltregime die Repression gegen die eigene Bevölkerung fort: Andersdenkende, Andersgläubige, Frauen, Homosexuelle und nationale Minderheiten wie etwa die Kurden und Bahai werden unterdrückt, verfolgt, inhaftiert, gefoltert und ermordet. Unter dem vermeintlichen Reformier Hassan Rohani gibt es mehr Hinrichtungen als je zuvor, laut Amnesty International fast 1000 in 2015. Dies ist weltweit die höchste Zahl an Hinrichtungen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

In Syrien ist das iranische Regime direkt verantwortlich für die Massenverbrechen des verbündeten Diktators Assad. Sein Krieg kostete fast eine halbe Million Menschen das Leben und trieb weitere Millionen zur Flucht. Nur durch die massive Präsenz iranischer Revolutionsgarden und schiitischer Milizen aus dem Ausland kann sich der syrische Despot an der Macht halten.

Es ist deshalb ein Skandal, dass Deutschland noch immer an der Spitze steht, wenn es um Geschäfte mit dem Regime in Teheran geht und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel Anfang Mai zum zweiten Mal in einem Jahr in den Iran reist. Wenige Wochen nach Gabriels Besuch wird sein Gastgeber einen internationalen Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb veranstalten, denn auch die Leugnung der Shoah wird nach wie vor vom iranischen Regime zelebriert.

Zugeständnisse an Teheran ändern die Ideologie und Politik des Regimes nicht. Im Gegenteil: Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen und die Freigabe von Milliarden eingefrorener Gelder nach dem Atomabkommen helfen dem Regime, den Weg zur Atombombe fortzusetzen und seinen Terror nach Innen und Außen weiterzuführen.

Beim Quds-Marsch, mit dem das Regime seine Anhänger*innen in Deutschland mobilisiert, zeigt sich der antisemitische und zerstörerische Charakter der Islamischen Republik Iran besonders deutlich. Wir fordern alle Abgeordneten des Bundestages, den Berliner Senat und die Zivilgesellschaft auf, sich unserem Bündnis anzuschließen und sich klar und unmissverständlich gegen den Quds-Marsch zu positionieren!

Wir fordern:

DAS VERBOT DES ANTISEMITISCHEN QUDS-MARSCHES,
EIN VERBOT DER TERRORORGANISATION HISBOLLAH,
EIN ENDE DER BESCHWICHTIGUNGSPOLITIK GEGENÜBER DEM TERRORISTISCHEN
REGIME DES IRAN

SOLIDARITÄT MIT DER SYRISCHEN UND IRANISCHEN DEMOKRATISCHEN
OPPOSITION UND IM EXIL

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL

* Wir dulden keine xenophoben oder rassistischen Äußerungen.

Rednerinnen und Redner (Stand 25.06.2016)

FRANK HENKEL, SENATOR DES INNEREN UND LANDESVORSITZENDER DER CDU
BERLIN

PETRA PAU, VIZEPRÄSIDENTIN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

MARK RACKLES, STAATSEKRETÄR FÜR BILDUNG, STELLVERTR.

LANDESVORSITZENDER DER SPD BERLIN

ULRIKE BECKER, STOP THE BOMB KAMPAGNE

TELM TOLAN, VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER YESIDEN IN DEUTSCHLAND

MIKE SAMUEL DELBERG, MITGLIED DER REPRÄSENTANTENVERSAMMLUNG DER
JÜDISCHEN GEMEINDE ZU BERLIN

DR. KAZEM MOUSSAVI, GREEN PARTY OF IRAN

DR. PHILIPP LENGSELD, MITGLIED DES BUNDESTAGS, CDU

HAKAN TAS, SPRECHER DER FRAKTION DIE LINKE IM ABGEORDNETENHAUS FÜR
INNERES, PARTIZIPATION UND FLÜCHTLINGE

MAYA ZEHDEN (DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT BERLIN UND POTSDAM)

DEIDRE BERGER, AJC BERLIN

MIKE SAMUEL DELBERG, MITGLIED DER REPRÄSENTANTENVERSAMMLUNG DER
JÜDISCHEN GEMEINDE ZU BERLIN

LALA SÜSSKIND, JFDA

ANDREW WALDE, DGB BERLIN-BRANDENBURG

SUSANNA KAHLEFELD, ABGEORDNETENHAUS, GRÜNE

Initiativkreis:

ADC BILDUNGSWERK E.V.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT BERLIN UND POTSDAM (DIG)

EMET-GRUPPE IN DER REPRÄSENTANTENVERSAMMLUNG DER JÜDISCHEN
GEMEINDE ZU BERLIN

GREEN PARTY OF IRAN
HAOLAM.DE
JÜDISCHES FORUM FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN ANTISEMITISMUS E.V. (JFDA)
JUNGES FORUM DER DIG
MIDEAST FREEDOM FORUM BERLIN E.V. (MFFB)
STOP THE BOMB
Quelle: <http://no-al-quds-tag.de/>

Eine Auswertung des Al-Quds-Marsches findet sich im sechsten Kapitel dieses Tätigkeitsberichtes.
Video: <https://www.youtube.com/watch?v=wNvwnlW2MUE>

Fachgespräch “Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Was können, müssen wir tun?”

4. Juli 2016

Deutschland steht zu seiner Verantwortung für die Gräueltaten der Shoah. Die Vernichtung jüdischen Lebens prägt unsere Identität und unser kollektives Gedächtnis als Nation. Wer ein Teil Deutschlands sein will, muss sich dieser Verantwortung stellen und dieses Erbe annehmen. #antisemitismus #stop

Montag, 4. Juli 2016, 13-15 Uhr, Deutscher Bundestag, Reichstagsgebäude, CDU/CSU-Fraktionssitzungssaal (Eingang SÜD des Reichstagsgebäudes, Scheidemannstraße)

13.00 Uhr Begrüßung Gitta Connemann Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

13.10 Uhr Einführung Berndt Georg Thamm Verfasser der Studie „Terroranschläge in Paris gegen Juden und Kreuzfahrer. Der antisemitische Dschihad als Holy World War“

13.25 Uhr Podiumsdiskussion

Lala Süßkind Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Deidre Berger American Jewish Committee (AJC)

Abraham Lehrer Vizepräsident des Zentralrates der Juden

Thomas Haldenwang Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Düzen Tekkal Journalistin, Dokumentarfilmerin und Autorin

Dr. Marwan Abou-Taam (angefragt) Islam- und Politikwissenschaftler LKA Rheinland-Pfalz

Moderation Hans-Jörg Vehlewald Chefredakteur Politik BILD

14.45 Uhr Schlusswort Stephan Mayer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Innen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Viele Zuwanderer und Asylbewerber kommen aus einem Kulturkreis, in dem Vorurteile und Hass gegen Juden zum festen Bestandteil der dortigen Politik, Gesellschaft und Religion gehören. Ein besonders unerträgliches Beispiel ist der jährliche sogenannte „Al Quds Tag“, an dem mitten in Europa und Deutschland unter anderem Staatsbürger arabischer Herkunft unser Demonstrationsrecht für die Forderung der Vernichtung Israels missbrauchen.

Was bedeutet das für das Leben der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, für die Integration der zu uns kommenden Menschen in Deutschland? Wie können wir dem Antisemitismus im fundamentalistischen Islam nachhaltig entgegenreten?

Hierüber wollen wir mit Ihnen diskutieren und mögliche Handlungsoptionen für unsere

parlamentarische Arbeit erarbeiten.

Podiumsdiskussion „Ich bin kein Rassist, aber...“ – Ideologien und Selbstbild der Neuen Rechten

11. Juli 2016

Auftaktveranstaltung zu der Reihe „Aktuelle Erscheinungsformen rechter Bewegungen in Deutschland“ im Rahmen des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“:

- Prof. Dr. Micha Brumlik – Advisor am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg
- Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba – Direktor des Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung/BIM
- Julia Schramm – Referentin der Amadeu Antonio Stiftung
- Levi Salomon – Sprecher und Koordinator JFDA – Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus
- Prof. Dr. Sabine Kunst – Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin (Grußwort)
- Lala Süsskind – Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (Grußwort)

11. Juli, 19 Uhr – Senatssaal, HU-Hauptgebäude, 1. OG, Unter den Linden 6, 10117 Berlin

„Ich bin kein Rassist, aber...“ Ein Satz, der so beginnt, endet üblicherweise in einem Ressentiment. Dennoch scheint diese opportune Selbstpositionierung seit einiger Zeit zum Motto einer neuen Massenbewegung avanciert zu sein.

Die politische Stimmung der letzten Monate in Deutschland war geprägt von sich vielseitig artikulierenden „Sorgen und Ängsten“, bisweilen auch Wut. Diese bezogen sich zu großen Teilen auf die Position Deutschlands im Diskurs um Geflüchtete, die in der Bundesrepublik Aufnahme und Schutz suchen. In diesem Klima affektiver Unzufriedenheit etablierten sich zunehmend rechtspopulistische Bewegungen, Gruppen und Zusammenschlüsse, zu deren populärsten die verschiedenen „Gidas“ (Pegida, Bārgida, Pogida...) zählen. Mit dem selbsterteilten Auftrag, die „Islamisierung des Abendlandes“ zu verhindern, das „deutsche Volk“ vor „Überfremdung“ und deutsche Frauen vor „Schändung“ zu bewahren, formieren sich in den rechtspopulistischen Bewegungen Menschen unterschiedlichster Couleur. Dennoch besteht ein Großteil der Anhänger_innen dieser Bewegungen darauf, nicht rassistisch zu sein und grenzt sich bewusst von Nationalsozialisten und Neonazis ab. Dies obschon personelle wie inhaltliche Überschneidungen zur rechtsextremen Kreisen und Gruppen bestehen.

In „Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft“ stellt Michael Brumlik fest, dass neu-rechtes Denken sich vor allem durch kulturalistisch gedeutete Homo_genität, Politisierung des Raumes sowie Wiederverzauberung gesellschaftlicher Funktionen“ auszeichnet.

Basierend auf dem Mythos der Nicht-Übersetzbarkeit verschiedener, in sich geschlossener Kulturen bleibt eine der wichtigsten Forderungen der neu-rechten Bewegungen daher jene, nach einer Abschottung Deutschlands vor all jenen, die als „kulturfremd“ wahrgenommen werden. Auf welche Denkrichtungen stützen die diversen Strömungen, Gruppen und Bewegungen, die unter dem Begriff „Neue Rechte“ zusammengefasst werden ihre politische Agenda? Welche Widersprüche und Gemeinsamkeiten treten darin zutage? In welchem Verhältnis stehen dabei Selbstbild und Außenwirkung?

In Kooperation mit: Humboldt-Universität zu Berlin und dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Gefördert von: Bundeszentrale Für Politische Bildung, Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Ein Bericht über den Verlauf der Podiumsdiskussion findet sich im vierten Kapitel.

Über die Podiumsdiskussion berichtete auch der Deutschlandfunk:

Cornelius Wüllenkemper: *„Ich bin kein Rassist, aber...“*. Die *„Neue Rechte“* und ihre Argumente, abrufbar unter:

http://www.deutschlandfunk.de/die-neue-rechte-und-ihre-argumente-ich-bin-kein-rassist-aber.691.de.html?dram:article_id=359919

Mahnwache für Menschenrechte – gegen religiösen Fanatismus

6. September 2016

Von Peter-M. Utsch

Für Menschenrechte – gegen religiösen Fanatismus. Die sechste Mahnwache vor dem Brandenburger Tor.

Es sind vier Frauen, die unterschiedlichen Glaubensrichtungen angehören: Lala Süsskind als Jüdin, Ulrike Trautwein als Christin, Seyran Ates als Muslimin und Düzen Tekkal als Jesidin. Alle vier standen am 6. September vor dem Brandenburger Tor in Berlin und „zeigten Gesicht“ gegen religiösen Fanatismus und für die Menschenrechte.

Zu den Vieren gesellten sich weitere Frauen und Männer. Sie hielten Schilder in den Händen. Darauf stand zum Beispiel: „Ich bin Alevitin ...“, aber auch „Ich bin Atheistin ...“ oder „Ich bin homosexuell ...“. Und hinter jedem Selbstbekenntnis konnte man dieselben zwei Sätze lesen: „Ich will leben und nicht Leben nehmen.“ Und dann: „Kein Morden im Namen Gottes!“

Es waren Menschen gekommen, die die Einladung zur Teilnahme an der etwas kurzfristig bekannt gewordenen Mahnwache angenommen hatten. Andere Besucher waren an diesem Dienstagabend eher zufällig auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor unterwegs. Manche fragten sich, wofür man denn hier demonstrieren würde. Andere erwarteten sowas wie eine Kundgebung mit Reden für ein bestimmtes Anliegen.

Es war aber eine stille Mahnwache ohne Reden. Dafür hatten sich die beteiligten Frauen und als Veranstalter das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. schon vor einigen Jahren vor der ersten Mahnwache entschieden.

So stand man in kleinen Gruppen zusammen und unterhielt sich darüber, was jedem Menschen zustehen sollte, um würdig und für sich selbst entscheidend leben zu können. Andere brachten Menschen ins Gespräch, die sich heute in Deutschland und anderswo religiös oder politisch radikalieren lassen. Und man nahm die immer größer werdende Zahl von Menschen in den Blick, die religiösem Fanatismus auch gegenwärtig zum Opfer fallen.

„Kein Morden im Namen Gottes!“ Dem konnten alle Teilnehmer wohl zustimmen. Und man möchte hinzufügen: „Keine Unterdrückung von Minderheiten im Namen Gottes!“ Natürlich sollte jedes Morden und jede Art von Unterdrückung gebrandmarkt werden. Aber in aller Deutlichkeit wurde

hier jedem Menschen und jeder Gemeinschaft widersprochen, die in welcher Sprache und in welcher Religion auch immer sich auf den Namen Gottes berufen, um Menschen zu entwerten oder gar zu töten.

Es wurden auch Handzettel verteilt, die über die Mahnwache und ihr Anliegen informieren sollten. Darin fand sich der Satz, dem man einfach nicht widersprechen kann: „Gott will das nicht!“ Dazu muss man nicht mal gottgläubig sein.

Wer nun denkt, das war aber eine traurige Veranstaltung, der liegt falsch. Nicht nur, dass man sich über die Grenzen so vieler Richtungen von Religionen und Weltanschauungen in den Grundzielen einig war. Es war auch eine Abendstunde, die Mut machen konnte und deshalb auch fröhlich war. Der Spätsommerabend erinnerte manchen an ein jüdisches Wort, das etwa so lautet: „Erzähl mir was Trauriges, damit ich wieder lachen kann.“ Und so erklang mitten in der stillen Mahnwache auf einmal das jiddische Lied von dem Kälbchen, das sich nicht dagegen wehren kann, zur Schlachtbank geführt zu werden. Die Schwalbe hingegen bestimmt ihr Schicksal selbst. Sie symbolisiert Eigenständigkeit und Selbstverantwortung.

„Wer’s hot Fligl, flit arojf tsu, is bei kejnem nischt kejn Knecht. (Wer Flügel hat, fliegt aufwärts, macht sich bei keinem zum Knecht!)“

Und auf das Hoffnungsbild antwortet der Lieddichter: „Lacht der Wind in Korn, lacht un lacht un lacht – lacht er op a Tog a gantsn un a halbe Nacht. Donna, donna, donna, donna ...“

Das heute weltweit bekannte Lied ist 1940 in der Zeit des Dritten Reiches entstanden und will dem massenhaften Morden zum Trotz seine Hoffnung auf Freiheit und Selbstbestimmung nicht aufgeben. (Text: Aaron Zeitlin, jüd. Schriftsteller, geb. 1889 in Weißrussland, 1939 nach New York emigriert, 1973 gest.; Melodie: Sholom Secunda, jüd. Komponist, geb. 1894 in der Ukraine, 1907 nach New York emigriert, 1974 gest.)

Der Abend ging so still zu Ende, wie er begonnen hatte. Aber die Melodie und die Schönheit des hoffnungsvollen Liedes aus finsterster Zeit begleitete viele Teilnehmer der stillen Mahnwache auf ihrem Weg nach Hause.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=YWzd80sRxeU>

Podiumsdiskussion „Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben“ – Querfront als Strategie der Neuen Rechten?

13. September 2016

Veranstaltung in der Reihe „Aktuelle Erscheinungsformen rechter Bewegungen in Deutschland“ im Rahmen des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“ in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung.

Redner_innen:

Samuel Salzborn – Politologe, Georg-August-Universität Göttingen

Patrick Gensing – Journalist, Autor und Nachrichtenredakteur

Melanie Hermann, Referentin des JFDA

Jan Rathje – Referent der Amadeu Antonio Stiftung (Moderation)

Anetta Kahane – Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung (Grußwort)

Lala Süsskind – Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.

(Grußwort)

13. September, 19 Uhr (Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin)

Der Eintritt ist frei! Anmeldung erforderlich!

Die Zahl der Plätze für diese Veranstaltung ist leider begrenzt. Bitte melden Sie sich bis zu dem 12. September an. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen.

Unter dem Schlagwort der Querfront, das bis vor wenigen Jahren noch zu den politischen Auslaufmodellen zu zählen schien, feiert der öffentliche Schulterschluss zwischen vermeintlich unvereinbaren politischen Strömungen und Akteur_innen seine Renaissance. Seite an Seite demonstrieren Rechtsextreme mit linken Friedensbewegten wahlweise gegen den Einfluss der USA, die NATO oder für eine Annäherung an Russland. In antisemitisch-verschwörungsideologischer Manier werden klare Feindbilder geschaffen und wahnhaft gegen “die Elite”, den “globalen Finanzkapitalismus” oder explizit gegen eine “jüdische Weltverschwörung” agitiert.

Unter dem Motto „Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben“ soll angesichts gemeinsamer politischer Bestrebungen die Links-Rechts-Dichotomie zwischen Akteur_innen nivelliert bzw. negiert und eine völkische Gemeinschaft suggeriert werden, die sich gegen “böse Mächte” verteidigen müsse. Eine Vielzahl neuer Online- und Print-Medien stellen dabei den (zum Teil erfolgreichen) Versuch dar, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, um sich – unabhängig von der durch “die Eliten” gesteuerten “Lügenpresse” – auszutauschen, zu vernetzen und “die Wahrheit” ungehindert verbreiten zu können.

Doch nicht erst durch die “Mahnwachen für den Frieden” wurden Brücken geschlagen: linke Antiimperialist_innen, Rechtsextreme und Islamist_innen trafen sich bereits zuvor auf der Straße – um gemeinsam gegen Israel zu demonstrieren...

Es scheint, dass die Hemmungen der jeweiligen Protagonist_innen zunehmend schwinden, zu derlei Koalitionen nicht nur offen zu stehen, sondern sie auch bewusst herbeizuführen. Soweit, so verwirrend. Ist zum Verständnis bzw. zur Erörterung dieses Phänomens der Begriff der Querfront überhaupt zielführend? Handelt es sich dabei lediglich um eine Anpassungsstrategie, die den agierenden Personen und Gruppierungen zu gesellschaftlicher Akzeptanz und politischer Reichweite verhelfen soll? Oder ist es vielmehr so, dass der verschwörungsideologische bis antisemitische Zugang zu gesellschaftlichen Prozessen eine schon lange bestehende ideologische Schnittmenge darstellt und die Kolporteurs von links bis rechts mal wieder dazu bereit sind, identitäre Hemmnisse zu überwinden?

–

Gefördert von: Bundeszentrale Für Politische Bildung, Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Podiumsdiskussion „Welcome, or not Welcome?“

12. Dezember 2016

Ort: Berliner Landeszentrale für politische Bildung

„Welcome, or not Welcome?“ – Die Instrumentalisierung des Flüchtlingsdiskurses in rechtspopulistischen Bewegungen und ihre Auswirkungen

Die Veranstaltung in der Reihe „Aktuelle Erscheinungsformen rechter Bewegungen in Deutschland“ im Rahmen des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“ wird in Zusammenarbeit mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt.

Podiumsdiskussion mit

- Aziz Said – Flüchtlingsbeauftragter der Zentralvereinigung Assyrischer Vereinigungen in Deutschland
- Katina Schubert - Sprecherin für die Themen Arbeit und Flüchtlingspolitik Die Linke im Abgeordnetenhaus Berlin
Frank Jansen – Journalist (Tagesspiegel)
- Reinhard Fischer – Islamwissenschaftler, Berliner Landeszentrale für politische Bildung
- Kathrin Haurand – Geschichtswissenschaftlerin, Referentin des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (Moderation)
- Thomass Gill – Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Grußwort)
- Lala Süsskind – Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (Grußwort)

Im Kontext der derzeit andauernden weltweiten Flüchtlingskrise ist in Deutschland ein Anstieg fremdenfeindlicher Ressentiments und eine bedenkliche Popularität rechter Strömungen zu verzeichnen. Neue Rechte erhöhen ihre Anziehungskraft durch Begriffen wie „Identität“ und „Widerstand“ und nutzen diese Ideen insbesondere in Abgrenzung zum Islam, den Geflohenen und der Migrationspolitik. Die neueste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zeigt, dass die Zustimmung zu Vorurteilen gegenüber asylsuchenden Menschen von 44% in 2014 auf 50% in 2016 anstieg. Angriffe auf Geflohene und Flüchtlingsunterkünfte sind im letzten Jahr rasant gestiegen. Die Täter kommen oft ungestraft davon. Gleichzeitig findet eine zunehmende strukturelle und institutionelle Ausgrenzung von Geflohenen statt. Wir möchten diese Zustände mit Geflohenen, Repräsentanten von Flüchtlingsorganisationen, und Wissenschaftler_innen diskutieren. Was ist die Spezifität der neuen rechten Bewegung? Wie hat sich die Situation für Geflohene in Deutschland seit dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen verändert? Welche Handlungsperspektiven lassen sich zusammen mit Geflohenen erarbeiten um diesem Trend entgegenzuwirken?

Podiumsdiskussion Das „deutsche Volk“ als Opfer – Verschwörungsideologie und Selbstviktimisierung

9. Dezember 2016

Ort: Freie Universität Berlin

„Umvolkung“, „großer Austausch“, „Vernichtung“. In (neu)rechten Milieus ist man sich einig: Dem „deutschen Volke“ soll es an den Kragen gehen. Im Hintergrund agierende Mächte, die nicht selten als jüdisch und/oder US-amerikanisch markiert werden, hätten sich schon seit Langem gegen die Deutschen verschworen, ihr Vorhaben sei allerdings stets am Widerstandswillen der Opfer gescheitert. Der neueste Versuch der globalen Elite sei es nun, das „deutsche Volk“ mit Hilfe gezielt herbeigeführter und ebenso gezielt nach Deutschland gelenkter „Flüchtlingsströme“ zu destabilisieren. Deutsche Politikerinnen und Politiker seien Teil dieser Verschwörung und arbeiteten bewusst gegen die Interessen des „deutschen Volkes“.

Auch wenn unterschiedliche Varianten dieser Verschwörungstheorie existieren, verbindet sie der Grundgedanke, Deutschland sei das Ziel einer globalen Verschwörung und stehe unmittelbar vor der großen Katastrophe. Diese Form der Selbstviktimisierung ermöglicht es den Akteur_innen, aus der

selbst zugeschriebenen Opferrolle eine Legitimationsbasis für ihre eigenen, teils gewaltvollen Handlungen zu konstruieren. Getreu dem Motto: Wer angegriffen wird (mit dem Ziel der Vernichtung), wird sich doch wohl wehren dürfen?

Bei der Podiumsdiskussion und dem anschließenden Gespräch mit dem Publikum möchten wir unter anderem den folgenden Fragen nachgehen:

Welche Rolle spielen Opfermythen in (neu)rechten Milieus? Inwiefern bauen sie auf bestehenden antisemitischen und antiamerikanischen Verschwörungstheorien auf? Welche politischen Konsequenzen erwachsen aus diesen Opfermythen? Worin besteht die Attraktivität, sich im politischen Kontext zum Opfer zu stilisieren?

Podiumsdiskussion:

- Dr. Carsten Koschmieder – Politikwissenschaftler, FU Berlin
- Jonas Fedders – Freier Journalist und Soziologe
- Florian Eisheuer – Projektleiter und Bildungsreferent, JFDA

Moderation:

Donata Künßberg – Online-Redakteurin, Leitung der Bewegungsplattform der taz

Facebook-Veranstaltung: <https://www.facebook.com/events/561421520714892/>

Eine Veranstaltung des JFDA e.V. (Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus) im Rahmen des durch das Land Berlin geförderten Projektes „Vorsicht Verschwörung! – Neurechte Bewegungen und ihre Weltanschauungen“. In Kooperation mit der Fachschaftsinitiative Politikwissenschaft an der FU Berlin.

Über die Veranstaltung sendete Deutschlandradio Kultur am 14. Dezember einen Beitrag im Format Zeitfragen. Der Bericht samt Interview zweier Referenten kann auf der Homepage von Deutschlandradio Kultur nachgelesen und -gehört werden.

Stefanie Oswald: *Das „deutsche Volk“ als Opfer*, abrufbar unter:

http://www.deutschlandradiokultur.de/vorsicht-verschwoerung-das-deutsche-volk-als-opfer.976.de.html?dram%3Aarticle_id=373921

Podiumsdiskussion “Reif für die Anstalt? – Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens”

19. Dezember 2016

Ort: Humboldt-Universität-Berlin

Anhänger_innen von Verschwörungsideologien haben es nicht leicht. Nicht nur weigert sich ein großer Teil der unwissenden Bevölkerung, ihren kreativen Erklärungsversuchen für die Schiefelage der Welt Gehör zu schenken, sondern sie werden auch noch regelmäßig Gegenstand von Spott und Hohn. Diese „Aluhüte“ seien bestenfalls Spinner_innen, die man belächeln könne, schlimmstenfalls gefährliche Verrückte, die am besten gleich weggesperrt gehörten.

So verhält es sich beispielsweise auch mit Reichsideolog_innen, Menschen also, die aus verschiedensten Gründen annehmen, Deutschland sei kein Staat und existiere eigentlich gar nicht. Zunächst wurden sie als „Reichsdeppen“ verhöhnt und als „Irre“ belächelt. Erst als bei einem Einsatz im bayrischen Georgensgmünd ein Polizeibeamter von einem dieser „Reichsbürger“ erschossen wurde, dämmerte es manchen, dass man es hier nicht einfach nur mit einer Skurrilität aus dem politischen Kuriositätenkabinett zu tun hat, sondern mit einer potentiell gefährlichen Ideologie. Mit vollem Ernst zu glauben, Kondensstreifen seien in Wirklichkeit sogenannte „Chemtrails“, mit

Hilfe derer die Bevölkerung dezimiert, Gedanken kontrolliert oder die mysteriöse Krankheit „Morgellose“ herbeiführt würde, mutet reichlich skurril an. Spätestens bei der Behauptung, die Welt werde in Wirklichkeit von einer kleinen Gruppe Reptilienwesen kontrolliert, stellt sich so mancher die Frage, ob hier nicht eine handfeste psychische Erkrankung bei den Anhänger_innen solch wahnhafter Vorstellungen vorliege.

Doch wie viel Wahn steckt eigentlich in Verschwörungsideologien und ab welchem Punkt wird aus der Vorstellung, eine kleine Elite beherrsche uns, eine pathologische Paranoia? Welche sozial- und individualpsychologischen Bedürfnisse bedient der Glaube an Verschwörungserzählungen? Aber auch: Welche negativen Konsequenzen kann die pauschale Pathologisierung von Verschwörungsideologie haben?

Grußwort:

Lala Süsskind – Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Einführung:

Florian Eisheuer – Ethnologe und Politologe, Leiter des JFDA-Projektes „Vorsicht Verschwörung! – Neurechte Bewegungen und ihre Weltanschauungen“

Podiumsdiskussion:

- Prof. Dr. Thomas Kliche – Psychologe und Politologe, Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal
- Jan-Gerrit Keil – Psychologe, LKA Brandenburg
- Giulia Silberberger – Geschäftsführerin „Der Goldene Aluhut“

Moderation:

Donata Künßberg – Online-Redakteurin, Leitung der Bewegungsplattform der taz

Facebook-Veranstaltung: <https://www.facebook.com/events/834717503336091/>

Eine Veranstaltung des JFDA (Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus) im Rahmen des durch das Land Berlin geförderten Projektes „Vorsicht Verschwörung! – Neurechte Bewegungen und ihre Weltanschauungen“.

Ein Bericht über den Verlauf der Podiumsdiskussion findet sich im vierten Kapitel.

4. Projekte

„Rassismus in der Mitte treffen“

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V. bündelt durch tägliches Monitoring auf seiner Homepage alle Berichte über rassistische, rechtsextreme, antisemitische und homophobe Angriffe. Dort ist zu beobachten, dass insbesondere der alltägliche und spontan geäußerte Rassismus exponentiell angestiegen ist. Dieses Klima offen Ausgelebter Fremdenfeindlichkeit wurde immens begünstigt durch rechtspopulistische Gruppen, Parteien und Zusammenschlüsse wie z.B. Pegida und die Montagsmahnwachen, die den Flüchtlingsdiskurs für ihre ressentimentbeladene Politik instrumentalisieren konnten. Besonders gefährlich erscheint an diesen Bewegungen, der sich in ihnen realisierende Schulterschluss breiter Bevölkerungsteile, bis in die bürgerliche Mitte hinein.

Ziel des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“ ist es, dieser Instrumentalisierung und Stereotypisierung Geflüchteter entgegen zu wirken, indem besagte Gruppen, Parteien und Zusammenhänge genau beobachtet werden, um ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu entlarven sowie öffentlich zu diskutieren und zu kritisieren. Es soll aufgezeigt werden, wie rechtspopulistische Bewegungen sich das Thema Flucht, Vertreibung und Asyl zunutze machen, um rassistische und antimuslimische Ressentiments zu schüren und ihre antibürgerliche Ideologie zu stärken. Um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, werden Filmaufnahmen und Recherchen genutzt, um sie als Informations- und Weiterbildungsmaterial an Multiplikatoren heranzutragen. In Form von Workshops wird dementsprechend Aufklärungsarbeit an Schulen angeboten sowie interessierte Podiumsdiskussionen zum Thema neue Rechte Bewegungen und Zusammenschlüsse ausgerichtet.

Im Rahmen des Projektes wurden die Podiumsdiskussionen „Ich bin kein Rassist, aber...’ – Ideologien und Selbstbild der Neuen Rechten“ am 11. Juli, „Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben’ – Querfront als Strategie der Neuen Rechten?“ am 13. September sowie „Welcome, or not Welcome?“ am 12. Dezember durchgeführt. Die jeweiligen Ankündigungstexte finden sich im dritten Kapitel dieses Berichtes. Abschließend wurde eine Broschüre publiziert, die die Ergebnisse unserer Beobachtungen zu aktuellen Erscheinungsformen der neuen rechten und rechtspopulistischen Bewegungen im Kontext der Einwanderungsdebatte präsentiert. Die Broschüre beinhaltet zudem Analysen von Wissenschaftler_innen und Journalisten die sich schwerpunktmäßig mit diesem Themengebiet beschäftigen.

Lernwerkstatt am Willi-Graf-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde

22. und 23. Juni 2016

Am Willi-Graf-Gymnasium in Lichterfelde Ost sind sich die Schüler einig – Rassismus hat keinen Platz an ihrer Schule. In der Lernwerkstatt zu Rassismus am 22. und 23. Juni 2016 wurden sie auch für aktuelle Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtspopulismus sensibilisiert.

Das Willi-Graf-Gymnasium ist sehr engagiert, die zwei neuen „Willkommensklassen“ in ihre Schule einzubetten und den neuen Schüler_innen einen sicheren Ort ohne Rassismus zu bieten. Seit April 2016 besuchen 24 Schülerinnen und Schüler aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Kolumbien zwei Sprachlernklassen und unternehmen wöchentlich kleine Exkursionen, um die Umgebung der Schule, die Stadt und das Leben in Berlin besser kennenzulernen. Dies nahm die Arbeitsgemeinschaft

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit Hilfe des Lehrers Tobias Kuster zum Anlass, am 22. und 23. Juni Projekttag, rund um die „Willkommensklasse“ zu gestalten. Unsere Lernwerkstatt zum Thema Rassismus war, wie Workshops zu Tanz oder Arabisch-Sprachkursen, frei wählbar. Den ersten Tag der Lernwerkstatt leiteten Levi Salomon, Sprecher des Jüdischen Forums, Charlotte Struck, Projektkoordinatorin des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“ und Projektmitarbeiter Grischa Stanjek.

Zu Beginn wurde den Schüler_innen verdeutlicht, wie gefährlich Vorurteile und Stereotypen in Bezug auf Rassismus sein können. Die Schüler_innen zählten zunächst harmlose Vorurteile auf, wie „Deutsche essen Kartoffeln und trinken gerne Bier“ oder „Polen trinken Wodka“ und „Italiener essen nur Spaghetti“. Ein Schüler erzählte jedoch auch von einer Situation am Flughafen, wo er bei einem „Turbanträger“ dachte, er könne ein Terrorist sein und ihn daraufhin im Auge behielt. An diesem Beispiel lässt sich veranschaulichen, wie ein Vorurteil in antimuslimischen Rassismus übergeht, nach welchem Muslime mit Kriminellen und Terroristen gleichgesetzt werden. Gerade im aktuellen Flüchtlingsdiskurs ist Hetze gegen Muslime weit verbreitet. Die Lernwerkstatt versucht die Schüler_innen dahingehend aufzuklären, sowie einen kritischen und sensiblen Umgang mit Medien zu üben.

Um den Schüler_innen zu veranschaulichen, wie es ist, aufgrund von Vorurteilen ausgeschlossen zu werden, spielten wir mit einer freiwilligen Schüler_in als „Ausgegrenzte“ das „Ausgrenzungsspiel“. Der Rest der Gruppe lief frei durch den Raum, grüßte sich, redete miteinander, die ausgegrenzte Schülerin wurde dabei komplett ignoriert. Diese versuchte wiederum Kontakt zu den Anderen aufzunehmen – ohne Erfolg. Für die „Ausgegrenzte“ war das keine gute Erfahrung. Sie gab jedoch zu, auch selbst schon Menschen ausgegrenzt zu haben: „Ich kenn das wenn man jemanden nicht mag, man nicht oder nur kurz mit dem redet“. Sich von Menschen, die nicht gemocht werden, abzugrenzen ist verständlich. Problematisch wird es nur, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe ausgeschlossen werden. Das ist Rassismus.

Auf die Frage an eine Schülerin, was sie machen würde, wenn sie auf der Arbeit aufgrund ihrer dunklen Hautfarbe ausgegrenzt werden würde, antwortet sie, „dann such ich mir eine andere Arbeit“, und ob sie das in Ordnung fände, antwortet sie „warum nicht, wenn sie was gegen mich haben, kann es mir auch egal sein.“ An dieser Stelle war es wichtig, den Schüler_innen zu vermitteln, welche Handlungsmöglichkeiten ihnen bei Diskriminierungen zustehen.

Im zweiten Block, ging es nach einem kurzen Einstieg zur Geschichte des Rassismus um aktuelle Erscheinungsformen und neue rechte Bewegungen. Anhand von eigenem Videomaterial rechtspopulistischer und rechter Bewegungen, wurde verdeutlicht wie beispielsweise die „Identitäre Bewegung“ rassistisch ist, ohne dabei den Begriff „Rasse“ zu verwenden – „Rasse“ wird mit „Kultur“ ersetzt. Rechtspopulisten und neue rechte Bewegungen warnen vor einer „Überfremdung“ der „deutschen Kultur“, deren Grenzen natürlich verhandelt werden. Dass es dabei „DIE deutsche Kultur“ nicht gibt, merkten die Schüler_innen selbst bei dem Versuch diese zu definieren und einzugrenzen.

Am Ende des Tages erzählten einige Schüler_innen mit Migrationshintergrund von ganz persönlich rassistischen Erfahrungen, die sie im Alltag machten. Eine Schülerin berichtete davon, wie ihr gesagt wurde, sie „sei ja gar nicht so schwarz“, sondern eher „hellbraun“. Eine andere erzählte, wie genervt sie sei, dass sie immer wieder gefragt wurde, wo sie herkomme. Beides sind klassische Formen von „positivem Rassismus“, nach welchem nett gemeinte „Komplimente“, „people of colour“ nicht nur auf ihre Hautfarbe reduzieren, sondern auch grundsätzlich angenommen wird, dass jemand mit dunkler Hautfarbe kein Deutscher sein kann. Dass das nervt, konnte durch die persönlichen Erfahrungen der Mitschüler_innen der Gruppe vermittelt werden.

Am zweiten Tag der Lernwerkstatt gestalteten die Schüler_innen zum Thema Anti-Rassismus mit Hilfe von Stiften, Kleber, Scheren und Bildern Plakate. Mit viel Eifer und vielen kreativen Ideen gestalteten insgesamt acht Gruppen sehr aussagekräftige Plakate. Dabei nahmen sie nicht nur Dinge, die sie im Workshop lernten auf, sondern kamen auch auf ganz eigene ausgefallene Ideen wie beispielsweise die beschränkte Sicht eines Nazis in Form seines Gehirns zu veranschaulichen. Insgesamt waren die Schüler_innen klar antirassistisch eingestellt: „Jeder Mensch ist gleich, egal welche Hautfarbe. Mensch ist Mensch und jeder ist auf seine Weise besonders“, so ein Schüler.

Gallery Walk am Willi-Graf-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde

Mit einem Gallery Walk und einer Podiumsdiskussion schlossen die Schülerinnen und Schüler des Willi-Graf-Gymnasiums in Berlin-Lichterfelde am 22.11. 2016 die Projektstage zum Thema „Rassismus in der Mitte treffen“ ab. Der 10. Jahrgang und eine Willkommensklasse mit Geflohenen setzten sich im Rahmen einer Ausstellung und Podiumsdiskussion am Willi-Graf-Gymnasium interaktiv mit den aus der Lernwerkstatt entstandenen Plakaten zum Thema Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit auseinander. Die selbständig erarbeiteten Ergebnisse wurden in Form einer Podiumsdiskussion mit dem interreligiösen und interkulturellen Team des JFDA und in Kooperation mit der AG „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ präsentiert und diskutiert. In diesem Zusammenhang kamen auch ganz persönliche Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung zu Sprache. Ein Mitarbeiter des interkulturellen Teams des JFDA teilte seine eigenen Diskriminierungserfahrungen mit den Schüler_innen, so berichtete er, wie er und seine Familie von einer Passantin einmal gefragt wurde: „Seit wann dürfen Ausländer auf dem Gehweg stehen?“ Dass Diskriminierungen auch mit Nachbarn, mit Lehrer_innen, Mitschüler_innen oder einfach auf der Straße auftreten, bezeugen die Schüler_innen mit ihren eigenen Erfahrungen. Ein Schüler berichtete beispielsweise, dass er einer rechtradikalen Gruppe entgegnet hat, die einwanderungsfeindliche Lieder gesungen hatte. Daraufhin wurden mit den Workshopleiter_innen mögliche Strategien im Umgang mit Diskriminierungen und Mobbing diskutiert und erarbeitet. Ein Schüler resümierte, dass Gleichberechtigung für ihn bedeutet, dass ein jeder Mensch eine Berechtigung hat in einem Land zu leben, ganz unabhängig von der Hautfarbe oder seiner Herkunft, denn ein jeder sei letztendlich ein Mensch.

Podiumsdiskussion „Ich bin kein Rassist, aber...’ Ideologien und Selbstbild der Neuen Rechten“

11. Juli 2016

Die Podiumsdiskussion am 11. Juli, in deren Rahmen Julia Schramm, Wolfgang Kaschuba, Levi Salomon und Micha Brumlik miteinander ins Gespräch kamen, widmete sich der Frage nach der ideologischen Verortung der Neuen Rechten. Die Veranstaltung bezeichnete den Auftakt einer Reihe, die vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e. V. im Rahmen des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung und das Land Berlin, zum Thema Rechtspopulismus und Rassismus durchgeführt wird.

Ich bin kein Rassist, aber ...“ Ein Satz, der so beginnt, endet üblicherweise in einem Ressentiment. Dennoch scheint diese opportune Selbstpositionierung seit einiger Zeit zum Motto einer neuen

Massenbewegung avanciert zu sein. Die politische Stimmung der letzten Monate in Deutschland war geprägt von sich vielseitig artikulierenden „Sorgen und Ängsten“, bisweilen auch Wut. Diese bezogen sich zu großen Teilen auf die Position Deutschlands im Diskurs um Geflüchtete, die in der Bundesrepublik Aufnahme und Schutz suchen. In diesem Klima affektiver Unzufriedenheit etablierten sich zunehmend rechtspopulistische Bewegungen, Gruppen und Zusammenschlüsse, zu deren populärsten die verschiedenen „Gidas“ (Pegida, BärGida, Pogida ...) zählen. Mit dem selbsterteilten Auftrag, die „Islamisierung des Abendlandes“ zu verhindern, das „deutsche Volk“ vor „Überfremdung“ und deutsche Frauen vor „Schändung“ zu bewahren, formieren sich in den rechtspopulistischen Bewegungen Menschen unterschiedlichster Couleur. Dennoch besteht ein Großteil der Anhänger_innen dieser Bewegungen darauf, nicht rassistisch zu sein und grenzt sich bewusst von Nationalsozialisten und Neonazis ab. Dies obschon personelle wie inhaltliche Überschneidungen zur rechtsextremen Kreisen und Gruppen bestehen. In „Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft“ stellt Michael Brumlik fest, dass neu-rechtes Denken sich vor allem durch kulturalistisch gedeutete Homo_genität, Politisierung des Raumes sowie Wiederverzauberung gesellschaftlicher Funktionen“ auszeichnet. Basierend auf dem Mythos der Nicht-Übersetzbarkeit verschiedener, in sich geschlossener Kulturen bleibt eine der wichtigsten Forderungen der neu-rechten Bewegungen daher jene, nach einer Abschottung Deutschlands vor all jenen, die als „kulturfremd“ wahrgenommen werden.

In Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) gingen die Diskutant_innen den Fragen nach, auf welche Denkrichtungen sich diese neu-rechten Bewegungen stützen, welche Widersprüche und Gemeinsamkeiten darin zutage treten und in welchem Verhältnis diesbezüglich Selbstbild und Außenwirkung stehen.

Sabine Kunst, die Präsidentin der Humboldt Universität, eröffnete den Abend mit sehr deutlichen, aber auch hoffnungsvollen Worten. Zunächst wies sie auf die zentrale Rolle hin, die Universitäten in gesellschaftlichen Prozessen spielen und gespielt haben. Denn dort vollzögen sich Umbrüche und Einschnitte sowohl progressiver als auch antiemanzipatorischer Art.

Mit Sorge sei zu beobachten, wie der Diskurs um die Zuwanderung geflüchteter Menschen nach Deutschland von rechten und rechtspopulistischen Strömungen rassistisch instrumentalisiert werde und ihre Ressentiments leider bei großen Teilen unserer Gesellschaft auf Anklang stoßen.

Der überwiegende Teil der Deutschen, so dürfe man nicht vergessen, zeige sich den ankommenden Menschen gegenüber jedoch hilfsbereit und aufgeschlossen. In diesem Zusammenhang wies Frau Kunst auf die große Unterstützung hin, die auch im universitären Rahmen, Geflüchteten entgegengebracht wird. Insbesondere freute sie sich zu berichten, dass es, mithilfe des Auswärtigen Amtes, der Humboldt Universität möglich war, Stipendien an Geflüchtete aus Syrien und der Türkei zu vergeben, um zu gewährleisten, dass sie ihre wissenschaftliche Arbeit, die sie in ihren Heimatländern unterbrechen mussten, in Deutschland fortsetzen können.

Solcherlei Hilfsangebote gäbe es zahlreich, deutschlandweit, weshalb Frau Kunst durchaus dazu tendiere, „das Glas halbvoll zu sehen“. Es sei, daran anschließend, wichtig, diesen Menschen und Strukturen eine Plattform zu bieten, um ihre Arbeit zu unterstützen und zu würdigen.

„Damit machen wir all den Zögernden Mut. Wir zeigen, dass eine Integration möglich ist und positive Effekte hat.“

Diesem Appell schloss sich Lala Süsskind, die Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e. V. gerne an. Auf den Titel der Veranstaltung beziehend, verwies sie auf die politische Agenda neu-rechter Bewegungen, um festzustellen, dass wir alle gefragt seien, wenn es darum gehe, dieser Ressentiment-beladenen, antidemokratischen Haltung

etwas entgegen zu setzen. Ihr Grußwort schloss sie in diesem Sinne, auf den berühmten Appell Karl Marx's bezugnehmend, der den Treppenaufgang des Universitätsgebäudes schmückt:
„Denn es kommt nicht nur darauf an, die Welt zu interpretieren, es kommt darauf an, sie zu ändern.“
Von der über 2000-jährigen Geschichte des Deutschen Volkes und anderen Mythen
Wie richtig Frau Süßkind mit dieser Feststellung liegt, wird durch den anschließenden Videobeitrag des Jüdischen Forums nur unterstrichen. Ein Zusammenschnitt aus dem Material, dass von Mitarbeiter_innen des JFDA auf Kundgebungen und Demonstrationen der Alternative für Deutschland (AfD) und der Identitären Bewegung erhoben wurde, lässt erahnen, welch gefährliches Potential in diesen neu-rechten Strömungen steckt.

Thorsten Weiß, der Landesvorsitzende der Jungen Alternative Berlin gibt sich in diesem Beitrag zutiefst besorgt darüber, dass „wir“ dabei sind, „das Erbe unserer Vorfahren“, das seiner Einschätzung nach mindestens 2000 Jahre alt ist, „für eine Handvoll Zauberbohnen zu verspielen“. Diese, historisch schlicht falsche Mystifizierung deutscher Geschichte nutzte Levi Salomon, der Sprecher des Jüdischen Forums, der als Moderator durch den Abend führte, als Einstieg in die Diskussion. An Wolfgang Kaschuba, den Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BMI) richtete er die provokant-satirische Frage, ob „wir“ als Kulturnation nach 2000 Jahren nun zu verschwinden drohen, woraufhin dieser ebenso süffisant mit einem klaren Jein antwortete.

Denn ethnologisch wie historisch, so stellt Herr Kabuscha klar, existiert dieser Begriff eines deutschen Volkes maximal seit 200 Jahren. Für die Identität und politische Agenda neu-rechter Bewegungen, sei er jedoch von zentraler Bedeutung. Denn die von ihnen vielbeschworene deutsche Kultur definiere sich nicht nur über Sprache, sondern durch eine Mischung aus Genpool, also Abstammungsgemeinschaft und Kulturpool, der sich über die Abgrenzung zu all dem geriert, was als fremd stilisiert wird. Diese „Ikonographie des Fremden“, wie Kaschuba sie nennt, habe sich im letzten Jahrhundert kaum verändert.

„Im Grunde genommen bleibt der Grundgedanke gleich, dass hier eine Volksgemeinschaft in eine Bedrängnisrolle, in eine Opferrolle kommt, aus der sie das Recht auf Gegenwehr bezieht.“
Dadurch, dass Rechtspopulismus in vielen europäischen Ländern wieder hoffähig gemacht worden sei, besinnen sich die Menschen allerorten wieder auf ihr Volk und ermöglichen so der Neuen Rechten, sich als „Advokaten der gerechten Sache“ zu inszenieren, die ihre Volksgemeinschaft verteidigen. „Es ist der Versuch, die große heroische Geste wieder zu installieren, wo die Gänsehaut auf den Armen wieder erscheint, wenn die Nationalhymne gesungen wird.“

Die Identitäre Bewegung greift diese Sehnsucht nach völkischem Heldentum auch in dem Symbol auf, mit dem sie ihre Fahnen schmücken, dem griechischen Lambda, durch das sie sich mit der spartanischen Armee und ihrem Befreiungskampf assoziieren. Micha Brumlik, Advisor am Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, appelliert daher an alle jene, die es als politisches Mittel erwägen, gegen die Identitären auf der Straße vorzugehen, dieses zu überdenken. Denn damit sei diesen noch ein Gefallen getan.

Das ideologische Fundament neu-rechter Bewegungen

An den Titel der Veranstaltung anknüpfend weist Brumlik ferner daraufhin, dass es sich als müßig erweist, Anhänger_innen neu-rechter Bewegungen als Rassist_innen zu entlarven. Argumentierten diese doch, dass alle Völker, als in sich geschlossene Einheiten, gleichwertig seien und demnach koexistieren können. Jedoch unter der entscheidenden Bedingung, dass sie sich nicht vermischen sollen. Dieser Ethnopluralismus sei ein entscheidender Bestandteil neu-rechter Weltanschauung. Grundsätzlich könne die Neue Rechte, laut Brumlik, auf einige wesentliche Gesichtspunkte gebracht

werden: Einen moderaten Antikapitalismus, der zwar nichts gegen das nationale, dafür jedoch umso mehr gegen das internationale, insbesondere das amerikanische Kapital einzuwenden hat.
Ein Bekenntnis zur emphatischen und ökologischen Verantwortung.
Ein Bekenntnis zu wesentlichen Elementen linker Kulturkritik, die unter anderem dem Begriff der Kulturindustrie nach Theodor W. Adorno und Max Horkheimer entlehnt sind.

Neu-Rechte Politik im digitalen Zeitalter

Inhaltlich neu ist dies nicht, jedoch konnten sich einzelne Positionen und Forderungen bis vor kurzem als Partikularinteressen in der politischen Landschaft kaum durchsetzen. Dies habe sich, so führt Julia Schramm, die für die Amadeu-Antonio-Stiftung als Referentin und Publizistin vor allem im Bereich der "Hate Speech" forscht, durch die Möglichkeit der virtuellen Vernetzung im Internet, grundlegend verändert. „Da kommen auf einmal politische Strategien und Absichten aus unterschiedlichen Ecken zusammen.“

Auch Interessensgemeinschaften, die zuvor nicht genuin dem rechten Spektrum zugerechnet wurden, gehen jetzt im Netzwerk der Neuen Rechten auf. Das verbindende Element bzw. den Bezugsrahmen bilde auch hier das Volk, in dem sich die Einzelpositionen virtuell bündeln lassen. Während sich bislang rechte Aktivitäten im Netz vor allem dem Abwehrkampf widmeten, habe sich der Diskurs mittlerweile drastisch verschoben. Gegenwärtig gehe es konkret um den Umsturz des Staates so Schramm: „Da entwickelt sich eine neue Schlagkraft, die auch völlig postfaktisch ist und sich komplett darauf konzentriert, die Institution in die eigenen Hände zu bringen.“

Diese Praxis der politischen Machtübernahme, so knüpft Brumlik an, greife ebenfalls linke Strategien auf. Konkret bezögen sich Neu-Rechte gerne auf Antonio Gramsci, einen italienischen Kommunisten, der von den Faschisten umgebracht wurde und zuvor die Theorie der kulturellen Hegemonie entwickelt hat. Diese besagt, dass, wenn man es schaffe, die Kultur den eigenen Ansprüchen gemäß zu überformen, die politische Machtübernahme folge. Brumlik warnt daher: „Man darf diese Leute nicht unterschätzen. Die wissen sehr genau, was sie tun.“ Frau Schramm weist darauf hin, dass die breite digitale Vernetzung die Leute zunehmend ermutige, sich auszuprobieren, indem sie sich nicht nur im Netz menschen- und verfassungsfeindlich äußern, sondern im realen Raum aktiv werden. So werde getestet, wie weit man gehen könne. In diesem Zusammenhang moniert Schramm die bisweilen zögerliche Gegenwehr, mit der rechte Aktivitäten konfrontiert werden und sieht hier die Gefahr, dass die Bereitschaft zur Gewalt weiter wächst.

Diese Befürchtung teilt Wolfgang Kaschuba. Gewalt und Übergriffe, ob virtuell oder auf der Straße, verbal oder physisch, werden an den Punkten ausgeübt, an denen mit wenig Gegenwehr zu rechnen sei. Deshalb seien Geflüchtetenunterkünfte beliebte Angriffsziele, da die „Flüchtlingsfrage“ in Deutschland nicht entschieden sei. „Die Rechten versuchen immer die Bruchstellen zu finden innerhalb der Gesellschaft und für diese Bruchstelle wird im Moment die Flüchtlingsfrage hingehalten, weil sie kulturelle und religiöse Fremdheit anbietet.“

An dieser Stelle sei auch die Politik gefragt. Kaschuba warnt, dass wenn wir es nicht schafften, die „Ikonographie des Fremden“ als sprachliche Bilder, aus dem öffentlichen Diskurs herauszuhalten, sich die Legitimitätsgrenzen dessen, was gesagt und letztlich getan werden darf, immer weiter nach rechts verschoben. Man müsse eine klare Grenze ziehen, die, basierend auf humanistischen Prinzipien, klar definiert, was nicht mehr sagbar sein darf.

Brumlik weist darauf hin, dass die Popularität rechter Bewegungen ursächlich jedoch nicht auf die (Re)Produktion reaktionärer Bilder zurückzuführen, sondern ein Resultat des in den letzten 20 Jahren sukzessive abgebauten, sich vormals als fürsorglich gerierenden Sozialstaates sei. Jene, die sich heute von diesem allein gelassen fühlten, liefen in die weit geöffneten Arme der nationalen Gemeinschaft. Hier gehe es um tiefgreifende gesellschaftliche Probleme, die auch durch eine adäquate mediale Berichterstattung aktueller politischer Geschehnisse, in der keine Ressentiments bedient werden, gelöst werden könnten.

Widersprüche und Ungereimtheiten

Immer wieder fallen in Bezug auf neu-rechte Bewegungen paradoxe Konstellationen und widersprüchliche Inhalte auf. Beispielhaft werden von Julia Schramm neu-rechte Jüdinnen und Juden, Schwule und Lesben oder Migrant_innen genannt.

Sie verweist auf den pluralistischen Grundsatz moderner Gesellschaften, an dessen Prinzip auch der Ethnopluralismus anknüpft. In der warenförmigen Gesellschaft stehen sich alle Dinge zunächst der Idee nach gleichwertig gegenüber, können miteinander kombiniert werden. Die Sehnsucht, die sich im völkischen Nationalismus Bahn breche, sei jene, dieser Entfremdung, im Sinne Marx' durch reaktionäre Mittel und Vorstellungen zu entgehen. Zentralisiert werde diese Sehnsucht im Begriff der Heimat als universellem Glücksversprechen.

Wenn also beispielsweise Akif Pirinçci, ein türkischstämmiger Publizist, sich durch seine AfD-Nähe, sowie seine islamfeindlichen, homophoben, antifeministischen und generell menschenfeindlichen Ausfälle im Zuge rechter Mobilmachung hervortut, ist er damit in gewisser Weise, so Schramm, erfolgreich. Das bedeutet, er wirbt durch seine öffentliche Positionierung, oberflächlich erfolgreich, in rechten Kreisen um Ansehen und Anerkennung, grenzt sich dadurch von jenen ab, die im rechten Sinne die Fremdartigen sind.

Auch der verschwörungsideologische Gehalt neu-rechter Ideologie wirkt sich begünstigend auf die Möglichkeit aus, widersprüchlich Identitäten und Positionen miteinander zu vereinen. Dabei scheuen sie sich nicht, wie Julia Schramm mehrfach betont, postfaktisch vorzugehen, also bisweilen ihr Mobilisierungspotential auf einem Geflecht aus faktischen Unwahrheiten aufzubauen.

Diese verschwörungstheoretische Basis bildet ebenfalls den Nährboden für antisemitische Inhalte, so Brumlik.

Was tun?

Eine knappe wie schwerwiegende Frage, die Levi Salomon zum Abschluss der lebhaften Diskussion an alle drei Podiumsgäste richtet, beginnend mit Micha Brumlik.

„Sich erst mal kundig machen.“ Und wann immer sich die Gelegenheit ergebe, mit Freunden, Familienmitgliedern, Kollegen etc. die rechten Ansichten vertreten diskutieren, verstehen, was sie bewegt und sie mit besseren Argumenten widerlegen.

Julia Schramm, die davon ausgeht, dass uns noch wesentlich düstere Zeiten bevorstehen, hält die von Brumlik vorgeschlagene Form der informellen Bildung ebenfalls für einen Gewinn, wo immer sie Blüten trägt. Allerdings weist sie auch darauf hin, dass Bildung an ihre Grenzen stoßen kann, insbesondere, da das Erstarken neu-rechter Bewegungen bisher oft unterschätzt werde. Ihr daraus folgender Appell ist, dass wir alle uns kollektiv organisieren sollten, um, möglichst breit aufgestellt, etwas gegen rechte Bewegungen zu tun.

Wolfgang Kaschuba, der letzte in der Runde, möchte die Veranstaltung etwas optimistischer beschließen. Immerhin könne man noch diskutieren, wenigstens gebe es noch verschiedene

Positionen, die gegeneinander stehen. Wichtig sei es nun, Kontakt zu erhalten oder herzustellen, Konfrontationen herbeizuführen und neue Bilder zu produzieren.

„Wir reden so lange schlecht über jemanden, wie wir ihn nicht kennen.“

Über die Podiumsdiskussion berichtete auch der Deutschlandfunk:

Cornelius Wüllenkemper: „*Ich bin kein Rassist, aber...*“. Die „*Neue Rechte*“ und ihre Argumente, abrufbar unter:

http://www.deutschlandfunk.de/die-neue-rechte-und-ihre-argumente-ich-bin-kein-rassist-aber.691.de.html?dram:article_id=359919

Lernwerkstatt an der Gail S. Halvorsen Sekundarschule in Berlin-Dahlem

13. Juli 2016

Am 13. Juli besuchte die Lernwerkstatt des Projektes „Rassismus in der Mitte treffen“ die Gail S. Halvorsen Sekundarschule in Dahlem und traf dort auf sehr aufgeweckte Schüler_innen.

Am lauen Sommertag erschien Rassismus und Kriminalität in dem idyllisch, ländlich-anmutenden „Dahlem Dorf“ sehr fern. Auch die Schüler_innen der 10. Klasse der Gail S. Halvorsen Sekundarschule, schienen zunächst wenig Erfahrung mit Rassismus gemacht zu haben. Erst nach und nach erzählten Schüler_innen mit Migrationshintergrund von Erlebnissen mit Vorurteilen. Besucht wurde die Klasse von unserem interreligiösen Team mit Levi Salomon, dem Sprecher des Jüdischen Forums, Ilker Duyan, muslimischer Vertreter des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB), sowie Grischa Stanjek und Charlotte Struck, Bildungsreferenten des Jüdischen Forums.

Nach einer anfänglichen Kennlernphase mit Namensspiel, regte das Thema Vorurteile die Schüler_innen nicht nur an Vorurteile zu erkennen, sondern auch von eigenen Erlebnissen zu erzählen. Ein Schüler mit serbischen Eltern, erzählte wie die Wohngegend Einfluss auf sein Verhalten nahmen: in Neukölln benutze er, beeinflusst von seiner Umgebung, eine viel derbere Sprache. In Dahlem hingegen merkte er selbst, wie sich seine Wortwahl veränderte, und er sich schnell in die neue Umgebung integrierte. Vorurteilen begegnete er jedoch in beiden Stadtteilen. Hieran wird nicht nur deutlich, wie viel Einfluss die Umgebung auf die Entwicklung eines Menschen hat, sondern auch, dass Faktoren wie Hautfarbe überall eine Rolle im Umgang mit Menschen spielen können. Für einen anderen Schüler mit einem türkischen Elternteil, schien es zum Alltag zu gehören mit Vorurteilen konfrontiert zu sein. Er selbst gibt jedoch an, dass es ihn nicht störe und er über idiotische Sprüche hinwegsehe. Er scheint ein gutes Selbstbewusstsein zu besitzen und Unterstützung von seinen Freunden zu bekommen. Dennoch sollte niemand wegen seiner Herkunft oder Hautfarbe diskriminiert werden – ein Ziel, welches durch viel Aufklärungsarbeit an Schulen erreicht werden soll und dem wir mit unserer Lernwerkstatt versuchen näher zu kommen.

Im zweiten Teil unserer Lernwerkstatt kamen wir zu einem, für die Schüler_innen komplett neuem, Thema: Die Neue Rechte und aktuelle Erscheinungsformen von Rassismus. Im Rahmen einer Gruppenarbeit und anhand von Videomaterial zu der neurechten „Identitären Bewegung“, erarbeiteten die Schüler_innen, warum die Neue Rechte rassistisch ist, ohne das Wort „Rasse“ zu verwenden. Begriffe wie „Kulturnation“, die die Schüler_innen aus den Medien kannten, und zunächst harmlos erscheinen, wurden in ihrem rassistischen Kern entlarvt. Ein Schüler dazu „Ich versteh‘s auch allgemein garnicht mit dem Rassismus – diese ganzen Pegida-Idioten, warum die sich auf die Straße stellen und ‚Wir sind das Volk!‘ brüllen. Das ist doch lächerlich. Die sollen sich mal

alle entspannen, die haben doch alle genug Geld, denen klaut doch niemand was.“

Im letzten Teil der Lernwerkstatt, setzten die Schüler_innen mit selbstgestalteten Plakaten klare Zeichen gegen Rassismus. Eine Schülergruppe gestaltete in ihrem Plakat die Metapher „Bomben gegen Rassismus“ aus – eine Bombe, die statt Tod und Unglück, etwas Gutes bringt und für eine rassismusfreie Welt sorgt. Ähnlich wie der Namensgeber der Schule, der auch mit seinen „Bomben“ etwas Gutes tat: Gail S. Halvorsen, auch als „Rosinenbomber“ bekannt, warf nach dem Zweiten Weltkrieg, kleine Fallschirme mit Süßigkeiten für Berliner Kinder ab.

Interaktiver Workshop mit Plakaten an der Gail S. Halvorsen Sekundarschule

In einer die Lernwerkstatt abschließenden Veranstaltung wurden am 14. Dezember 2016 die Plakate der 10. Klasse der Gail S. Halvorsen Sekundarschule zwei Jahrgängen der Sekundarstufe und ihren Lehrkräften vorgestellt. Die Veranstaltung bestand aus einer Einführung in die Thematik Geschichte des Rassismus. Dabei wurden Aspekte des deutschen Kolonialismus und Nationalsozialismus erklärt und diskutiert. Daraufhin begleitete das interkulturelle Team des JFDA die Schüler_innen bei einer interaktiven Auseinandersetzung mit dem Thema anhand der Plakate. Die Veranstaltung regte die Schüler_innen dazu an, sich mit eigenen Erfahrungen von rassistischer Gewalt, Vorurteilen und Diskriminierungen in ihrem Schulalltag auseinander zu setzen.

Ein Schüler reflektiert, dass er einen Mitschüler aufgrund seiner Hautfarbe diskriminiert hatte, sich aber anschließend entschuldigt hat. Ein anderer wendete ein, dass ein anderer Mitschüler aufgrund seiner Hautfarbe körperlich angegriffen wurde und er nicht eingegriffen hatte. Er resümiert, dass er heute eingreifen und sich für den Betroffenen verbal einsetzen würde. Eine Schülerin, die sich als muslimisch definiert, meinte: „Viele Leute haben Angst vor Muslimen ohne dass sie einen Moslem kennen. Es hat mich zum Beispiel einmal jemand aufgrund meiner Kette mit islamischen Symbol angeguckt und abwertend den Kopf geschüttelt. Das habe ich aber nicht beachtet, denn ich muss mich nicht dafür rechtfertigen was für einen Glauben ich habe und wie ich ihn lebe.“ Mit Blick auf ein Plakat, dass die Aussage „Alle Menschen sind gleich“ zeigt, resümiert sie: „Ich finde, dass alle Menschen den gleichen Wert haben, egal ob schwarz, weiß, Christen, Juden oder Moslem jeder muss so akzeptiert werden wie er oder sie ist. Nur wenn jemand rassistisch ist, das kann ich nicht akzeptieren.“

Lernwerkstatt an der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit

21. Juli 2016

Am 18. Juli besuchte unser Team die Reformpädagogische Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule, um mit den Schüler_innen über Rassismus, Vorurteile und Neue Rechte Bewegungen zu sprechen.

Mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule, hängt der Erfolg der Schüler_innen weit weniger stark davon ab, welche soziale Herkunft die Schüler_innen haben als an anderen Schulen. Die Idee ist, dass Kinder von der ersten Klasse bis zum Abschluss in der zehnten oder 13. Klasse zusammenbleiben und gemeinsam lernen. Sie werden nicht nach Leistungsstärke in Lerngruppen oder Schulformen getrennt. Jedes Kind soll in der Klasse individuell gefördert werden – egal wie intelligent es ist, egal wie arm oder reich, gebildet oder ungebildet seine Eltern sind. Somit waren auch die 20 Schüler_innen der Lernwerkstatt auf unterschiedlichen Bildungsniveaus. Das Thema

Rassismus wurde bis dato kaum behandelt und selbst beim Thema Vorurteile schienen viele zunächst nicht zu wissen, was ein Vorurteil ist oder trauten sich nicht etwas Negatives über eine Menschengruppe zu sagen. Ein Schüler erzählte in der Pause, dass er auf einer anderen Schule von drei Schülern, zusammengeschlagen wurde, als er im Unterricht Vorurteile gegenüber Muslimen äußerte, welche die anderen Schüler für seine eigenen hielten und sich angegriffen fühlten. Die Gehemmtheit etwas Falsches zu sagen und auch eine gewisse Schüchternheit lag bei den Schüler_innen der Heinrich von Stephan Schule in der Luft.

Erst nach dem „Ausgrenzungsspiel“ und dem anschließenden Auswertungsgespräch, begannen die Schüler_innen über eigene Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung zu erzählen. Ein Schüler berichtet davon, wie er selbst ausgegrenzt wird, wenn er mit bestimmten Erwachsenen zusammen ist, welche ihn wie im Spiel, schon mal komplett ignorieren. Während hier eindeutig ein Generationskonflikt herrscht, ist die Erfahrung einer anderen Schülerin bulgarischer Herkunft, dem institutionellen Rassismus zuzuordnen: Ihr Vater hatte versucht in einem O2-Shop einen Internet-Vertrag abzuschließen und diesen nicht bekommen. Auch hatte die Familie schon Probleme bei der Wohnungssuche aufgrund ihres bulgarischen Namens. Ein weiterer Schüler, dessen Eltern aus Thailand kommen, erzählte, dass er oft „Reisesser“ genannt wird. Auch wenn er selbst behauptet, es störe ihn nicht, ist es eine klassische Form von Alltagsrassismus, da ihm aufgrund seines asiatischen Aussehens, Eigenschaften zugeschrieben werden, die nichts mit der Realität zu tun haben – Zuhause gibt es nur deutsches Essen. Wie hier zu erkennen ist, muss ein Vorurteil nicht immer negativ sein. Einer Gruppe zugeschriebene Eigenschaften können auch positiv sein, wie beispielsweise „Schwarze können gut singen“ – körperliche Merkmale werden auch hier mit Charakterzügen verknüpft und sind daher ebenso rassistisch. Auch wenn in der Schule versucht wird darauf zu achten, dass keiner ausgeschlossen wird und Integration oberste Priorität hat, wirken Freunde, Familien und Medien auf die Bildung von Vorurteilen ein. Auch wenn die Schüler_innen zu Beginn keine Vorurteile zu kennen schienen, wurde im Laufe der Lernwerkstatt klar, dass sie nicht frei davon sind.

Um die Schüler_innen auch für aktuelle Erscheinungsformen von Rassismus zu sensibilisieren, wurde der Begriff „Rassismus ohne Rasse“ anhand der neurechten „Identitären Bewegung“ behandelt. Die Schüler_innen erarbeiteten selbst aus Textauszügen der Selbstbeschreibung der Identitären, warum das Konzept des „Ethnopluralismus“ rassistisch und ausländerfeindlich ist. Ein Schüler beschrieb die Identitären als „Nazis“, die „Angst vor Veränderung und anderen Kulturen“ haben. Auch wenn sich die Identitären von Nazis abzugrenzen versuchen, wird der Begriff „Rasse“ mit „Kultur“ ersetzt, um das Konzept salonfähig zu machen.

Im letzten Teil gestalteten die Schüler_innen mit viel Eifer Collagen zum Thema Rassismus. Sie waren sich einig, dass jeder Mensch, egal welche Hautfarbe, gleichbehandelt werden sollten: „Rassismus ist nicht toll. Man kann keine Menschen diskriminieren wegen ihres Aussehens.“ Auch das Thema Flüchtlinge und „Multi-Kulti“ wurde aufgegriffen und in einer Gruppe kreativ umgesetzt. Sie schnitten das Plakat in Herzform mit den Deutschlandfarben als Rand und fügten in die Mitte des Herzes Fahnen von weiteren Nationalitäten wie beispielsweise Türkei und Griechenland. „Deutschland öffnet sein Herz für alle Nationen, Kulturen und Flüchtlinge“, so eine Schülerin.

Plakatausstellung an der Heinrich-von-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit

14. November 2016

Wo treffen wir auf Rassismen und Vorurteile in unserem eigenen Leben? Und was für Vorurteile über bestimmte Menschengruppen hegen wir möglicherweise selber? Diesen und ähnlichen Fragen

nähert sich die 9. und 10. Klasse der Heinrich-von-Stephan Reformpädagogischen Gesamtschule in spielerischer Weise mit dem interkulturell-interreligiöse Team des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. im Rahmen einer Plakatausstellung am 13. Oktober. Die Plakatausstellung schließt eine Lernwerkstatt ab, die im Juli durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Lernwerkstatt wurden Collagen zum Thema Rassismus erstellt, die im Rahmen der Plakatausstellung präsentiert wurden. Die Plakate wurden von Schüler_innen und Besucher_innen lebhaft diskutiert. Dabei standen Themen wie der Umgang mit Flüchtlingen im Mittelpunkt aber auch Diskriminierungen gegenüber andere Menschengruppen oder Homophobie wurden angesprochen. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch ein interaktives Spiel zum Thema Stereotype, welches den Schüler_innen die Möglichkeit gab, sich ganz persönlich mit dem Thema Diskriminierung auseinander zu setzen. Dabei berichteten Schüler_innen dass ihnen Vorurteile gegenüber Menschen mit einem polnischen Hintergrund bekannt seien und manche berichteten auch über ihre Erfahrung als Mädchen oder wegen ihres sozialen Hintergrundes diskriminiert worden zu sein. Innerhalb der anschließenden Diskussionsrunde wurden Vorurteile die den Schüler_innen in ihrem Alltag begegnet diskutiert und so eine Empathie für die Erfahrungen der oder des Anderen hergestellt. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit bestimmten Vorurteilen, reflektierte ein Schüler, dass er verstehen könnte, dass die Aussage „Frauen gehören in die Küche“ für Betroffene „nicht toll sei, denn er hätte auch keine Lust die ganze Zeit kochen zu müssen“. Ein anderer Schüler diskutierte das kulturrassistische Vorurteil „alle Polen würden stehlen“ und resümiert, dass selbst wenn eine Person, die zufällig einen polnischen Hintergrund hatte, etwas gestohlen hat, heißt das noch lange nicht, dass alle Polinnen oder Polen stehlen würden. Als Handlungsanweisung wie mit solchen Vorurteilen und Diskriminierungen umzugehen ist, schlägt ein Schüler vor: „ich würde einem Vorurteil entgegentreten und sagen, dass nicht alle Leute gleich sind. Nicht jeder ist dumm, weil er einer bestimmten Gruppe angehört. Und bloß, weil einer mal etwas falsch macht, heißt das nicht, dass eine ganze Gruppe abzuwerten ist.“

Podiumsdiskussion “Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben” Querfront als Strategie der neuen Rechten

13. September 2016

In Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung fand am 13. September die Veranstaltung “Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben” Querfront als Strategie der neuen Rechten im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe in der Reihe „Aktuelle Erscheinungsformen rechter Bewegungen in Deutschland“ statt.

Die Sachverständigen waren Samuel Salzborn, Politologe an der Georg-August-Universität Göttingen, der Journalist Patrick Gensing, Jan Rathje, Referent der Amadeu Antonio Stiftung, Melanie Hermann, referentin des Jüdischen Forums. Das Grußwort sprachen Lala Süsskind und Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung.

Das Gesprächsthema umfasste die Erscheinungsformen aktueller Querfront-Zusammenschlüsse, die bis vor wenigen Jahren noch zu den politischen Auslaufmodellen zu zählen schienen, neuerdings aber öffentlichen Schulterchluss zwischen vermeintlich unvereinbaren politischen Strömungen und Akteur_innen eine Renaissance erfahren. Seite an Seite demonstrieren Rechtsextreme mit linken Friedensbewegten wahlweise gegen den Einfluss der USA, die NATO oder für eine Annäherung an Russland. In antisemitisch-verschwörungsideologischer Manier werden klare Feindbilder geschaffen und wahnhaft gegen “die Elite”, den “globalen Finanzkapitalismus” oder explizit gegen eine “jüdische Weltverschwörung” agitiert.

Unter dem Motto „Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben“ werden angesichts gemeinsamer politischer Bestrebungen die Links-Rechts-Dichotomie zwischen Akteur_innen nivelliert bzw. negiert und eine völkische Gemeinschaft suggeriert werden, die sich gegen “böse Mächte” verteidigen müsse. Eine Vielzahl neuer Online- und Print-Medien stellen dabei den (zum Teil erfolgreichen) Versuch dar, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, um sich – unabhängig von der durch “die Eliten” gesteuerten “Lügenpresse” – auszutauschen, zu vernetzen und “die Wahrheit” ungehindert verbreiten zu können.

Doch nicht erst durch die “Mahnwachen für den Frieden” wurden Brücken geschlagen: linke Antiimperialist_innen, Rechtsextreme und Islamist_innen trafen sich bereits zuvor auf der Straße – um gemeinsam gegen Israel zu demonstrieren...

Es scheint, dass die Hemmungen der jeweiligen Protagonist_innen zunehmend schwinden, zu derlei Koalitionen nicht nur offen zu stehen, sondern sie auch bewusst herbeizuführen.

Soweit, so verwirrend. Diskutiert wurden unter anderem die Fragen:

Ist zum Verständnis bzw. zur Erörterung dieses Phänomens der Begriff der Querfront überhaupt zielführend? Handelt es sich dabei lediglich um eine Anpassungsstrategie, die den agierenden Personen und Gruppierungen zu gesellschaftlicher Akzeptanz und politischer Reichweite verhelfen soll? Oder ist es vielmehr so, dass der verschwörungsideologische bis antisemitische Zugang zu gesellschaftlichen Prozessen eine schon lange bestehende ideologische Schnittmenge darstellt und die Kolporteurs von links bis rechts mal wieder dazu bereit sind, identitäre Hemmnisse zu überwinden?

Podiumsdiskussion „Welcome, or not Welcome?“ – Die Instrumentalisierung des Flüchtlingsdiskurses in rechtspopulistischen Bewegungen und ihre Auswirkungen

12. Dezember 2016

Am 12. Dezember 2016 führte das JFDA in Kooperation mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung die dritte und letzte Veranstaltung in der Reihe „Aktuelle Erscheinungsformen rechter Bewegungen in Deutschland“ im Rahmen des Projektes “Rassismus in der Mitte treffen” durch.

Die Podiumsdiskussion setzte sich aus Redner_innen der Wissenschaft, Politik, den Medien und Flüchtlingsbeauftragten zusammen. Zu Gast waren Aziz Said, Flüchtlingsbeauftragter der Zentralvereinigung Assyrischer Vereinigungen in Deutschland, Katina Schubert, Sprecherin für die Themen Arbeit und Flüchtlingspolitik Die Linke im Abgeordnetenhaus Berlin, Frank Jansen, Journalist des Tagesspiegels zum Themengebiet Rechtsextremismus und Islamismus, Reinhard Fischer, Islamwissenschaftler und Referent der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Die Grußworte sprachen Lala Süsskind und Thomas Gil, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Die Moderation übernahm Kathrin Haurand, die Projektleiterin des des Projektes “Rassismus in der Mitte treffen”.

Diskutiert wurden die im Kontext der derzeit andauernden weltweiten Flüchtlingskrise angestiegenen fremdenfeindlichen Ressentiments und die Popularität rechter Strömungen. Neue Rechte erhöhen ihre Anziehungskraft durch Begriffen wie „Identität“ und „Widerstand“ und nutzen diese Ideen insbesondere in Abgrenzung zum Islam, den Geflohenen und der Migrationspolitik. Debattiert wurden auch die Ergebnisse der neuesten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland. Diese zeigt, dass die Zustimmung zu Vorurteilen gegenüber

asylsuchenden Menschen von 44% in 2014 auf 50% in 2016 anstieg. Angriffe auf Geflohene und Flüchtlingsunterkünfte sind im letzten Jahr rasant gestiegen. Die Täter kommen oft ungestraft davon. Gleichzeitig findet eine zunehmende strukturelle und institutionelle Ausgrenzung von Geflohenen statt. Es wurden in diesem Zusammenhang die Fragen beantwortet: Was ist die Spezifität der neuen rechten Bewegung? Wie hat sich die Situation für Geflohene in Deutschland seit dem Erstarren rechtspopulistischer Bewegungen verändert? Welche Handlungsperspektiven lassen sich zusammen mit Geflohenen erarbeiten um diesem Trend entgegenzuwirken?

„Vorsicht Verschwörung!“

Das primäre Anliegen des Projektes „Vorsicht Verschwörung!“ ist die politische Bildung und Aufklärung sowie die Stärkung demokratischer Prozesse. Dazu wird das Material genutzt, das wir durch Recherche und Feldbeobachtung erheben und auswerten und mit Hilfe von Expert_innen didaktisch aufarbeiten.

Das Jüdische Forum führt bereits seit 2008 ein tägliches Monitoring rassistischer, antisemitischer, homophober und (seit 2016) auch sexistischer Vorfälle durch und untersucht rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen anhand einer multimedialen Feldbeobachtung. Für „Vorsicht Verschwörung!“ wird der Fokus des Monitorings und der multimedialen Feldbeobachtungen auf die verschwörungsideologischen Inhalte neu-rechter Bewegungen und Gruppen zugespitzt.

Das gesammelte Material wird auf die Divergenz zwischen bürgerlicher Selbstdarstellung und den kolportierten, rassistischen, antisemitischen, verschwörungsideologischen und antidemokratischen Inhalten hin untersucht. Dazu gehen wir der Frage auf den Grund, ob sich bei vielen jener neu-rechten Bewegungen, Verbände oder Gruppen, die sich einen betont bürgerlichen Anstrich gegeben wollen, bei genauerer Betrachtung, Positionen, Symbole und Netzwerke zutage treten, die Ressentiments bedienen und bisweilen sogar rechtsextremes Gedankengut in sich tragen. Entscheidend ist hier, den Zusammenhang zwischen den in bürgerlicher Lesart verfassten Positionierungen und dem teilweise offen zur Schau gestellten Ressentiment zu verdeutlichen. Zudem können durch die Aufnahme von Videomaterial personelle Überschneidungen bis in die rechtsextreme Szene hinein aufgedeckt und nachgewiesen werden. So ist es möglich, die Öffentlichkeit sowohl auf den verschwörungsideologischen Gehalt als auch auf die Nähe zu bzw. Überschneidung mit neonazistischen Kreisen aufmerksam zu machen.

Die Ergebnisse unserer Recherchen werden als pädagogisch-didaktisch aufgearbeitetes Material, mithilfe unseres interreligiösen-interkulturellen Teams, in drei Workshops an Schulen verwendet. Im Rahmen dieser Workshops führen wir junge Menschen ab der 9. Klasse an die Thematik Neue Rechte und Verschwörungsideologien heran. Dies geschieht, indem sie sich zunächst mit Vorurteilen im Allgemeinen, ihren Erscheinungsformen und Funktionen auseinandersetzen. So wird ein Zugang geschaffen, um die strukturelle bzw. gesellschaftliche Ebene von Stereotypen nachzuvollziehen, es kann also der Unterschied zwischen Vorurteil und Ressentiment aufgezeigt werden. Wir erarbeiten in diesem Teil des Workshops mit den Jugendlichen ein Verständnis für die gesellschaftliche Verfasstheit von Ressentiments. Da ein antisemitisches Verständnis der Welt für die meisten Verschwörungsideologien, zumindest strukturell, eine zentrale Rolle spielt, vermitteln wir den Teilnehmer_innen der Workshops einen Begriff von Antisemitismus. Dies ist insofern wichtig, da die Vorstellung einer verschworenen Minderheit, die als welt-regierend agiert und von der wir alle bedroht und unterdrückt werden, die Grundlage des Antisemitismus wie auch beinahe aller Verschwörungsideologien bildet. In diesem theoretischen Teil der Workshops vermitteln wir daher auch, was Verschwörungstheorien sind und warum sie als gefährlich einzustufen sind. Den Hauptfokus legen wir schließlich auf die Vermittlung aktueller Erscheinungsformen neu-rechter Bewegungen und den von ihnen kolportierten verschwörungsideologischen Ressentiments. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, vermittelt durch das Material, das wir ihnen vorstellen, diskursiv einen Zugang zur Thematik zu finden und sich miteinander darüber zu verständigen. Dabei stehen wir ihnen zur Seite, betten ihre Beobachtungen inhaltlich ein und kontextualisieren sie mit der vorher vermittelten Theorie.

Gerade Heranwachsende befinden sich in einer persönlichen wie politischen Findungsphase und

beginnen, sich eine eigene Meinung zu gesellschaftlichen Diskursen zu bilden. Dadurch sind sie einerseits besonders offen für konstruktive Auseinandersetzungen, andererseits jedoch auch für rechtspopulistische Agitation. Das Jüdische Forum sieht es daher als seine Aufgabe, junge Menschen aus diversen sozialen wie gesellschaftlichen Backgrounds, mit politischen Diskursen vertraut zu machen und sie gegen Ressentiments zu sensibilisieren. Heterogene Gruppen bedeuten häufig nicht nur diverse soziokulturelle Hintergründe, sondern damit einhergehend in der Regel auch eine Intersektionalität verschiedener Diskriminierungserfahrungen, für die unser Team sensibilisiert ist. Daraus ergibt sich für uns, als interreligiöses-interkulturelles Team, aber auch die Möglichkeit, über direkte Bezüge und persönliche Identifikation, einen Zugang zum Thema zu erzeugen. Genau hier gilt es, für das Jüdische Forum, anzusetzen und die Jugendlichen darüber aufzuklären, welche Funktionen Ressentiments erfüllen und in welcher Form sie sich in neu-rechten Strömungen und Parteien wiederfinden. Das Jüdische Forum hat durch das, ebenfalls im Rahmen der Modellförderung „Demokratie leben!“ realisierte Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ bereits Erfahrung in dieser Praxis bzw. mit der politischen Bildung von Jugendlichen.

Auf Basis unserer Recherchen und Feldbeobachtungen setzen wir uns mit verschiedenen Aspekten neu-rechter Politik auseinander und publizieren unsere Ergebnisse über die Webpräsenz des Jüdischen Forums. Zudem werden wir während des Projektes fortlaufend unsere Rechercheergebnisse über unsere Website veröffentlichen, um eine möglichst breite Öffentlichkeit auf die Thematik aufmerksam zu machen und für Gegenmaßnahmen zu gewinnen.

Die Erkenntnisse und Analysen, die im Rahmen des Projektes gewonnen wurden, veröffentlichte das JFDA auf seiner Homepage unter den Titeln „KenFM-Veranstaltung vor dem Kanzleramt – Ein verschwörungsideologischer Selbstbedienungsladen“, „Mit Antiamerikanismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologie für den Frieden?“, „Reichsbürger, Neonazis und AfD’ler demonstrieren gemeinsam in Berlin“, „Einigkeit und Recht und „Volksgemeinschaft“ – Überlegungen zur konformistischen Revolte in Deutschland“ und „Verschwörungsideologie, Selbstviktimsierung und Gewalt in Zeiten der sogenannten “Flüchtlingskrise”.

Des Weiteren wurden 2016 die Podiumsdiskussionen „Das ‚deutsche Volk‘ als Opfer – Verschwörungsideologie und Selbstviktimsierung“ am 13. September sowie „Reif für die Anstalt? – Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens“ am 19. Dezember durchgeführt. Die genannten Artikel sowie die Ankündigungstexte dieser Veranstaltungen finden sich im dritten Kapitel dieses Berichtes.

Die Berichte zu den Podiumsdiskussionen sowie den drei Workshops, die an Schulen durchgeführt wurden, finden sich im Folgenden:

Workshop an der Marcel-Breuer-Schule in Berlin-Weißensee (7. November)

30. November 2016

An der Marcel Breuer-Schule in Berlin Weißensee fand am 7. November 2016 der erste Schulworkshop im Rahmen des Projekts „Vorsicht Verschwörung! Neurechte Bewegungen und ihre Weltanschauungen“ des JFDA statt. Ca. 25 Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Jahrgangsstufen, der seit dem Jahr 2014 als „Schule ohne Rassismus“ ausgezeichneten Bildungseinrichtung, hatten sich für die Veranstaltung zusammengefunden.

Das Team des JFDA bestand an diesem Tag aus Levi Salomon, dem Sprecher des Vereins, Ilker Duyan, dem Sprecher des Türkischen Bunds Berlin-Brandenburg, sowie Florian Eisheuer, dem Koordinator des Projekts „Vorsicht Verschwörung!“, unterstützt von den Projektmitarbeitern Max und Michael.

Zum Einstieg in den Workshop versuchte das Team bewusst, eine skeptische Irritation bei den Schüler_innen dadurch auszulösen, dass das Team das Jüdische Forum im Stile bekannter Verschwörungsideologien als elitären Zirkel politischer und wirtschaftlicher Strippenzieher vorstellte. So präsentierte Vereinssprecher Levi Salomon eine fiktive Familiengeschichte, nach der die Salomons als Inhaber einer amerikanischen Privatbank Einfluss auf die Tagespolitik der Vereinigten Staaten ausübten. Ilker Duyan gab vor, im Sinne des Vereins als Agent innerhalb der türkischen Gemeinde in Deutschland zu fungieren.

Die zugrundeliegende Idee, die Aufmerksamkeit der Schülerinnen und Schüler auf diese Weise von der Ebene des Phänomens einer Verschwörungserzählung, mit der sie im Alltag konfrontiert werden, auf die strukturelle Funktionsweise von Verschwörungsideologien zu lenken, bildete den Zusammenhang des gesamten Workshops. Dass es durch diesen Einstieg gelang, das Interesse der Schüler_innen zu wecken, zeigte deren Reaktionen. Die Anspannung, die sich bei ihnen wegen des provokativen Auftritts des Teams während der Vorstellungsrunde gezeigt hatte, löste sich in Schmunzeln auf, als Projektleiter Florian darüber aufklärte, dass es sich bei dem angeblichen Einfluss des JFDA um eine Erfindung gehandelt hatte.

Die Teilnehmenden wurden anschließend direkt aktiv in den Workshop eingebunden. Zu diesem Zweck wurden die Schüler_innen gebeten, sich auf einer imaginären Skala der Verschwörungsgläubigkeit, von „Es gibt keine Verschwörungen“ bis „Alles ist eine Verschwörung“, anzuordnen. Im Ergebnis nahmen viele eine mittige Position ein, wobei sich auch einige als überdurchschnittlich verschwörungsgläubig einschätzten.

Zur Einführung in das Thema neurechte Bewegungen wurden die Schüler_innen gefragt, welche Gruppen, Personen oder auch Webseiten ihnen aus dem besagten Spektrum bekannt sind. Unter den genannten waren beispielsweise die AfD, Pegida, die Identitäre Bewegung und Pro-Deutschland, aber auch klassisch rechtsextremistische Gruppen, was von Projektleiter Florian zum Anlass genommen wurde, die Unterschiede zwischen neurechten und rechtsextremen Bewegungen zu erläutern und dadurch den Begriff der neurechten Bewegungen genauer zu definieren. Mit einigen Ergänzungen wurden die gesammelten Namen als Netzwerk grafisch festgehalten, wobei vor allem die Zersplitterung der einzelnen Gruppierungen hervortrat. Diese Heterogenität wurde dann anhand von Videomaterial des JFDA noch einmal vorgeführt und die Funktion verschwörungsideologischer Vorstellungen als Bindeglied neurechter Gruppen untereinander dargestellt.

Im zweiten Block zeigten die Schüler_innen, welche Verschwörungstheorien ihnen bereits bekannt waren und ordneten diese anschließend in einem Koordinatensystem nach den Parametern „Plausibilität“ und „Bekanntheit“ an. Hierbei fiel auf, dass zumindest einige der Schüler_innen manchen bekannten Verschwörungstheorien im Zweifelsfall eher mehr als weniger Plausibilität zusprachen. Auf Nachfrage ließ sich dann erkennen, dass zumindest teilweise noch nicht deutlich unterschieden wurde, ob eine Theorie plausibel oder einfach nur im Bereich des Möglichen oder nicht eindeutig widerlegbar war. Darüber hinaus nannten die Schüler_innen eine unerwartete Vielfalt sowohl politischer Verschwörungstheorien als auch skurriler Internet-Mythen. Unter den ersteren auch solche von elitären Zirkeln politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsträgern, die strukturell dem antisemitischen Mythos der „Weisen von Zion“ ähneln.

Anhand des gesammelten Materials erläuterte Projektleiter Florian Eisheuer die grundlegenden

Funktionsweisen von Verschwörungsideologien für diejenigen, die sie teilen. Im Fokus standen dabei die identitätsstiftenden, entlastenden und rechtfertigenden Aspekte [genauer nach Folie]. Auch dieser Block wurde mit Video- und Bildmaterial aus der Mediathek des JFDA veranschaulicht. Unter anderem wurden die im verschwörungsideologischen Spektrum beliebten Pyramidendarstellungen der Gesellschaft – ein konspirativer Zirkel an der Spitze, die unterdrückte Masse ganz unten – und Aufrufe zum „Widerstand“ gegen die Verschwörer vorgeführt und erläutert.

An dieser Stelle konnte dann der Zusammenhang von Verschwörungsideologie und Antisemitismus aufgegriffen werden. Der verschwörungsideologische Charakter des Antisemitismus wurde den Schüler_innen zuerst anhand des satirischen Chansons „An allem sind die Juden schuld!“ von Friedrich Holländer präsentiert. Die im Text des Liedes ins Absurde übertriebene Vorstellung, ein imaginiertes Weltjudentum stünde hinter sämtlichen gesellschaftlichen Übeln, wie sie sich in den sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion“ manifestieren und die der Ideologie des Nationalsozialismus zugrunde lag, wurde dabei als die fundamentale Differenz von mittelalterlichem Judenhass und modernem Antisemitismus herausgestellt. Es wurde anhand von im Internet gesammeltem Material verdeutlicht, dass sich manifest antisemitische von „normalen“ Verschwörungserzählungen oft nur dadurch unterscheiden, dass jüdischen Personen explizit die Rolle der Verschworenen zugewiesen werden, oder aber die Verschworenen als vermeintliche Krypto-Juden „entlarvt“ werden.

Der dritte Teil des Workshops wurde in Gruppen von den Schüler_innen selbst erarbeitet. Anhand einiger vorbereiteter Stichworte sollten sie ihre eigene humoristische Verschwörungstheorie entwickeln, möglichst ohne dabei an bereits bekannte Erzählungen anzuschließen. Dabei gelang es jeder der fünf Gruppen eine Verschwörungserzählung zu erfinden, die die zuvor erläuterten Strukturmerkmale aufwies, sodass ein unterstützendes Eingreifen seitens des Teams nicht notwendig war. Anschließend wählten die Schüler_innen die „beste“ Theorie aus, woraufhin der entsprechenden Gruppe die Aufgabe zufiel als „Eingeweihte“ die übrigen Schüler, die die Gruppe der „Skeptiker“ bildeten, von ihrer Theorie zu überzeugen.

Das Ziel dieses Vorgehens bestand darin die Schülerinnen und Schüler für die typische Argumentationsweise von Verschwörungsideologen zu sensibilisieren. Wie erhofft zeigten die Schüler_innen besonderen Ehrgeiz darin die Erzählung – Betriebsfahrten der BVG werden von Geheimdiensten als geheime Drogentransporte genutzt – zu widerlegen, bzw. verteidigen. Anschließend schilderten die Schüler_innen wie sie den Verlauf der Diskussion wahrgenommen haben.

So meinte eine Schülerin aus der Gruppe der Skeptiker, sie hätte das Gefühl gehabt die vermeintliche Verschwörung irgendwann vollständig widerlegen zu können, wenn man über die „Fakten“ vollständig informiert wäre. Ein anderer Schüler hingegen empfand die Widerlegungsversuche nach einer gewissen Zeit als ermüdend. Die Gruppe der „Eingeweihten“ hätte für jeden Beleg, der gegen die Theorie erhoben wurde ein „Ausrede“ gefunden.

Beide Eindrücke verweise auf unterschiedliche Weise auf die Problematik Verschwörungsideologien als rationalen Erklärungsversuchen realer Ereignisse zu begegnen, das heißt als, wenn auch falsche, Ergebnisse einer intellektuellen Anstrengung sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Dagegen betonte Levi Salomon noch einmal, dass die spezifische Unansprechbarkeit der Verschwörungsideologen daraus zu erklären ist, dass ihre Behauptungen einem emotionalen Bedürfnis entspringen, dass es sich deshalb eher um einen Glauben als um eine Theorie handelt. Ilker Duyan kam in diesem Zusammenhang noch auf das Problem des „Mitlaufens“ zu sprechen. Da

die Bedürfnisse, an die Verschwörungsideologien anschließen, bei den meisten Menschen – mehr oder weniger stark ausgeprägt – vorhanden seien, sei es leicht durch Vermischung allgemein anerkannter Tatsachen mit falschen Behauptungen, die in die Verschwörungserzählung hineinpassen, auch diejenigen Personen für ihre Ideologie zu gewinnen, die sich vielleicht zunächst nur dafür interessieren alle Meinungen im jeweiligen Diskurs zu hören.

Zum Abschluss fasste Projektleiter Florian die Ergebnisse des Workshops zusammen, um dann schließlich darauf zu sprechen zu kommen, wie man Vertreter_innen von Verschwörungsideologien im Umgang begegnen könne. Entsprechend der Funktionen von Verschwörungsideologien, sollte man die Beweggründe derer zu verstehen versuchen, die sie vertreten. Das heißt, ihnen eher mit Empathie als mit Versuchen, durch Tatsachen zu widerlegen, begegnen. Offensichtlich falschen Behauptungen sollte dabei selbstverständlich widersprochen werden, ohne sich jedoch in Diskussion über Details verwickeln zu lassen, die von der Erzählung als ganzer wegführen, da nur die Erzählung die jeweilige Intention erkennen lässt. Wichtig für das eigene emotionale Gleichgewicht ist dabei eine gewisse Distanz gegenüber denjenigen einzuhalten die sich schlichtweg nicht von ihrer Theorie abbringen lassen wollen. In Fällen, in denen Verschwörungsideologien manifeste antisemitische oder anders menschenfeindliche Gestalt annehmen, muss jedoch klargemacht werden, dass sich deren Vertreter_innen außerhalb des demokratischen Diskurses bewegen und somit kein Recht haben sollten Gehör zu finden.

Workshop am Max-Planck-Gymnasium in Berlin-Mitte

25. November 2016

Der zweite Workshop im Rahmen des Projekts „Vorsicht Verschwörung! Neurechte Bewegungen und ihre Weltanschauungen“ des JFDA fand am 25. November 2016 am Max Planck-Gymnasium in Berlin-Mitte statt. Das Gymnasium feierte nicht nur bereits im Dezember 2014 das zehnte Jubiläum der Auszeichnung als „Schule ohne Rassismus“, sondern widmet sich als „UNESCO-Projektschule“ unter anderem regelmäßig „Fragen der Menschenrechte und (...) der interkulturellen Kompetenz“. Wie zuletzt nahmen auf Seiten des Projektteams Levi Salomon und Ilker Duyan, sowie Projektkoordinator Florian Eisheuer und die Projektmitarbeiter Max und Michael teil. Das Team stellte sich erneut im Stil vieler Verschwörungstheorien als Mitglieder eines elitären Kreises politischer und wirtschaftlicher Verschwörer vor, und erzeugte damit erkennbare Irritationen bei den Schülerinnen und Schülern. Dass die dabei vorgetragenen Geschichten jedoch nicht ganz der Realität entsprechen können, bemerkten die letzteren jedoch spätestens als Teamer Ilker Duyan in Anlehnung an die sogenannte Reichsbürgerbewegung erklärte, er sei Teil einer Gruppe von Deutsch-Türken, die demnächst in Mecklenburg-Vorpommern ihren eigenen Staat ausrufen würden. Dem Lachen der Schüler war zu entnehmen, dass an dieser Stelle für sie die Grenze des Plausiblen offenbar überschritten war.

Die Schüler_innen wurden anschließend gebeten, sich selbst entlang einer imaginären Skala im Klassenzimmer aufzustellen. Auf dieser sollten sie sich zwischen den Positionen „Es gibt keine Verschwörungen“ und „Alles ist eine Verschwörung“ selbst einordnen. Auch dieses Mal nahmen viele eine mittlere Position ein, mit wenigen Ausreißern. Ein Schüler, der sich vom Mittelfeld in Richtung „Alles ist eine Verschwörung“ abgesetzt hatte, berichtete davon, dass es beispielsweise in den Vereinigten Staaten Geheimbünde wie die Illuminati gäbe. Auf der anderen Seite begründete ein wenig verschwörungsgläubiger Schüler seine Einschätzung damit, dass praktische Gründe gegen die Existenz großer Verschwörungen sprächen, wie etwa die Unmöglichkeit sie dauerhaft geheim zu halten.

Die Teammitglieder nahmen diese Argumente der Schüler_innen auf und ergänzten sie mit ihren eigenen Ansichten. So gebe es in Politik und Gesellschaft tatsächlich immer wieder geheime Absprachen, wofür Ilker Duyan wirtschaftliche Kartellbildung und Preisabsprachen und Levi Salomon den Molotow-Ribbentrop-Pakt zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland als Beispiele nannte. Fraglich sei jedoch immer ob und inwiefern Absprachen oder Verschwörungen effektiv allgemeine gesellschaftliche Prozesse beeinflussen könnten.

Außergewöhnlich stark verlassen sich die sogenannten neurechten Bewegungen auf Verschwörungsideologien, um soziale Veränderungen, mit denen sie nicht zufrieden sind, zu erklären. Zu den Gruppen dieses Spektrums, die den Schüler_innen bereits bekannt waren, zählten die Alternative für Deutschland (AfD), Pegida, sowie die sogenannte Reichsbürgerbewegung. Um den Wissensstand der Schüler_innen zu ergänzen und ihnen gleichzeitig einen Eindruck vom Auftreten einiger dieser Gruppen zu vermitteln, folgte an dieser Stelle die erste Vorführung aus dem einschlägigen Videomaterial des JFDA. Als die Schülerinnen und Schülern daraufhin aufgefordert wurden ihre Eindrücke hinsichtlich des Auftretens der gezeigten Gruppen wiederzugeben, zeigte sich, dass ihnen vor allem diejenigen Szenen im Gedächtnis geblieben waren, in denen Redner_ und Teilnehmer_innen besonders aggressiv und laut auftraten. So fühlten sie sich beispielsweise durch Gestik und Tonfall einiger Redner_innen an andere historische Demagogen erinnert. Teamleiter Florian lenkte jedoch die Aufmerksamkeit der Schüler_innen auch auf diejenigen Gruppen, die zurückhaltender auftreten, beispielsweise auch unter Verwendung von Symbolik und Rhetorik von Friedensinitiativen. Trotz ihres Erscheinungsbildes versuchen auch diese Gruppen vor allem mittels verschwörungsideologischer Inhalte eine Politik zu machen, die im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verortet werden kann und muss.

Auf das Phänomen der Verschwörungsideologie wurde dann im zweiten Teil des Workshops das Hauptaugenmerk gelegt. Zu Beginn dieses Abschnitts versuchte das Team erneut das Vorwissen der Schüler_innen festzustellen, indem diese gebeten wurden ihnen bekannte Verschwörungserzählungen zu nennen und die Bekanntheit und Plausibilität der jeweiligen „Theorie“ einzuschätzen. Unter den genannten Verschwörungserzählungen waren Dezimierung der Weltbevölkerung durch sogenannte Chemtrails, die Verantwortung der US-Geheimdienste für die Anschläge vom 11. September 2001, die in der sogenannten Reichsbürgerbewegung verbreitete Vorstellung, dass die BRD aufgrund eines fehlenden Friedensvertrags mit den Siegermächten des zweiten Weltkriegs im Krieg sei, sowie die Steuerung der Weltpolitik durch Geheimbünde wie Illuminaten, Freimaurer oder die Familien Rothschild und Rockefeller.

Die Schüler_innen schätzten die meisten dieser „Theorien“ als eher unplausibel ein, worin sie sich von der Klasse im ersten Workshop unterschied. Als eher plausibel schätzten einige die Vorstellung ein, dass internationale Konzerne wirtschaftlichen und politischen Einfluss ausübten. Tatsächlich berührten die Schüler_innen hier einen wesentlichen Punkt, nämlich dass Verschwörungsideologien oftmals an tatsächlichen Missständen wie sozialer Ungerechtigkeit oder politischer Intransparenz ansetzen. Kritik an diesen Missständen unterscheidet sich jedoch von Verschwörungsideologie dadurch, dass Kritik sachorientiert und für Revision zugänglich ist, während Verschwörungsideologen allein von dem Ziel getrieben werden die jeweils präferierte Gruppe vermeintlicher Verschwörer für diese Missstände verantwortlich zu machen. Auch zum Thema Verschwörungsideologien wurde den Schüler_innen ein Videobeitrag über einschlägige Demonstrationsveranstaltungen vorgeführt. Dabei fiel ihnen zuvorderst die Emotionalität vieler der Redner auf, die die von ihnen angenommenen Verschwörungen in der

Öffentlichkeit zu „entlarven“ bemüht sind. Viele der Redner_innen würden im Verlauf ihres Vortrags zunehmend lauter und sich teils bis zum „Geschrei“ steigern. Außerdem bemerkten die Schülerinnen und Schüler, dass viele der Redner_innen entweder zu rhetorischen Fragen neigten oder von ihnen vorgetragene Fragen selbst beantworteten. Dieser Stil verweist auf die charakteristische Dynamik verschwörungsideologischer Gruppierungen, die nicht wesentlich darin besteht Argumente auszutauschen, sondern sich gegenseitig der immer bereits vorausgesetzten Übereinstimmung zu vergewissern. Wie es denjenigen ergeht, die diese Übereinstimmung in Frage stellen, erkannten wiederum die Schüler_innen: Sie bemerkten, dass im Videobeitrag ein Redner, der anmerkte, man könne über das Vorgetragene unterschiedlicher Meinung sein, von den Zuhörenden ausgebuht wurde.

Allgemein stellte sich bei den Schüler_innen der Eindruck ein, dass sich Protagonisten verschwörungsideologischer Gruppierungen selbst vor allem in der Rolle des Opfers wähen. Dass Vertreter_innen von Verschwörungsideologien die Welt als Kampf illegitimer Aggressoren gegen eine unbedarfte Bevölkerung sich vorstellen, macht bereits den Zusammenhang von Verschwörungsideologie und Antisemitismus sichtbar. Um diesen Nexus zu verdeutlichen, präsentierte Teamleiter Florian Eisheuer den satirischen Text „An allem sind die Juden Schuld“ von Friedrich Hollaender, vertont nach der Arie „Habanera“ aus „Carmen“. Der Text, in dem noch die banalsten Unannehmlichkeiten des Alltags „den Juden“ angelastet werden, übertreibt die buchstäblich todernde Wahnvorstellung, die Katastrophen der Moderne seien verursacht durch eine Verschwörung des sogenannten Weltjudentums, ins Absurde. Gleichzeitig verdeutlicht er, dass der Antisemitismus der Prototyp von Verschwörungsideologie ist.

Historische Wirkmächtigkeit erhielt der Mythos der jüdischen Weltverschwörung vor allem in Form des gefälschten Pamphlets „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Um die Bedeutung dieses vermeintlichen Dokuments für den modernen Antisemitismus hervorzuheben, zeichnete Levi Salomon die Geschichte seiner Verbreitung von der Erfindung durch den zaristischen Geheimdienst, über die Adaption in Hitlers „Mein Kampf“, bis hin zur Verwendung als Kriegspropaganda arabischer Staaten gegen Israel nach.

Nach den eher theoretischen Erläuterungen zur Einführung in den Zusammenhang von Verschwörungsideologie und Antisemitismus, gestaltete sich der dritte und letzte Teil des Workshops erneut interaktiv. Die Schüler_innen bildeten vier Arbeitsgruppen mit dem Auftrag anhand vorgeschlagener Stichworte ihre eigenen Verschwörungserzählungen zu entwickeln. Nach dem Vorbild der sogenannten „Bielefeld-Verschwörung“ sollten diese jedoch ausdrücklich in satirisch-humoristischer Art entworfen sein. Die Aufgabe wurde von den Schüler_innen außerordentlich gut angenommen. So entstanden in den Arbeitsgruppen umgehend interessierte Diskussionen, die über den gesamten vorgegebenen Zeitraum aufrechterhalten wurden und in jeder Gruppe eine Erzählung mit den Strukturmerkmalen von Verschwörungsideologie zum Ergebnis hatten. Für die anschließende Präsentation wählten die Schüler_innen die „Theorie“, dass Möbel der Firma IKEA Teil eines geheimen außerirdischen Invasionsplans seien.

Nachdem die Gruppe der „Aufgeklärten“ in der folgenden Diskussion mehr oder weniger erfolgreich jeden Versuch der Skeptiker die Plausibilität ihrer „Theorie“ zu untergraben hatten abprallen lassen, stellte sich bei den Schülern sehr schnell der Eindruck ein, dass es wenig aussichtsreich sei, Vertretern von Verschwörungsnarrativen auf rational argumentierende Weise zu begegnen. So könnten die Vertreter solcher „Theorien“ jedem Argument und jedem Verweis auf Tatsachen stets dadurch ausweichen, dass der Kreis der Verschwörung beliebig aufgebläht würde. Das erkannte auch ein Schüler aus der Gruppe der aufgeklärten: Die Möglichkeit Argumenten auszuweichen seien „endlos“, man müsse nur der Gruppe der Verschwörer „übermenschliche“ Eigenschaften

zuschreiben und könnte so alles durch deren Manipulationen erklären. Dass Verschwörungsideologie auch immer im Zusammenhang mit der Selbstwahrnehmung ihrer Vertreter steht, bemerkten auch die Schüler_innen der „aufgeklärten“ Gruppe. Sie bemerkten wie überlegen man sich dabei fühlt den „Schlafenden“ ihre Gegenargumente aus der Hand schlagen zu können.

Podiumsdiskussion „Das ‚deutsche Volk‘ als Opfer – Verschwörungsideologie und Selbstviktimsierung“

15. Dezember 2016

Über die Veranstaltung "Das 'deutsche Volk' als Opfer - Verschwörungsideologie und Selbstviktimsierung" des Jüdisches Forums im Rahmen des vom Land Berlin geförderten Projekts "Vorsicht, Verschwörung!" sendete Deutschlandradio Kultur am 14. Dezember einen Beitrag im Format Zeitfragen. Der Bericht samt Interview zweier Referenten kann auf der Homepage von Deutschlandradio Kultur nachgelesen und -gehört werden.

Stefanie Oswald: *Das „deutsche Volk“ als Opfer*, abrufbar unter:

http://www.deutschlandradiokultur.de/vorsicht-verschwörung-das-deutsche-volk-als-opfer.976.de.html?dram%3Aarticle_id=373921

Podiumsdiskussion „Reif für die Anstalt? – Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens“

30. Dezember 2016

Zur zweiten Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Vorsicht, Verschwörung! Neurechte Bewegungen und ihre Ideologien“, gefördert vom Land Berlin, lud das JFDA am 19.12.2016 unter dem Titel „Reif für die Anstalt? – Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens“ ein. Die Veranstaltung konnte mit freundlicher Unterstützung der Humboldt-Universität Berlin in deren Räumlichkeiten durchgeführt werden.

Auf dem Podium saßen Experten zum Thema Verschwörungsideologie aus dem akademischen und zivilgesellschaftlichen Bereich, sowie den Strafverfolgungsbehörden. Entsprechend der Ankündigung näherten sie sich aus unterschiedlichen Perspektiven den Fragen: Wie viel Wahn steckt eigentlich in Verschwörungsideologien und ab welchem Punkt wird aus der Vorstellung, eine kleine Elite beherrsche uns, eine pathologische Paranoia? Welche sozial- und individualpsychologischen Bedürfnisse bedient der Glaube an Verschwörungserzählungen? Florian Eisheuer, Koordinator des Projekts „Vorsicht, Verschwörung!“, leitete in das Thema ein und moderierte die anschließende Diskussion.

Herr Prof. Dr. Thomas Kliche, Professor für Bildungsmanagement an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Experte für Politik- und Gesellschaftspsychologie, entwickelte seinen Vortrag anhand der Unterscheidung „klinischer“ und „politischer Ängste“, die seinen Angaben zufolge seit den 1990er Jahren zunehmend schwieriger zu erkennen sei. Grundsätzlich könne man beide einerseits anhand der „sozialen Plausibilität des Objekts“ der jeweiligen Ängste, andererseits ihrer handlungseinschränkenden oder handlungsleitenden Effekte erkennen. Jedoch würden „Mischformen“ von beiden stetig zunehmen, so dass die Unterscheidung von außen zunehmend schwer fällt. Der Betroffene selbst halte sich dabei, auch aufgrund des nicht vorhandenen Leidensdrucks nicht für krank, sondern halte sich aufgrund seiner politischen „Einsicht“ für den Anderen überlegen.

Insgesamt steige seit Jahrzehnten die Bereitschaft an Verschwörungstheorien zu glauben, auch jeweils der politischen Verortung von „links“ oder „rechts“. Der subjektive Gewinn der typischen Verschwörungstheorie sei, so Kliche, ein dreifacher. Zum einen empfinde sich der Verschwörungsideologe als bedeutsam, da er als einer der Wenigen die Mächtschaften der Mächtigen durchschaue und auch dementsprechend der Verfolgung durch diese ausgesetzt sei. Zum anderen fühle er sich vor der Komplexität und Unberechenbarkeit der Welt geschützt, da in seinem Weltbild alles auf die unmittelbare Verursachung durch einen Kreis von Verschwörern zurückzuführen ist. Schließlich rechtfertige die vermeintliche Verschwörung gegebenenfalls das persönliche Scheitern des Verschwörungsideologen. Schließlich stehe er übermächtigen Gegnern gegenüber.

Diplom-Psychologe Jan-Gerrit Keil bot aus der Perspektive des Landeskriminalamtes Brandenburg eine Phänomenologie des typischen Anhängers der Reichsbürgerideologie. Dieser sei mehrheitlich männlich, durchschnittlich um die 50 Jahre alt und aufgrund von (Früh-)Verrentung oder Arbeitslosigkeit eher unterbeschäftigt. Dementsprechend unterscheide sich der typische Reichsbürger von anderen Rechtsextremisten, die sonst mehrheitlich eher im Bereich der allgemeinen Jugenddelinquenz angesiedelt seien. Dementsprechend hätten jedoch Reichsbürger eine deutlich schlechtere Aussicht darauf in der weiteren Lebensentwicklung einen Ausstieg aus der ideologischen Szene zu schaffen.

Die Gruppe der Reichsbürgerideolog*innen sei, so Keil, nicht homogen. Obwohl ein sogenannter Reichsbürger zuletzt in Georgensgmünd mit einer massiven Gewalttat auf sich aufmerksam machte, vermutet Keil, dass die überwältigende Mehrheit derselben lediglich „verbalaggressive“ Querulanten seien. Seiner Einschätzung zufolge könne man davon ausgehen, dass bei etwa einem Fünftel der sogenannten Reichsbürger tatsächlich eine psychische Erkrankung vorliege, wobei es sich nicht notwendigerweise in allen Fällen um psychotische Wahnvorstellungen handle. In anderen Fällen sei der Glaube an die Reichsideologie auch die Folge einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung. Keil unterscheidet unter den sogenannten Reichsbürgern vier Typen. Neben den im rechtsextremen Milieu bereits seit den 1970er und 80er Jahren bekannten Reichsbürgern wie etwa Horst Mahler, die sich unumwunden zum Dritten Reich bekennen, gebe es außerdem die „Selbstverwalter“, die in erster Linie ihre Steuerzahlungen an die vermeintliche „BRD GmbH“ einstellen wollten. Darüber hinaus ließen sich die teils megalomanen selbsternannten „Herrscher“ ihres je eigenen fantastischen „Reichs“ und deren Anhänger, sowie „unternehmerisch orientierte Milieumanager“ unterscheiden. Letzteren käme es bei ihrer Reichsideologie in erster Linie darauf an, den daran glaubenden Menschen angebliche „Reichs“-Devotionalien wie Ausweise oder Fantasiewährungen für teils horrend Summen zu verkaufen.

Giulia Silberberger, Gründerin des „Goldenen Aluhuts“, berichtete zunächst über den Werdegang des gleichnamigen Blogs. Auf ihrer Facebook-Seite habe sie zu Beginn zum Spaß Screenshots der verrücktesten Verschwörungstheorien des Internets gepostet. Mit zunehmender Bekanntheit hätten jedoch immer mehr Leser*innen nach Rat im Umgang mit Bekannten, die sich Verschwörungsideologien zu eigen gemacht hatten, gefragt. Dementsprechend entwickelte sich der „Goldene Aluhut“ schließlich zu einer Plattform, die auch Aufklärung und Prävention im Bereich der Verschwörungsideologie anbietet, darunter rechtliche und medizinische Beratung, sowie Informationsbroschüren zu den Hintergründen prominenter Verschwörungsideologien. Silberberger selbst ist Aussteigerin bei den Zeugen Jehovas und sieht anhand ihrer eigenen Erfahrungen Parallelen zwischen Verschwörungsideologie und Sektenglauben. Beide bedienten ähnliche

emotionale Bedürfnisse und funktionierten nach den gleichen psychischen Mechanismen. Silberberger plädierte in ihrem Vortrag für mehr Betreuungs- und Therapieangebote für Aussteiger aus diesen Szenen.

Workshop am Barnim-Gymnasium in Berlin-Hohenschönhausen

20. Dezember 2016

Der dritte und letzte Workshop im Rahmen des Projekts „Vorsicht, Verschwörung!“ am Barnim-Gymnasium in Hohenschönhausen fand am 20. Dezember 2016 unter dem Eindruck des mutmaßlichen Anschlags auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz tags zuvor statt. Lehrerin Frau Krohn richtete deshalb zunächst einige Worte an ihre Klasse, in denen Sie versuchte ihre eigenen Gedanken zu diesem letztlich unfassbaren Ereignis auszudrücken und den Schülerinnen und Schülern den eigenen Umgang damit zu erleichtern.

Projektleiter Florian Eisheuer schloss mit einigen persönlichen Reflexionen über die Ereignisse des Tages zuvor daran an und kündigte an, dass das Team des JFDA den Workshop nichtsdestotrotz in seinem gewohnten Ablauf durchführen werde. Neben Projektleiter Florian Eisheuer bestand das Team an diesem Tag aus Ilker Duyan und den Projektmitarbeitern Max und Michael. Levi Salomon nahm am ersten Block des Workshops teil.

Wie gewohnt wurden in der Vorstellungsrunde die tatsächliche Darstellung der Arbeit des JFDA um einige verschwörungsideologische Versatzstücke ergänzt. Noch vor der Auflösung durch das Team bemerkte Frau Krohn, sie hätte als Reaktion auf die „politisch inkorrekten Witze“ bei einigen Schülern ein Schmunzeln festgestellt, und fragte dann selbst in die Runde der Schüler_innen, ob diese es auch als Satire erkannt hätten. Florian Eisheuer erläuterte anschließend, dass mit dieser Vorstellung eben das Ziel verfolgt werde, deutlich zu machen, dass Verschwörungsideologien in den „Grauzonen“ zwischen der Interpretation von Tatsachen und Fiktionen ansetzen und deshalb oftmals nicht auf den ersten Blick zu erkennen seien.

Bei der Aufstellung auf einer Achse der Verschwörungsgläubigkeit von „Alles ist Verschwörung“ bis „Es gibt keine Verschwörung“, sammelten sich die sechzehn Schüler_innen an diesem Tag ausnahmslos in der Mitte.

Die politische Brisanz von Verschwörungsideologie ergibt sich vor allem aus dem Gebrauch, den die sogenannten neurechten Bewegungen von ihr machen. Auf die Frage welche neurechten Gruppen ihnen bereits bekannt seien, reagierten die Schüler_innen zurückhaltend. Pegida, die AfD und die „Identitäre Bewegung“ wurden schließlich genannt, auf Nachfrage war auch einigen die Seite „Anonymous.Kollektiv“ auf Facebook begegnet. Einige der bekannteren Gruppen und Plattformen, die allgemein als neurechte Bewegungen zusammengefasst werden, ergänzte das Team im Hinblick auf die folgende Vorführung dieser Gruppen anhand des Videomaterials des JFDA.

Auf die Nachfrage, wen die jeweiligen Gruppen in dem gezeigten Video ansprächen, bemerkte eine Schülerin passend, dass verbal zwar oft „das Volk“ adressiert, aber „im Endeffekt nur die Anhänger“ der jeweiligen Gruppe erreicht würden. Eine weitere Schülerin empfand die Reden als mit „Elan“ vorgetragen, deshalb jedoch „sehr manipulativ“. Andere bemerkten die exzessive Verwendung von Schlagwörtern wie „Volk“, „Lügenpresse“ oder „Krieg“ und allgemein „einfach“ gehaltener Sprache. Es sollten in erster Linie „Gefühle vermittelt“ werden.

Zu Beginn des zweiten Blocks zeigten die Schüler_innen dass ihnen das Phänomen der Verschwörungsideologie bereits deutlich bekannter war, als zuvor die neurechten Bewegungen. Die Schüler_innen nannten die „Chemtrail“-Verschwörung, den Angriff vom 11. September 2001 auf

das World Trade Center, Theorien um den Putschversuch gegen die türkische Regierung, die vermeintliche Fälschung der Mondlandung, der angebliche Mord an Prinzessin Diana, die Existenz sogenannter „Reichsflugscheiben“, sowie die „Theorie“, dass die Bundesrepublik tatsächlich kein Staat, sondern eine GmbH sei.

Einige dieser Verschwörungserzählungen waren im anschließend gezeigten Video von verschwörungsideologischen Demonstrationen enthalten. Einer Schülerin fiel vor allem die häufige Verwendung der Metapher des „Puppenspielers“ auf, die sie so interpretierte, dass damit die Vorstellung kommuniziert werden solle, dass die Menschen insgeheim nicht ihren eigenen Motiven entsprechend handeln, sondern von nicht näher bekannten Personen gesteuert würden. Ein Schüler fragte nach den im Video genannten Namen Hooton, Kaufman und Morgenthau. Zum sogenannten Morgenthau-Plan konnte ein Mitschüler erläutern, dass dahinter die Idee der Deindustrialisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg stehe. Wie dieser sind auch die anderen genannten, historisch noch bedeutungsloseren „Pläne“ nie umgesetzt worden.

Dass Verschwörungsideologen hinter diesen nach Juden benannten „Plänen“ jedoch geheime Operationen gegen das „deutsche Volk“ vermuten, weist auf den Zusammenhang von Verschwörungsideologie und Antisemitismus hin. So existieren von den meisten kursierenden Verschwörungsideologien stets Versionen, in denen Juden den Kreis der Verschwörer bilden. Umgekehrt ist der moderne Antisemitismus selbst verschwörungsideologisch konstruiert. Prototypisch manifestiert sich dieser Antisemitismus in den vermutlich gegen Ende des 19. Jahrhunderts gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion“.

Die besagten „Protokolle“ waren den Schüler_innen noch gänzlich unbekannt, während hingegen einem Schüler Friedrich Holländers Satire auf den Glauben an die jüdische Weltverschwörung „An allem sind die Juden Schuld“ bekannt war. Wie Teamleiter Florian daran anknüpfend erläuterte habe die Vorstellung, dass jedes Ereignis in der Welt auf den Plan einer angeblichen Weltverschwörung zurückzuführen sei vor allem die Funktion die Komplexität der Welt für den Gläubigen auf eine einfache Formel zu reduzieren. Das Gefühl mittels dieser Formel die Welt für sich beherrschbar gemacht zu haben, kommt dabei vor allem auch den narzisstischen Bedürfnissen des Verschwörungsgläubigen entgegen.

Auch im letzten Workshop dieser Reihe bildete eine praktische Übung dessen letzten Teil. Wie in den Workshops zuvor bekamen die Schüler_innen die Aufgabe eine eigene Verschwörungstheorie zu entwerfen. Die Schülerinnen und Schüler arbeiteten in Gruppen von je vieren konzentriert und selbstständig an ihren Verschwörungserzählungen. Zur Diskussion gestellt wurde dann schließlich die „Theorie“, dass das Mittelmeer tatsächlich kein natürliches Meer sei, sondern von den EU-Eliten in Zusammenarbeit mit dem Konzern Nestlé zu dem Zwecke geflutet wurde, um Einwanderer aus Afrika von der Einreise nach Europa abzuhalten.

Die Gruppe der Verschwörungsgläubigen wehrte in der folgenden Diskussion jeden vorgebrachten Einwand gegen ihre Theorie „erfolgreich“ mit der Behauptung ab, diese würden auf Informationen beruhen, die eben von denselben Verschwörern manipuliert seien und nur Teil der „offiziellen“ Geschichte seien. Demgegenüber hätten sie selbstverständlich Zugriff auf alternative Quellen, die jedoch naturgemäß nicht benannt werden könnten, da sie anschließend den verschworenen EU-Eliten ausgeliefert wären.

Den Schüler_innen fiel dabei schnell auf, dass auf diese Weise der Realitätsbezug schnell eine sekundäre Rolle einnimmt, sobald Belege beliebig für gültig oder ungültig erklärt werden können. Eine Schülerin bemerkte treffend, „man argumentier[e] gegen eine Wand“. Ein Schüler, der sich

offenbar von der Theorie hatte „überzeugen“ lassen, erklärte, dass es der Gruppe der „Entschwörer“ auch dadurch gelungen sei ihre Theorie „schlüssig“ erscheinen zu lassen, dass sie die „Mittäterschaft“ des Lebensmittelkonzerns Nestlé unterstellten, dessen Geschäftspraktiken auch im „Mainstream“ der politischen Diskussion zum Teil kontrovers diskutiert werden. Hier wurde deutlich, dass Verschwörungsideologien oft gerade dadurch erfolgreich sind, dass sie an tatsächliche Missstände anknüpfen, diese jedoch nicht zum Anlass für Kritik auf dem gesellschaftlich erreichten theoretischen Niveau, sondern für simple Schuldzuweisungen nimmt.

„Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“

Im Verlauf des Projektes wurden zahlreiche Workshops und Plakatpräsentationen an unterschiedlichen Schulen durchgeführt. Einen Überblick geben die folgenden Berichte. Darüber hinaus führte ein Schüler einer neunten Klasse, Aaron, im Rahmen des Projektes vier ausführliche Interviews zum Verständnis und der Erklärung des Antisemitismus. Auch auf sie wird hier verwiesen.

Lernwerkstatt an der Lina-Morgenstern-Gemeinschaftsschule in Berlin-Kreuzberg

15. Januar 2016

Bericht über die Lernwerkstatt in Kreuzberg, die am 15. Januar 2016 vom Jüdischen Forum durchgeführt wurde.

Der Berliner Ortsteil Kreuzberg ist bundesweit wohl fast jedem ein Begriff. Über Kreuzberg kennt man viele Geschichten. Es gilt als Szeneviertel, und während einige glauben, es gebe hier nur Spanier und Amerikaner, meinen andere, hier lebten vor allem Muslim/innen mit Kopftuch oder Vollbart. Kreuzberg ist damit ein perfektes Beispiel, an dem die Verbreitung von Vorurteilen spürbar wird.

Das Projektteam des Jüdischen Forums befand sich also genau am richtigen Ort, als es am 15. Januar die Kreuzberger Lina Morgenstern-Oberschule besuchte, um dort mit den Schüler/innen einer 9. Klasse über Vorurteile, Rassismus und Antisemitismus zu sprechen.

Begrüßung und Vorstellungsrunde

Bei der Vorstellungsrunde fiel dem interkulturell zusammengesetzten Team gleich auf, dass die 20 Jugendlichen sehr viel über ihre Vornamen wussten: Viele kannten sowohl den Grund ihrer Namensgebung als auch die Bedeutung ihres Namens. So konnten einige Schüler/innen genau berichten, nach welchem Familienmitglied sie benannt wurden: dem Großvater, Urgroßvater oder Onkel. Bei Karim, der wusste, dass sein Name „der Gütige“ bedeutete, spielte der Großvater eine große Rolle bei der Namensgebung. Baran erzählte, dass sein Name „Regen“ bedeutet, Birgül hat die Bedeutung „Rose“ und Gizem heißt „Geheimnis“ bzw. „die Geheimnisvolle“.

Teil I: Vorurteile

„Frauen können nicht einparken, Moslems sind Terroristen, Franzosen sind Froschesser, Dunkelhäutige sind Drogenhändler...“

Die Kreuzberger Jugendlichen hatten sofort etliche Assoziationen zu den unvollendeten Sätzen, die das Projektteam in den Raum gab. Diese blieben aber nicht unhinterfragt, sondern wurden in großer Runde kritisch diskutiert. Es wurde deutlich, dass wir alle Vorurteile in uns tragen, die wir durch die Familie, Freunde oder Medien aufgenommen haben. Sie helfen uns zur ersten Orientierung. Solche Verallgemeinerungen führen aber auch zu Gruppenbildung und Ausgrenzung: Eine Gruppe grenzt vermeintlich andersartige Menschen aus. Im Gespräch der von hoher kultureller Diversität geprägten Klasse positionierten sich die Schüler/innen sehr deutlich: Sie sind hier auf einer toleranten Schule. Über andere Religionen sollte man nicht urteilen und das mache man hier auch nicht. Man werfe sich oft Sprüche gegenseitig zu, aber eher aus Spaß.

Beim Außenseiterspiel wurde dann aus Spaß der Ernst simuliert. Die Schüler/innen grenzten in drei Gruppen jeweils eine/n aus und ignorierten die Annäherungsversuche der Ausgeschlossenen. Mal ging es um Fußball, von dem jemand keine Ahnung hatte, ein anderes Mal um ein kaputtes Handy. Im Reflexionsgespräch waren sich alle im Klassenverband einig: Es ist gemein, wenn man gemobbt

und ausgeschlossen wird; es macht traurig oder wütend und manchmal wird man schließlich sogar aggressiv.

Teil II: Ursachen, Geschichte und Aktualität des Antisemitismus

Nach der Pause ging es dann um antisemitische Judenbilder. Auch hier hatten die Schüler/innen sofort einige Vorstellungen davon, wie Juden mitunter gesehen werden: Juden seien demnach Mörder, rassistisch, böse, hassten die Palästinenser bzw. Muslime und wollten sich an den Deutschen rächen.

Anschließend stieg die Klasse sofort in die Diskussion ein: Warum hat man Vorurteile gegenüber Juden im Kontext des Nahostkonflikts? Es gebe zwar 1.000 Geschichten, meint ein Schüler, aber schließlich sind auch nicht alle Israelis Juden.

Negative Vorstellungen von Juden existieren schon lange. In der Vergangenheit gaben sie den Anstoß zu zahlreichen verheerenden judenfeindlichen Vorfällen. Beispielsweise wurden sie ausgegrenzt, wie die Schüler/innen wissen. Anhand des Beispiels Anne Frank zählten sie all die Verbote auf, die Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus auferlegt wurden, bevor man sie schließlich umbrachte: Nach 21 Uhr durften sie nicht mehr das Haus verlassen, nur zu bestimmten Zeiten einkaufen, nicht mehr Fahrrad fahren und keine Liebesbeziehungen zu Nichtjuden eingehen. Woher kommen diese Bilder, die zu solch böswilliger Diskriminierung führen? Der moderne Antisemitismus hat sich aus der christlich geprägten Judenfeindschaft des Mittelalters und der frühen Neuzeit entwickelt. Bereits damals wurden die Juden dämonisiert und als Teufel dargestellt. Ihnen wurde vorgeworfen, Kinder zu ermorden und ihr Blut für das Brot-Backen zu verwenden. Die Jugendlichen verstehen schnell, wie hanebüchen all diese Vorwürfe waren und immer noch sind. Nachdem sie eine Videodokumentation über die Demonstrationen zum Gaza-Konflikt vom Sommer 2014 gesehen haben, erkennen die Schüler/innen auf einigen Plakaten das dämonisierende Element wieder. Es wird gegen Israel demonstriert, aber Juden werden wie Teufel dargestellt und einige Demonstrationsteilnehmer/innen zeichnen mit Kreide Davidsterne auf die Straße und treten anschließend mit ihren Füßen darauf herum.

Wie konnten sich die Teufelsbilder von Juden bis in die heutige Zeit auf die Berliner Straßen retten? Karim weiß: „Die Kinder lernen das alles von ihren Eltern und die lernten das von ihren Eltern usw. ...“ Man kann über alles diskutieren schließlich herrscht in Deutschland Meinungsfreiheit und das ist auch gut so. Aber solche menschenverachtenden Meinungen und entmenschlichenden Bilder zu zeigen, das weisen die Jugendlichen zurück.

Teil III: Die Plakatgestaltung und Feedbackrunde

Im dritten Teil der Lernwerkstatt konnten sich die Schüler/innen auf kreative Weise mit dem Thema Vorurteile und Antisemitismus auseinandersetzen. Dabei entstanden sieben Plakate, auf denen eine Botschaft gemeinsam ist: Ein deutliches Nein zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Judenhass.

Besonders schön war die abschließende Feedbackrunde der Workshopsteilnehmer/innen. So erklärten zwei Schülerinnen, die gemeinsam ein Plakat gegen Rassismus gestalteten: „Wir haben hier viel gelernt über Juden und was sie alles in der Vergangenheit erlebt haben – all die falschen Vorurteile und Gerüchte über Juden. Es ist gut, dass wir das jetzt verstanden haben. Jeder soll gegen Rassismus sein und das wollen wir mit dem Plakat zeigen. Deswegen: Rassismus ohne uns. Wir sind doch alle Menschen oder?! Egal wie wir aussehen.“

Ähnlich äußerten sich auch zwei Schüler, die sich in ihrer Plakatgestaltung auf die Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert konzentrierten: „Vor diesem Workshop hatten viele ein falsches Bild von Juden.

Jetzt sind wir aufgeklärt und wissen mehr über die Problematik, über das, was die Juden alles durchgemacht haben. Deswegen steht im Zentrum unseres Plakats ‚Dämonisierung von Juden heißt Antisemitismus – auch heute noch‘.“

Lernwerkstatt in der Voltaire Schule Potsdam

14., 21., und 28. Januar 2016

Am 14., 21. und 28. Januar 2016 brachte das interkulturelle Projektteam vom Jüdischen Forum seine Lernwerkstatt nach Potsdam. Ein kurzer Bericht.

Nachdem das jüdische Leben Potsdams durch die nationalsozialistische Herrschaft ausgelöscht wurde, gab es nach 1945 sehr lange keine eigenständige jüdische Gemeinde mehr. Als sich 1991 einige Juden aus der ehemaligen Sowjetunion niederließen, begann eine zaghafte Wiederkehr jüdischen Lebens. Im Jahr 2000 wurde schließlich die jüdische Gemeinde Potsdam begründet. Heute zählt sie knappe 400 Mitglieder. Mithilfe einer Sonntagsschule und eines Kindergartens werden religiöse und kulturelle Werte erhalten und gefördert.

Die Jugendlichen der 9. Klasse, die das Projektteam vom Jüdischen Forum im Januar 2016 besuchte, kennen selbst kaum jüdische Menschen persönlich. Auch über Judenfeindschaft haben sie bisher wenig erfahren. Worüber sie allerdings einiges wussten, waren Vorurteile. So konnten wir gut in den ersten Teil unserer Lernwerkstatt einsteigen.

Teil I: Vorurteile

Zunächst trug die Klasse etliche Vorurteile zusammen, die ihr einfiel und von denen sie einmal gehört hatte. So fiel ihr zu „Hartz-IV-Empfänger/innen“ ein, dass diese für faul und dumm gehalten würden. Ferner meinten die Schüler/innen, dass Deutsche oftmals als streng, pünktlich und spießig angesehen und mit Nazis assoziiert würden, wohingegen Ausländer/innen als aggressiv, anders und kriminell gelten. Über den Ruf von Politiker/innen wussten sie dagegen nur Gutes: mit ihnen assoziierten sie Erfolg, Intelligenz und Reichtum.

Im anschließenden reflektierenden Gespräch stellten die Jugendlichen heraus: Vorurteile haben wir alle, außerdem sind sie oft unbewusst vorhanden. Sie verwiesen auf die Schutzfunktion und meinten, Vorurteile könnten auch als Vorbild fungieren. Der Ruf der „Politiker“ könne zum Beispiel dazu führen, selbst Politiker werden zu wollen und dazu motivieren, ehrgeizig zu sein. Den Schüler/innen war aber auch bewusst, dass Vorurteile oft dazu dienen, andere herabzusetzen, um sich selbst besser zu fühlen. Sie führen zu Ausgrenzung und Diskriminierung.

Auch zur Frage, woher Vorurteile kommen, hatten die Jugendlichen verschiedene Ideen. So nannten sie die eigene Erfahrung als „Verursacherin“ von Vorurteilen; daneben aber auch Freunde, Bekannte, Familie, Schule, Spielfilme und Medien wie das Fernsehen.

Teil II: Ursachen, Geschichte und Aktualität des Antisemitismus

Beim Thema Antisemitismus stieg das Projektteam damit ein, in die Runde zu fragen, was die Schüler/innen mit dem Begriff „Jude“ verknüpften. Während es ihnen leicht fiel, Vorurteile zu „Hartz-IV-Empfängern“ zusammenzutragen, hatten sie hier ihre Schwierigkeiten. Einem Schüler fiel schließlich ein, dass Juden von einigen als anders oder niedriger angesehen würden.

Aufmerksam verfolgten sie den Workshop-Part über die christlichen Ursachen des Antisemitismus und die Vorwürfe gegen Juden, die vor allem im Mittelalter erhoben wurden. Noch nie zuvor hatten sie davon gehört, dass Juden vorgeworfen wurde, christliche Kinder zu ermorden, um deren Blut in

einem Ritual zu trinken. Auch die Verknüpfung von jüdischen Menschen mit dem Teufel fanden sie völlig abwegig und befremdlich.

Anschließend lernten die Jugendlichen, dass derartige Vorwürfe keineswegs mit der Geschichte der Vergangenheit angehörten, sondern sie noch heute erhoben werden. Als sie unseren Videoclip zu den antisemitischen Demonstrationen im Zuge des Gaza-Kriegs 2014 anschauten, hatten sie den Arbeitsauftrag, zu beobachten, was genau den Juden auf den dokumentierten Demonstrationen vorgeworfen wurde und mit welchen alten und neuen Symbolen gearbeitet wurde. Als Vorwürfe trugen sie zusammen, dass Juden als „feiges Schwein“, „Bestien“, „Kinder- und Frauenmörder“ sowie als „Mörder“ allgemein bezeichnet wurden. Als Symbole erkannten sie den Davidstern, den Teufel und Satan.

Anschließend wurde darüber gesprochen, woher die demonstrierenden Menschen derartige judenfeindliche Ressentiments haben. Da einige Kinder an den Demonstrationen beteiligt waren und zum Beispiel mit Kreide judenfeindliche Bilder auf die Straße malten, war vor allem hier die Frage relevant. Die Schüler/innen vermuteten, dass sie ihr judenfeindliches Bild sicherlich von ihren Eltern übernommen haben.

Teil III: Kreative Plakatgestaltung

Im letzten Teil der Lernwerkstatt ging es ans Eingemachte: Nun hatten die Jugendlichen Raum für die eigenständige Auseinandersetzung mit den Themen Antisemitismus, Rassismus und Vorurteile. Die Schüler/innen bildeten insgesamt vier Gruppen, wovon sich drei mit Antisemitismus auseinandersetzen und eine zum Thema Rassismus arbeitete. Mit viel Engagement und Phantasie machten sich die Gruppen an die Plakatgestaltung. Schön war hierbei, zu beobachten, wie sich die Jugendlichen im Zuge dessen mit den Themen inhaltlich auseinandersetzen und darüber diskutierten, welche Position sie beziehen und auf welche Art und Weise sie diese auf dem Plakat transportieren wollen. Hin und wieder konnten wir als Teamer bei diesem Prozess mitwirken und Anregungen geben, größtenteils arbeiteten die Gruppen aber völlig eigenständig.

Zum Schluss präsentierten die Schüler/innen ihre Ergebnisse – und diese waren wirklich anschaulich! Die Gruppen stellten ihre Plakate vor und äußerten sich zu den darauf transportierten Botschaften. So erklärte das Team, dass ihr Plakat unter dem Motto „Handelt menschlich, handelt gegen Antisemitismus“ gestaltete, sie haben sich die Überschrift ausgesucht, weil sie ausdrückt, was sie erreichen wollen und was in der Welt verändert werden müsse. Weiter meinten sie, sie hätten sich für die auf dem Plakat geklebten Bilder entschieden, weil diese zeigen, wie schlimm Antisemitismus noch heute ist.

Eine andere Gruppe schrieb „Gegen Judenhass“ auf ihr Plakat. Rundherum klebten sie Bilder und Symbole der Judenfeindschaft auf, um zu zeigen, wie schlecht diese ist, und um zu verdeutlichen, dass man dazu deutlich NEIN sagen sollte. Die dritte Gruppe, die zum Thema Antisemitismus arbeitete, wählte ein Zitat vom Philosophen Theodor W. Adorno. Dieser nannte den Antisemitismus einst ein Gerücht gegen Juden. Die Jugendlichen entschieden sich für das Zitat, weil sie diesem gänzlich beipflichten können, schließlich stimmen die Behauptungen ja nicht. Das Plakat zum Thema Rassismus betitelten die Schülerinnen so: „Gegen Rassismus und für Flüchtlinge – Refugees welcome!“. Als Hauptmotiv zeichneten sie eine Erde auf das Papier. Sie haben aber die Grenzen nicht so stark nachgezeichnet, weil sie zeigen wollen, dass die Grenzen offen sein sollen. Nun werden diese bereits sehr ausdrucksstarken Plakate noch grafisch überarbeitet und anschließend auf festes, farbiges Papier im A0-Format gedruckt. Wir freuen uns schon auf die anstehende Ausstellung!

Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion am Oberstufenzentrum in Strausberg

20. Februar 2016

Bericht über die Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion am Oberstufenzentrum in Strausberg, die am 20.02.2016 im Rahmen des Tags der offenen Tür stattfanden.

In der Vorweihnachtszeit des vergangenen Jahres, am 16. und 18. Dezember 2015, kamen die Schüler_innen der 11. und 12. Klasse des Oberstufenzentrums Strausberg (OSZ) zusammen, um sich im Rahmen der interaktiven Lernwerkstatt mit den Themen Vorurteile und Antisemitismus zu beschäftigen. Schon damals war unser interkulturelles Team sehr beeindruckt von der offenen Atmosphäre und den angeregten und anregenden Diskussionen. Auf Basis dieses Austauschs fertigten die Schüler_innen in Eigenregie neun Plakate an, auf denen sie kreativ ihre eigenen Positionen gegen Antisemitismus, Judenhass und Vorurteile aufs Papier brachten.

Zwei Monate später, am 20. Februar 2016, hielt das OSZ einen Tag der offenen Tür ab, zu dem auch Eltern und interessierte Besucher_innen geladen waren. Dort hatte unser Team die Möglichkeit, sich erneut mit der Projektgruppe zu treffen, um sich über das gestalterische Resultat der Lernwerkstatt auszutauschen. Hier bekamen die Schüler_innen zum ersten Mal die von ihnen gestalteten und inzwischen graphisch überarbeiteten Plakate zu Gesicht.

Die 11. und 12. Klasse nutzte den Tag der offenen Tür, um ihre fertigen Plakate in der Aula auszustellen und zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Integration einzuladen.

Podiumsdiskussion zum Thema Integration

Frau Birgit Schroeder, die Lehrerin der Projektklasse, moderierte die Podiumsdiskussion, für die ein Klassenraum zur Verfügung stand. Dadurch entstand schnell eine vertraute Gesprächsatmosphäre, die sicher auch dadurch begünstigt wurde, dass sich die meisten Diskutant_innen bereits kannten. Auf dem Podium saßen neben drei Vertretern unseres interreligiösen Teams auch vier Schüler_innen und ein Lehrer. Alle Podiumsteilnehmer_innen brachten ihren jeweils eigenen Zugang zum Thema Integration mit.

Vorstellung der Podiumsteilnehmer_innen

Die Schülerin Jessica Schattenberg beschäftigt sich in ihrer politischen Aktivität bei der Jungen Union Petershagen mit den Integrationsmöglichkeiten und setzt sich hierfür auch praktisch ein, indem sie ehrenamtliche Aktionen mit geflüchteten Kindern durchführt.

Svenja Tscherniewsky ist Gründungsmitglied der AG Israel am OSZ und war bei einer Reise nach Tel Aviv überrascht, wie herzlich ihre Gruppe dort empfangen wurde, obwohl Deutschland durch seine historische Verantwortung für die Shoah seinen negativen Beitrag zur Staatsgründung Israels geleistet hat.

Maryam Nori lebt seit vier Jahren in Deutschland und kommt aus Kahane. Dadurch verfügt sie über einen sehr persönlichen Einblick in die Chancen und Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn man neu in ein Land kommt.

Robin Prinz wiederum hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie geflüchtete Kinder und Jugendliche am besten integriert werden könnten, vor allem außerhalb der Schule.

Emanuel Kabore ist ein Lehrer des OSZ, der in Burkina Faso geboren wurde und in Frankreich aufgewachsen ist. Dadurch weiß er nicht nur über persönliche Erfahrungen mit Migration und

Integration zu berichten, sondern lieferte auch interessante Einblicke in die kulturellen wie gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich.

Auch die Mitglieder unseres interkulturellen und interreligiösen Teams bringen ihre jeweils eigenen Geschichten zum Diskussionsthema mit.

Peter Utaschs Familie musste nach dem Sieg der Alliierten über Deutschland ihre Heimat verlassen, da diese künftig zu Polen gehörte. Später hatte er in der DDR mit Diskriminierung aufgrund seiner Religiosität zu kämpfen und wurde schließlich, als Pfarrer, sogar des Landes verwiesen.

İlker Duyan kommt aus der Türkei, lebt jedoch seit Jahrzehnten in Deutschland und ist Vorstandsmitglied des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB). Im Rahmen seiner Arbeit unterstützt er Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind und verhilft ihnen, bisweilen auch juristisch, zu ihrem Recht.

Levi Salomon ist als russischer Jude Anfang der 1990er Jahre mit seiner Frau und seinem damals vierjährigen Sohn nach Deutschland migriert. Er betont in seinem Eingangsstatement auf dem Podium, wie wichtig es für seinen Sohn war, sofort in den Kindergarten zu gehen, um dort die deutsche Sprache zu lernen und Freundschaften zu schließen. Dies sei die Grundlage seiner gelungenen Integration gewesen.

Ist Glaube Privatsache?

An dieser Frage entbrannte die inhaltliche Diskussion und es schieden sich die Geister auf dem Podium. Herr Kabore erläuterte das französische Modell, das ein Verbot von religiösen Symbolen an öffentlichen Orten bzw. Institutionen wie Schulen vorsieht. Dadurch solle einerseits ein Klima von Unvoreingenommenheit erzeugt und andererseits verhindert werden, dass für die eine oder andere Religion geworben wird. Denn der Großteil der französischen Gesellschaft habe sich in einem demokratischen Prozess für den Säkularismus entschieden, der dementsprechend auch durchgesetzt werden müsse.

Die Schüler_innen fanden diese Regelung insofern bedenklich, als dass sie einerseits zu Ausgrenzung führen könne und andererseits einen wichtigen Teil der Persönlichkeit Einzelner ausklammere.

In der Diskussion wurde jedoch schnell klar, dass es vor allem darauf ankommt, die individuellen wie gesellschaftlichen Probleme, die sich sowohl aus der deutschen als auch der französischen Praxis ergeben, wahrzunehmen und mit ihnen umzugehen. Denn alle waren sich darin einig, dass streng gläubige Schüler_innen nicht von gemeinsamen Aktivitäten ausgeschlossen werden dürfen.

Wie funktioniert Integration – vor allem von Kindern und Jugendlichen?

Ferner sind sich ebenfalls alle darin einig, dass es nicht nur darum gehen muss, Exklusion zu verhindern, sondern vielmehr darum, Integration zu erreichen. İlker Duyan wies darauf hin, dass der Grundstein sowohl für die eigene Integration als auch für die Bereitschaft, andere zu integrieren, in der Erziehung liege: Also zunächst in der Familie und dem direkten Umfeld, anschließend in Institutionen wie Kindergärten und Schulen. Dabei sei es vor allem wichtig, in einen Austausch mit diesen Familien zu gehen, sich auch als Nachbar oder Bekannter verantwortlich zu fühlen, damit die Sorgen und Belange der Einzelnen nicht nur in den eigenen vier Wänden verhandelt werden.

Um die von İlker Duyan angesprochene Bildung und Erziehung zu gewährleisten, gehört zu den großen Herausforderungen, mit denen wir in Deutschland derzeit besonders intensiv umzugehen haben. Levi Salomon wies in Bezug auf die aktuelle Lage darauf hin, dass viele der geflüchteten syrischen Kinder und Jugendlichen aufgrund des Krieges in ihrem Heimatland lange auf eine stabile

Schulbildung verzichten mussten. Die so entstandenen Wissenslücken müssten sie zunächst füllen, während sie parallel ihre traumatischen Erfahrungen verarbeiten und sich in einem neuen Land zurechtfinden müssten, dessen Sprache sie zunächst nicht kennen.

Das Podium war sich darin einig, dass es wichtig ist, ihnen dabei zu helfen, diesen Weg zu meistern. In vielen Fällen, so berichtete Jessica Schattenberg aus ihrer Erfahrung, gehörten die ehemals geflüchteten Schüler_innen sogar zu den Klassenbesten. Vor allem, wenn sie so früh wie möglich in Deutschland zur Schule gehen könnten, gelinge die Integration sehr gut und der Ehrgeiz, mit den deutschen Schüler_innen mithalten, sei sehr hoch, so Jessica.

Doch die schulische Integration sei nicht alles, betonte Robin Prinz. Ebenso wichtig sei es, persönlichen Kontakt aufzubauen, damit man sich nicht nur im schulischen Umfeld kennenlerne, sondern auch als Privatmenschen. Dazu seien Vereine ein gutes Medium, weil in ihnen unterschiedliche Menschen in ihrer Freizeit zusammen kommen. Nicht nur falle es so leichter, die Sprache zu lernen, man finde auch schneller Anschluss und lerne, sich unabhängig von Herkunft und kulturellem Hintergrund gemeinsam zu organisieren. Daher wäre es eine gute Sache, wenn Geflüchtete kostenlos in Vereinen aufgenommen würden und ihr Engagement in diesen gefördert würde.

Die Menschen zusammenbringen sei das Beste, was man machen könne, waren sich alle einig. Es müssten aber auch alle wollen und man müsse bereit sein, mit etwaigen kulturellen Unterschieden umzugehen. Alle müssten mitmachen und aufeinander zugehen, sonst funktioniere es nicht.

Oder, wie Jessica es in ihrem Abschlussstatement formulierte: „Wir müssen endlich mal machen, nicht nur reden. Endlich mal selbst die Initiative ergreifen!“. Denn „der Schlüssel“, so stellte Robin fest, „liegt in der Zivilcourage!“.

Ausstellungseröffnung und Diskussionsrunde an der Lina-Morgenstern-Gemeinschaftsschule in Berlin-Kreuzberg

Am 26. Februar 2016 besuchte das Projektteam die Lina-Morgenstern-Schule und eröffnete eine Ausstellung zu den Themen Antisemitismus und Rassismus. Ein Bericht.

Bereits während ihres Besuchs im Januar (Bericht [hier](#)) fiel dem interreligiösen und interkulturellen Projektteam die Lebendigkeit und Diskussionsfreudigkeit der 9. Klasse auf, mit der es die Lernwerkstatt zu Vorurteilen und Antisemitismus durchführte. Die Jugendlichen kannten zwar viele Vorurteile, wussten aber wenig über Judenfeindschaft. Weil aber ein Großteil von ihnen selbst Ausgrenzungserfahrungen aufgrund ihres Migrationshintergrunds gemacht hat und weiß, wie sich der alltägliche Rassismus anfühlt, fand die Klasse schnell einen Zugang zu dem Thema. Zum Schluss meinte ein Schüler sogar:

„Vor diesem Workshop hatten viele ein falsches Bild von Juden. Jetzt sind wir aufgeklärt und wissen mehr über die Problematik, über das, was die Juden alles durchgemacht haben.“

Die Rückkehr zur Lina-Morgenstern-Schule

Nach einem solch positiven Urteil über unsere Lernwerkstatt freute sich das Projektteam besonders, an die Lina-Morgenstern-Schule zurückzukehren. An einem kalten Freitag Mittag traf es sich zunächst mit der Lehrerin Jana Lettau und brachte die Plakate mit, welche die Jugendlichen zum Abschluss des Projekttags über Antisemitismus und Rassismus gestalteten.

Diese sollten nun in der Schule ausgestellt werden. Hierfür wurden die Arbeiten der Schüler/innen grafisch aufgearbeitet und von einer Druckerei auf großes, festes Plakatpapier gedruckt. Außerdem

brachte das Projektteam einen Edding mit, damit die Plakatgestalter/innen ihr eigenes Werk signieren können.

Während das Projektteam und Jana Lettau noch mit dem Aufhängen der Plakate beschäftigt waren, kamen schon die ersten Schüler/innen in den Ausstellungsraum und beäugten neugierig die Werke.

Begrüßung der Gäste und Vorstellung der Lernwerkstatt

Den eigentlichen Ablauf der Ausstellungseröffnung haben sich die Jugendlichen, die an der Lernwerkstatt teilgenommen haben, zusammen mit ihren Lehrer/innen Tobias Homann und Jana Lettau überlegt und vorbereitet. Sie luden ihre drei Nachbarsklassen derselben Klassenstufe ein, um ihnen die Plakate zu präsentieren und über die Lernwerkstatt zu berichten. Damit es nicht zu voll wird, kamen die Klassen nacheinander und es wurden insgesamt drei Durchläufe gemacht. Zuerst haben drei der Schüler/innen, die an der Lernwerkstatt teilgenommen hatten, das Projektteam vorgestellt. Anschließend berichteten sie darüber, was sie alles am Projekttag erlebt haben und über welche Themen gesprochen wurde. Besonders in Erinnerung ist ihnen dabei das sogenannte Außenseiterspiel geblieben, bei dem nachvollzogen werden soll, wie es ist, ausgegrenzt zu werden und auszugrenzen. Auch über ihre persönliche Einschätzung der Lernwerkstatt sprachen sie: sie erzählten etwa, dass sie dabei viel neues gelernt haben, dass es meistens Spaß gemacht hat, aber manchmal auch langweilig war.

Insgesamt zogen sie ein positives Resümee: Sie würden an der Lernwerkstatt nicht nur ein zweites Mal teilnehmen, sondern empfahlen sie sogar an die Nachbarsklassen weiter.

Der Ausstellungsrundgang

Nachdem die Besucher/innen aus den Parallelklassen über die Lernwerkstatt informiert wurden, hatten sie die Möglichkeit, in einem Ausstellungsrundgang die Plakate zu betrachten.

Währenddessen stellten sich die jugendlichen Plakatgestalter/innen vor ihr jeweiliges Plakat und erklärten es den Schüler/innen aus den Parallelklassen. Sie beantworteten Fragen und sprachen untereinander über die Themen Antisemitismus und Rassismus.

Das war ein besonders positives Erlebnis, da erst hier ersichtlich wurde, was den Jugendlichen von der Lernwerkstatt in Erinnerung geblieben ist und was sie sich besonders eingeprägt haben.

Außerdem ist es doch viel schöner, von Gleichaltrigen etwas zu erfahren, als immer nur die Perspektive der Erwachsenen zu hören.

Die Diskussionsrunde

Im Anschluss an den Ausstellungsrundgang blieb noch genügend Zeit, um das Projektteam und die Lernwerkstatt-Teilnehmer/innen zu befragen. Tatsächlich hatten die Jugendlichen aus den Parallelklassen einige Fragen ans Team: Ein Schüler fragte sich zum Beispiel, warum so viel über die Pariser Anschläge vom letzten November berichtet wurde, über die Terroranschläge in Istanbul hingegen kaum. Ein anderer wollte wissen, ob es stimmt, dass Juden keine Steuern zahlen müssten. Bei der letzten Frage wurde nochmals deutlich, wie viele verschiedenen Vorurteile kursieren, und wie wichtig es ist, gerade junge Menschen aufzuklären, solange sie noch Fragen stellen.

Zum Schluss wollten die Jugendlichen noch wissen, wie man zu einem solchen Projekt kommt und mit welchem Ziel die Lernwerkstatt durchgeführt wird. Die Antwort, dass es darum geht, gegen Diskriminierung anzukämpfen – egal ob sie gegen Muslime oder Juden gerichtet ist – gefiel ihnen. Sich gegen die Ausgrenzung von Menschen und Gruppierungen einzusetzen, ist schließlich heute

notwendiger denn je, und sollte im Interesse aller liegen.

Antisemitismus erklärt: Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel

5. April 2016

Im Rahmen des JFDA-Projekts „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ führte das Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus im vergangenen Jahr mehrere Interviews mit Expertinnen und Experten durch, die, vor ihrem jeweiligen fachlichen Hintergrund, Fragen zu den Wurzeln der Judenfeindschaft und den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus beantworteten.

Im ersten Interview stellt sich Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel, Leiterin des Fachgebietes Allgemeine Linguistik der Technischen Universität Berlin, den Fragen Aarons, eines Schülers der 9. Klasse.

Monika Schwarz-Friesel hat nach ihrem Studium der Philologie und pädagogischen Psychologie in Köln dort promoviert und habilitiert. Der Antisemitismus im 21. Jahrhundert ist einer ihrer Forschungsschwerpunkte.

In einem neuen Forschungsprojekt beschäftigt sich Schwarz-Friesel mit „Antisemitismus im Internet“. Mit einer Forschergruppe geht sie der Frage nach, wie antisemitische Inhalte über das Netz verbreitet werden, welche Typen von Verbal-Antisemitismus dabei zu beobachten sind und inwieweit alte judeophobe Stereotype modern artikuliert, v.a. in der Manifestationsform des Antiisraelismus, auftreten.

Das JFDA-Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen im Rahmen des „Landesprogramm Demokratie, Vielfalt, Respekt in Berlin“, der F.C.Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz sowie der Harold-Bob-Stiftung.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=krdzCDBf3a8>

Lernwerkstatt in der Integrierten Gesamtschule Halle

13. April 2016

Im Rahmen unseres Schulprojektes „Vorurteile abbauen – antisemitische Ressentiments bekämpfen“ haben wir am 13. April 2016 die Integrierte Gesamtschule in Halle besucht. Bereits aus einem Vorgespräch mit dem zuständigen Lehrer, Herrn Lauterbach, waren wir über die vielfältigen Aktivitäten des Schulkollegiums und der Schüler und Schülerinnen auch im sozialen und politischen Bereich informiert.

So konnten sich anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt Schüler und Schülerinnen ab der 8. Klasse im März 2016 bei einer *Juniorwahl* die eigene Stimme abgeben. Bei einer Wahlbeteiligung von 34% lag die AfD, mit immerhin 12% an vierter Stelle hinter den Grünen, der SPD und den Linken und knapp vor der CDU. Wenn man die Stimmen für die NPD und Die Rechte mit jeweils 3% mit den 12% für die AfD addiert, dann hat fast jeder fünfte Schüler eine entsprechende Stimme abgegeben.

Einige Lehrer haben zusammen mit ihren Schülern und Schülerinnen auch in jüngster Zeit im Rahmen so engagierter Schulprojekte wie „Zeuge werden“ und „Gegen das Vergessen“ Studienfahrten in das ehemalige KZ Dora Mittelbau (zusammen mit dänischen Schülern), nach

Buchenwald und in das ehemalige KZ Auschwitz unternommen. Die jüdischen Kulturtage in Halle gaben die Möglichkeit, die Synagoge in der Humboldtstrasse mit dem angrenzenden Friedhof zu besuchen. Es sollte nicht vergessen werden, dass es die Opfer nicht nur woanders gab, sie waren auch einst Schüler der eigenen Schule.

Unser interreligiöses Team – bestehend aus Levi Salomon als Sprecher des Jüdischen Forums, Ilker Dyan als Vertreter des Islam und Sprecher des Türkischen Bunds Berlin-Brandenburg und Peter-M. Utasch als ev. Pfarrer – wurde an diesem Tag noch unterstützt von Charlotte Struck, unserer Bildungsreferentin.

Begrüßung und Vorstellung mit Vornamen

Für unsern Workshop hatten sich 13 Mädchen und 16 Jungen der 11. Klassenstufe aus den Kursen Sozialkunde und Evangelische Religion angemeldet. Levi Salomon verband die Begrüßung der Schüler und Schülerinnen mit einem Vorausblick auf den Ablauf unseres mehrteiligen Programms über drei mal 90 Minuten.

Zu Beginn stellte sich unser Team vor, und wir lenkten die Aufmerksamkeit auf die Vornamen jedes einzelnen. Unter reger Beteiligung auch der anwesenden Lehrer für Sozialkunde und Evangelische Religion sowie der stellvertretenden Schulleiterin erzählten nun Erwachsene und Jugendliche von der Bedeutung ihres jeweiligen Vornamens und stellten Mutmaßungen an, aus welchem Grunde ihre Eltern damals gerade diesen jeweiligen Namen für ihr Kind ausgesucht hatten. Dabei kam heraus: Manche von uns tragen ihren Vornamen mit Stolz, andere brauchen Jahre, bis sie sich mit ihrem Namen identifizieren können. Wieder andere müssen ihren ursprünglichen Namen verbergen oder gar ändern, wenn sie möglichen Benachteiligungen z.B. aufgrund eines fremd klingenden Namens vermeiden wollen.

Vorurteile

Aber nicht nur fremd klingende Namen, sondern auch das Äußere eines Menschen, seine Kleidung, sein Verhalten, sein Beruf oder seine Hautfarbe können zu Vorurteilen führen. Die Schülerinnen und Schüler waren nun aufgefordert, bekannte Vorurteile zusammenzutragen, die sie in irgendwelchen Zusammenhängen gehört hatten. Manchen fiel es schwer, solche Vorurteile selber auszusprechen, weil sie sich damit auf keinen Fall identifizieren wollten. Es kam uns in diesem Teil aber darauf an, die Funktion solcher Vorurteile zu erarbeiten. Die Schüler und Schülerinnen lernten zu unterscheiden zwischen solchen Vor-Urteilen, die der eigenen Orientierung dienen und solchen, die einfach nur verletzen wollen. Meist werden dann Menschen, die als fremd oder irgendwie andersartig empfunden werden, mit negativen und abwertenden Attributen belegt.

Ausgrenzung

Inzwischen war es an der Zeit, etwas Bewegung – körperlich wie mental – zuzulassen. Dafür hatten wir ein Rollenspiel mitgebracht. Dabei bilden sich Gruppen von 4 oder 5 Teilnehmern, die sich in einem festen Kreis zusammenschließen. Zuvor einigen sich die Gruppen auf einen starken Teilnehmer, der als Ausgeschlossener sich nun alle Mühe geben sollte, in die Gruppe wieder aufgenommen zu werden. Hierbei fiel es manchen Schülern und Schülerinnen sichtbar schwer, die eigenen Schulkameraden so zu behandeln, wie sie selber nicht behandelt werden wollten. Ein Schüler mit dunkler Hautfarbe nahm zwar freiwillig die spielerische Rolle des Ausgeschlossenen an, unternahm auch ein paar Versuche, sich wieder zu integrieren. Als das nicht gelang, fand er sich

damit ab und sagte: „Wenn die mich nicht wollen, dann komm ich auch sehr gut ohne die andern zurecht.“ Über so unterschiedliche Verhaltensweisen und entsprechende Gefühle tauschten wir uns anschließend in einer Gesprächsrunde aus.

Hass gegen Juden

Nach einer erholsamen Pause eröffneten wir das Thema: Alte und aktuelle Vorurteile gegen Juden. Zunächst reagierte die Gruppe eher zurückhaltend, bis ein Mädchen den vorgegebenen Halbsatz „Alle Juden sind ...“ mit dem Wort „... Banker“ vervollständigte. Andere Herabwürdigungen gegenüber Juden als „Halsabschneider“, „Kindermörder“ oder auch „Seuchenüberträger“ wurden an die Tafel geschrieben. Hier zeigte sich, dass einige Schüler und Schülerinnen Kenntnisse hatten aus der Judenverfolgung der NS-Zeit. Das konnten wir entsprechend aufnehmen und im Gruppengespräch plastische Beispiele zusammentragen, wie die Verfolgung der Juden in der NS-Zeit begann und bis zur buchstäblichen Vernichtung vorangetrieben wurde. Gleichzeitig fragten sich einige Schüler und Schülerinnen, ob sich nicht so was wie ein Gefühl von Unterlegenheit, Neid oder auch Angst vor „dem Anderen“ hinter dem Hass gegen Juden verbergen könnte.

Hier war es wieder Levi Salomon, der den Anwesenden deutlich machen konnte, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit immer und potentiell gegen uns alle gerichtet ist – auch dann, wenn Juden zu den ersten Opfern zählen.

Religiös urteilender Hass

Mit Hilfe unserer PowerPoint-Präsentation zeigten wir nun auf, wie sich uralte gegen Juden gerichtete Stereotypen über die Jahrhunderte und Jahrtausende bis in die Gegenwart erhalten haben. So berufen sich Menschen, die Juden als „Gottesmörder“ bezeichnen, auf die spätere Verehrung Jesu als „Sohn Gottes“, obwohl Jesus als jüdischer Rabbiner von den Römern als Aufrehrer am Holzkreuz getötet wurde. Oder wer bis heute Juden in die Nähe des Teufels rücken möchte, der benutzt u. U. ein Zitat aus dem Neuen Testament (Joh.8) allerdings sehr im Gegensatz zu wissenschaftlicher Exegese und mit der eindeutigen Absicht der Herabwürdigung. Aber auch die beispielhaften Stereotype von Juden als „Kindesmörder“ oder als „Wucherjuden“ entstammen einem Antijudaismus, der in kirchlicher Tradition über die Jahrhunderte gewachsen ist und bis in unsere Gegenwart manchmal auch unbewusst gepflegt wird.

Rassistischer Antisemitismus – Von der Neuzeit bis zur Gegenwart

Weil Rassismus und Antisemitismus keinem zufälligen Schicksal entstammen, sondern sich aus unserer Geschichte nähren und über die Generationen einen tiefen Bodensatz gebildet haben, erzählen wir den Schülern und Schülerinnen auch von der starken Ausbreitung des „modernen“ Antisemitismus seit der Gründung des Deutschen Kaiserreiches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wilhelm Busch hat als beliebter deutscher Autor von Kinderbüchern ganze Generationen bis in die Gegenwart auch mit seinen rassistischen und antisemitischen Ausfällen geprägt.

An all den Beispielen aus der Geschichte konnten die Schüler und Schülerinnen Zusammenhänge zu unserer Gegenwart erkennen. So ist die Schmähschrift „Protokolle der Weisen von Zion“ längst als Fälschung des russisch-zaristischen Geheimdienstes aus dem Jahre 1903 entlarvt. Dennoch wird die uralte Fälschung bis heute als Beleg für eine Verschwörung mächtiger Juden, die sich der Welt der nichtjüdischen „guten“ Menschen bemächtigen wollen, verbreitet – vor allem und bis heute in der

arabischen Welt.

Die Jugendlichen reagierten geradezu erschüttert, als sie erkennen konnten, wie unrealistisch und gleichzeitig herabwürdigend solche Darstellungen bis in die Gegenwart ihre Wirkung entfalten. Das Video von einer Demonstration in Berlin aus Anlass des Krieges in Gaza im Jahr 2014 erschreckte die Schüler und Schülerinnen, weil Transparente auf Berliner Straßen zu sehen waren mit denselben antisemitischen Stereotypen, die sie bisher nur mit dem europäischen Mittelalter in Verbindung brachten.

Plakatgestaltung

In den bisherigen Teilen unseres Workshops waren die Jugendlichen mit so vielen Aspekten zu den Themen Rassismus und Antisemitismus konfrontiert worden, dass sie sich auch mental stark beeindruckt zeigten. Nun war es an der Zeit, die zahlreichen Eindrücke in Form von selbst gestalteten Plakaten künstlerisch aufzuarbeiten. Die Jugendlichen setzten sich in neun Kleingruppen mit je drei bis vier Teilnehmern zusammen, überlegten, diskutierten und schufen endlich fünf Plakate zum Thema Rassismus und vier weitere gegen Antisemitismus.

Auch Themen wie Fremdenfeindlichkeit oder Homophobie ließen die Schüler und Schülerinnen nicht aus. Am Ende des Workshops konnten die einzelnen Gruppen ihre individuell gestalteten Plakate mit einigem Stolz allen anderen präsentieren und erhielten überzeugenden Beifall.

Das obligatorische Nachgespräch

Im Anschluss an den gemeinsamen Tag teilten die Mitglieder unseres Teams mit dem begleitenden Lehrer, Herrn Lauterbach, ihre Eindrücke und verabredeten das weitere Vorgehen. Zunächst werden die Schülerplakate mit notwendigen Zusatzinformationen versehen und künstlerisch aufgearbeitet, bis sie im großen Format DIN-A0 gedruckt werden können.

Anfang Mai werden dann die Plakate in einer Ausstellung der Schule vor bis zu 80 weiteren Schüler und Schülerinnen von den beteiligten Jugendlichen im Beisein der Lehrerschaft und anwesenden Honoratioren präsentiert und diskutiert.

Rassismus und Antisemitismus erklärt: Interview mit Dr. habil. Klaus Holz

Im Rahmen des JFDA-Projekts „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ führte das Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus im vergangenen Jahr mehrere Interviews mit Expertinnen und Experten durch, die, vor ihrem jeweiligen fachlichen Hintergrund, Fragen zu den Wurzeln der Judenfeindschaft und den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus beantworteten.

Im diesem zweiten Interview, dass Aaron mit Dr. habil. Klaus Holz im vergangenen Jahr führte, geht es um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus.

Der Soziologe Dr. habil. Klaus Holz wurde 2014 in den „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus der Bundesregierung im Benehmen mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages“ berufen. Seine wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkte sind die Antisemitismusforschung sowie die Sozial- und kulturwissenschaftlichen Theorien.

Rassismus definiert erfolgreichermaßen:

„Rassismus ist eine menschenfeindliche Ideologie und Praxis, in der große Menschengruppen unterschieden werden, z.B. nach einer angeblichen Hautfarbe, Schädelform, Genom o.ä. Im Rassismus wird behauptete, dass aufgrund irgendwelcher Merkmale in der Biologie der Menschen diese Gruppen grundsätzlich unterschiedlich sind und damit eine hierarchische Wertung verbunden

ist. Damit ist der Machtanspruch verbunden, dass typischerweise die weiße, arische „Rasse“ die überlegene ist, die deshalb zurecht alle anderen unterjochen darf und muss. Dieser Rassismus ist in seiner Entstehungsgeschichte wesentlich nicht mit dem Antisemitismus verknüpft, das ist eine spätere Geschichte.“

Dabei betont Holz den historischen wie machtpolitischen Kontext, in dem Rassismus sich entwickelt hat. In der Zeit der Kolonialisierung, so veranschaulicht er, sahen sich jene Gesellschaften, die sich andere Teile der Welt zu eignen machen wollten, damit konfrontiert, die Unterwerfung anderer Menschen bzw. Menschengruppen, ideologisch Einbetten zu müssen.

„Das heißt, indem man sagt, dass diese „anderen“ Menschen, die man als dunkel oder schwarz beschreibt, sind minderwertig. Damit spricht man ihnen das Recht auf ihr Land, Besitz, eigene Politik vollkommen ab und rechtfertigt damit die Kolonialmacht. Ideologisch sagt man dazu, dass diese Gruppen aufgrund ihres Wesens unveränderbar so sind. Also schwächer, kulturell unterentwickelt, minderwertig.“

Beim Antisemitismus hingegen, verhalte es sich grundlegend anders und zwar nicht erst seit dem Nationalsozialismus. Bei diesem handele es sich lediglich um eine besondere Form der Zuspitzung des modernen Judenhasses, die im Prinzip in die Tat umgesetzt habe, was schon zuvor Teil des gesellschaftlichen Diskurses gewesen sei.

„Aber um den zentralen Punkt zu nehmen, dass was die Nazis dann tatsächlich mit dem Holocaust wollen, nämlich alle Juden zu töten, alle töten zu wollen, alle die sie konnten, auch getötet zu haben, ist eine Vorstellung, die es schon deutlich vor dem Nationalsozialismus gibt und auch außerhalb des rassistischen Antisemitismus. Es gab nicht-rassistische Antisemiten, die auch dachten, dass eine „Endlösung der Judenfrage“ nötig und die einzige Option sei. Insofern ist der Nationalsozialismus einerseits eine völlige Zuspitzung und darin, also in der Radikalität seiner Praxis auch einzigartig. Andererseits lässt er sich nicht von dem Gesamtfeld des Antisemitismus einfach kategorial unterscheiden, als wäre da etwas ganz neues in die Welt gekommen. Das betrifft nicht nur christliche sondern auch säkulare Autoren, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts schon darüber nachdenken, wie denn die „Judenfrage“ zu lösen sei und die eigentlich keine andere Vorstellung übrig lassen, als dass „der Jude“ verschwinden muss. Die sagen nicht, wie das gehen soll, aber die Vorstellung ist: eigentlich gibt es kein Existenzrecht für Juden.“

In diesem unbedingten Willen zur Vernichtung aller Jüdinnen und Juden liegt, so Holz, die Besonderheit des modernen Antisemitismus. Denn sein Gegenstand, also „der Jude“ als konstruiertes Stereotyp, wird als übermächtiger Gegner, als weltumfassende Bedrohung imaginiert.

„„Der Jude“ will die ganze Welt beherrschen, würde sich die Welt Untertan machen und seine Gesetze, sein Verhalten durchsetzen und damit alle Völker ruinieren, indem er alle Unterschiede, alles, was uns wichtig ist, zerstören. „Der Jude“ wird vorgestellt im Antisemitismus des 20. Jahrhunderts als DER große Antagonist.“

Das JFDA-Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen im Rahmen des „Landesprogramm Demokratie, Vielfalt, Respekt in Berlin“, der F.C.Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz sowie der Harold-Bob-Stiftung.

Video: https://www.youtube.com/watch?v=pnx6Z_oU

Kirchlicher Antijudaismus erklärt: Interview mit Pfarrer Johannes Hildebrandt

Im Rahmen des JFDA-Projekts „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ führte das Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus im vergangenen Jahr mehrere Interviews mit Expertinnen und Experten durch, die, vor ihrem jeweiligen fachlichen Hintergrund, Fragen zu den Wurzeln der Judenfeindschaft und den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus beantworteten.

Im dritten Interview, das Aaron mit Pfarrer Johannes Hildebrandt im vergangenen Jahr führte, geht es um die Judenfeindschaft der Kirche als Wurzel des Antisemitismus von heute.

Johannes Hildebrandt, ehemaliger Pfarrer der Sophien-Gemeinde in Berlin-Mitte, war langjähriger Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Judentum und Christentum“ in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sowie Initiator des Pogromnachtgedenkens in der Sophienkirche.

Im Gespräch mit Aaron klärt Pfarrer Hildebrandt über die Geschichte des Christentums und seine jüdischen Wurzeln auf und zeichnet so auch die Geschichte des Antijudaismus nach. Dabei betont er jedoch, dass es in diesem Zusammenhang nicht nur um Religion geht:

„Der Begriff Religion ist an dieser Stelle ein wenig beschwerlich. Ich denke, es geht um Lebensweisen. Wenn einer so lebt und der andere lebt anders, dann gibt es Konflikte. Wenn sich diese Konflikte verhärten, dann werden sie visualisiert. Dann sagt die eine Gruppe zur andere: Du bist gegen das, was für uns wesentlich ist, du gehörst zu den Anhängern des Teufels. Und die Andere sagt, was haben wir mit dir zu tun? Bleibt uns vom Halse, du verdirbst unsere jüdische Tradition. Das schaukelt sich gegenseitig hoch. Wer die politische Macht hat, hat dann natürlich das Sagen.“ Pfarrer Hildebrandt räumt ein, dass die römisch-christliche Tradition und in diesem Rahmen auch die christliche Kirche ihren Teil zur modernen Judenfeindschaft beigetragen hat, die letztendlich während des Nationalsozialismus zum industriellen Massenmord an Jüdinnen und Juden geführt hat. Auch heute noch müsse er bisweilen Predigten beiwohnen, die antisemitische Inhalte kolportieren und sich nicht, aus der Perspektive des Katholizismus, dezidiert gegen Judenhass und Menschenfeindschaft positionieren. Dies sei, so Pfarrer Hildebrandt, ihrer unzulänglichen Auslegung der Heiligen Schrift geschuldet.

„Und es gibt tolle Texte im Neuen Testament, es ist ein schönes Buch, ich möchte es nicht aufgeben, aber man muss es kritisch lesen.“

Das JFDA-Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen im Rahmen des „Landesprogramm Demokratie, Vielfalt, Respekt in Berlin“, der F.C.Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz sowie der Harold-Bob-Stiftung.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=EgFFk3YxGcM>

Ausstellung und Diskussionsrunde in der Integrierten Gesamtschule Halle

3. Mai 2016

Am 3. Mai besuchte das Projektteam zum zweiten Mal die Integrierte Gesamtschule in Halle, um zusammen mit Schüler_innen und Lehrer_innen die Ausstellung zum Thema „Vorurteile abbauen – antisemitische Ressentiments bekämpfen“ zu eröffnen.

Schüler_innen vom Sozialkundekurs und Religionskurs der Klassenstufe 11 hatten die Plakate gestaltet. Die Arbeiten wurden von einer Grafikerin aufgearbeitet und großformatig auf Plakate gedruckt. Die Plakate bleiben in der Schule und werden dort weiterhin ausgestellt.

Begrüßung der Gäste

In der schönen Aula des Altbaus gaben drei Schüler den Auftakt mit jazzig-flotten Rhythmen, bevor Herr Lauterbach als Kursleiter für Sozialkunde die Anwesenden begrüßte.

Es hatten sich mehr als 60 Schüler_innen der Jahrgangsstufe 11 und mehrere Lehrer_innen eingefunden, um an der Plakatvorstellung und der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Neben unserem inter-religiösen Projektteam war auch der SPD-Politiker und Bundestagsabgeordnete Dr. Diaby erschienen. Herr Dr. Diaby ist im Senegal aufgewachsen und lebt seit fast 30 Jahren in Deutschland. Er machte aufgrund eigener Erfahrung mit Rassismus im Alltag deutlich, wie wichtig unser Projekt ist, um mit Vorurteilen umzugehen und Antisemitismus wie Rassismus zu bekämpfen. Er selbst bietet Schulen seine Unterstützung bei weiteren Projekten zu dem Thema an. Dann führte der Projektleiter Levi Salomon in das Thema ein.

Plakatvorstellung

Neben drei Plakaten, die unser Projekt erläutern, wurden neun Plakate ausgestellt, die die Schüler_innen selber in der Lernwerkstatt zum Thema Antisemitismus und Rassismus gestaltet hatten. Auf einem Plakat war eine Abbildung zu sehen, in der der israelische Ministerpräsident – als Teufel dargestellt – gerade dabei ist, ein geschlachtetes Kind zu verschlingen. Dr. Diaby stand auf und sagte, sowas hätte er auch schon von Rassisten erlebt, wenn Afrikaner als Tiere oder schwarze Teufel beschimpft werden. Nacheinander erläuterten die Jugendlichen, für welche Kernaussage sie sich entschieden hatten und wen sie damit erreichen wollen. So wählten die Schüler_innen auch Themen wie Sexismus und Homophobie

Trotz einer gewissen Aufgeregtheit einiger Schüler_innen wurden ihre Botschaften sehr aufmerksam aufgenommen, und es gab kräftigen Beifall für jede Gruppe.

Die Diskussionsrunde

Im Anschluss an die Plakatvorstellung fand eine Diskussionsrunde statt, in der sich die Mitschüler_innen sehr engagiert beteiligten. Diskutiert wurden Fragen wie: „Haben nicht alle Menschen irgendwelche Vorurteile?“. Hier antwortete der SPD-Politiker sehr anschaulich mit Verweis auf seine Hundeangst sehr anschaulich. Er selber habe ein Vorurteil und vor allem Angst vor Hunden, da er in seiner Kindheit schlechte Erfahrungen mit ihnen gemacht habe. Dennoch ist das für ihn kein Grund, einen allgemeinen Hass gegen Hunde zu hegen. Er könne seine Angst reflektiert betrachten und würde seine eigene Abneigung gegen Hunde nicht zu einem allgemeinen Thema werden lassen, in dem gleich alle Hunde und deren Besitzer abgewertet werden.

Einige Schüler äußerten: Vorurteile können sogar erste Orientierung ermöglichen. Später aber müsse man aufgrund eigener Erfahrungen die eigenen Vorurteile überprüfen und bereit sein, diese abzubauen, besonders dann, wenn sie sich gegen einzelne Menschen oder ganze Menschengruppen richten.

Eine weitere Schülerfrage lautete: „Was kann ich alleine schon gegen Antisemitismus ausrichten?“. An der Reaktion anderer Schüler_innen wurde deutlich, dass einige sich überfordert fühlen, ein so verbreitetes und bedrohliches Phänomen zu bekämpfen.

Daraufhin griff Peter-M. Utasch die Äußerung eines Mädchens auf, das gesagt hatte: „Bereits als kleines Kind sollte man erfahren, dass man von den Eltern und nahen Menschen angenommen und geliebt wird. So erlebt das Kind schon ganz früh verlässliche Zuwendung, die stark macht und Selbstbewusstsein wachsen lässt.“ Und er fuhr fort: Rassisten und Antisemiten leiden unter einem geringen Selbstwertgefühl und fürchten sich vor Menschen oder Gruppen, deren Andersartigkeit sie als Bedrohung empfinden. Darum ist ein gesundes Selbstbewusstsein eine gute Voraussetzung dafür, in Gesprächen oder Auseinandersetzungen zum Thema Rassismus und Antisemitismus seine eigene Meinung zu vertreten. Eine Schülerin vom Podium ergänzte mit dem Zitat „Einer für alle, alle für einen“. Es sei wichtig Menschen im eigenen Umkreis aufzuklären und füreinander da zu sein. Ein anderer Schüler fragte, wie es zu der Gründung des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus gekommen sei. Nun erzählte Levi Salomon von seinem Großvater, der als Rabbiner in der Sowjetunion in einem Straflager zusammen mit Geistlichen aus anderen Religionen gelitten habe. Herr Salomon selber habe seit seiner Kindheit Diskriminierungen als Jude in der Sowjetunion erlebt. In Deutschland, das auf eine lange Geschichte der Judenfeindschaft zurückblicke, habe er dann in der Berliner Jüdischen Gemeinde viele Menschen mit ähnlichen Erfahrungen getroffen. Daraufhin habe er vor 8 Jahren zusammen mit anderen das „Jüdische Forum“ gegründet. Heute kann jeder sehen, dass der uralte Bodensatz des Antisemitismus neue Blüten treibt und die Auseinandersetzung und der Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hochaktuell und dringend notwendig ist.

Gegen Ende der Diskussion meldete sich ein Schüler zu Wort, der fand, dass Projekte wie unseres Druck ausüben würden. Er habe das Gefühl, man dürfe nichts mehr gegen Flüchtlinge und Ausländer sagen.

Levi Salomon stellte daraufhin eine Gegenfrage: In welcher Welt wolle er lieber leben, in einer Welt mit geschlossenen Grenzen ohne Austausch mit anderen Ländern und deren Menschen oder in einer toleranten Welt, in welcher es einen offenen Umgang mit unterschiedlichen Menschen aus vielen Ländern gibt.

Peter-M. Utasch antwortete dem Schüler etwa so: Ich verstehe dich so, dass du dich stark machst für einen freien Meinungs-austausch und für Toleranz auch gegenüber unerwünschten Meinungen. In Sachen des Rassismus und des Antisemitismus geht es aber nicht nur um unterschiedliche Meinungen. Hier werden Menschen abgewertet, ihnen wird zuerst die Würde und oft auch das Leben genommen. Dagegen kämpfen wir. Das ist nicht nur eine Meinung, sondern eine Haltung. Genau deshalb sind wir als inter-religiöses Team des Jüdischen Forums hier, und dafür stehen wir ein. Ein anderer Schüler ergänzte. Wenn wir uns hier nicht stark machen, dann kann sich die unsägliche Geschichte aus Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus wiederholen. Die stellv. Schulleiterin Frau Ortlieb sagte in ihrem Schlusswort, dass es schon genug Druck von Rechts und von rechten Parteien gäbe. Darum wäre es gar nicht so schlecht, auch mal Druck für die Demokratie aufzubauen.

Das Nachgespräch mit einem Wunsch

In einem Nachgespräch äußerten Herr Lauterbach und Frau Ortlieb den Wunsch an das Projektteam, ihre Schule im neuen Schuljahr mit demselben oder einem neuen Workshop für nachfolgende Jahrgänge erneut aufzusuchen.

Unter folgendem Link haben die Schüler_innen der Integrierten Gesamtschule Halle ihre Erfahrungen und Eindrücke bzgl. unserer Lernwerkstatt zusammengefasst:

Integrierte Gesamtschule Halle:

http://www.igs-halle.de/igs/cms/front_content.php?idcat=2&idart=3909

Lernwerkstatt an der Carl-Legien-Schule in Berlin-Neukölln

26. Mai 2016

Als berufsbildende Schule arbeitet die Carl-Legien-Schule, nahe der Hermannstrasse in Neukölln, mit einem sozialpädagogischen Konzept. Das schließt individuelle Hilfe und Unterstützung ein. Im Mittelpunkt stehen Beratung und konkrete Hilfsangebote für benachteiligte Jugendliche zur Überwindung von Problem-, Konflikt- und Krisensituationen sowie die Unterstützung in sozialen Notlagen.

In einem ausführlichen Vorgespräch mit der zuständigen Lehrerin, Frau Hinkel und drei Schülern wurde unsere Lernwerkstatt vorgestellt. So erhielten wir bereits Wochen vor unserem Einsatz einen Eindruck von den besonders förderbedürftigen Schüler_innen. Wir hatten uns auf junge Menschen einzustellen, die einen zweijährigen Lehrgang für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf durchlaufen, weil sie in einem (sonst üblichen) einjährigen BQL-Lehrgang nicht ausreichend gefördert werden könnten.

Für die Durchführung unserer Lernwerkstatt war der 26. Mai 2016 vereinbart. Angemeldet waren 15 Schüler_innen, von denen immerhin 10 erschienen. Ein Mädchen ohne Migrationshintergrund äußerte mit drastischen Worten ihren Unwillen, an unserer Lernwerkstatt teilzunehmen und verließ später den Raum.

Unser inter-kulturelles Team – mit Levi Salomon als Sprecher des Jüdischen Forums, Ilker Duyan als muslimischer Vertreter des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg und Peter-M. Utasch als evangelischer Pfarrer – war diesmal verstärkt durch Grischa Stanjek, Mitarbeiter im Jüdischen Forum, und Samira* als Gast mit muslimisch-iranischer Herkunft.

Nach einer Einführung in unser Thema „Vorurteile abbauen – Antisemitismus bekämpfen“ luden wir die Jugendlichen zu einer äußerst lebendigen und interessanten Vorstellungsrunde ein. Erwachsene wie Jugendliche nannten ihren jeweiligen Vornamen und erläuterten, warum ihre Eltern wohl gerade diesen Vornamen gewählt hatten. Da die meisten Schüler aus muslimisch-arabischen und muslimisch-türkischen, auch kurdischen Ländern stammen, waren wir froh darüber, dass wir gleich zwei muslimische Gesprächspartner (Ilker als Sunit und Samira als Schiitin) zu bieten hatten, zu denen die Schüler ihre besondere Nähe zum Ausdruck brachten. So wurde auch die Nennung der meist muslimischen Namen für die nichtmuslimischen Teilnehmer zu einem überaus interessanten Mini-Seminar in Sachen muslimischer Kultur und Geschichte.

So trägt ein eher schüchtern auftretender Schüler die Vornamen Fatih und Mehmed, benannt nach Fatih Sultan Mehmed, dem Eroberer Konstantinopels von 1453. Dagegen trägt ein Mädchen aus einer schiitisch-libanesischen Familie den Namen Karolin, was nicht verwundert, weil man erfahren konnte, dass der Libanon nach dem 1. Weltkrieg unter französischem Mandat auch französischen Einflüssen unterlag.

Nicht nur dieses Mädchen suchte immer wieder Kontakt zu Samira, der einzigen jüngeren Frau in unserm Team, die ebenfalls als Schiitin aufgewachsen ist. Samira sagte bei ihrer eigenen Vorstellung, dass sie aus Teheran stammend in mehreren Ländern Asiens, Europas und den USA gelebt hat und sich einen Vergleich in sozial- und kulturpolitischer Hinsicht zutraut. Sie kennt kein weiteres Land als Deutschland, wo Menschen so ungehindert nach Religion, Geschlecht, Herkunft und Aussehen leben können. Sie sei glücklich, in einem Land leben zu dürfen, wo man einfach so leben könne, wie man möchte.

Beim Thema Vorurteile kamen sehr schnell Gespräche über Ausländer und Flüchtlinge auf. Ein

Mädchen mit arabischer Herkunft störte sich an abfälligen Vorurteilen über Ausländer, weil sie ja selbst eine Ausländerin sei. Auf Nachfrage nach ihrem Geburtsort, kam sie zunächst ins Grübeln und rief dann laut und freudig aus: „Ich bin eine Berlinerin!“ Sehr belastende Vorurteile wurden gegenüber „Flüchtlingen“ genannt. Sie seien reich, faul, betrügerisch und sollten „nach Hause fahren“. Ein Mädchen fügte als Verstärkung hinzu: „... hat meine Mutter gesagt.“

Als Team haben wir nach vielzähligen Schulbesuchen noch nie so unverhohlen geäußerten Antisemitismus unter Schülern erlebt. Als erstes Vorurteil gegenüber Juden wurde spontan „Kindermörder“ genannt. Ein nichtmuslimischer Schüler fragte: „Woher weißt du denn das!“ Die Antwort: „Das ist einfach so!“ und auf Arabisch ein Wort das auf Deutsch „das ist die Wahrheit“ heißt.

Levi Salomon begegnete vor der Schule einer Schülergruppe und hörte das Wort Jude in erkennbar verächtlichem Ton. An dieser Stelle mischte sich Ilker als türkisch-muslimischer Partner ein und fragte nach, was denn die Schüler überhaupt wüssten über den Konflikt zwischen Israel und den Arabern. Er verwies auf kriegerische Auseinandersetzungen von beiden Seiten und ging dann auf die mannigfaltigen Konflikte unter muslimischen Staaten und Völkern ein. Er äußerte, dass historische Kenntnisse gegen ungeprüfte Vorurteile helfen könnten. Mehrmals wurde der Zusammenhang zwischen Judenfeindschaft und Muslimfeindschaft aufgezeigt. Hier waren die Schüler sehr aufmerksam. Auch bei den Erinnerungen an die Judenfeindschaft und Vernichtung während der Nazizeit wurden viele Jugendliche nachdenklich.

Unser zweiter Teil der Lernwerkstatt geht auf judenfeindliche Stereotype ein, wie sie seit Jahrtausenden zunächst von christlich-kirchlicher Seite gepflegt wurden und schließlich seit Mitte des 19. Jahrhunderts im säkularen und rassistischen Antisemitismus gipfelten. Die angesprochenen Themen wurden von PowerPoint-Präsentationen und kurzen Video-Clips unterstützt. Hier zeigte sich aber, dass wir die Aufnahmefähigkeit der Jugendlichen überschätzt hatten. Inhaltliche Kürzungen mit anschließendem Gruppengespräch wären leichter angenommen worden.

Einen nachhaltigen Eindruck allerdings schien die Darstellung der gemeinsamen Geschichte von Juden, Christen und Muslimen gemacht zu haben. Hier traten die Teammitglieder aus den drei Religionen in einen Dialog und stellten die Verbindungen zwischen Abraham und Mose aus der Hebräischen Bibel, Jesus aus dem Neuen Testament und dem Propheten Mohammed aus dem Koran heraus.

Gerne beteiligten sich die Schüler an der Herstellung der Collagen. Es machte ihnen Freude, jetzt keine neuen Informationen mehr aufnehmen zu müssen und stattdessen selber aktiv werden zu können. In vier Gruppen wurden vier Plakate hergestellt. Zum Thema Antisemitismus arbeiteten lediglich zwei Mädchen, während alle anderen sich der Thematik Rassismus zuwandten. Ein Plakat wurde von einem Jungen ohne Migrationshintergrund zusammen mit einem türkischen Jugendlichen zusammengestellt. Sie hatten zwei Fotos ausgewählt: der deutsche Jugendliche ein Bild auf dem Menschen gegen Homophobie demonstrieren und ein anderes, auf dem ein deutscher Soldat sich Kindern zuwendet, die offensichtlich aus fernen Ländern stammen. Der türkische Jugendliche war davon so beeindruckt, dass er sagte: „Der Soldat hat Respekt vor anderen, er will nur helfen.“ Und dann fügte derselbe Jugendliche hinzu: „Da geht mir das Herz auf.“

*Name von der Redaktion geändert

Plakatpräsentation im Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum in Oranienburg

22. Juni 2016

Vor drei Monaten hatten wir uns kennengelernt: die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 11 und 12 zusammen mit ihrer Lehrerin Frau Neumann und unser interreligiöses Team vom Jüdischen Forum Berlin. Als sichtbares Ergebnis unseres Workshops zum Thema – Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen – hatten die Jugendlichen eigene Plakate gestaltet. Diese wurden nun der versammelten Öffentlichkeit vorgestellt.

So trafen wir uns am 22. Juni wieder in einem von den Schülern für die Veranstaltung vorbereiteten Raum der Schule. Die vorderen 20 Sitzplätze waren namentlich gekennzeichnet für die zu erwartenden Gäste aus Politik, Öffentlichkeit und für die Pressevertreter. Die Schüler hatten ihre Aufgabengebiete für die Veranstaltung unter sich aufgeteilt. Zunächst trat die Ton- und Technik-Gruppe in Erscheinung. Im Hintergrund war eine andere Gruppe bereits damit beschäftigt, das abschließende Catering vorzubereiten.

Dann ging es auch schon los: Ein Schüler spielte eigene Stücke auf seinem Cello. Dann begrüßte Frau Neumann unser Team mit Ilker Duyan (Türkischer Bund Berlin Brandenburg), Melanie Hermann und Pfarrer Peter-M. Utsch als Mitarbeiter des Jüdischen Forums.

Als weitere Gesprächsteilnehmer wurden die anwesenden Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Oranienburg begrüßt sowie Björn Lüttmann, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag und Stefanie Rose, die Kreisvorsitzende der Partei Die Linke.

Besonderen Beifall bekam Dieter Starke als ehemaliger Schulleiter des OSZ und jetziger Bildungsdezernent des Landkreises, aber auch Astrid Jung, die sich als Vertreterin der unabhängige Unterstützungsagentur RAA Neuruppin für Bildung und gesellschaftliche Integration von zugewanderten Menschen an Schulen engagiert. Mit sehr konkretem Interesse an unserem Schul-Projekt war ein weiterer Schulleiter und der zuständige Schulrat gekommen.

Nun aber trat ein Schüler-Chor auf mit zwei Liedern, deren Text punktgenau zu unserem Thema passte: „Was keiner sagt, das sagt heraus. / Was keiner denkt, das wagt zu denken. / Was keiner anfängt, das führt aus.“ Oder auch: „Viele Jungen werden Greise, / bevor sie noch die Alten sind. / Nur ein Weg führt aus dem Teufelskreise. / Der Weg gegen den Wind!“

Die Schüler stellten daran anschließend ihre Plakate vor und erzählten, was sie mit ihren Collagen zum Ausdruck bringen und wen sie damit ansprechen wollten.

Drei andere Schüler hatten sich darauf vorbereitet, nun sieben der eingeladenen Gäste an die geschmückten Stehtische zu rufen, ihre wohldurchdachten Fragen zu stellen und das Gespräch im Stil des TV-Moderators Plasberg zu moderieren.

Zunächst kamen wir an die Reihe mit Fragen wie: „Wo haben Sie (Ilker Duyan) als Moslem Ausgrenzung und Anfeindung erlebt und wie haben Sie darauf reagiert?“ Peter-M. Utsch wurde gefragt, wie er als evangelischer Pfarrer zu der Arbeit in einem interreligiösen Team gefunden hat. Melanie Hermann schilderte in ihrer Antwort auf die Frage nach den Aufgaben des Jüdischen Forums unsere Arbeit in den beiden Schulprojekten zu den Themen Antisemitismus und Rassismus. Im fortlaufenden Gespräch ging der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag auf die Hasstiraden in den sozialen Medien ein. Dabei verglich er manche Hemmungslosigkeiten auch in den Formulierungen mit populären Stammtisch-Gesprächen. Er wies aber auf einen wesentlichen Unterschied hin. Er sagte etwa: „Das Stammtisch-Gespräch endet in der Regel im Alkohol und dann im Bett, und am nächsten Morgen beginnt ein neuer Tag. In den sozialen Medien hat dieselbe Wortwahl aber Folgen. Andere Menschen identifizieren sich damit

und verbreiten solche Verallgemeinerungen oder auch Hass-Parolen als überlieferte und zutreffende Beschreibungen und Urteile. Auf diese Weise kann sich der Hass potenzieren, und Feindbilder können in die Welt gesetzt werden, so dass Hemmungen verloren gehen und Dämme brechen.“ Der frühere Schulleiter und heutige Bildungsdezernent des Landkreises erinnerte zum Thema Antisemitismus daran, dass die meisten Jugendlichen noch nie Kontakt zu jüdischen Menschen hatten, und wenn doch, dann sind es hochbetagte Zeitzeugen der Shoa. Er erzählte dann von Jugendlichen, die zum ersten Mal gleichaltrigen Juden begegnet sind. Das war eine ganz neue Erfahrung für die nichtjüdischen Jugendlichen. Man konnte sich ganz selbstverständlich untereinander und auf Augenhöhe über gemeinsam interessierende Themen und Musikrichtungen austauschen.

Astrid Jung als Vertreterin der RAA Neuruppin lobte das soziale und politische Engagement des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums und erzählte dann von ihren Projekten an verschiedenen Schulen des Landes Brandenburg, die interkulturelle und interreligiöse Vielfalt darstellen und unterstützen sollen.

Zum Abschluss der sehr lebendigen und informativen Runde forderten die moderierenden Schüler die Gesprächsteilnehmer einzeln auf, mit nur einem Satz die Frage zu beantworten: „Was würden sie einem Pessimisten antworten, der behauptet, Rassismus und Antisemitismus wird es immer geben, egal was man dagegen tut?“

Die Antworten bewegten sich zwischen hoffnungsvollen Appellen und auch einer gewissen Resignation. Melanie Herrmann zeigte sich überzeugt, dass gesellschaftlich geformte Verhaltensweisen und Urteile sich auch irgendwann und allmählich abbauen ließen. Auch Ilker Duyan will seine Hoffnung nicht aufgeben, und Peter-M. Utasch meinte, Unterschiede zwischen Menschen und Menschengruppen seien ganz normal. Und mit einigem Selbstbewusstsein, wie es Einzelmenschen wie auch Menschengruppen entwickeln können, lassen sich solche Unterschiede sogar nutzbar machen, ohne andere Menschen oder Menschengruppen abzuwerten, auszugrenzen oder gar vernichten zu wollen.

Der Vormittag endete mit anregenden informellen Gesprächen zwischen allen Teilnehmern und mit neuen Kontakten. Jetzt wurden von einigen Schülerinnen auch noch sehr appetitlich hergerichtete Häppchen und Getränke gereicht. Und wir waren als Team des Jüdischen Forums des Lobes und der Anerkennung voll!

Lernwerkstatt in der Theodor-Heuss-Schule in Berlin-Moabit

08. Juli 2016

Gescheitert? Nicht wirklich!

Während der Auswertung zum Abschluss unserer Lernwerkstatt in der Theodor-Heuss-Schule mit 24 Schüler_innen der 9. Klasse meinte Ilker – unser türkisches Team-Mitglied: „Auch wenn die Schüler nur zehn Prozent von dem mitgenommen haben, was wir mitbringen und persönlich verkörpern, dann hat sich unsere Arbeit mit den Jugendlichen gelohnt!“

Schon unsere Vorstellungs- und Namens-Runde machte die Vielfalt der Identitäten und unterschiedlichen Migrationshintergründe deutlich: Unser Team war wieder in interkultureller und interreligiöser Zusammensetzung vor Ort. Die Schüler kamen sowohl aus arabischen Ländern wie auch als Muslime aus der Türkei und Bulgarien. Von den drei deutschen Schülern meinte einer sehr stolz und in der Denkweise deutlich älterer Zeitgenossen: „Ich bin Deutscher in 5. Generation!“ Auf die Frage, woher denn seine 6. Generation stamme, antwortete er: „Aus Italien.“

Die vielen und für manche Ohren sehr fremd klingenden Namen öffneten uns den Weg zu unserem Thema: Gelingendes Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Religion und Mentalität. Gleichzeitig war uns ein sehr lebhafter und nachhaltiger Auftakt für die zwei Vormittage an der Schule gelungen. Als wir nach 10 Tagen mit dem 2. Teil unserer Lernwerkstatt auftraten, erzählte man uns, sogar in der Nachbarklasse hätte man darüber gesprochen, dass wieder ein aus Russland stammender Jude mit Namen *Levi*, ein seit Jahrzehnten in Deutschland lebender Türke namens *Ilker* und ein richtiger Pfarrer mit Namen *Peter* in die Schule kommen werden. Trotz unserer zahlreichen Erfahrungen an den sehr unterschiedlichen Schulen waren wir verblüfft darüber, in welcher starkem Masse sich Vorurteile besonders gegenüber Juden verfestigt hatten – bei Schülern, die Juden ja lediglich aus Gesprächen der Erwachsenen und aus dem täglichen Konsum aller möglichen Medien kannten.

Juden wurden einerseits als intelligent und reich, aber auch als Beherrscher der Welt beschrieben. Auch so uralte Maximal-Stereotype wie Juden als Kindermörder und Schweine sind den Jugendlichen geläufig. Ein türkischer Junge behauptete, dass alle von den Nazis vertriebenen Juden heute in Amerika leben und von da aus mit ihrem Geld die Welt beherrschen. Auf ein Plakat von einer Demonstration in Berlin angesprochen mit dem Slogan: „Juden morden Kinder.“ und „Das Kinderblut wird bei Mc Donald verarbeitet.“, antwortete ein arabischer Jugendlicher: „Ist es denn wirklich bewiesen, dass da kein Kinderfleisch (sic!) drin ist?“ Es gab ein schönes Zusammenwirken von Ilker Duyan als Muslim und dem evangelischen Pfarrer Peter-M. Utsch. Der Theologe zeigte seine Hebräische Bibel, die Christen das „Alte Testament“ nennen und daraufhin sein Neues Testament, um deutlich zu machen, wie das eine aus dem anderen entstanden ist und beide religiösen Schriftsammlungen zusammenhängen. Ilker hatte seinen Koran in arabischer, türkischer und deutscher Sprache mitgebracht. Und wir konnten darstellen, dass die drei religiösen Bücher genauso miteinander verwandt sind wie viele der unterschiedlichen Vornamen der Schüler aus jüdischer, christlicher oder muslimischer Herkunft.

Dennoch sind Bedenken angebracht, wie viele unserer inhaltlichen Wünsche und pädagogischen Erwartungen bei den Schülern tatsächlich angekommen sind. Der zweite Vormittag verlief auch darum viel weniger konzentriert, weil am gleichen Tag die Schüler anderer Klassen ihren „Abitur-Streich“ veranstalteten, bei dem Lehrer mit Wasser bespritzt wurden und es im ganzen Schulbereich viel spassige Unruhe gab. Bei der Gestaltung von Plakaten zu den Themen Rassismus und Antisemitismus zeigten sich die meisten Schüler unkonzentriert und abgelenkt. Gleichzeitig aber nutzten die Teamer die Gelegenheit zu Gesprächen in kleinen Gruppen.

Ein Schüler meinte: „Bilder einfach raufkleben, und fertig!“ Andere Schülerinnen gaben sich mehr Mühe. Auf ihr Plakat zum Thema Antisemitismus malten sie eine liegende Acht als multikulturelles Zeichen für Ewigkeit („forever“ wie sie sich ausdrückten). Dann schrieben sie „Juden“, „Islam“ und „Christen“ dazu. Und der Vollständigkeit halber fügten sie noch „andere Religionen“ hinzu: Alle Religionen würden trotz mancher Unterschiede irgendwie zusammengehören – „forever“. Und daneben schrieben sie den Satz: „Gemeinsam sind wir stark“. Während der hier zweigeteilten Lernwerkstatt haben wir Peter Ewertz kennengelernt, der in beeindruckender Weise nahe an seinen Schülern ist und gleichzeitig als Klassenlehrer den nötigen Abstand und eine angemessene Autorität aufbringt. In einem ausführlichen Auswertungsgespräch bestätigte er unseren Eindruck, wie festgefahren manche Vorstellungen von anderen Menschen und besonders von Juden unter seinen Schülern zu sein scheinen, obwohl die Schüler bereits an verschiedenen Projekten zu ähnlichen Themen teilgenommen hätten. Im Team stimmten wir darin

überein, dass an anderen Schulen unsere Bemühungen mehr Erfolg sichtbar gemacht hätten. Gleichzeitig waren wir uns darin: Es gibt keine falschen Menschen, wohl aber unterschiedliche und nicht immer ausreichend erkannte Zugangswege. Herr Ewertz lud uns zu weiterer Zusammenarbeit mit sich und an seiner Schule ein.

Lernwerkstatt am Paulus-Praetorius-Gymnasium in Bernau

19. Juli 2016

Eine neue Herausforderung

Mitte Juli sind die Zeugnisse geschrieben, der Unterricht abgeschlossen. Für den letzten Schultag haben die Schüler_innen des Gymnasiums einen Projekttag vorbereitet mit an die 30 verschiedenen Seminaren und Projekten: von Tanz über Öko-Themen bis zu unserer Lernwerkstatt „Vorurteile abbauen – Antisemitismus bekämpfen“, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ angeboten wurde. 30 Schüler der Klassen 9 und 10 hatten sich eingetragen, 17 Schüler waren zu uns gekommen. Unsere Lernwerkstatt ist für einen Zeitraum von dreimal 90 Minuten aufgebaut. An diesem Projekttag standen uns nur zweimal 90 Minuten zur Verfügung. Wir mussten also unser umfangreiches Programm um ein Drittel kürzen und verändern.

Die Vorstellungs- und Namensrunde verlief wieder sehr lebhaft und interessant. Immer wieder von neuem kommen wir in Gespräche über unsere Vornamen, die uns unsere Eltern oder auch Großeltern aus den unterschiedlichsten Gründen gegeben haben. Irgendwann identifiziert sich der Mensch über seinen Namen, wird zu einer unverwechselbaren Persönlichkeit mit einer ganz eigenen Geschichte und Herkunft.

Das Thema Vorurteile schien die Schüler zunächst nicht sehr zu bewegen. Dennoch hörten wir so gängige Stereotype wie „Alle Muslime sind Terroristen“ oder auch „Alle Juden sind reich und beherrschen die Welt“. Auf sein Plakat schrieb ein Schüler am Ende des Workshops seinen treffsicheren Kommentar mit dem nicht ganz zitierbaren Satz: „Ein Vorurteil ist wie ein A...loch – jeder hat eins.“

An diesem Tag war unser Teammitglied Levi Salomon gleichzeitig in einer anderen Schule aktiv, sodass wir seine jüdische Stimme mit vertreten mussten. Zusammen mit Ilker Duyan als muslimischem Vertreter stellte der evangelische Theologe Peter-M. Utasch die wesentlichen Zusammenhänge zwischen den religiösen Grundschriften der drei Religionen Judentum, Christentum und Islam dar. Die Schüler wunderten sich darüber, dass bei so viel Verbundenheit zwischen der Hebräischen Bibel, dem Neuen Testament und dem Koran bis heute immer wieder – und das seit Jahrhunderten – Unverstand und Abwertungen gegenüber der einen oder anderen Religion sowie deren Vertretern laut werden.

Unser weibliches Teammitglied Melanie Hermann ist Historikerin und versteht sich als Atheistin. Sie wandte sich den Themen Rassismus und neuzeitlicher Antisemitismus zu. Die Schüler äußerten sich geradezu schockiert über ein Video von Demonstrationen mit massiv antisemitischen Parolen, wie sie auf den Straßen Berlins gezeigt wurden, mit den uralten jüdenfeindlichen Stereotypen, die Juden als Kindermörder bezeichnen oder mit Teufels-Attributen versehen. Aber auch Verschwörungstheorien von links- oder auch rechtspolitischen Demonstranten anlässlich der Bilderberg Konferenz 2016 in Dresden weckten die Aufmerksamkeit der Jugendlichen. Hier wären vertiefende Gruppengespräche hilfreich gewesen. Dazu fehlte uns die Zeit. In unserem Auswertungsgespräch mit der Lehrerin Ute P/S im Anschluss an den Workshop dachten wir

gemeinsam über unterschiedliche Methoden nach. Zum Beispiel könnten wir weniger in historischer Chronologie vorgehen, wenn wir die Wurzeln des Antisemitismus aufdecken wollen. Stattdessen könnten wir uns stärker auf die aktuellen Erscheinungsformen konzentrieren und mithilfe gelegentlicher Exkurse auch auf die Wurzeln von Antisemitismus und Rassismus eingehen. Am meisten haben uns die Schüler beeindruckt, als sie begannen, ihre eigenen Eindrücke und Ideen in ihrer Plakatgestaltung aufzuarbeiten. Zwei Schüler stellen auf ihrem Plakat die gar nicht so leicht zu beantwortende Frage: „Was spricht (eigentlich) DAFÜR, GEGEN andere Menschen zu sein???“ Und eine andere Zweier-Gruppe bringt mit ihrem Plakat unser Thema auf den Punkt: „Dämonisierung von Juden heißt Antisemitismus.“ Sehr viel Beifall bekam ein Plakat, das eine Demo mit ganz vielen Strichmännchen zeigt. Einige halten Plakate in der Hand. Im Vordergrund zwei große Strichmännchen mit ihrem Plakat: „Judenhass – NEIN DANKE!“ Unter die beiden Strichmännchen klebten die beiden Schüler_innen wie ein Bekenntnis ihre eigenen Namensschilder: MAX und CARO.

Die Wurzel christlicher Judenfeindschaft: Interview mit Dr. Christian Staffa

15. August 2016

Im Rahmen des JFDA-Projekts „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ führte das Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus im vergangenen Jahr mehrere Interviews mit Expertinnen und Experten durch, die, vor ihrem jeweiligen fachlichen Hintergrund, Fragen zu den Wurzeln der Judenfeindschaft und den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus beantworteten.

In diesem vorerst letzten Interview, das Aaron, Schüler der 9. Klasse, mit Dr. Christian Staffa von der Evangelische Akademie zu Berlin führte, geht es um die Frage, woher die Feindschaft der Christen gegenüber den Juden kommt.

Der studierte Theologe Dr. Christian Staffa war von 1999-2012 Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (ASF). Inzwischen ist Staffa Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche der Evangelische Akademie zu Berlin. Dr. Christian Staffa ist Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung AMCHA, Mitglied des Kuratoriums Instituts Kirche und Judentum, Vorstandsmitglied der AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag und Mitglied im SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und Vorstandsmitglied der Martin-Niemöller-Stiftung.

Das JFDA-Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen im Rahmen des „Landesprogramm Demokratie, Vielfalt, Respekt in Berlin“, der F.C.Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz sowie der Harold-Bob-Stiftung.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=Cd8-mfg3XTA>

Plakatpräsentation an der Carl-Legien-Schule in Berlin-Neukölln

09. November 2016

Präsentation einmal ganz anders

Während die Schülerplakate in anderen Schulen vor einem größeren Publikum präsentiert wurden,

hat sich das Team in Übereinstimmung mit der Klassenlehrerin dieses Mal ganz anders entschieden. Es waren in dem vorausgegangenen Workshop im Mai (vgl. den Bericht vom 26.5.2016) ohnehin nur vier Collagen entstanden, die nun im Klassenraum der anwesenden 10 Schüler angebracht wurden. Ohne fremde Betrachter sahen sich die Schüler_innen allerdings kaum herausgefordert, die eigenen Arbeiten erneut zu reflektieren.

Dagegen äußerten die überwiegend muslimischen Jugendlichen wie schon vor Monaten ein großes Interesse an Darstellungen, Urteilen und Geschichten aus dem eigenen religiösen Hintergrund. Darum schlug das wieder inter-religiös aufgestellte Team den Schüler_innen vor, religiöse Regeln und Praktiken aus der jeweiligen Religion zu betrachten und Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen dem Islam, dem Judentum und Christentum zu erörtern. Und schon entbrannte ein anregender bis leidenschaftlich geführter Austausch der Schüler_innen untereinander und im Dialog mit unserem Team. Zwei nichtmuslimische Jugendliche ohne erkennbar religiöse Prägung lauschten umso aufmerksamer dem nun folgenden Gespräch. Bei den Darstellungen von Speise- und Fastenregeln stellten die Jugendlichen schnell zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen Islam und Judentum fest.

Was ist für Juden „kosher“, und was wird von Muslimen als „halal“ beurteilt. Beide Begriffe wurden dahin interpretiert, dass sie ein Verhalten kennzeichnen wollten, das dem Menschen nützt und nicht schadet. Was Menschen schadet, wird im Islam als „haram“ bezeichnet und ist somit verboten. Zwischen „halal“ und „haram“ liegt im Islam ein weiterer Begriff, der mit „mekruh“ bezeichnet wird. Er will sagen: „es ist nicht verboten, aber auch nicht wirklich erlaubt“, weil es nämlich schaden kann, aber nicht schaden muss. Auf die Frage, was denn damit wohl gemeint sein könnte, hörten wir die Antwort: „rauchen“ und „falsche Musik“.

Aber auch christliche Gebräuche wurden reflektiert. Natürlich kamen religiös begründete Regeln im Verhältnis zwischen Männern und Frauen zur Sprache und relativierten sich schnell im Vergleich mit den sehr unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der jeweiligen Religionen. Ein Schüler erzählte besonders stolz von der Hochzeit seiner Schwester, die vor wenigen Jahren nach streng muslimischem Brauch Hochzeit gefeiert hat. Bedauernd fügte er hinzu, dass die Ehe bereits wieder geschieden sei. Ein aus Jugendlicher überraschte uns mit der Bemerkung: „Im Islam ist alles ganz einfach. Das eine ist verboten, das andere ist erlaubt.“ Auf die Frage, woher er das so genau wisse, und ob er den Koran überhaupt gelesen hätte, antwortete er sehr überzeugt: „Der Prophet hatte für alles seine Gründe. Da gibt es keine Fragen. Du musst dich einfach nur daran halten.“ Dennoch konnten im Gespräch zwischen Menschen mit ziemlich unterschiedlicher religiöser und kultureller Prägung viele Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Es kam geradezu so was wie eine Atmosphäre religiöser Toleranz auf.

„Hass gegen Juden, Christen oder andere find ich aufrichtig Sch Voll sinnlos! So behindert (sic!) muss man nicht sein!“ Diese Worte hörten wir von einem muslimisch geprägten und religiös geschulten Jugendlichen, der nur wenige Monate zuvor noch offen und ungehemmt seinen mitgebrachten Antisemitismus herausgestellt hatte.

Das alles und noch einiges mehr fand in einer Zeiteinheit von 90 Minuten statt. Wir gingen so bereichert und erleichtert aus der Schule, wie wir es unter den Schülern auch gespürt haben.

Workshop am Eckener-Gymnasium in Berlin-Mariendorf

15. Dezember 2016

Wie hältst du es mit der Religion?

Das inter-kulturelle Team des Jüdischen Forums war in einer Schule zu Gast, die in ihrem Leitbild

schildert, wie die Kontinuität gewachsener Werte und Normen das tägliche Miteinander bis heute unverwechselbar prägen. Und eine staatliche Evaluation lobt das soziale Engagement und die Toleranz der Lehrer ebenso wie das positive soziale Klima im Unterricht. Der gegenseitige Umgang wurde als offen, freundlich und respektvoll beschrieben. Das war auch unser Eindruck. Schon zu Beginn unseres Workshops entwickelte sich schnell ein anregendes Gespräch über die Bedeutung und vor allem auch die Herkunft der Vornamen aller Anwesenden. Man sprach über familiäre Traditionen und Entscheidungen, die zu der jeweiligen Namensgebung geführt haben. Viele Namen ließen einen christlichen bzw. kirchlichen Hintergrund des jeweiligen Vornamens erkennen, andere ließen auf muslimische Traditionen schließen.

Eine für das Team überraschende Entwicklung nahm das Unterrichtsgespräch zum Thema Vorurteile. Nach einigen Reflexionen zu nützlichen und auch sehr negativen Vorurteilen gegenüber Menschen und Menschengruppen lenkten die etwa 25 Jugendlichen der Klassenstufe 9 das Gespräch immer wieder auf religiöse Themen. Als das Team verbreitete Vorurteile gegenüber Muslimen kritisch ansprach, stellte sich heraus, dass einige der teilnehmenden Schüler_innen bereits mehrere unterschiedliche muslimische Traditionen vertraten. Andere Schüler kamen aus christlichen oder eher religionsfernen Elternhäusern. Umso erstaunter war das Team, wie wissensdurstig und zugleich kritisch ständig neue Fragen zu den jeweiligen Religionen gestellt wurden. Auf solche Fragen wie „Wie stehen die sehr verschiedenen muslimischen Glaubensrichtungen zueinander?“ antwortete Ilker Duyan, unser muslimischer Teamer, unter anderem mit dem Verweis auf die kulturelle Vielfalt muslimischer Menschen und Gemeinschaften. Diese Menschen brauchten auch untereinander viel mehr gegenseitige Akzeptanz, als die Tagesnachrichten zu erkennen geben. Auch das Verhältnis von jahrhundertalter Tradition und notwendiger Anpassung an das Leben in der Gegenwart wurde diskutiert.

Dann wieder ging es um jüdische und christliche Themen. Zunächst gingen Fragen an Peter-M. Utasch als evangelischer Theologe. Wie wird man denn ein Christ? Und was macht einen Christen zu einem solchen? Ist es die Taufe? Aber als Kleinkind hat man ja gar keinen Einfluss auf die elterliche Entscheidung. Muss man als Christ ganz bestimmte Glaubensbilder übernehmen, oder ist das ethische Verhalten der Christen für ihr Christsein entscheidend? Und was ist, wenn ein Christ zum Judentum konvertiert? Oder zum Islam? Bleibt er durch die Taufe trotzdem ein Christ? Unser jüdischer Teamer Levi Salomon stellte eine Nähe zwischen dem jüdischen Ritual der Beschneidung und der christlichen Taufe her. Beide Initiations-Rituale gliedern meist Kleinkinder in die jeweilige religiöse Gemeinschaft ein und können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Fragen der Jugendlichen wurden immer intensiver, so dass wir unseren vorgesehenen Themenplan den unüberhörbaren Interessen der Schüler unterordneten. Es war den meisten Schülern wichtig, dass sie selber entscheiden wollten, ob und in welche Richtung sie sich religiös oder weltanschaulich orientieren.

Der zweite Tag unserer Lernwerkstatt begann mit Hass-Urteilen gegenüber Juden. Es wurden in Abänderung vormaligen Herangehens drei Gruppen gebildet. Jede Gruppe bekam 15 Fotos mit judenfeindlichen Bildern aus neun Jahrhunderten bis in unsere Gegenwart. Egal ob Juden als Teufel dargestellt werden, ob ihnen vorgeworfen wird, dass sie Kinder töten oder ob sie als Wucherjuden die Welt unglücklich machten, die Hassbilder haben sich seit dem Mittelalter nicht verändert. Das fanden die Jugendlichen schnell heraus, in dem sie entsprechende Fotos thematisch und zeitlich ordneten und einander vorstellten.

Nach einer Erholungspause kamen die Schüler_innen wieder zusammen. Jetzt konnten sie Eindrücke

und Lernergebnisse aus dem Workshop künstlerisch umsetzen in Gestaltung eigener Plakate zu Themen wie Antisemitismus, Rassismus und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In kleinen Interviews erzählten die Schüler, welche Erlebnisse dazu geführt haben, mit ihrem Plakat gerade diese oder jene Aussage zu vertreten und wen sie mit ihrer Botschaft erreichen wollen.

Unser Team war jedenfalls beeindruckt davon, wie interessiert die Jugendlichen die angesprochenen Themen aufgenommen und eigenständige Antworten gesucht und gefunden haben.

Workshop an der Ernst-Litfaß-Schule (OSZ) in Berlin-Reinickendorf

16. Dezember 2016

Eine Litfaß-Säule für Demokratie und gegen Antisemitismus

Wer in Berlin kennt nicht die von dem Berliner Druckereibesitzer und Verleger Ernst Litfaß benannte Litfaß-Säule? Damals wurde die geniale Erfindung genutzt für Plakat-Werbung, aber auch für Siegesmeldungen und Kriegsdepeschen während des Krieges gegen Frankreich 1871. Heute ist Ernst Litfaß Namensgeber für die Ernst-Litfaß-Schule – Oberstufenzentrum Mediengestaltung und Medientechnologie in Berlin-Reinickendorf. Unser interkulturelles Team war nun hier mit seinem Workshop „Vorurteile abbauen – antisemitische Ressentiments bekämpfen“ zu Gast. Und die Schüler-Plakate, die am Ende unserer Lernwerkstatt entstehen, werden in der Schule dieselbe Beachtung beanspruchen wie an einer Litfaß-Säule.

Vorerst aber machten wir uns mit den Schüler_innen der Oberstufe bekannt, die sich zu unserem Workshop angemeldet hatten. Es waren wieder die Namen der Schüler und Teammitglieder, die so vieles erzählten über die Biografien der Beteiligten. Alleine unser Team bot aufgrund der unterschiedlichen Namen und Herkunftsländer eine beeindruckende Vielfalt. Levi Salomon als Sprecher des Jüdischen Forums ist in Russland aufgewachsen, Ilker Duyan als muslimischer Vertreter stammt aus Istanbul, und Peter-M. Utasch ist evangelischer Pfarrer und in der DDR zur Schule gegangen.

Auch die Jugendlichen erzählten von der Bedeutung ihrer Namen und vor allem von ihrer Herkunft aus der Türkei, Thailand und weiteren Ländern. Ein Jugendlicher trug einen arabischen Namen, der soviel heißt wie „Der Unabhängige“. Die Namen einiger Mädchen bezeichneten in verschiedenen Kulturen soviel wie Schönheit oder Klarheit. Ein Jugendlicher trug den Namen eines zentralasiatischen Militärführers und Eroberers mit islamischem Glaubens am Ende des 14. Jahrhunderts. Er erzählte, wie seine aus Deutschland einst nach Russland ausgewanderte Familie während des 2. Weltkriegs nach Sibirien deportiert, dann nach Kasachstan umgesiedelt und schließlich wieder nach Deutschland gekommen ist. Eine Schülerin erzählte von dem Leben ihrer christlichen Familie in einer muslimischen Mehrheitsgesellschaft. Vor uns tat sich ein weites Feld unterschiedlichster Biographien und kultureller Vielfalt auf.

Darum beteiligten sich die Schüler_innen auch gerne an der folgenden Einheit, in der es um Vorurteile ging. Manche hatten es erlebt, aber niemand hatte Verständnis dafür, dass immer noch Menschen ausgegrenzt werden, weil sie andere Merkmale zeigten, andere Namen trugen oder durch eine andere Kultur oder Religion geprägt waren als die Mehrheitsgesellschaft. Die Schüler schrieben beispielhafte Vorurteile auf Zettel, die danach anonymisiert vorgetragen wurden. „Mein Vater wurde mal für einen Flüchtling gehalten – nur wegen seines Äußeren.“ Auf einem Zettel stand: „Dem Vater wurde vorgeworfen, einen Dönerladen zu besitzen, weil er Türke ist.“ Auf einem anderen: „Als Frau muss man kochen können. Ich kann das aber nicht.“ Oder eine Schülerin schrieb, dass sie aufgrund

ihrer Hautfarbe als Elefant beschimpft wurde. So hatten wir Gelegenheit, die Funktion und das Funktionieren von Stigmatisierungen anderer Menschen oder Menschengruppen aufgrund von Vorurteilen zu erarbeiten.

Kaum einer der Jugendlichen kannte Juden oder hatte Kontakte oder Kenntnisse über das Judentum. Aber sie hörten aufmerksam zu, als ihnen die unmittelbaren Verbindungen der drei monotheistischen Religionen untereinander dargestellt wurden. Und aus eigener Erfahrung konnten sie nachempfinden, wie grausam und unsinnig die stereotypen Feindbilder sich auswirken, mit denen Juden seit Jahrhunderten abgewertet und ausgegrenzt werden. Einige wussten von den Vernichtungsstrategien der Nationalsozialisten bis hin zum millionenfachen Holocaust. Aber in welchem Maße dieselben Feind- und Hassvorstellungen gegen Juden bis in die Gegenwart wirken und sich auch immer wieder vermischen mit einer politischen Kritik an der Regierung Israels, war manchen Jugendlichen neu. Sie verarbeiteten ihre eigenen Erfahrungen und neu hinzugewonnenen Eindrücke mithilfe der nun zu gestaltenden Plakat-Collagen.

Ein Schüler kommentierte sein Plakat mit den Worten: „Jede Religion soll mit anderen Religionen zusammenhalten. Juden, Christen und Muslime gehören wie in einem großen Menschenherz zusammen. Auch die Homosexuellen sollen nicht draußen bleiben. Wir sind alle eins!“

Lernwerkstatt an der Nelson-Mandela-Schule in Berlin-Wilmersdorf

18. November 2016

„Hoffentlich sind wir nicht die Nächsten!“

Das ausführliche Orientierungs-Gespräch mit beteiligten Lehrer_innen rechtzeitig vor Beginn der Lernwerkstatt ist für die Arbeit unseres Teams eine ebenso unverzichtbare Voraussetzung wie die Selbstdarstellung der jeweiligen Schule. So heißt es im Leitbild der Wilmersdorfer Nelson-Mandela-Schule:

„Wir sind eine internationale Schule, deren Schüler und Lehrer aus zahlreichen Ländern kommen. Wir empfinden die Vielfalt verschiedener Kulturen, Nationalitäten, Religionen, Mentalitäten, Sitten und Sprachen als Bereicherung. In der aktiven Auseinandersetzung miteinander lernen wir die Unterschiede kennen, akzeptieren und respektieren.“

Auch und gerade an dieser Schule mit Schüler_innen aus aller Herren Länder, die oft selber schon auf jahrelange Aufenthalte in verschiedenen Kulturen zurückblicken, bewährte sich unser Start mit der gegenseitigen Nennung unserer Vornamen. Die meisten der hier genannten Namen entstammen biblischen oder zumindest kirchlichen Traditionen allerdings in unterschiedlicher sprachlicher und kultureller Färbung. Die Schüler tauschten sich über nationale und kulturelle Prägungen der jeweiligen Familien aus. Eine bunte Vielfalt so vieler unterschiedlicher Menschen, die unser Leben bereichern. Entsprechend aufgestellt war auch unser inter-kulturelles Team mit Levi Salomon als Sprecher des Jüdischen Forums, Ilker Duyan als muslimischer Vertreter und Vorstand des Türkischen Bundes sowie Peter-M. Utsch als evangelischer Pfarrer.

Zum Thema Vorurteile wählten wir eine andere Methode als sonst. Nach einer kurzen Einführung wurden Zettel verteilt, auf die die Jugendlichen eigene Vorurteile schreiben sollten oder solche, die sie von anderen Menschen nur gehört hatten. Das Auswertungsgespräch brachte nun eine Vielzahl von eigenen Erlebnissen und Erfahrungen zu Tage. So erzählte ein Mädchen, wie sie während einer Reise nach Bukarest als kriminelle Zigeunerin diffamiert wurde, weil sie als Rumänin eingeordnet wurde. Ein anderes Mädchen wusste zu berichten, dass in Kenia äußere Merkmale von Personen viel seltener zu negativen Bewertungen führen würden. Besonders interessant wurden die reflektierten

und differenzierenden Beobachtungen der Jugendlichen, als sie darüber sprachen, wie solche bewertenden Zuschreibungen entstehen können, wie sie empfunden werden und welche Folgen sie haben.

Anschließend vertieften drei in Gruppen entwickelte Rollenspiele das vorausgegangene Gespräch. Die Schüler_innen spielten eigene Ausgrenzungs-Erfahrungen in der Familie, der Schule und der Freizeit. Im Nachgang reflektierten die Jugendlichen die gegenseitige Beeinflussung und auch Abhängigkeit im jeweiligen Umfeld.

Am zweiten Tag unseres Workshops besuchte uns ein Gast in auffälliger schwarzer Kleidung mit einem ungewöhnlichen schwarzen Hut auf dem Kopf. Als evangelischer Theologe übersetzt und veröffentlicht er die Bücher der hebräischen Bibel und ist ein ausgewiesener Experte in den Fachgebieten Hebraistik, Judaistik und Orientalistik. Den Schülern erzählte er aber von seinen Erlebnissen auf seinen Vortrags-Reisen innerhalb Deutschlands und in vielen anderen Ländern. Während sein Äußeres in Staaten wie den USA oder Großbritannien kaum Reaktionen hervorruft, wird er wie in Frankreich so auch in Deutschland immer wieder als orthodoxer Jude angesprochen und bedroht. Ihm begegnen aber auch Menschen, die halten ihn für einen christlichen Geistlichen. Von den einen wird er positiv bewertet und hoch geachtet, von anderen dagegen beleidigt, ohne dass er sein Äußeres verändert. Das gab zu denken!

Besonders interessiert zeigten sich die Jugendlichen an der Darstellung judenfeindlicher Stereotype. Das hätten sie, wie sie uns erzählten, so nicht erwartet. Es sind seit Jahrhunderten immer die gleichen wiederkehrenden Feindbilder, wie sie sich vor allem im christlichen Umfeld seit Jahrhunderten entwickelt und unverändert bis in die Gegenwart erhalten haben. Auf Entsetzen stießen Fotos von Demonstrationen, auf denen heute Muslime und deutsche Rechtspopulisten auf Strassen und Plätzen in Deutschland Transparente zeigten, auf denen Juden als Teufel oder Kindermörder dargestellt wurden.

Sehr gerne stellte das Team seine PowerPoint-Präsentationen der aktiv beteiligten und sehr engagierten Lehrerin Frau Barry zur Verfügung. Wir erleben es nicht so häufig, dass Lehrer_innen unseren Workshop kritisch begleiten, in den eigenen Lernstoff integrieren und nachhaltig daran weiterarbeiten.

Als vorläufiges Lernergebnis unseres Workshops gestalteten die Schüler_innen eigene Plakate zu den angesprochenen Themen. Auf einem der Plakate sieht man nur zwei Kreise. Der erste Kreis hat offene Ränder. In ihm tummeln sich symbolisch dargestellte Menschen und Menschengruppen in allen möglichen Formen und in bunten Farben. Der andere Kreis erinnert an eine von Stacheldraht umschlossene Grenze. Darin sieht man zwar immer noch verschiedene Formen, aber alle tragen das gleiche Äußere, die gleiche Farbe braun. Man erkennt braune Kreise, Quadrate und Dreiecke. Doch die symbolisch als Dreiecke dargestellten Menschen oder Gemeinschaften fühlen sich bereits bedroht. Denn das erkennbare Ziel in dem geschlossenen Kreis ist neben der Einfarbigkeit die noch nicht erreichte Gleichförmigkeit. Die so verständliche wie erschauernde Ahnung der betreffenden Menschen haben die Schüler so formuliert: „Hoffentlich sind wir nicht die Nächsten!“

Plakatpräsentation in der Voltaire Schule Potsdam

23. November 2016

Aber warum machen die das denn, gibt es einen Grund?

Schüler_innen der 9. Klasse hatten an dem Workshop „Vorurteile abbauen – antisemitische Ressentiments bekämpfen“ bereits im Januar 2016 teilgenommen und ihre Lernergebnisse mit ihren Plakaten zum Ausdruck gebracht. Inzwischen hat ein neues Schuljahr begonnen. Trotzdem kamen einige der Schüler zusammen, um ihre selbst gestalteten Plakate den Jugendlichen einer Parallelklasse vorzustellen.

Das Team des Jüdischen Forums nutzte die ungewohnte zeitliche Distanz von 10 Monaten zwischen Gestaltung und Präsentation der Schülerplakate gleich in zweifacher Hinsicht. Zum einen wurden die Jugendlichen mit ihren eigenen Plakaten erneut konfrontiert, wobei sie nun ihre eigene Arbeit aus zeitlichem Abstand betrachteten. Und gleichzeitig waren sie herausgefordert, gegenüber den Schülern ihrer Parallelklasse die eigenen Arbeiten und Auffassungen zu vertreten.

Die Jugendlichen beider Klassen waren durch ihre Religionslehrerin, Frau Boni-Jacobi, auf die Themen unserer Lernwerkstatt hervorragend vorbereitet. Sie erzählten zum Beispiel von Potsdamer „Stolpersteinen“, die an eine jüdischen Familie erinnern, die ihre Kinder während der Zeit des Nationalsozialismus gerade noch ins Ausland retten konnte, bevor die Eltern deportiert und getötet wurden. Die Schüler hatten nicht nur die Neue Synagoge in Berlin besucht, sondern auch an einer Führung durch eine Moschee teilgenommen.

So trafen unser interkulturelles Team auf viel Aufmerksamkeit und eine große Bereitschaft, die Aussagen der Plakate aufzunehmen und zu reflektieren. Als erstes wurde ein Plakat vorgestellt, auf dem Schüler die Frage der Aufnahme von Geflüchteten in Zusammenhang stellten mit Intoleranz gegenüber homosexueller Lebensweise. Daraufhin erzählte Levi Salomon als Gründer und Sprecher des Jüdischen Forums von der Zusammenarbeit des Forums mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V. (LSVD) in gemeinsamer Auseinandersetzung mit Erscheinungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft.

Auf den anderen Plakaten hatten die Schüler sich mit judenfeindlichen Hassbildern auseinandergesetzt. Hierbei verglichen sie derartige antijüdische Stereotype aus dem Mittelalter mit solchen aus der Zeit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus. Die Jugendlichen der Parallelklasse erschraken darüber, dass die Hassbilder der Nazis denen aus dem Mittelalter bis in die Details glichen. Zu beiden Zeiten wurden Juden als Teufel dargestellt, aber auch als solche die Kinder schlachten oder die mit ihrem vermeintlichen Vermögen andere Menschen betrügen und beherrschen. Dass derlei antijüdische Hetze nicht nur der Vergangenheit angehört, hatten die Schüler ebenfalls zum Ausdruck gebracht. Sie hatten für ihre Plakate Bilder von Demonstrationen der Gegenwart ausgewählt, auf denen Juden etwa als Kindermörder beschuldigt und dargestellt werden. Einige der anwesenden Schüler waren so erschüttert, dass sie immer wieder dieselbe Frage stellten: „Aber warum machen die das denn? Gibt es einen Grund?“

Die Schüler erschraken darüber, dass einige der Hassbilder auf den Demonstrationen von Kindern getragen wurden oder eine Teufels-Karikatur mit dem Davidstern von Kindern auf den Straßenasphalt gemalt wurde. Wie kommen die Kinder zu solchen Vorstellungen? – Das können ihnen doch nur Erwachsene, wahrscheinlich die eigenen Eltern eingeredet haben, lautete die übereinstimmende Antwort.

Aber was haben die Menschen davon, wenn sie Juden seit Jahrhunderten verteufeln?

Um solche Fragen zu beantworten, war erneut unser interreligiöses Team gefordert.

Levi Salomon sagte, dass kein Mensch als Antisemit geboren wird. Und dann erzählte er, wie er als Kind in Gemeinschaft mit muslimischen und christlichen Kindern aufgewachsen ist und erst später Diskriminierungen als Jude in der ehemaligen Sowjetunion erlebt hat.

Ilker Dyan konnte als muslimischer Gesprächspartner ähnliche Erlebnisse wiedergeben, als er noch als Kind in Istanbul zusammen gelebt hat mit Menschen aus verschiedenen Religionen. Umso

entsetzter und enttäuschter wäre er über religiöse Intoleranz auch innerhalb des Islam. Und Peter-M. Utsch musste als evangelischer Pfarrer und Mitarbeiter im Jüdischen Forum immer wieder darauf antworten, wie es zu der jahrtausendealten und bis heute erkennbaren Abwertung von Juden innerhalb des Christentums kommen konnte. Manche Fragen blieben offen. Aber viel Beifall ihrer Mitschüler bekamen zwei Jugendliche für ihre Antwort, die sie in die Mitte ihres Plakates geschrieben hatten: „Handelt menschlich. Handelt gegen Antisemitismus!“

Plakatpräsentation am Paulus-Praetorius-Gymnasium in Bernau

24. November 2016

Der Projekttag, an dem der Workshop „Vorurteile abbauen – antisemitische Ressentiments bekämpfen“ stattfand, lag ein halbes Jahr zurück und damit im vorangegangenen Schuljahr. Die Schüler_innen hatten sich seinerzeit selbständig und freiwillig für ihre Teilnahme entschieden und waren nicht mehr in gleicher Anzahl erreichbar. Immerhin hatten sich dennoch einige Plakat-Künstler zusammengefunden, die nun ihre Arbeiten den Schülern einer 10. Klasse vorstellen. Der Vorteil lag darin, dass ein nicht vorbereitetes Schüler-Publikum mit Lernergebnissen des Workshops konfrontiert wurde und entsprechend unvoreingenommen reagieren konnte. Gleich zu Beginn der Präsentation geriet die Vorstellung eines Plakates zu einem ausdrucksstarken Bekenntnis der vortragenden Jugendlichen gegenüber den gleichaltrigen Teilnehmern mit Worten wie:

„Wir wollen nicht nur Gedanken äußern, sondern auch Gesicht zeigen. Gegen Rassismus, gegen Nazis stehen wir auf mit unserer Vielfalt, mit Toleranz, aber auch mit Wut!“
Auf einem anderen Plakat war eine Karikatur zu sehen, die besonders hässlich stigmatisierte Juden zeigte, die dabei waren das Blut der eben geschlachteten Kinder aufzufangen, um daraus rituelles Brot zu backen. Auf die Frage des evangelischen Theologen Peter-M. Utsch, wann denn wohl dieses Bild entstanden sei, dachte eine Mehrzahl der Anwesenden an das Mittelalter, woraufhin die vorstellenden Schüler ihre Lernergebnisse aus dem Workshop wiedergeben konnten: Sie erzählten nun den anderen von stereotypen Hass-Bildern gegen Juden, wie sie seit Jahrhunderten bis in unsere Gegenwart Verbreitung finden.

Angesichts eines Fotos mit einem jungen Mann, der sich vor anderen ostentativ mit entsprechender Nazi-Symbolik präsentiert, stellte ein Schüler die Frage: „Was spricht eigentlich DAFÜR, GEGEN andere Menschen zu sein?“

Das nun folgende Gespräch unter den Gleichaltrigen berührte jetzt Bereiche individueller Gefühle von Unsicherheit oder auch Angst vor Fremden. Diese Gefühle könnten in der Vorstellung Feindbilder schaffen, die selber wieder Ängste auslösen würden. Auch ein gewisser Glaube an Verschwörungen könne ins Spiel kommen, bei dem böse Menschen oder Mächte vorgestellt werden, die sich im Geheimen gegen die Menschheit verbünden. Angesichts eines immer komplizierter werdenden Weltgeschehens käme man auf diesem Wege zu einfachen Antworten. Und man selber als der um die vermeintliche Verschwörung Wissende würde eine Art Aufwertung erfahren, weil man ja nun selber durch eigene Teilhabe an geheimnisvollen Vorgängen zu einer Gemeinschaft von Auserwählten gehören dürfe. Auf die Frage nach der Globalisierung oder der Finanzkrise reichten dann bereits Hinweise aus auf Amerikaner und Juden oder Namen wie Rothschild.

Erst in der zweiten Hälfte stellte sich das inter-religiöse Team den Schülern vor, die den vorausgegangenen Workshop nicht erlebt hatten. Dabei erzählten Levi Salomon, wie er bereits als jüdisches Kind eine Vielvölkergemeinschaft in Baku am Kaspischen Meer erlebt hat mit Freunden aus verschiedenen Religionen und Kulturen. Auch Ilker Duyan als muslimisches Team-Mitglied erinnerte sich, wie er vorzeiten in Istanbul als Heranwachsender mit gleichaltrigen Griechen, Juden und Armeniern Freundschaft gepflegt hat.

Levi Salomon erklärte den Schülern, dass es dem Team nicht nur um Antisemitismus ginge. Juden könnten auch wieder ihre Koffer packen und wegziehen. Was aber würde dann aus Deutschland werden? Antisemitismus bleibt auch, wenn keine Juden im Lande lebten. Dafür gäbe es genügend Beispiele. Und Antisemitismus schließt immer eine Abkehr von der Demokratie und aktive Bestreitung der Menschenrechte für andere Menschen oder Menschengruppen ein. Ilker Duyan stimmte zu und erklärte: Irgendwo sind wir immer eine Minderheit. Aber jedes Land ist so stark, wie er Minderheiten schützt. Viel Beifall bekam Levi Salomon von allen Schülern als er an sie appellierte: „Die Zukunft liegt in euren Händen.“

II. Bunte Welt Galerie in der Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit

7. Dezember 2016

Eine Präsentation im besonderen Rahmen

So wurden die Ergebnisse unserer Lernwerkstatt „Vorurteile abbauen – antisemitische Ressentiments bekämpfen“ noch nie präsentiert. Unter dem Namen „Bunte Welt Galerie“ wurden zum zweiten Mal in dieser Schule besonders gelungene Projekte, Ergebnisse und Arbeiten aus dem Fachunterricht, aus fächerübergreifenden Unterrichtsreihen oder auch aus der Lernwerkstatt des Jüdischen Forums (JFDA) ausgestellt und gewürdigt.

Schulleiterin Annedore Dierker begrüßte die Besucher der Vernissage am 7. Dez. 2016 und vor allem die Teilnehmer, deren künstlerische Arbeiten in der festlichen Schul-Aula vorgestellt und vorgeführt wurden.

Zu den beeindruckendsten Ausstellungsobjekten gehörten malerische Arbeiten, die in Zusammenarbeit eines Leistungskurses mit geflüchteten Schüler_innen einer Willkommensklasse entstanden waren zu so authentisch erarbeiteten Themen wie Heimat, Zerstörung, Wünsche und Zukunft. Den stärksten Applaus bekamen Schüler, die eigene Erlebnisse als Menschen unterschiedlicher Herkunft auf die Bühne brachten. Sie zeigten wie aus Unkenntnis und Vorurteilen gegenüber anderen Menschen Missachtung, Entwürdigung und Ausgrenzung entstehen können. Selbst angesichts tödlicher Gefahr können beobachtende Menschen gleichgültig bleiben, anstatt zu helfen und auch die Würde anderer zu verteidigen.

Das interkulturelle Team des JFDA mit Levi Salomon, Ilker Duyan und Peter-M. Utasch freute sich auf das Wiedersehen mit Peter Ewertz und seinen Schüler_innen, die Monate zuvor in dem Workshop ihre Plakate gestaltet haben zu Themen wie Antisemitismus, Rassismus und andere Lebensbereiche gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Schüler konnten nun ihre Plakate Jugendlichen und Erwachsenen präsentieren, die recht zahlreich erschienen waren. Und die Teamer hatten Gelegenheit, viele Besucher kennenzulernen und von ihrer Arbeit an den so unterschiedlichen Schulen in Berlin und weiteren Bundesländern zu erzählen.

In den Gesprächen kamen immer wieder thematische Zusammenhänge und Verbindungen zwischen den ausgestellten Plakaten und anderen Schülerarbeiten in den Blick. Auch uns war aufgefallen, dass es in dem vorgestellten Bühnenstück nicht nur um Ablehnung von Menschen anderer Herkunft und Religion ging, sondern gerade auch feindliche Haltungen gegenüber Juden mehrfach benannt und aufgeführt wurden.

Das Bühnenstück und unsere Schüler-Plakate waren ja unabhängig voneinander entstanden. Von den inhaltlichen Aussagen beider Schülerarbeiten her, hätte man denken können, dass die Lehrer und Darsteller des Bühnenstückes mit denen unseres Workshops seit langen zusammenarbeiten, weil sie ganz offenbar die gleichen Ziele verfolgen.

Dazu gab es ein weiteres Ausstellungsstück: ein gedrucktes und darum käufliches Heft aus einem Leistungskurs mit dem Titel „Comic gegen Rassismus, Vorurteile und Gewalt“.

Wir gingen mit dem Gefühl nach Hause: Wir ziehen tatsächlich an einem Strang und wünschen weiterhin viel Erfolg! Allen Schüler_innen und Lehrer_innen der

Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit, einer „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Plakatpräsentation im Eckener-Gymnasium in Berlin-Mariendorf

13. Dezember 2016

Zukunft braucht Erinnerung

Für das Team ist es zum geflügelten Wort geworden: Jede Präsentation von Schüler-Plakaten wie jeder Workshop verläuft anders als alle anderen zuvor.

Die Schüler_innen der 9. Klasse des Mariendorfer Eckener-Gymnasiums überraschten gleich zweifach. Zum einen verzichteten sie auf ein größeres Publikum, zu dem an anderen Schulen Mitschüler und Lehrer anderer Klassen gehörten, mitunter sogar Presseleute oder Regionalpolitiker. Zum anderen übernahmen die Jugendlichen weithin selber die Regie ihrer Präsentation. Und das sah so aus:

Anstatt vor der Präsentation alle Plakate aufzuhängen, um nach dem Gesamteindruck sich einzelnen Plakaten zuzuwenden, wurden die Plakate einzeln und nacheinander vorgestellt. Dazu stellten sich die zwei bis drei Jugendlichen neben das von ihnen selbst entworfene Plakat, erläuterten ihre Arbeitsschritte, dazu ihre Vorstellungen, wen sie mit welcher ihrer Botschaften erreichen wollten. Das aus den eigenen Klassenkameraden bestehende Publikum stellte Fragen, äußerte Reaktionen und erlaubte sich auch, den einen oder anderen Slogan aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und auch eigenständig zu beurteilen.

Auf einem Plakat konnte man lesen: „Antisemitismus setzt Menschenrechte außer Kraft.“ Ein Schüler fragte, ob denn der Antisemitismus wie ein Werkzeug funktioniere, mit dem man nicht nur die Rechte von Juden beeinträchtigen oder sogar aberkennen wolle, sondern auch die anderer Minderheiten. Ein Mädchen fragte, wie viele Schüler des Gymnasiums den Begriff „Antisemitismus“ überhaupt verstehen würden, worauf andere mit Schätzungen zwischen 10 und 50 Prozent aller Schüler antworteten. Ein anderes Plakat trug die Überschrift: „Rassismus macht einsam.“ Und schon entstand ein lebendiges Gespräch unter den Schülern mit Fragen wie: Macht Rassismus auch die Rassisten selber einsam, denn die will doch keiner als Freunde haben? Die Antwort: Rassisten brauchen und suchen Gleichgesinnte, und die finden sie auch.

Andere Schüler hatten in einen großen und vielfarbigen Regenbogen den Slogan geschrieben: „Nazis raus!“ Aber wo soll man die denn hinbefördern, und was können sie dann an anderem Ort alles mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie anstellen Ist es nicht besser und auch ungefährlicher, wenn man

sie in der Nähe und unter Kontrolle behält? Dann fiel ein Satz wie: „Man kann nicht Leute diskriminieren, weil sie Leute diskriminieren.“ Wie aber kann man reagieren auf Menschen, die etwa aus eigenen Zukunftsängsten populistischen Rechtsparteien Glauben schenken?

Auf mehreren Plakaten waren antijüdische Bilder zu sehen, wie sie stereotyp seit Jahrhunderten bis heute in Umlauf sind. Eine Karikatur aus einer nationalsozialistischen Hetzschrift hielten einige Schüler für ein Bild aus dem Mittelalter, obwohl ähnliche Hassbilder gegen Juden bis in die Gegenwart propagiert werden. So fanden es die meisten Schüler sehr aufschlussreich, die jahrhundertealten Wurzeln von Judenfeindschaft und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzudecken und darzustellen.

Ein Jugendlicher brachte sein eigenes Lernergebnis auf den Punkt: „Auch in heutiger Zeit werden vor allem Muslime von der Pegida und anderen Rechtspopulisten verachtet. Genauso wie Juden werden sie auf Vorurteile und Stereotype reduziert. Daran kann man sehen, wie wichtig der Slogan ist: „Zukunft braucht Erinnerung.“

Plakatpräsentation in der Berliner Nelson-Mandela-Schule in Berlin-Wilmersdorf

16. Dezember 2016

Präsentation im Foyer der Schule

Diesmal waren für die Präsentation der Schülerplakate nur 45 Minuten zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig waren fünfzehn Schüler_innen der Parallelklasse 11 gekommen, die sich für die Arbeiten interessierten. Außerdem wollten diese Schüler und ihre Lehrerin, Frau Drees, sich einen eigenen Eindruck von unserem Team und dem Workshop verschaffen. Der Grund: Wir sollen unsere Lernwerkstatt in modifizierter Form im kommenden Januar noch einmal anbieten. Nun aber saßen die Jugendlichen aus zwei Klassen zusammen. Und die einen erzählten den anderen von den Erlebnissen und auch Lernergebnissen aus unserem Workshop.

In der Zwischenzeit wurden die 7 grafisch bearbeiteten Plakate der Schüler zusammen mit 3 weiteren Plakaten zu Zielen und Aspekten des Workshops im Foyer aufgehängt. Alles unter einem großen farbigen Transparent, das an der Decke angebracht war, auf dem in großen Lettern zu lesen stand: SCHOOL-GALLERY. Die Präsentation im Foyer des Schulgebäudes versprach den Vorteil, dass die täglich den Raum frequentierenden Schüler_innen und Lehrer_innen anderer Klassen von den Arbeiten und Themen angesprochen werden und entsprechend reagieren können.

Auch während der nun folgenden Präsentation liefen immer wieder Kinder und Jugendliche mit interessiertem Blick auf das Geschehen durch den großen Vorraum. Das führte mitunter auch zu einiger Unruhe. Es störte aber nicht die Schüler, die nun ihren Mitschülern erzählten, was sie bei der Gestaltung ihrer Collagen bewegt hat, was sie ausdrücken wollten und wen sie am liebsten auch mit ihren Arbeiten erreichen wollten. Es kam auch vor, dass im vorausgegangenen Workshop nicht beteiligte Schüler sich vor selbst ausgewählte Plakate stellten und den anderen mitteilten, wie sie auf die Arbeiten reagierten. So kam es zu einem interessanten Austausch zwischen Schülern untereinander.

Im Schlussteil wählte Levi Salomon vom Jüdischen Forum ein weiteres Plakat aus. Er fand darin alle wesentlichen Aspekte des alten Antijudaismus und des neuen Antisemitismus so ausdrucksvoll dargestellt, dass er den Versammelten noch einmal die Wurzeln und Funktionen des Judenhasses im Rahmen auch darüber hinaus gehender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzeigen konnte.

Plakatpräsentation in der Ernst-Litfaß-Schule (OSZ) in Berlin-Reinickendorf

21. Dezember 2016

Lasst die Hand nicht zur Faust werden

Um es vorweg zu sagen, die Präsentation der Schüler-Plakate fand statt unter dem Eindruck des verheerenden Anschlags mit vielen Toten und zahlreichen Verletzten auf einem Berliner Weihnachtsmarkt.

Nach der Begrüßung der teilnehmenden Schüler_innen aus zwei Oberstufen-Gruppen, der anwesenden Lehrerinnen und unseres Teams durch den Schulleiter, Herrn Förster, erinnerte Levi Salomon an die Bluttat, die erst zwei Tage zurücklag. Seiner Botschaft stimmten Jugendliche wie Erwachsene zu: „Die Attentäter wollten uns alle im Magen treffen. Wenn wir aber unsere Lebensart deshalb ändern, dann haben die gewonnen. Dann gibt es auch keine normale Schule mehr. Wir wollen Vielfalt und Berlin als weltoffene Stadt. Und wir feiern wie in jedem Jahr Weihnachten und das jüdische Lichterfest Chanukka – auch öffentlich.“

Damit waren 90 Minuten anregender Gespräche zwischen den Jugendlichen untereinander sowie mit dem wieder interkulturell und interreligiös aufgestellten Team eröffnet. Zunächst trat ein Schüler vor aus der Gruppe, die an dem vorausgegangenen Workshop nicht teilgenommen hatte. Er wählte eins der an Stellwänden befestigten Plakate aus und erzählte den Schülern, die das betreffende Plakat entworfen und gestaltet hatten, wie es auf ihn wirkt und warum er gerade dieses interpretieren wollte. Ihm war das Plakat mit der Friedenstaube hinter Gittern „gleich ins Auge gesprungen“. Und er sagte dazu weiter: „Die Friedenstaube braucht Freiheit, damit sie uns vereinen kann, damit wir uns nicht bekämpfen.“

Ein anderes Plakat zeigte eine große Hand, deren Finger unterschiedliche Religionen und Kulturen darstellten. Unter das Hand-Symbol hatten die Schüler ihre Botschaft geschrieben: LASST DIE HAND NICHT ZUR FAUST WERDEN! Auf dem Plakat war das Schülerzitat zu lesen: „Wir leben alle aus der gleichen Hand. Alle auf einem Planeten. Darum wollen wir die Hand nicht zur Faust ballen. Wie die Finger an einer Hand zusammengehören, so sollen sich auch die Religionen verhalten. Die offene Hand bedeutet: Wir halten zusammen.“

Ein Schüler wies auf ein Plakat, das den Slogan trug „Antisemitismus bekämpfen“ und sagte: „Das Wort BEKÄMPFEN drückt Gewalt aus. Wir wollen uns aber von dieser Gewalt abwenden. Wir sollten lieber ein anderes Wort wählen.“ Ein anderer Schüler schlug unter Beifall stattdessen vor: „Wir nehmen das BEKÄMPFEN komplett raus und schreiben einfach nur FÜREINANDER.“ Teammitglied Max Bursche griff das Wort ANTISEMITISMUS auf und erläuterte den Schülern, welche Kultur- und Sprachverwandtschaften als semitisch bezeichnet werden, darunter die aramäische Ursprache, das Hebräische wie das Arabische und auch die verbreitetste Sprache in Äthiopien. Juden, Araber und Äthiopier sind also Semiten. Wie sinnlos erscheint dann aber ein sich behauptender Antisemitismus – möglichst noch zwischen semitischen Kulturen untereinander? Ilker Dyan ging als muslimischer Teamer erneut auf das Thema Gewalt ein und erinnerte an den Freund seines Sohnes, der auf der Flucht vor gleichaltrigen Verfolgern in Berlin von einem Auto überfahren wurde. Gewalt – so sein Kommentar – ist in Menschen aller Kulturen und Religionen anzutreffen und darum nicht auf eine Menschengruppe zu beschränken.

Das letzte Plakat zeigte die Weltkugel umgeben von den drei monotheistischen Religionen. Der Kommentar eines Jugendlichen: „Bei Religionskämpfen leidet auch die Erde!!! Alle Religionen sollten nebeneinander existieren und nicht gegeneinander agieren.“ führte zu der Frage an den

evangelischen Theologen Peter-M. Utsch nach dem Sinn und der Entstehungsgeschichte von Religionen. Aber schon waren Schülerantworten zu hören wie: „Religionen fragen nach dem Sinn des Lebens auch über den Tod hinaus.“ Oder auch: „Religionen wollen Leben erhalten und den Menschen Hoffnung geben.“ Ein Schüler erinnerte sich sinngemäß an ein Wort des Dalai Lama: „Religionen sind wie Gewürze, und Ethik ist das Wasser. Gewürze machen Speisen gehaltvoller. Wir können auch ohne Gewürze leben, aber nicht ohne Wasser.“

Unser Team jedenfalls war einigermaßen beeindruckt von so viel Ernsthaftigkeit, Konzentration und Tiefgründigkeit in den Beiträgen der Jugendlichen. Und es bedankte sich für alle Vorbereitung und Mitgestaltung der beiden Lehrerinnen Frau Büter und Frau Manthey. In den Nachgesprächen auch mit Herrn Förster war nicht nur von Wiedersehen, sondern auch von dem Wunsch die Rede, die Zusammenarbeit fortzusetzen.

5. Pressemitteilungen

Facebook löscht Video-Dokumentation über “Wir für Deutschland”-Demonstration

5. August 2016

Eine Dokumentation des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. über den Aufmarsch der extremen Rechten am 30. Juli in Berlin wurde von Facebook gelöscht.

Am 3. August veröffentlichte das Jüdische Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA) eine Auswertung der Demonstration unter dem Motto “Merkel muss weg” am 30. Juli in Berlin. Ein Teilnehmer wurde wegen des Zeigens eines Hitlergrußes kurzzeitig festgenommen. Zu Beginn der Kundgebung wurde eine muslimische Familie von Demonstranten verbal attackiert und eine Journalistin körperlich bedrängt. Das Video des JFDA zeigt Ausschnitte aus Reden und Parolen, die während des Aufzuges mit rund 1300 Demonstranten skandiert wurden. Zu hören ist der Aufruf „Lügenpresse auf die Fresse“ und mehrfach die Parole “Nationaler Sozialismus jetzt!”. Ein Redner forderte, Merkel “gehört aus dem Lande gejagt oder was ich neulich gehört habe: ‘Merkel gehört ans Brandenburger Tor!’“ – worauf aus der Menge entgegnet wurde: „Steinigung für Merkel!”.

Das Video wurde auf Facebook veröffentlicht, wo es am selben Tag hunderte Male geteilt und mehr als 15.000 Mal angesehen wurde. Beiträge des JFDA erreichten in dieser Woche eine Reichweite von 70.000.

Weniger als 24 Stunden nach der Veröffentlichung hat Facebook das Video unwiderruflich gelöscht mit der Angabe, es würde gegen die “Community-Richtlinien” von Facebook verstoßen.

Im Rahmen der Arbeit des JFDA führt der gemeinnützige Verein nach Kriterien des Pressekodex ein unabhängiges Monitoring über antisemitische, rassistische, homophobe und sexistische Vorfälle durch. Ziel ist es, gesellschaftliche Debatten und Tendenzen online und auf der Straße zu analysieren und bewerten zu können. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden die Ergebnisse über verschiedene Webseiten und Soziale Medien zugänglich gemacht und fließen in die politische Bildungsarbeit des Jüdischen Forums ein. Projekte des JFDA werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Land Berlin, der F. C. Flick Stiftung, der Harald-Bob-Stiftung und der Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte gefördert.

Erst kürzlich wurde bekannt, dass rechte Akteure über so genannte Melde-Attacken versuchen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen an ihrer Arbeit zu hindern. Im Mai gab es bereits einen ähnlichen Vorfall, wo versucht wurde, ein Video des JFDA auf YouTube löschen zu lassen. Nach Einspruch und längerer Prüfung wurde die Sperre des Videos von YouTube wieder zurückgezogen.

Lala Süsskind (Vorsitzende des JFDA) sagte dazu: “Ich bin sprachlos. Unsere Mitarbeiter werden permanent bei der Ausübung ihrer Tätigkeit auf Demonstrationen angegriffen und unsere Beiträge im Internet gelöscht. Wir fordern Facebook auf, unsere Inhalte umgehend wiederherzustellen.

Wie können wir weiterarbeiten? Wir müssen gemeinsam mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen Strategien entwickeln, um den perfiden Einschüchterungsversuchen der extremen Rechten entgegenzuwirken.”

Wir bitten Sie, unsere Arbeit zu unterstützen, indem Sie unseren Videobeitrag teilen. Wir haben den Beitrag erneut auf Facebook mit Verlinkung auf YouTube

veröffentlicht: <https://youtu.be/HBBRUVda1FU>

Ein ausführlicher Bericht über Verlauf der Demonstration *Hitlergruß und Volksverhetzung bei rechtem Aufmarsch in Berlin* findet sich im sechsten Kapitel dieses Tätigkeitsberichtes.

Facebook widerruft Löschung der Video-Dokumentation des JFDA von rechter Demo

8. August 2016

Am 3. August veröffentlichte das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA) eine Video-Dokumentation über die Demonstration unter dem Motto "Merkel muss weg" am 30. Juli in Berlin. Das Video zeigt Ausschnitte aus Reden und Parolen, die während des Aufzuges mit rund 1300 Demonstranten skandiert wurden. Zu hören ist u. a. die Aufforderung "Merkel gehört ans Brandenburger Tor".

Am selben Tag wurde das Video hunderte Male geteilt und kommentiert. Weniger als 24 Stunden nach der Veröffentlichung hatte Facebook das Video gelöscht mit der Angabe, es würde gegen die "Community-Richtlinien" von Facebook verstoßen.

Unmittelbar nachdem der Fall durch Medien veröffentlicht wurde, entschuldigte sich eine Vertreterin der Facebook Germany GmbH bei der Vorsitzenden des Jüdischen Forums Lala Süsskind und bezeichnete die Löschung als "Fehler". Der Videobeitrag wurde nach erneuter Prüfung am 6. August durch Facebook wiederhergestellt.

Lala Süsskind (Vorsitzende des Jüdischen Forums) bemerkte dazu: "Wir sind erfreut, dass Facebook das Video der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht und den Fehler eingestanden hat. Dennoch muss in der Zukunft sichergestellt werden, dass zivilgesellschaftliche Initiativen besser vor Falschmeldungen geschützt und in ihrer Arbeit unterstützt werden."

–

Video-Dokumentation der „Merkel muss weg“-Demonstration am 30. Juli auf Facebook: <https://www.facebook.com/juedischesforum/videos/1289456371094340/>

Zum Tod des 9. israelischen Präsidenten Shimon Peres

28. September 2016

Mit Shimon Peres ist eine herausragende Persönlichkeit und ein wichtiger Staatsmann von uns gegangen, der maßgeblich zur Verständigung und zum Frieden zwischen Israel und anderen Staaten beigetragen hat.

Mit tiefer Trauer und Bestürzung nehmen wir den Tod von Shimon Peres zur Kenntnis. Er diente seinem Land als Außenminister, Verteidigungsminister und Staatspräsident. Er engagierte sich nicht nur am militärischen Aufbau Israels, aber auch am Finden politischer und diplomatischer Lösungen. Sein Einsatz, insbesondere die Friedensverhandlungen mit den Palästinenserinnen und Palästinensern, trug so entscheidend zum Fortbestand und zur Sicherheit Israels bei.

Shimon Peres wurde 1923 in bescheidenen Verhältnissen, als Sohn eines Getreide- und Holzhändlers im polnischen Wiszniewa geboren. Im Alter von 10 Jahren wanderte Shimon mit seiner Familie nach Palästina aus. Als Jugendlicher lernte Peres in einer Landwirtschaftsschule und engagierte sich in der Haganah, der Vorgängerorganisation der israelischen Armee. Er zählte zu den ersten Mitbegründern der Kibbuz-Bewegung in Galiläa. Nach der Staatsgründung Israels wirkte Peres maßgeblich an dem Ausbau der israelischen Armee und Rüstung mit. Dennoch betonte er stets die Wichtigkeit einer politischen Lösung der Probleme im Nahen Osten. Für sein Bemühen im Oslo-Abkommen, wurde er zusammen mit Jassir Arafat und Jitzchak Rabin im Oktober 1994 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Seine Friedensbemühungen waren von einem positiven Ausblick in die Zukunft geprägt, so schreckte er auch nicht vor einer Annäherung mit Deutschland zurück. Er schloss bereits 1957 mit dem damaligen deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß ein geheim gehaltenes Abkommen ab, und hatte somit für Israel lebensnotwendige Rüstungsgüter organisiert. Diese

positive Haltung zu einer deutsch-israelischen Zusammenarbeit drückte er auch bei seinem Besuch der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und des Deutschen Bundestages anlässlich des Holocaust-Gedenktages 2010 aus. In seiner viel beachteten Rede im Deutschen Bundestag trat er nicht nur als damaliger Präsident Israels auf, sondern schilderte auch seinen persönlichen Schmerz. Darin erinnerte er sich an seinen Großvater, den er während der nationalsozialistischen Herrschaft verloren hatte. Dieser blieb in Polen zurück, wo er bei einem von deutschen verursachten Brand einer Synagoge, ums Leben kam. Trotz dieser traumatischen Erlebnisse, blieb Peres stets hoffnungsvoll und entschlossen in seinem Bestreben nach Verständigung und Frieden. So betonte er auch bei seiner Rede im Bundestag: „Und während es mein Herz zerreißt, wenn ich an die Gräueltaten der Vergangenheit denke, blicken meine Augen in die gemeinsame Zukunft einer Welt von jungen Menschen, in der es keinen Platz für Hass gibt. Eine Welt, in der die Worte Krieg und Antisemitismus nicht mehr existieren. (...) Die Jugend muss sich erinnern, darf nicht vergessen und muss wissen, was geschehen ist. Sie darf niemals, wirklich niemals, an etwas Anderes glauben, sich andere Ziele setzen als Frieden, Versöhnung und Liebe.“ Wir wollen uns an diesem traurigen Tag an diese hoffnungsvollen Gedanken von Shimon Peres erinnern und sie als Inspiration in der Arbeit des Jüdischen Forums fortwirken zu lassen.

6. Berichte, Kommentare, Essays

Ein Jahr danach: Wir sind alle Charlie Hebdo

6. Januar 2016

Ein Jahr ist es her, dass islamistische Terroristen das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, einen koscheren Supermarkt und eine Polizistin auf offener Straße in Paris attackierten und dabei 17 Menschen ermordeten. Inzwischen ist die drohende „Israelisierung Europas“ Wirklichkeit geworden. Wie zu befürchten war, sollten die Attentate im Januar 2015 nicht die letzten in Europa bleiben. Gleichfalls war es nicht der erste Anschlag dieser Art. Bereits im März 2012 wurde eine jüdische Schule in Toulouse angegriffen, 2014 ein Anschlag auf das Jüdische Museum von Belgien verübt, im Januar 2015 eine Reihe geplanter Anschläge – unter anderem auf jüdische Schulen in Belgien – verhindert, um nur die prominentesten Beispiele zu nennen.

Als am 13. November 2015 in Paris zeitgleich an fünf verschiedenen Orten islamistisch motivierte Anschläge erfolgten, war Europa eminent erschüttert. Mit gezielten Angriffen auf das gesellschaftliche Leben – auf Cafés, ein Fußballstadion und einen Club – standen nun nicht mehr nur Jüdinnen und Juden sowie politische Gegner wie das Satiremagazin im Zentrum, sondern wurde den Europäer/innen gewahr, dass sie alle zur Zielscheibe geworden sind und werden können. Wir sind also in der Tat alle „Charlie“, wie bereits der als Zeichen der Solidarität verbreitete Satz „Je suis Charlie“ ausdrücken wollte.

Angriffsziele kein Zufall

Wenngleich jedoch die Angriffsziele die gesamte Bevölkerung trafen, sind sie keineswegs zufällig gewählt. Amedy Coulibaly, der den Anschlag auf den Hyper Cacher Supermarkt in Paris verübt und fünf Menschen ermordet hatte, erklärte einer Journalistin, er wolle unterdrückte Muslime verteidigen. Er habe den koscheren Laden als Anschlagziel gewählt, um speziell Juden zu treffen. Die Satirezeitschrift Charlie Hebdo war bereits vor dem Angriff im Januar 2015 Ziel einer antisemitisch motivierten Hetzkampagne des iranischen Regimes geworden: 2013 bezeichnete das iranische Außenministerium Charlie Hebdo laut dem iranischen Sender Press TV als Teil einer „zionistischen Islamophobiekampagne“. Seine Veröffentlichungen seien ein Beitrag des „zionistischen Regimes“ zur „Unterdrückung des palästinensischen Volkes“. Ebenso wenig war der Pariser Club Le Bataclan kein zufälliges Angriffsziel. Einer früheren Aussage eines Mitglieds der „Jaish al-Islam“ (Armee des Islam) zufolge hatte es bereits vor ein paar Jahren Pläne für einen Anschlag gegen das Bataclan gegeben – „da dessen Besitzer Juden sind“.

Europäische Beschwichtigungspolitik gescheitert

Bei den Anschlägen in jüngster Vergangenheit wird nicht nur deutlich, wie Antisemitismus zur Gefahr für die Demokratien in Europa wird, sondern wie Islamismus und Antisemitismus Hand in Hand gehen. Antisemitische Gewalt ist schließlich ein fester Bestandteil des militanten Islamismus, so argumentiert auch der Terrorismusexperte Berndt Georg Thamm. In seiner im Juni 2015 für das Jüdische Forum angefertigten Studie „Terroranschläge in Paris“ [1] spricht er ferner von einer Israelisierung Europas: Die Islamisten entscheiden sich demnach bewusst für die Strategie individueller Terrorattacken, oft Selbstmordanschläge, die in den Alltag getragen werden und Angst und Schrecken unter der Bevölkerung verbreiten sollen.

Letztlich macht es keinen Unterschied, ob sich dieser Terror gegen Israel oder andere Staaten richtet.

Die Anerkennungsempfehlung eines palästinensischen Staates durch einige Parlamente europäischer Staaten und das EU-Parlament, die Streichung der Hamas von der EU-Terrorliste und die Weigerung, die Hisbollah als Ganzes auf die EU-Terrorliste zu setzen, belohnen den islamistisch-antisemitischen Terror und zeugen von einer Politik der Beschwichtigung, die inzwischen als völlig gescheitert bezeichnet werden kann.

[1] <http://jfda.de/blog/2015/10/15/jfda-e-v-stellt-neue-studie-zum-antisemitischen-djihad-vor/>

Hitlers Erbe: „Mein Kampf“ wird nicht gemeinfrei

7. Januar 2016

Nach 70 Jahren endet 2016 das Urheberrecht Adolf Hitlers auf sein berühmtestes Pamphlet. Die in den vergangenen Monaten intensiv debattierte Folge daraus war die Frage nach einer Neuauflage von Mein Kampf. Das Institut für Zeitgeschichte gibt nun eine kommentierte Version heraus.

Bereits vor der Verjährung des Urheberrechts – so sollte klar sein – war *Mein Kampf* nicht nur Historiker/innen zugänglich. Über Antiquariate, einschlägige rechte Foren, über englische Verlage, das Internet etc. wanderte Hitlers Lebenswerk auch in den vergangenen 70 Jahren schon durch viele Hände.

Dennoch darf nicht heruntergespielt werden, dass es sich bei diesem Werk um eine Bekenntnisschrift zum eliminatorischen, also auf Vernichtung zielenden Judenhasse handelt, das nun einer Gesellschaft offiziell zugänglich gemacht wird, deren Antisemitismus nach wie vor bis weit in ihre Mitte hinein reicht. In seiner antisemitischen Hetzschrift bezieht sich Hitler auf die um 1900 gefälschten *Protokolle der Weisen von Zion*, der Kernschrift des modernen Antisemitismus – eine Schrift, die bis heute in den meisten arabischen Ländern verbreitet wird und Bestandteil der Charta der Hamas ist. In Deutschland erfüllt die Verbreitung der *Protokolle* den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Gleiches gilt für die unkommentierte Verbreitung von *Mein Kampf*. Hitlers Pamphlet wird zusätzlich auch auf dem Index für „jugendgefährdende Schriften“ landen und entsprechend nicht öffentlich im Netz oder Handel zugänglich sein dürfen.

Das Institut für Zeitgeschichte (IFZ) arbeitete bereits seit Jahren an einer kommentierten Ausgabe, um *Mein Kampf* „als bedeutende zeithistorische Quelle zu erschließen, den Entstehungskontext von Hitlers Weltanschauung nachzuzeichnen, seine gedanklichen Vorläufer offenzulegen und seine Ideen und Behauptungen mit den Ergebnissen der modernen Forschung zu kontrastieren.“ Warum die Arbeit? Das IFZ bemerkt dazu, dass *Mein Kampf* bisher vor allem den Reiz des Verbotenen, von Mythen überlagerten Tabus erfüllt habe und daher eine wissenschaftliche Einbettung und Dekonstruktion einem progressiven Umgang mit der deutschen Geschichte zuträglich wäre.

Trotz der Notwendigkeit des wissenschaftlichen Umgangs mit Adolf Hitler und seiner Ideologie ist es ebenso wichtig, die Fallstricke aufzuzeigen, die diese Aufarbeitung mit sich bringt. Denn jede Auseinandersetzung mit antisemitischen Quellen birgt die Gefahr, ihnen zu viel Raum zu geben. Bei Antisemitismus handelt es sich um ein Ressentiment, oder wie Adorno es formuliert hat, um „ein Gerücht über die Juden“. Ein Ressentiment darf nicht als Argument missverstanden werden.

Antisemitismus ist keine logische Verfehlung, sondern eine wahnhaftige Weltsicht, in deren Zentrum der Hass auf Jüdinnen und Juden steht. Insbesondere Überlebende der Shoah müssen es daher als bittere Schmähung empfinden, die Neupublikation mitzuerleben.

Es bleibt zu hoffen, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung von *Mein Kampf* bzw. seine Rezeption in der Lage sein wird, diesen Unterschied zwischen logischer Verfehlung und Wahn herauszustellen. Alles andere würde jener Ideologie in die Hände spielen, die letztendlich Jüdinnen und Juden für die Existenz von Antisemitismus verantwortlich macht.

Englische Übersetzung der Studie zum antisemitischen Dji­had

28. Januar 2016

Die vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) herausgegebene Studie zum internationalen Dji­had-Terrorismus erscheint nun auch in englischer Sprache. Unter dem Titel Terror Attacks in Paris against Jews and „Crusaders“ – The anti-Semitic Jihad as „Holy World War“ kann sie ab sofort auf der Website des JFDA kostenlos heruntergeladen werden.

Was der Autor Berndt Georg Thamm im Anschluss an die Attentate auf „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Supermarkt befürchtet hatte, ist inzwischen bittere Realität geworden: Die Attentate im Januar 2015 sollten tatsächlich nur der „Vorbote eines Tsunami“ sein. Das zeigte sich am 13. November desselben Jahres. Erneut wurde Paris zum An­schlagsziel: Zeitgleich an fünf verschiedenen Orten verübten islamistische Terroristen des „Islamischen Staats“ (IS) gezielt Anschläge auf die breite Bevölkerung.

Thamm spricht dabei von einer Israelisierung Europas. In Israel gehören sogenannte weiche Ziele und individuelle Attentate inzwischen zum Alltag. Für Europa ist die Situation dagegen neu.

Die Attentate im Januar 2015 in Paris veranlassten das Jüdische Forum dazu, den Terrorismusexperten Thamm mit einer Studie zu beauftragen. Inzwischen ist die Bedrohung für die gesamte europäische Gesellschaft spürbar geworden, was sich beispielsweise an den erhöhten Sicherheitsvorkehrungen bis hin zu Absagen von offiziellen Silvesterfeierlichkeiten bemerkbar machte.

Umso dringlicher ist die Beschäftigung mit dem Terrorismus und die intensive Beleuchtung der Gefahren. Die JFDA-Studie ist damit aktueller denn je. Aus diesem Grund erscheint sie nun auch in englischer Sprache. Ein neues Vorwort vom Autor liefert dabei die nötigen Ergänzungen und Zusammenfassungen. So bilanziert Thamm, dass 2015 über 70 Anschläge in mindestens 14 Staaten – außerhalb Syriens und des Iraks! – verübt wurden, durch die rund 1.400 Menschen getötet und viele mehr verletzt wurden. Täter waren stets IS-Einzelkämpfer und Kleinstgruppen, Unterstützer und zum individuellen Dji­had „inspirierte“ Sympathisanten. Weitere für 2015 geplante Anschläge konnten rechtzeitig verhindert werden.

Die rund 130 Seiten starke Studie empfiehlt sich nicht nur aufgrund der darin gebotenen Chronologie und Analyse der jüngsten Entwicklungen im Bereich des Terrorismus, sondern insbesondere auch deshalb, weil der Autor wie kein anderer die antisemitische Motivation der Attentäter herausstellt und aufzeigt, wie stark der dji­hadistische Terror mit einem mörderischen Antisemitismus verknüpft ist.

Studie „Terror Attacks in Paris against Jews and ‘Crusaders’“ zum Download:

http://jfda.de/wp-content/uploads/2016/01/2016-01-28_JFDA-Thamm-Studie_Terror-attacks-in-Paris-against-Jews-and-Crusaders.pdf

Fachgespräch über islamistischen Terrorismus

3. Februar 2016

Ein Rückblick auf die Podiumsdiskussion, die das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) am 28. Januar 2016 im Rathaus Charlottenburg veranstaltete.

Die Pariser Attentate am 13. November 2015 erschütterten nicht nur Frankreich. In ganz Europa

dämmerte es den Menschen, dass inzwischen jede und jeder zum Anschlagziel des islamistischen Terrorismus werden kann. Gleichzeitig wurde mit dem Angriff auf den Club Bataclan erneut deutlich, dass jüdische – oder vermeintlich jüdische – Einrichtungen verstärkt im Fokus stehen. Aufgrund seiner ehemaligen jüdischen Eigentümer hatte es in den vergangenen Jahren bereits mehrfach Drohungen gegen den Club Bataclan gegeben. Überdies war es wohl kein Zufall, dass dort am Abend des Anschlags ausgerechnet eine israelsolidarische Band spielte.

Es ist also ganz offensichtlich, dass der Djihaad-Terrorismus antisemitische Motive hat. Vor allem aber richtet er sich gegen alles, was nicht seiner kruden Vorstellung vom Islam entspricht. Damit wird er zur Bedrohung all jener, die sich ihm nicht anschließen oder unterwerfen.

Mit den jüngsten Anschlägen in Europa wird deutlich, wie nah die Bedrohung des Islamismus inzwischen ist. In Politik und Medien wird das Thema immer zentraler. Verhandelt werden dabei Fragen nach dem Umgang mit der Bedrohung, nach den Möglichkeiten einer Intervention, nach der Zukunft Europas. Häufig vermischt sich dieser Diskurs mit der Frage nach dem Umgang mit dem Flüchtlingsstrom aus Syrien. Rechtspopulistische Kräfte nutzen dabei die Ängste der Menschen vor dem Terror, um gegen die Aufnahme von Syrern/innen zu polemisieren. Dabei fliehen diese selbst vor dem islamistischen Terror.

All diese Fragen und Themenkomplexe kamen zur Sprache, als das JFDA am 28. Januar 2016 zur Podiumsdiskussion ins Rathaus Charlottenburg lud. Rund 90 Menschen kamen, um dem Fachgespräch über islamistischen Terrorismus beizuwohnen.

Grußworte

Bereits in der Begrüßung fielen deutliche Worte zur beunruhigenden Lage angesichts der jüngsten Entwicklungen. Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA und seit langem aktiv gegen Antisemitismus, für Israel und die Rechte von Homosexuellen, spricht offen die Ängste vor einem Rechtsruck in Europa aus:

„Ich persönlich bin beunruhigt, ich bin teilweise auch deprimiert. Ich weiß nicht, was wir machen können und sollen. Eines sollten wir aber ganz bestimmt nicht machen: Uns nach rechts bewegen und von dort aus kämpfen – das ganz bestimmt nicht. Das wäre die größte Enttäuschung meines Lebens.“

Süsskind eröffnete nach diesem Statement gegen Rechts die Podiumsdiskussion und übergab die Gesprächsleitung an Levi Salomon, Sprecher des JFDA.

Die Bedrohung des Islamismus: Ein kurzer Überblick

Mit einem Eingangsstatement von Berndt Georg Thamm wurde zunächst die informative Basis für die politische Auseinandersetzung geschaffen. Thamm arbeitet seit mehr als 30 Jahren als Referent, Berater und Fachpublizist für verschiedene Strafverfolgungsbehörden, darunter die Berliner Polizei. Außerdem erstellt er Expertisen zu organisiertem Verbrechen und internationalem Terrorismus. Bereits im Juni 2015 bezeichnete er in seiner jüngsten Studie die Attacke auf Charlie Hebdo als „Vorboten eines Tsunami“. Diese Befürchtung hat sich mit den Pariser Terroranschlägen im vergangenen November bestätigt: Die gezielten Angriffe auf das gesellschaftliche Leben sind dabei nichts weniger als die perfide Strategie individueller Terrorattacken, die in den Alltag getragen werden, um Angst und Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Thamm berichtet, dass inzwischen in Europa Infobroschüren mit dem Titel „How to survive in the West“ kursieren – djihadistische Anleitungen zum „Heiligen Krieg“, in denen erklärt wird, wie derartige Terrorattacken geplant und verwirklicht werden können. Diese beunruhigende Information macht deutlich, wie der Islamismus zunehmend nach Europa greift. Thamm redet dabei von einem

Strategiewechsel der Islamisten:

„Was wir hier in Europa seit 2014 beobachten, ist ein Strategiewechsel, den man im weitesten Sinne als Israelisierung Europas bezeichnen könnte. D.h. man ist von großen Anschlägen mit viel Manpower, Vorbereitung etc. zu sehr niedrigschwelligen Anschlägen für jedermann übergegangen, wo auch die Tatwaffen für jedermann erhältlich sind: entweder in der Küche, Garage oder im Baumarkt. Dementsprechend werden diese Art von Anschlägen heute verübt – in der Hoffnung, dass Europa durch Einzelanschläge so verunsichert wird, dass es sich dann letztendlich anfühlt wie in Israel.“

Im Gegensatz zu Europa hat sich Israel auf diesen individualisierten Terror bereits mehr oder minder eingestellt. „Daraus können wir lernen“, meint Thamm. „Schließlich sind Polizei und Militär dort bereits speziell geschult.“ Darüber hinaus spricht er bezüglich Israels von einer Risikokultur, die inzwischen auch in Europa entstehe. Angesichts dessen plädiert er: „Wir müssen lernen, damit zu leben.“

Ist Europa gescheitert?

Nach dem informativen Eingangsstatement sprach Roderich Kiesewetter über die aktuelle politische Lage Europas. Als Obmann für Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, in dessen Auswärtigem Ausschuss und Verteidigungsausschuss er sitzt, ist er Spezialist für außenpolitische Belange. In seinem Statement beginnt Kiesewetter mit einem selbstkritischen Rückblick auf bestimmte politische Entscheidungen, die Europa getroffen hat, und nennt als Beispiel das Atom-Abkommen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) mit dem Iran vom vergangenen Jahr.

„Wir haben dieses Abkommen mit dem Iran erreicht, um in Syrien und im Irak zu Lösungen zu kommen. Das aber zu dem ganz hohen Preis, dass drei Punkte beim Iran ausgeklammert wurden: seine Raketentechnik, seine Auslandsaktivitäten in Malaysia, Nordkorea, Venezuela, und seine geradezu in Frechheit vorgetragene Forderung, dass jeder Staat das Existenzrecht eines anderen Staats infrage stellen darf, konkret bezogen auf Israel.“

Weiter geht Kiesewetter auf die Gefahrenlage Europas durch die Radikalisierung der Gesellschaft in den verschiedenen EU-Ländern ein:

„Ich glaube, dass wir erst am Anfang eines Verfalls stehen. Und jetzt schon ist Europa nicht mehr in der Lage mit einer Stimme zu sprechen. Selbst in unserer Regierung gibt es einen sehr kleinen Partner, der mit populistischen Vorschlägen der Bevölkerung eine Handlungsfähigkeit suggeriert, dass sie in anderen Bundesländern, wo sie die Partei nicht wählen können, sagen: Dann wählen wir die AfD. Also ich zeichne ein düsteres Bild. Und wir müssen alles tun, dass das Kernthema 'Europäischer Zusammenhalt' erhalten bleibt. Und da haben wir eine schwere Aufgabe.“

Europas Maßnahmen gegen den Terror

Aus innenpolitischer Sicht beleuchtete Uli Grötsch die Thematik. Mit Kiesewetter ist sich der im Innenausschuss sitzende SPD-Bundestagsabgeordnete in der Einschätzung einig, dass die Europäische Union am Scheideweg steht. Dennoch zeigt er sich zuversichtlich und betont die Maßnahmen, die Europa gegen den islamistischen Terror schafft.

Insgesamt, so Grötsch, gebe es ein großes Problembewusstsein bei der derzeitigen Regierung. Zum Beispiel würden in den kommenden drei Jahren über 3.000 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen. Die Ausreise in Terrorabsicht ist inzwischen strafbar. Daneben hat die große Koalition eine Stelle ins Leben gerufen, die alle Organisationen vereinen soll, die in Deutschland Präventionsarbeit im Bereich Islamismus, Djiihadismus, Salafismus leisten. Bildungsarbeit steht

dabei im Mittelpunkt. Warum? „Wir wollen, dass das alles gezielt und koordiniert auf die Menschen wirkt, weil die Gefahr wirklich groß ist.“

Im Unterschied zu anderen islamistischen Vereinigungen ist der Islamische Staat (IS) tatsächlich außerordentlich anziehend – gerade für eine perspektivlose Jugend. Grötsch erklärt dazu:

„Ich glaube, dass man al-Qaida mit dem Islamischen Staat überhaupt nicht vergleichen kann. Wenn Sie sich das vorstellen, Osama bin Laden: alter Mann, Bart und Kutte irgendwo in einer Höhle in Afghanistan, das ist das eine. Das andere sind junge Leute. Sie kennen die Bilder wahrscheinlich von den IS-Kämpfern auf umgebauten Jeeps, mit Maschinengewehren in der Hand, dazu läuft ein Propaganda-Video. Und deren Musik ist höchst professionell gemacht. Das ist im negativen Wortsinn für die Menschen natürlich viel attraktiver als al-Qaida hat jemals sein können.“

Es ist also kaum verwunderlich, dass der IS auch auf die muslimische Jugend in Europa wirkt.

Ausblick: Was getan werden muss

Kiesewetter fügt Grötschs Beitrag ergänzend hinzu, was zu tun sei, um Europa vor dem Terrorismus zu schützen:

„Wir müssen tätig werden. Zivilcourage gewinnt eine neue Bedeutung: sich auch öffentlich zu positionieren und anzusprechen, dass es keine schnellen Lösungen gibt. Ich spreche bewusst den Bildungsbereich an. Was können wir also tun gegen die Radikalisierung in der Gesellschaft? Wir müssen an die Schulen gehen. Was mein Kollege Grötsch gesagt hat, ist ganz entscheidend: in die Bildungsarbeit zu gehen und auch dort aufzufangen, wo wir zersplitterte Familien haben, die nicht mehr funktionieren, wo letztlich die Schulen als Reparatur betrieben werden.“

Bei bereits radikalisierten Menschen, die mit Bildungsmaßnahmen nicht mehr zu erreichen sind, könne man jedoch nicht anders handeln als gesetzlich zu erwirken, dass diese zum Beispiel Fußfesseln bekommen, damit sie bestimmte Bereiche nicht betreten können. Der Rechtsstaat müsse dahingehend entsprechende Handlungsfähigkeit zeigen.

Die Gefahr eines Rechtsrucks

Was die Aufgabe der kulturellen Integration der Geflüchteten betrifft, zeigten sich sowohl SPD- als auch CDU-Abgeordneter zuversichtlich, wenngleich es sich um eine Aufgabe handele, die mehrere Jahre in Anspruch nehme. Auf die Frage, wie man damit umgehen soll, dass auch Kriminelle unter den Geflüchteten sind, wendet Grötsch ein:

„Es stimmt, dass sich Terroristen gezielt als Flüchtlinge gemeldet haben. Aber ich glaube, wenn so eine große Menge an Menschen kommt, lässt es sich nicht vermeiden, dass alle Arten von Menschen darin vertreten sind. Wenn bei einer Zahl von einer Million 999.999 gute Menschen sind, dann ist es die Aufgabe der deutschen Sicherheitsbehörden, diesen einen Schlechten zu finden.“

Kiesewetter ergänzt hierzu, dass seit Dezember an den Grenzen kontrolliert werde und kein Geflüchteter mehr ins Land kommt, ohne registriert zu werden. Dennoch sei es natürlich schwierig, Menschen mit gekauften Pässen zu enttarnen. Außerdem gibt er zu bedenken:

„Es gibt keine einfachen Lösungen. Sicherheit hat immer zwei Seiten: nicht nur die des Abschottens, sondern auch die der Folgen derjenigen, die man abschottet.“

Daneben wurde auf dem Podium aber auch über eine Bedrohung von anderer Seite gesprochen: nämlich dem sogenannten Rechtsruck in der deutschen Gesellschaft. Kiesewetter spricht von einer Radikalisierung, die schon allein deshalb gefährlich sei, da Radikalisierung nur in Gewalt enden

könne. Er selbst erwartet krisenhafte Zuspitzungen und kritisiert dabei die Rolle der Medien, die durch ihre Art der Berichterstattung derartigen Entwicklungen zum Teil zuträglich seien.

Wie kann einer solchen Entwicklung also entgegengewirkt werden? Enorm wichtig ist dabei, zu überlegen, wie man die Menschen noch erreichen kann. Nachdem nämlich die Podiumsdiskussion auch für das Publikum geöffnet wurde, gab es nicht nur Fragen und Anregungen, sondern auch Statements, in denen sich gegen die aktuelle Politik bezüglich der Zuwanderung ausgesprochen wurde und zum Teil harte Worte gegen die Politiker fielen. Die Erklärungen und Antworten der geladenen Politiker warteten sie aber nicht ab. Hierzu gibt Kiesewetter zu Bedenken:

„Hier waren Bürger, die den Saal verlassen haben. Sie sind gekommen, haben ihre Dinge abgelassen und sind gegangen, ohne Antworten zu hören. Wir erreichen durch solche Veranstaltungen nicht mehr diejenigen, die man confirmieren kann. Hier sitzen diejenigen, die confirmiert sind.“

Eine wichtige Frage ist also, wie man diejenigen erreichen kann, die nicht mehr zuhören? Diese Frage musste leider offenbleiben. Nach einem langen Diskussionsabend im Rathaus Charlottenburg schloss Lala Süsskind den Abend mit einer Aufforderung an alle: „Wir leben noch in einem demokratischen Staat, den es gilt zu verteidigen und ein jeder von uns ist gefragt.“

Ausschnitte der Podiumsdiskussion sind in unserem neuen Video zu sehen:

„Quo vadis, Europa?“ – Fachgespräch zu islamistischem Terrorismus in Europa,
<https://www.youtube.com/watch?v=FZORgHwlr3I>

Antisemitische Parolen und „Hitlergruß“ vor „Movimiento“-Kino

7. März 2016

Am Freitag Nachmittag [7. März 2016] zeigten vier Menschen auf dem Kottbusser Damm in Berlin-Kreuzberg den „Hitlergruß“; auf der gegenüberliegenden Straßenseite wurden aus einer Gruppe von rund 40 Personen heraus Sprüche wie „From the River to the Sea – Palestine will be free“ und „Boycott Israel“ skandiert. Wie kam es dazu?

Vom 29. Februar bis zum 7. März 2016 fand die „Israeli Apartheid Week“ in Europa statt.

Organisiert wird diese jährlich stattfindende Israelfeindliche Woche von verschiedenen pro-palästinensischen Organisationen. In Berlin haben die Organisationen BDS-Berlin (Boycott, Divestment and Sanctions) und F.O.R. Palestine (For One State and Return in Palestine) anlässlich dieser Woche ins Kreuzberger Kino Movimiento geladen. Gezeigt wurde die antiisraelische Dokumentation »Even Though My Land is Burning« vom israelischen Regisseur Dror Dayan, der bei der Vorstellung persönlich anwesend war. Dayan ist selbst politischer Aktivist und setzt sich für die Auslöschung des israelischen Staats zugunsten einer palästinensischen Staatsgründung vom Jordan bis zum Mittelmeer ein. Er spricht dabei von einer „One State Solution“, die bewirken würde, dass es den einzigen jüdischen Staat der Welt nicht mehr gibt.

Für dieses Ziel halten die BDS-Aktivist/innen den Boykott gegen den jüdischen Staat für ein adäquates Mittel – etwa, weil sich dieses doch schon in der Vergangenheit bewährt hat? Als Reaktion derartigen Engagements hielten jedenfalls etwa 60 Menschen auf dem in unmittelbarer Kino-Nähe befindlichen Hohenstaufferplatz eine israelsolidarische Kundgebung statt und führten in mehreren Redebeiträgen ihre Kritik an den BDS-Kampagnen aus. Unter anderem sprach dabei Mike Delberg von der Jüdischen Gemeinde Berlin.

Zeitgleich versammelten sich direkt am Kinoeingang zeitweilig bis zu 50 Personen aus dem pro-palästinensischen Spektrum, die lautstark gegen die israelsolidarische Kundgebung mit schwenkenden Palästina-Flaggen protestierten. Wiederholt riefen sie den israelsolidarischen Menschen Parolen wie „Zionisten raus“ und „Boycott Israel“ zu und bezeichneten sie als „Kindermörder“, „Frauenmörder“, „Faschisten“, „Apartheidsschweine“, „Söhne Hitlers“ und

„Nachkommen der Nazis“.

Nach Beendigung der israelsolidarischen Kundgebung wurden abziehende Teilnehmer/innen von vier Personen aus dem migrantischen Milieu bedrängt und beleidigt. In Höhe Sanderstraße zeigen die Vier vom gegenüberliegenden Gehweg aus mehrfach den „Hitlergruß“ in Richtung der jüdischen und nichtjüdischen Menschen.

Den Kinobetreiber/innen vom Moviemiento schien der Andrang zu gefallen: spontan stellten sie den BDS-Aktivist/innen einen weiteren Kinosaal zur Verfügung, in dem „Even though my Land is burning“ gezeigt wurde. Außerdem soll der Film in naher Zukunft noch mindestens dreimal laufen.

Videoaufnahme zu den Vorfällen: <https://www.youtube.com/watch?v=b0WIsIBAGxs>

Angriff auf Journalisten und antisemitisches Vokabular bei rechtem Aufmarsch in Berlin

16. März 2016

Am vergangenen Samstag fand in Berlin-Mitte der größte rechte Aufmarsch der vergangenen Jahre in der bundesdeutschen Hauptstadt statt. Am frühen Nachmittag versammelten sich bei tristem Wetter 2.000 bis 3.000 Protestierende vor dem Hauptbahnhof. Das Motto des Aufzuges: „Wir für Deutschland – Wir sind das Volk – Merkel muss weg“.

Viele gut organisierte Demonstranten waren schwarz gekleidet, trugen Sonnenbrillen, Kapuzenjacken und Schals als Vermummungsutensilien. Eindeutig gehörten diese Personen dem gewaltbereiten neonazistischen Spektrum an. So ließen sich unter anderem die „Kameradschaft Northeim“ und der militante Neonazi Thorsten Heise bei dieser als lediglich „patriotisch“ deklarierten Protestveranstaltung blicken.

Die NPD war mit Berliner Bezirkspolitikern vertreten, die sich teilweise zusammen mit den parteiungebundenen Nazis dem Aufzug anschlossen.

Sogenannte Reichsbürger, die die demokratisch verfasste Grundordnung der Bundesrepublik rundweg ablehnen, Holocaustleugner, rechte Verschwörungsideolog_innen, Rassist_innen, die sich allmorgendlich bei den diversen PEGIDAS im Lande versammeln und Funktionäre von Pro-Deutschland, die an der Demo-Organisation beteiligt waren, rundeten das Spektrum derer ab, die der rechten bis extrem rechten Szene zuzuordnen sind.

Zu diesem Personenkreis gesellten sich einige „Wutbürger“ und Aktivist_innen aus dem friedensbewegten Spektrum, die sich seit dem Ukraine Konflikt rechts offen zeigen und sich nicht scheuen, gemeinsam mit Nazis auf eine Demonstration zu gehen.

Bereits vor Beginn des Bühnenprogramms wurden dokumentierende Journalisten von Nazis bedrängt und bedroht. Dabei verliefen Schläge gegen Kameraausrüstungen ohne Sach- und Personenschäden. Auffällig bei diesen Übergriffen, die sich während des Aufzugs mehrmals wiederholten, war die „Verbrüderung“ zwischen gestandenen Nazis, PEGIDA-Aktivist_innen und sogenannten Wutbürgern.

Weil der angekündigte Hamburger AfD-Landeskoordinator Phillip Christ nicht gekommen war, musste das übliche Protest-Personal, das seit zwei Jahren landauf, landab Reden bei „Friedenskundgebungen“ und PEGIDA-Spaziergängen hält, das Programm auf dem Lautsprecherwagen bei der Auftakt- und Schlusskundgebung bestreiten.

Schillerndste Rednerin war ohne Zweifel Kathrin Oertel, Ex-Pressesprecherin von PEGIDA und Aktivistin von EnDgAmE (Engagierten Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas). Auffällig auch Curd Schumacher aus Nordrhein-Westfalen.

Curd Schumacher, der mit langem Rauschbart und wallendem Umhang einem Waldschrat ähnlich sieht, ist Anhänger markiger Worte.

Diese markigen Worte, die recht unverblümt wahlweise als verschwörungsideologisch, rechts gerichtet oder antisemitisch verstanden werden können, verbreitet Curd Schumacher seit 2013 mit Vorliebe auch auf seinem Facebook-Profil.

So verlinkte er im Oktober 2013 von seinem Profil aus auf eine antisemitische Webseite und ein Compact-Video, in dem das in verschwörungsideologischen und reichsbürgerlichen Kreisen weit verbreitete Ideologem bedient wird, Deutschland sei nicht souverän.

Zum „Lied der Deutschen“ schrieb Schumacher 2014, dass viele froh wären, „wenn es heute noch in den besungenen Grenzen stünde, denn dann würden sie nicht mehr in Polen, Tschechien und anderen ehemaligen Gebieten des deutschen Reiches, sondern im deutschen Reich leben“.

In gleich mehreren Beiträgen Schumachers findet sich antisemitisches wieder.

Im Januar 2014 postete er: „Ich nenne es [gemeint: die Bundesrepublik Deutschland] daher in Zukunft das Bundesregime [...] Ich spreche von der Diktatur des Kapitals, genauer gesagt, des internationalen anglo-zionistischen Kapitalsystems, [sic.], welches unverblümt als „Wahldemokratie“! getarnt wird.“

Im Post-Holocaust-Antisemitismus wird insbesondere im deutschen Sprachraum darauf verzichtet, die antisemitische Sprache von vor 1945 zu benutzen. Stattdessen nutzt die Szene Chiffren, die von allen verstanden werden. Kritik an Zionisten oder Zionismus ist in diesem Zusammenhang in aller Regel als antisemitisch zu verstehen. Andere beliebte Codes der Szene sind „Neue Weltordnung“ oder die Aufzählung angeblich jüdischer Familienclans in Verbindung mit der Macht der Banken, der Medien oder der Filmindustrie. Genau dort ist Schumachers Formulierung des „internationalen anglo-zionistischen Kapitalsystems“, einzuordnen.

Am 28.03.2015 schrieb Schumacher: „Sowohl die USA und auch Israel können mit Fug und Recht als faschistische Diktaturen angesehen werden, in denen grundlegende Menschenrechte [sic.] offen mit Füßen getreten werden. [...] Ein Land, was sich der Palästinensischen Bevölkerung gegenüber wie die SS zu Hitlers Zeiten verhält, sie in Ghettos zwingt, will mir weismachen, es möchte in Frieden leben!?!“

Gemäß einer 2008 vom Deutschen Bundestag einstimmig empfohlenen Antisemitismus-Definition findet sich in dieser Aussage Schumachers eine unzulässige und somit antisemitische Gleichsetzung zwischen dem Staat Israel und dem nationalsozialistischen Deutschland von 1933 bis 1945 wieder, die die Täter-Opfer-Relationen verkehrt.

Beim Lesen solcher antisemitischer Stereotype und Gleichsetzungen wundert es kaum, dass Curd Schumacher im April 2015 Ahmadinedschad, der den Holocaust des Öfteren schon als Märchen bezeichnete, als klugen Mann beschrieb.

Wie Curd Schumacher im Internet äußerte sich Hendra Kremzow aus München in seiner Ansprache bei der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor antisemitisch.

Kremzow ist Aktivist der Friedensbewegung und Mahnwache München sowie der Friedensfusion, eine von mehreren Nachfolgegruppierungen der Montags- Friedensmahnwachen von Lars Märholz. Kremzow behauptete, „die ganze Riege der Politiker, die wir hier in Deutschland haben, die sind alle vergattert worden, bei den USA, bei den Zionisten. [...] Ich verspreche euch jeder gottverdammte Politiker, jeder Etablierte in Deutschland, ist vergattert worden bei den Amis und bei den Zionisten. [...] Und was die USA und die Zionisten wollen? Sie wollen alle Nationen in Europa innenpolitisch destabilisieren. Die Zionisten, die versuchen unsere Demokratie auszuhebeln. [...] Das Problem mit den Zionisten ist überall.“

Anstelle des von den Nationalsozialisten propagierten ‚jüdischen Finanzkapitals‘, sprach Hendra Kremzow vom ‚angelsächsischen-zionistischen Finanzkapitalismus‘. Eine der führenden Familien dieses Finanzkapitalismus seien die Rothschilds, die mit anderen ‚seit 200 Jahren hier in Europa das Sagen haben‘.

Eine ähnliche Formulierung befand sich anfänglich auf der Homepage des ‚Vaters‘ der montäglichen Friedensmahnwachen, Lars Mährholz, wieder. Mährholz fabulierte 2014, dass die Rothschilds im Besitz fast aller Nationalbanken weltweit wären – incl. der US-amerikanischen Federal Reserve Bank (FED), die er in einem Interview als das Krebsgeschwür des Planeten umschrieb. Diese FED, so Lars Mährholz in einem weiteren Interview, ziehe seit über hundert Jahren die Fäden auf diesem Planeten.

Neben den inhaltlichen und personellen Verbindungen zwischen den Ursprüngen der Montags-Friedensmahnwachen und des rechten Aufmarsches in Berlin am vergangenem Samstag, bilden die auf der Demonstration gespielten Songs des ‚Inforappers‘ Photon einen weiteren Schnittpunkt der nach außen scheinbar gegensätzlichen Bewegungen.

Der Demo-Slogan und das gleichlautende Photon-Lied ‚Wir sind das Volk‘ kann in Verbindung mit der Ablehnung der parlamentarischen Parteiendemokratie als klammerndes Element fast aller neuen Protestebewegungen seit 2014 angesehen werden.

Aber auch das Unwort des vergangenen Jahres ‚Lügenpresse‘ wurde während des Zuges häufig von Demonstrationsteilnehmer_innen gebrüllt.

Quasi als Konsequenz dieser Hassparole, die in unterschiedlicher Bebilderung im nationalsozialistischen ‚Stürmer‘ vorkam, behinderten, bedrohten und beleidigten Protestierende des Aufzugs Journalist_innen bei der Ausübung ihrer grundrechtlich verbrieften Tätigkeit. Mindestens zweimal wurden Teilnehmer handgreiflich gegenüber Kameralenten.

Während die Polizei, die wegen einer unzureichenden Lageeinschätzung im Vorfeld der rechten Demonstration unzureichend vorbereitet war, die Demonstrationsstrecke des rassistischen Aufmarsches mit viel Manpower von Gegendemonstrant_innen räumte, schaute sie tatenlos bei gewalttätigen Übergriffen gegenüber Medienvertretern zu.

Ob dieses zweite Märzwochenende, auch in Zusammenhang mit dem sonntäglichen Wahlerfolg der AfD (Alternative für Deutschland), als negative Top-Ten-Platzierung in die dunkeldeutsche Bilanz eingeht, wird sich erst am Jahresende zeigen.

Der nächste von ‚Wir für Deutschland‘ angekündigte Aufmarsch im Mai, die Landtags-, bzw. Abgeordnetenhauswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie Proteste à la Clausnitz lassen noch einigen Spielraum für eine Platzierung des vergangenen Wochenendes innerhalb einer Bilanz des dunkeldeutschen Jahres 2016.

—
Ergänzend zu diesem Artikel hat das JFDA ein Video auf seinem Youtubekanal veröffentlicht:
<https://www.youtube.com/watch?v=s3TySovxK00>

AfD-Politiker beteiligen sich an Hass-Kampagne gegen Journalisten

3. April 2016

Im Vorfeld des Neonaziaufmarsches am 2. April 2016 in Berlin Marzahn-Hellersdorf wurde ein Fahndungsplakat mit Fotos und Namen vermeintlich ‚linker‘ Journalisten in Sozialen Netzwerken geteilt und mit Morddrohungen kommentiert. Unter den Betroffenen ist ein Journalist des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA). An der Verbreitung des Bildes beteiligten sich AfD-Funktionäre.

Bereits seit Ende 2014 kursiert im Internet ein Fahndungsplakat mit 18 Portraits und Namen von Pressevertretern unter der Überschrift „ACHTUNG Antifa Fotografen“. [1] Nun wurde es um zwei weitere Personen erweitert und erneut am Abend des 30. März anonym auf Twitter veröffentlicht. Weniger als zwei Stunden später veröffentlichte es der BärGida-Aktivist und „Reichsbürger“ Christoph K. als erster an verschiedenen Stellen auf Facebook. Kommentiert wurde sein Beitrag eine halbe Stunde später von Norbert L. mit den Worten „Alle töten!“. Dieser Mordaufruf wurde nach 48 Stunden von Christoph K. weder kommentiert, noch gelöscht. Ein Kommentar mit Adressdaten eines Betroffenen wurden mittlerweile entfernt. Der „Steckbrief“ wurde zu jetzigem Zeitpunkt mehrere hundert Male weiterverbreitet.

Christoph K. wurde im Dezember 2015 wegen eines von ihm veröffentlichten Facebook-Beitrags während einer nicht genehmigten Kundgebung vorübergehend festgenommen. Er drohte darin der Bundeskanzlerin Angela Merkel und rief auf, das Kanzleramt mit Waffengewalt zu stürmen: „Bitte überprüft sorgfältig Eure Sprengstoffquertel. Reinigt Eure Waffen und sorgt bitte für ausreichend Munition. [...] Überprüft auch die Panzerfaeste, damit uns da morgen nix schief laeuft.“ [2] Auch der Berliner AfD-Funktionär Heribert Eisenhardt veröffentlichte K.'s Beitrag auf seinem Facebook-Profil. Eisenhardt ist zurzeit Beisitzer des AfD Kreisverbandes Berlin Lichtenberg. Darüber hinaus tritt er regelmäßig als Redner, Moderator und Pressesprecher bei BärGida-Veranstaltungen auf und hetzt dort gegen Politiker („Der Maas ist hohl. Das Maß ist voll.“) und diffamiert Pressevertreter als „Lügenpresse“. Um weitere Skandale zu verhindern, erwog der Berliner AfD Landesverband Mitte 2015 nach Bekanntwerden seiner politischen Aktivität ein Parteiausschlussverfahren. Da Eisenhardt zusicherte, nicht mehr bei BärGida-Veranstaltungen aufzutreten, wurde von einem Parteiausschluss, laut Angaben der AfD, abgesehen. Jüngst nahm er am 2. April an der von der rechten Initiative „Nein zum Heim“ organisierten Demonstration in Berlin Marzahn-Hellersdorf teil, [3] an der sich zahlreiche NPD-Mitglieder und BärGida-Aktivisten beteiligten.

Wolfgang Rehfeld (AfD Sachsen-Anhalt) teilte auch den Beitrag von Christoph K. auf Facebook. Zuletzt trat er als Direktkandidat zur Landtagswahl an und erreichte in seinem Wahlkreis 25,7 Prozent der Erststimmen. In seinem Facebook-Profilbild steht: „Es gibt einen Plan, eine Verschwörung! Die USA wollen Europa, vornehmlich Deutschland ins Chaos stürzen. Warum? Immer mehr erkennen das Lügenkonstrukt das nach dem Krieg aufgebaut wurde.“

Das Veröffentlichende von Feindeslisten ist in der rechten Szene Berlins nicht neu. Einzelne dieser Fotos und Namen wurden bereits auf der 2011 indizierten Webseite des rechten Netzwerks „Nationaler Widerstand Berlin“, als Teil einer jahrelangen Diffamierungs- und Bedrohungskampagne, veröffentlicht. Der Gewaltaufrufe im Internet folgten in den letzten Jahren mehrfach Anschläge und Übergriffe auf die Betroffenen. Bundesweit werden auf Pegida-Demonstrationen bzw. in Sozialen Medien Parolen wie „Lügenpresse in die Fresse!“ skandiert. [4] Bekannt ist der Begriff „Lügenpresse“ bereits aus der Zeit des Nationalsozialismus und Weimarer Republik. Er wurde u.a. von Joseph Goebbels zu Propagandazwecken für die Diffamierung der ausländischen Presse verwendet („jüdisch marxistische Lügenpresse“). Jüngst wurden erneut Journalisten des JFDA von Teilnehmern einer rechten Demonstration in Berlin körperlich angegriffen. [5]

[1]

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/silvio-meier-demo-und-neonazis-neonazis-veroeffentlichen-steckbrief-mit-fotos-und-namen-von-fotojournalisten/11016716-2.html>

[2] <http://juedisches-forum-demokratie-leben.de/blog/2015/12/07/reichsbuergerfestnahme/>

[3] https://www.youtube.com/watch?v=ysE_ixQwTnw

[4] <http://jfda.de/blog/2015/03/17/lugenpresse-auf-die-fresse/>

[5]

<http://jfda.de/blog/2016/03/16/angriff-auf-journalisten-und-antisemitisches-vokabular-bei-rechtem-aufmarsch/>

Staatsschutz schreitet gegen „Hass-Posts“ im Internet ein

6. April 2016

Wegen Volksverhetzung im Internet durchsucht die Polizei zehn Wohnungen in Berlin. Hintergrund sind Angriffe gegen Flüchtlinge und Juden in sozialen Netzwerken.

Am Mittwoch durchsuchte die Berliner Polizei insgesamt zehn Wohnungen. Grund dafür war der Verdacht auf Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen neun Tatverdächtige. Polizei und Staatsschutz wollen mit dieser Aktion von weiteren Taten dieser Art abschrecken, indem sie deutlich machen, dass das „Internet kein rechtsfreier Raum“ ist.

Einige der zwischen 22 und 58-jährigen Verdächtigen sind der Polizei bereits bekannt. Einer von ihnen ist bereits auf rechtsradikalen Demonstrationen durch das Tragen von Symbolen verbotener Organisationen in Erscheinung getreten. Ein weiterer hatte die Ermittler durch das laute Abspielen rechtsradikaler Musik in seiner Wohnung auf sich aufmerksam gemacht. Die Mehrzahl der Beschuldigten ist jedoch bisher nicht polizeilich erfasst. Die Polizei erklärt dies damit, dass diese Art der Hetze nicht nur von organisierten Neo-Nazis ausgeht. Auch handele es sich dabei um „Hass aus der Mitte der Gesellschaft“. Alle Verdächtigen sollen unabhängig voneinander gehandelt haben. Bei der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um volksverhetzende Angriffe gegen Flüchtlinge. In einem Fall wurde eine syrische Aramäerin persönlich beschimpft. Als vermeintlicher Jüdin wurde ihr gesagt „nach Auschwitz“ zu gehen.

Im Laufe der Durchsuchungen im Zusammenhang mit diesen Taten wurden bei einigen Verdächtigen Waffen wie Messer, Schreckschusspistolen und Elektroschocker sichergestellt.

„Hier fliegen gleich die Löcher aus dem Käse...“

15. April 2016

Gedanken zum nachbarschaftlichen Aktionismus im Björnsonweg.

Von Melanie Hermann

Die Elbvororte gehören zu den noblen Vorzeigestadtteilen Hamburgs, die sich sowohl durch ihre malerische Lage als auch durch ihre wunderschöne Architektur auszeichnen. Blankenese ist, spätestens seit seiner musikalischen Verarbeitung durch Gottlieb Wendehals, der wohl bekannteste Stadtteil an der Elbe.

Seit dem 05. April ist das Hamburger Viertel der Besserverdienenden zum überregionalen Gesprächsthema avanciert. Grund für die mediale Aufmerksamkeit, war der zivile Ungehorsam einiger Anwohner_innen. Im Björnsonweg, einem Teil Blankeneses, der in den letzten Jahren zunehmend mit hochkarätigen Immobilien bestückt worden ist, soll eine Lichtung gerodet und mit Pavillons für insgesamt 200 geflüchtete Menschen versehen werden. Dieser Plan erregte den Unmut

einiger Blankeneser_innen so sehr, dass sie ihre PKW als Schutzwall vor die zu fällende Baumgruppe positionierten. Schon einen Tag zuvor war die zuständige Biologin tatkräftig am Markieren der 42 betroffenen Bäume gehindert worden, indem ihr die benötigte Sprühdose entrissen wurde, um anschließend wahllos 200 Bäume fälschlich zu kennzeichnen.

Der durch beide Aktionen verursachte Aufschub des Rodungsvorhabens, in Kombination mit dem Eilantrag eines Bewohners beim Verwaltungsgericht, erwirkte letztendlich einen vorläufigen Baustopp, gegen den die Stadt derzeit mit einer Beschwerde gerichtlich vorgeht.

Als eine der ersten kritischen Stimmen diesbezüglich trat die Interventionistische Linke (IL) mit ihrem „Blankenese Chainsaw Massacre“ auf den Plan. Wenn auch die Idee, die Rodung der Bäume unkonventionell zu gestalten, durchaus hätte effektiv sein können – stattgefunden hat sie ja schließlich aus Sicherheitsgründen nur symbolisch – driften ihre Kritik ins Ressentiment. Denn das Problem, das sich aus dem Engagement der „besorgten Bürger_innen“ ergibt, wird von der IL auf eine vulgärmarxistische Kritik an „Pfeffersäcken“, „Schampusgesellschaft“ und „Reichen“ wie „Schönen“ reduziert.

Ebenso vorbei an einer fundierten Analyse der Verhältnisse diskutiert Klaus Schürman, der Herausgeber des Blankeneser Magazins „Hamburger Klönschnack“ die Situation in einem Interview mit Focus online vom 11. April. Dort kritisiert er das Verhalten seiner Nachbar_innen als „peinlich“, um insbesondere zu betonen, dass Blankenese nicht „das kleine Sachsen von Hamburg“ sei, sondern weltoffen und tolerant. Vor allem fremdenfeindlich sei Blankenese mitnichten, in solcher Abwehr manifestiere sich lediglich die Angst vor dem Fremden.

Dabei hat doch das vergangene Jahr so eindringlich gezeigt, welche unheilvolle Liason zwischen Angst und Feindschaft in Deutschland besteht.

Nun kann zu Recht angemerkt werden, dass keiner der Blockierenden sich in irgendeiner Form fremdenfeindlich bzw. rassistisch geäußert hat. Jedenfalls gibt es diesbezüglich bisher keine Überlieferungen. Um zu erörtern, ob sich in diesem zivilen Ungehorsams nichts desto trotz rassistisches Ressentiment Bahn bricht, ist es schließlich doch nötig, die Klassenfrage zu diskutieren. Es ist eine traurige Tatsache, aber die Verhinderung geplanter Unterkünfte sowie der Angriff auf bereits bewohnte, ist in Deutschland beinahe ein alltägliches Phänomen geworden. Die Argumente, welche diese Proteste umspielen, kommen in unterschiedlicher Couleur daher. Von offensivem Rassismus bis hin zu logistischen oder humanitären Bedenken, findet sich die volle Bandbreite argumentativer Finesse im Diskurs um die Unterbringung Geflüchteter. Bei näherer Betrachtung der jeweiligen Diskutant_innen lassen sich gewisse Muster in der Strategie ihrer Argumentationslinien bzw. in der von ihnen gewählten Form des Protestes erkennen. Dies liegt zum einen an der Position, aus der sie sich zu Wort melden, zum anderen an dem Maß an gesellschaftlicher Selbstreflexion, über das sie verfügen und das wiederum ihre Identitätskonstruktion bestimmt.

Vereinfacht dargestellt heißt das, wenn ich gebildet bin, über einen renommierten Beruf verfüge und gesellschaftliches Ansehen genieße, gehen damit auch subtilere Formen sozialen Kapitals bzw. normativer Ich-Konstruktion einher. Es ist in diesem Fall überaus wahrscheinlich, dass ich gelernt habe, mir gesellschaftlich Gehör zu verschaffen, mir über meine Rechte und die Möglichkeiten, diese durchzusetzen im Klaren bin und über die finanziellen Mittel verfüge, dies auch umzusetzen. Durch dieses gesellschaftliche Standing ist es zudem wahrscheinlich, dass ich mit den humanistisch-bürgerlichen Prinzipien moderner Vergesellschaftung vertraut bin und diese als persönliche Werte internalisiert habe.

Auf rechtspopulistischen Demonstrationen und Kundgebungen des vergangenen Jahres kamen häufig Menschen zu Wort, die zunächst großen Wert darauf legten, dass sie weder Rassisten noch Nazis seien, um sich im selben Atemzug gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ und die

„Überfremdung“ der deutschen Kultur auszusprechen. Denn das Label des Rassisten kommt einem Stigma gleich, mit dem sich in der Regel nur überzeugte Rechtsextremisten schmücken wollen. Dennoch wäre es polemisch und politisch irreführend, zu konstatieren, dass eine Abgrenzung zum Rassismus stets aus opportunen Beweggründen geschieht. Nur so viel kann gesagt werden: Nicht alle Menschen sind, abhängig von ihrem Bildungsgrad, gleich gut dazu in der Lage, Ressentiments in ihrer Rhetorik zu erkennen und zu vermeiden. Ob es sich im jeweiligen Fall um die Vermeidung eines Tabus oder die tatsächliche reflexive Abkehr von Ressentiments handelt, muss jedoch im Kontext diskutiert werden. Es soll lediglich angemerkt werden, dass gesellschaftlich internalisierter Rassismus an der Stelle, an der er sich einer plumpen Performance oder Rhetorik bedient, leicht zu erkennen ist und die Möglichkeit bietet, sich deutlich abzugrenzen. Doch gerade jene Strukturen, Aktionen und Positionen, die diese Klarheit vermeiden, sind ebenfalls Teil des aktuellen Diskurses um Geflüchtete in Deutschland und beeinflussen ihn auf ihre Weise.

Jene Menschen, die in Blankenese ihre Sorge um Bäume, Grünfläche und Infrastruktur zum Ausdruck brachten, verfügten nicht nur über Autos, sondern auch über die Selbstsicherheit, über ihre Siedlung entscheiden zu dürfen, das Know How und ggf. auch Kapital, rechtliche Schritte einzuleiten, und letztlich auch über die Besonnenheit, ihre Sorgen in politisch korrekte Gewänder zu kleiden.

Für 90 Flüchtlinge, so hieß es von Seiten der Anwohner_innen noch im letzten Sommer, sei man bereit „Integrationshilfe“ zu leisten, aber 200 Menschen seien für die ruhige Gegend einfach zu viel. Abgesehen davon, dass es sich hierbei um ein Rechenspiel handelt, das verkennet, mit welchem Unterbringungsschlüssel andere Stadtteile umzugehen haben, die teilweise ohnehin schon dichter besiedelt sind, zeigt sich hier, welches Bild von Geflüchteten in diesem Diskurs kolportiert wird. Es wird das Bild einer friedlichen Straße mit baumbestandener Lichtung gezeichnet, die nun von einer 200-Menschen-starken Meute heimgesucht werden soll, die dort mitnichten einfach wohnen kann, sondern unter hohem Aufwand integriert werden muss.

Früher hat auf derselben Wiese ein Studierendenwohnheim gestanden und bis Ende 2008 Wohnunterkünfte für Geflüchtete. Augenscheinlich ohne größere Beschädigung der Nachbarschaft. Seitdem sind einige neue Häuser im Björnsonweg gebaut worden und dadurch die Nähe zu besagter Lichtung verringert. Sollte es etwa so sein, dass die Solidarität mit Geflüchteten dort aufhört, wo sie dem eigenen Gartenzaun zu nah kommen?

Es scheint, als handle es sich bei der konformistischen Revolte der Anwohner_innen um, zumindest unbewusst, transportierte rassistische Vorbehalte. Ob dieser Anschein der Wahrheit entspricht oder trügt, vermag dieser Artikel nicht zu klären.

Was jedoch konstatiert werden kann, ist, dass in der öffentlichen Debatte die Betroffenen der Aktion völlig in den Hintergrund treten. Menschen, die vor Leid und Elend geflohen sind, von denen viele Traumatisierungen erfahren haben und die Schutz und Hilfe in Deutschland suchen. Selbst wenn die protestierenden Anwohner_innen frei von fremdenfeindlichem Denken sein sollten, so bleibt das Resultat ihrer Haltung doch, diesen Menschen einen Ort verwehrt zu haben, an dem sie sich erholen, an dem sie sich sicher fühlen können. Mehr noch bleibt für jene Menschen die Lehre, die sie aus solcherlei Protestaktionen, ähnlich der unzähligen anderen Akte der Abwehr gegen Geflüchtete, ziehen können, dass ein Großteil der deutschen Gesellschaft bereit ist, sie mit allen Ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fern zu halten, mal juristisch, mal kreativ, mal mit roher Gewalt.

Angezettelt – eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum

22. April 2016

von *Nikoline Hansen*

Pünktlich zu Hitlers Geburtstag öffnete das Deutsche Historische Museum eine Ausstellung für das Publikum, die sich in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin unter dem Titel „Angezettelt“ dem Thema „Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“ widmet. Nicht nur auf ersten Blick ist dieses Thema spannend, weil Aufkleber ohne Rücksichtnahme auf die politische Ausrichtung der Regierung und der Bevölkerung die Gelegenheit geben, politische Meinungen kundzutun, die eben nicht unbedingt Staatsdoktrin sind. Somit spiegeln sich auf diesen Klebezetteln auch Strömungen in der Bevölkerung, die gegebenenfalls mit der offiziellen Politik wenig gemeinsam haben. Dies kann allerdings durchaus anders sein, wie die vielen antisemitischen Aufkleber aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zeigen, von denen man den Eindruck hat, dass sie durchaus eine breite Unterstützung fanden und am Ende durchaus in die offizielle Politik des damaligen nationalsozialistisch regierten deutschen Staates einfließen: etwa in den Aufklebern, die Juden den Aufenthalt in Hotels nicht gestatteten oder die einfach kundtaten, der Ort oder die Gaststätte sei „judenfrei“. Hier entwickelte sich offensichtlich ein Massenphänomen, das schließlich Staatsdoktrin wurde: Der Antisemitismus wurde gesellschaftsfähig und in gewisser Hinsicht sogar staatstragend, da er breite Teile der Bevölkerung eintrug. Das zeigt sich etwa in den Briefaufklebern, deren Zitate ranghafte Namen schmückten: darunter Bismarck, Moltke und Dr. Martin Luther mit dem beispielhaften Ausspruch „Trau keinem Fuchs auf grüner Heide“, trau keinem Jude auf seinen Eid“.

Als „jüdische Gegenwehr“ bezeichnete die Kuratorin der Ausstellung Dr. Isabel Enzenbach die Gründung des „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ zur Abwehr des Antisemitismus und führte in ihrer Eröffnungsansprache aus, dass er bald selber Aufkleber produzierte „obwohl er als Honoratiorenverein galt“. Den Aufkleber „War je irgendwo und irgendwann ein großer Geist Antisemit?“ kommentierte sie mit der Bemerkung, dass er leider so nicht stimme. Nun, zumindest der Aufkleber „Ich bin Jude – Arier betreten mein Geschäft auf eigene Gefahr!“ zeugt von dem Versuch, sich diesen Kampagnen selbstbewusst zu widersetzen. In ihrer Ansprache zog Frau Enzenbach dann einen für mich nicht nachzuvollziehenden Sprung zur rechtspopulistischen Partei pro Deutschland, die sich aktiv gegen Moscheebau engagiert. Diese Brüche finden sich allerdings auch in der Ausstellung wieder. So stehen historische und aktuelle Aufkleber/Zettel in konstruierenden oder wenig erhellenden Zusammenhängen: unter der sehr eingängigen Überschrift „Kreuzzüge mit Klebezetteln“ werden Aufkleber gegen Moscheebau und Islamisierung gezeigt, die laut Ausstellungstext Bezug nehmen auf ein kriegerisches christliches Europa. Dass heute nicht mehr Juden, sondern Muslime die neue Zielgruppe derartiger „Zettelkampagnen“ seien, wird gleich eingangs dadurch verdeutlicht, dass neben dem Abbild einer Illustration einer sogenannten Judensau aus dem 18. Jahrhundert ein 2014 in Berlin gefundener Aufkleber mit einem Schwein und Ferkel, auf dem Allah und Mohammed in arabischen Schriftzeichen stehen, dem Publikum an verhältnismäßig exponierter Stelle gezeigt werden – auch wird zur Illustration hier die Ausnahme gemacht, ein Objekt aus dem 18. Jahrhundert heranzuziehen. Hier wäre es durchaus angebracht gewesen, etwas zum Impact dieser Zeichnung beziehungsweise des Aufklebers zu sagen, auch wäre die Verbreitung einer solch stigmatisierenden Zuschreibung interessant. In solche Details gehen die Ausstellungsmacher leider nicht. So kommt es, dass man sich doch fragt, ob die Ausstellung nicht gezielte Politik betreibt, oder ob es nicht zumindest an einigen Stellen an Differenzierung mangelt. Dieser Eindruck beschleicht einen auch an anderen Stellen, etwa wenn es um Sammelbilder im deutschen Wohnzimmer und den Kolonialismus geht.

Besonders auffällig ist die Einseitigkeit, wenn es um Aufkleber gegen den Staat Israel geht. Hier sticht hervor, dass die häufig anzutreffenden BDS-Aufkleber der Boykottinitiativen gegen Israel oder pro-israelische Aufkleber völlig fehlen – dass es sie gibt, zeigt ein Bild, auf dem ein israelfreundlicher Aufkleber verunstaltet wurde. Der Schwerpunkt liegt hier auf Aufklebern einer antizionistischen „Fränkischen Aktionsfront“. Auch der Aufkleber „Israel war gestern. Lang lebe Palästina“ mit dem Link „widerstand.info“ führt auf eine deutsche rechtsextreme Seite. Palästinensische Aufkleber? Fehlanzeige. Im Zusammenhang mit Israel werden auch die „Freifahrkarten“ nach Jerusalem und Palästina gezeigt und damit verbunden die Parallele zu heutiger NPD-Propaganda „Freiflüge für Asylanten“ gezogen. Über Impact und Verbreitungsradius der gefälschten Fahrscheine mit eindeutiger Intention aus den unterschiedlichen historischen Epochen sowie die politischen und rechtlichen Reaktionen darauf verrät die Ausstellung leider nichts. Hierdurch entsteht der Eindruck einer „Wiederholung der Geschichte“ und einer Relativierung der Vorgänge, die ich für unerträglich halte.

Die Ausstellung lädt ein zum Mitmachen. Das ist soweit erstmal gut. Allerdings sollte man sich fragen, wie das pädagogische Konzept dahinter aussieht. Information? Nur spärlich. Eher Aktionismus. So gestaltet die Klebebande eine Wand – Aufkleber, Stifte und Stempel laden dazu ein, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Am Eröffnungsabend fiel dann einer eifrigen Teilnehmerin der Initiative ein, die Wand mit einem Sticker „Nazis essen Döner heimlich“ zu verzieren. Sinn und Zweck solcher Aufkleber, andere Menschen zu stigmatisieren und zu diffamieren, sind also verstanden. Auch wenn es eine Menge interessante Informationen gibt und die Ausstellung durchaus Perspektiven eröffnet, hätte ihr doch etwas mehr Aufklärung und Sachlichkeit gut getan – einen schlüssigen roten Faden konnte ich nicht finden, wohl aber den Versuch, Geschichte in eine bestimmte Perspektive zu rücken und neu zu schreiben.

Die Ausstellung selbst ist hervorragend gestaltet und die Präsentation der interessanten und auch für sich sehr informativen Zettel alleine einen Besuch wert. Der politische Duktus allerdings zeigt einmal mehr, dass das Zentrum für Antisemitismusforschung sich weit von seinem ursprünglichen Wirkungsbereich entfernt hat und nun eine Politik betreibt, die den europäischen Idealen von Freiheit und Menschenrechten nicht wirklich gerecht wird, sondern die weiter auf Stigmatisierungen setzt. Das ist ausgesprochen bedauerlich.

Die Ausstellung ist vom 20. April bis zum 31. Juli 2016 im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin, zu sehen

Mit Musik Grenzen überwinden

4. Mai 2016

Die Direktorin und Gründerin des Diplomatic Choir of Berlin Barbara Leifer wählt einen anderen Weg um Flüchtlingen zu helfen: Sie veranstaltete ein Gemeinschaftskonzert mit einem aus syrischen Flüchtlingen bestehenden Orchester, dem Syrian Expat Philharmonic Orchestra. Musik ist das bindende Element in dem Projekt und schafft es kulturelle Grenzen zu durchbrechen, Vorurteile abzubauen und Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren.

Anstatt ein weiteres Benefizkonzert für Flüchtlinge zu veranstalten, wählte Barbara Leifer einen anderen Weg. Sie suchte nach talentierten Musikern, die als Flüchtlinge nach Europa kamen, um mit ihnen gemeinsam ein Konzert zu veranstalten. Die Suche erwies sich als relativ schwierig, da die Menschen in den Flüchtlingsunterkünften ganz andere Sorgen hatten und schon froh waren überhaupt ein Bett zum Schlafen zu finden. Durch Zufall hörte Leifer von dem Syrian Expat

Philharmonic Orchestra und besuchte ein Konzert von ihnen in Berlin. Sie war so begeistert von der Musik, dass sie ihnen sofort ein Gemeinschaftskonzert anbot und dafür gewinnen konnte. Das Orchester besteht aus syrischen Flüchtlingen und ist damit einzigartig in Europa. Die Flüchtlinge sind hochtalentierter Musiker, denen es nicht mehr möglich war in ihrer Heimat Musik zu machen. Einige von Ihnen sind über ein Visum für ein Gastspiel nach Europa gekommen und konnten danach nicht mehr in ihre Heimat zurück. Andere haben eine teils jahrelange Flucht hinter sich. Gegründet wurde das Orchester von dem jungen Kontrabassisten Raed Jazbeh, der vor zwei Jahren aus Damaskus nach Deutschland floh. Er nahm von hier aus Kontakt zu anderen syrischen Orchestermusikern auf, die mittlerweile im Exil lebten. Über 30 Musiker konnte er über die Zeit gewinnen.

Das Projekt bietet den syrischen Flüchtlingen nicht nur einen Raum zum Musizieren, sondern integriert diese auch mit ihrer Arbeit in die Gesellschaft. Leifer ist froh einen Beitrag dazu leisten zu können: „Umso mehr Menschen nach Deutschland kommen und sich durch Arbeit integrieren, umso weniger Probleme gibt es. Mit diesem Gemeinschaftskonzert können wir das in einem sehr kleinen Rahmen tun.“

Integration über den Arbeitsmarkt schafft nicht nur den Flüchtlingen die Chance sich nützlich und erwerbstätig einzubringen, sondern auch ihren eigenen Unterhalt zu bestreiten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dabei zeigt sich, dass die Flüchtlinge die nach Deutschland kommen hoch motiviert sind, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, egal ob Handwerker, Akademikerin oder Menschen mit fehlender Schulbildung. In Deutschland wird es Geflüchteten jedoch durch rechtliche Restriktionen hinsichtlich des Arbeitsmarktzuganges erschwert eine Beschäftigung aufzunehmen. Erst langsam zeigt sich ein Wechsel von Beschäftigungsverbot hin zu Beschäftigungserleichterung. Nicht zuletzt, weil die Integration von Flüchtlingen auch einen ökonomischen Vorteil für das Land bietet und es in vielen Wirtschaftsbereichen an nötigen Arbeitskräften fehlt.

Das von Leifer organisierte „Konzert ohne Grenzen“ vermittelt nicht nur ein positives Bild von Flüchtlingen, sondern eröffnet dem Zuschauer auch die Möglichkeit einen anderen Blickwinkel auf Syrien zu erlangen. Jazbeh in einem Interview mit Radio Bremen dazu:

„Wir würden gerne ein schönes Bild von Syrien zeichnen. – Statt all der Blut- und Kriegsbilder, denn alle Medien und das Fernsehen sprechen nur vom Krieg in Syrien.“

Das Besondere an der Zusammenarbeit von dem Diplomatic Choir of Berlin mit dem Syrian Expat Philharmonic Orchestra sind nicht nur die syrischen Flüchtlinge, sondern das Zusammentreffen von Menschen aus verschiedenen Religionen und Kulturen. Den Diplomatic Choir of Berlin beschreibt Leifer als „Melting Pot of people and religion“. Die Sänger_innen kommen unter anderem aus Russland, Libyen, Japan, China, Spanien, England, Amerika und Estland und sind dabei jüdisch, muslimisch oder christlich. Sie selbst ist eine Jüdin aus New York. Auf die Frage, ob das nicht zu Spannungen führen kann, antwortet Leifer, dass es immer Probleme und Spannungen gibt, wenn viele Menschen so nah zusammenarbeiten. Dabei sei jedoch Religion und Herkunft egal. Es gibt auch Menschen, die mögen sich nicht, auch wenn sie die gleiche Religion ausüben.

„Die Musik ist das verbindende und zentrale Element und eine gute Zusammenarbeit ist hier sehr wichtig. Es ist egal wo du herkommst. Es ist nur wichtig, dass du deine Musik gut spielst. Wenn du nicht gut spielen kannst, mag dich keiner“, so Leifer. Auch antisemitische oder rassistische Vorfälle konnte Leifer nicht verzeichnen – Musik sei der einzige Fokus, über Politik wird nicht geredet. Auf dem „Konzert ohne Grenzen“ wurden unter anderem Stücke von Vivaldi, Händel und Mozart mit syrischer Musik kombiniert. Hier wurden neben „Cultural Borders“ auch „Musical Borders“

aufgebrochen, beschreibt Leifer das Konzert. Nach dem erfolgreichen ersten gemeinsamen Konzert im April in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin sollen noch weitere Konzerte folgen. Um allen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen, ist der Eintritt spendenbasiert. Um die syrischen Musiker_innen angemessen zu entlohnen, müssen die finanziellen Mittel erst erworben werden – eine Grundvoraussetzung für Leifer.

Der integrative Umgang mit Flüchtlingen wie Leifer es zeigt, ist ein wichtiger Schritt gegen Rassismus. Ein talentierter syrischer Musiker, der Mozart spielt, räumt mit gängigen Vorurteilen auf und schafft neue Blickwinkel.

Antisemitischer Angriff auf der revolutionären 1. Mai Demo in Berlin

5. Mai 2016

Auf der Revolutionären 1. Mai Demonstration 2016 in Berlin kam es zu einem gewalttätigen antisemitischen Angriff.

Während der sogenannte Internationalistische Block in Höhe Köpenicker Str. 70 an drei am Rand sitzende linke Demonstrant_innen vorbeizog, die ein Israelfähnchen schwenkten und eine Parole gegen Antisemitismus skandierten, scherte zuerst eine Hand voll pro-palästinensische Aktivistinnen aus dem Aufzug aus und griffen die Drei an.

Eine Frau aus dem F.O.R. Palestine (For One state and Return in Palestine) Spektrum versuchte dem Grüppchen das Israelfähnchen zu entreißen. Ein anderer Demonstrant schlug kurz danach mit seiner Palästinaflagge auf die Drei ein.

Im weiteren Verlauf entwickelten sich tumultartige Szenen. Ein Aktivist, der sich 2014 aktiv am antisemitischen Al-Quds Aufmarsch beteiligte, hetzte Teilnehmende des "Internationalistischen Blocks" gegen die pro-israelischen Demonstrant_innen und hinzueilende Unterstützer_innen auf, rief "Verpisst euch, ihr Schweine, ihr Hurensöhne!", übergoss eine Frau mit Coca-Cola und schleuderte die halbgeleerte Flasche in das israel-solidarische Grüppchen.

Beobachtende Journalist_innen wurden während des vierminütigen Tumults ebenfalls verbal und körperlich attackiert. Dabei wurde einer Fotografin eine Wasserflasche an den Kopf geworfen.

Umherstehende Aktivist_innen von F.O.R. Palestine, BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) und linken antiimperialistischen Organisationen skandierten "Free, free Palestine", "Viva, viva Palästina" und "Antideutsche sind keine Linken". Ein Demonstrant rief den pro-israelischen Aktivist_innen "Es lebe die Hamas" und "die Al Qassam Brigaden" entgegen.

Bereits vor dem Angriff wurden der "palästinensische Widerstand" und die "Intifada" in Parolen des "Internationalistischen Blocks" antisemitisch verklärt. Und aus dem Lautsprecherwagen schallte während einer Rede "Zionismus ist Rassismus".

Video: https://www.youtube.com/watch?v=JYv_MFvIMLY

Rechtsextreme marschieren in Berlin

10. Mai 2016

Am Samstag den 7. Mai gab es in Berlin eine Groß-Demo von Rechtsextremen unter dem Motto „Merkel muss weg“. Von den erwarteten 5.000 Rechten sind nur 1.500 Teilnehmer gekommen. Zur Gegendemonstration hingegen erschienen rund 7.000 Teilnehmer und setzten damit ein klares Zeichen gegen Rechts.

Bei gutem Wetter versammelten sich um 13 Uhr 4.500 Gegendemonstranten unter dem Motto „Für ein solidarisches Berlin“ und „Raven gegen Nazis“ am Hackeschen Markt, um teilweise tanzend

Richtung Bundestag zu ziehen. Auch die evangelische Kirche wollte ein Zeichen gegen Rechts setzen und hatte eine eigene Gegendemonstration organisiert, zu der insgesamt 2.500 Teilnehmer aus Kirchen, Parteien und Gewerkschaften kamen und für ein tolerantes und weltoffenes Berlin demonstrierten.

Die Rechten sammelten sich am Nachmittag auf dem Hauptbahnhof und waren deutlich an Deutschland- und Russlandfahnen, aber auch schwarzen Fahnen von rechten Kameradschaften zu erkennen. Die Demonstration wurde von dem Pro Deutschland-Funktionär Enrico Stubbe, angemeldet. Fast die gesamte Bandbreite der rechtsextremen Szene war vertreten – mehrere bekannte Berliner und Brandenburger Neonazis, Mitglieder und Aktivist_innen von der neurechten Identitären Bewegung, Pro Deutschland, BÄRGIDA, PEGIDA, NPD, Dritter Weg, HOGESA, Freie Kräfte/Kameradschaften, Reichsbürger und rechte „Bürgerbewegungen“ aus verschiedenen Bundesländern. Auch der AfD-Bezirkspolitiker Heribert Eisenhardt aus Berlin-Lichtenberg, der immer wieder an rechtsextremen Veranstaltungen teilnimmt, war anwesend. AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch hatte im Vorfeld auf der Auftaktkundgebung betont der Protest richte sich gegen die Regierung und nicht gegen die Flüchtlinge.

Auf der Auftaktkundgebung bezeichnete der deutsch-italienische „Wanderprediger“ Eric Graziani Grünwald die Bundeskanzlerin Merkel als „die größte Volksverräterin der Geschichte“ und die Regierung als „kranke BRD-Diktatur“. Natürlich durfte auch die Hetze gegen Migranten und Flüchtlingen nicht fehlen: Grünwald will „Deutschland bewahren vor dieser gewollten Invasion“, und plädiert für ein „souveränes Deutschland, ohne Islam und Unterdrückung“ und weiter geht es mit antisemitischen Vokabular in dem er sich ein Deutschland „ohne Banden-Lobbyisten mit ihren Rothschilds und Soros-Clan-Familien, die in der Führungsebene sitzen und Europa in ein Chaos der Verwüstung und Bürgerkriege stürzen.“ Die Menge rief immer wieder „Abschieben, Abschieben, Abschieben“, „wir sind das Volk“ und „Merkel muss weg“. NPDler und Bärgida-Aktivisten aus Reinickendorf skandierten „Lügenpresse auf die Fresse“. Claudia Bötte von Pro Deutschland Wuppertal, die sich selbst als Mutter von „zwei blonden Kindern“ vorstellte, warnte vor der „unkontrollierten Massenzuwanderung von jungen Männern“ und stimmte dem Zuruf „Kastration“ als Lösung zu.

Es fehlte auch nicht an Angriffen auf Journalisten und Politiker: Der Abgeordnete der Partei DIE LINKE Hakan wurde auf einem Supermarktgelände von Hooligans in den Bauch geschlagen, die ihn anscheinend erkannten und einschüchtern wollten. Zudem wurde am Rande der Demonstration ein filmender Journalist vom Jüdischen Forum angegriffen. 1.700 Polizisten waren unterwegs um die beiden Demonstrationen voneinander zu trennen und setzten dabei auch Pfefferspray ein. Einige Gegendemonstranten wurden vorübergehend festgenommen.

Trotz einigen Turbulenzen haben Tausende Menschen sowie Gewerkschaften, Politiker und Kirchen deutlich gezeigt, dass Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus keine Chance hat und Flüchtlinge willkommen sind: „Flüchtlinge sind uns willkommen, das soll heute hier klarwerden! Christen, Juden und Muslime können in Frieden miteinander leben, das sagen wir in aller Klarheit. Und Rassisten, Mächtigenneonazis und Fundamentalisten werden wir nicht das Feld der öffentlichen Meinung überlassen,“ so die Theologin Margot Käßmann bei der Abschlusskundgebung auf dem Gendarmmarkt. Der regierende Bürgermeister Michael Müller bedankte sich laut dpa bei allen Teilnehmer_innen, die friedlich gegen den Aufmarsch der Rechtsradikalen protestierten: „Viele Menschen wollten dem rechten Mob und den Spaltern der Stadt in keinem Fall die Straße überlassen“.

Video: https://www.youtube.com/watch?v=zvAdL_wr5mc

AfD macht antimuslimische Ressentiments zum Programm – Ein Beitrag zur Einordnung der Debatte

12. Mai 2016

Forderungen der AfD nach gesetzlichen Einschränkungen islamischer Glaubenspraxis treffen auf einstimmige Zurückweisung. Ein Vergleich der Partei mit dem Nationalsozialismus ist jedoch sachlich falsch.

Mit einem Interview der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 17. April drängten die führenden Politiker der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland und Beatrix von Storch, zuletzt in die öffentliche Aufmerksamkeit. Ihre offenbar auf die Provokation eines Ekklats ausgelegte These: „Der Islam ist an sich eine politische Ideologie, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.“ Deutschland, so Gauland, sei „ein christlich-laizistisches Land“, in dem der Islam nur „ein Fremdkörper“ sein kann. Dazu erläutert von Storch: „Viele Muslime gehören zu Deutschland, aber der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Ihre Partei fordere deshalb „ein Verbot von Minaretten, von Muezzins und für ein Verbot der Vollverschleierung“.

Seit dem Bundesparteitag der AfD Anfang Mai steht nun fest: Der antiislamische Kurs der Partei wird eigenständiges Thema in ihrem Grundsatzprogramm. Unter dem Titel „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ fordert die Partei weitgehende Einschränkungen für die Ausübung der islamischen Religionspraxis. Wie der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, bemerkte, habe die Partei damit den Boden des Grundgesetzes verlassen.

Bereits die Stellungnahmen der AfD-Politiker Gauland und von Storch Mitte April trafen auf weitgehende Ablehnung der etablierten Parteien. Pressesprecher der Bundesregierung Steffen Seibert verwies sowohl auf die grundgesetzlich garantierte Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung, sowie auf Bundeskanzlerin Angela Merkels Ansicht, „dass der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört“. Andere Unionspolitiker äußerten sich ebenfalls ablehnend, wenn auch offenbar etwas unkoordiniert. Während der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung, von den AfD-Thesen auf einen Extremismus schloss, dass seinerseits „mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist“, bemerkte Partei-Vize Julia Klöckner gegenüber Gauland und von Storch, dass über Verfassungswidrigkeit „unabhängige Gerichte“ entschieden.

SPD-Fachfrau Kerstin Giese setzte den AfDlern entgegen, dass „weit mehr als 90 Prozent der hier lebenden Muslime (...) einen Islam“ praktizierten, „der sich ans Grundgesetz hält“. Der Sprecher des europäischen Parlaments, Martin Schulz, erklärte: „Die Einlassungen der AfD zum Thema Islam sind abstoßend. Eine ganze Religionsgemeinschaft unter Generalverdacht zu stellen, ist unanständig. [...] Damit ist sie keine Alternative sondern eine Schande für Deutschland.“ Christine Buchholz von der Fraktion Die LINKE kommentierte, dass die AfD durch diese Äußerungen „mitverantwortlich für die steigende Zahl an islamfeindlichen Übergriffen und Anschlägen auf Flüchtlingsheime“ sei. Dass es der AfD dabei weniger auf eine aufklärerische Kritik, als auf die Mobilisierung fremdenfeindlicher Strömungen ankommt, zeigt sich bereits durch die dualistische Gegenüberstellung eines vermeintlichen Islam „an sich“ mit einer Vorstellung des deutschen Staates, der tatsächlich nie „laizistisch“ war. Gleichzeitig reicht jedoch die einhellige Absage an die Forderungen der AfD nicht hin, wenn darüber hinaus reale Probleme im Verhältnis von Islam und Demokratie aus dem Blickfeld geraten. Nur indem diese Probleme klar benannt werden, kann rechtspopulistischen Gruppierungen effektiv das Mobilisierungspotential entzogen werden.

Islamische Verbände sehen historische Parallelen

Im Bewusstsein sich der Zustimmung aller maßgeblichen Akteure der bundesdeutschen Politik versichern zu können, schoss Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, mit seiner Schelte des AfD-Programms offenbar über das Ziel hinaus. Über die Rechtspopulisten urteilt er: „Es ist das erste Mal seit Hitler-Deutschland, dass es eine Partei gibt, die erneut eine ganze Religionsgemeinschaft diskreditiert und sie existenziell bedroht.“

Wie K. Hillenbrand in der Berliner taz kommentierte, würdigt die Gleichsetzung der Situation von Muslimen in Deutschland heute mit der der durch die Nationalsozialisten ermordeten Juden deren Leiden herab: „Der schäbige Subtext lautet: Wenn es mit den Juden damals so zugeht wie heute mit den Muslimen, dann kann es ja alles nicht schlimm gewesen sein.“

Gleichzeitig schwingt in diesem Vergleich ebenfalls mit: So wie die europäischen Juden im Dritten Reich vollkommen unschuldig verfolgt und ermordet wurde, steht der Islam im heutigen Europa zu Unrecht im Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung. In den Worten des Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in Deutschland, Ali Ertan Toprak: „Solche Vergleiche machen einen konstruktiven Diskurs über den Islam in Deutschland unmöglich. Und das stärkt erst recht Populisten und Extremisten auf beiden Seiten.“

Tatsächlich gibt es sachhaltige Gründe, weshalb das Verhältnis europäischer Muslime und der nicht-muslimischen Mehrheit keineswegs unproblematisch ist: Zum einen stellt in sicherheitspolitischer Hinsicht die Bedrohung durch den von einer Minderheit unterstützten islamistischen Terrorismus die aktuell größte Gefahr für Muslime und nicht-Muslime sowohl im Nahen Osten, wie auch in Europa dar. Zum anderen herrscht auch in Teilen der muslimischen Gemeinden und Verbände, die mehrheitlich nicht im politischen Sinne extremistisch sind, keine Klarheit über das Verhältnis von religiöser und rechtsstaatlicher Ordnung. Der Handlungsbedarf wird hier durch den Zuzug großer Gruppen arabisch-muslimischer Flüchtlinge, in deren Horizont die Frage nach diesem Verhältnis zuvor oft nicht einmal aufgetaucht ist, umso größer.

Das JFDA bemerkte in diesem Zusammenhang bereits: „Die aktuelle Situation bringt sicherlich Schwierigkeiten mit sich. Einerseits kommt es wiederholt zu rechtspopulistischen Kundgebungen und sogar zu rassistischen Übergriffen vonseiten der deutschen Bevölkerung, denen konsequent begegnet werden muss. Andererseits stellt die Flüchtlingsaufnahme tatsächlich eine politische und gesellschaftliche Herausforderung dar.“

Grundlegende Forderung an jeden in der Bundesrepublik lebenden Menschen ist es, das Gewaltmonopol des Staates und dessen freiheitlich-demokratische Grundordnung anzuerkennen. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Antisemitismus und Hass gegen den jüdischen Staat keinerlei Duldung findet.

Politische Implikationen im Islam sind nicht unproblematisch

Problematisch erscheint vor allem, dass Aufgaben der Integration muslimisch-arabischer Flüchtlinge von der Politik an Gemeinden und Verbände delegiert werden, deren eigenes Verhältnis zur Rechtsordnung der Bundesrepublik keineswegs eindeutig ist. In der sogenannten Islamischen Charta des Zentralrats der Muslime, der nicht repräsentativ für sämtliche Muslime in Deutschland spricht, sich selbst und seine Mitgliedsverbände jedoch als Vertreter eines gemäßigten Mainstream-Islam präsentiert, heißt es etwa: „Der Islam ist Glaube, Ethik, soziale Ordnung und Lebensweise zugleich“. Gleichzeitig müssten Muslime in Europa die jeweils lokale Rechtsordnung „grundsätzlich“ anerkennen. Auf die Konsequenzen dieser unvermittelt nebeneinanderstehenden Bekenntnisse wird jedoch mit keinem Wort eingegangen. Diese Ambivalenz in Fragen konfligierender Ordnungsvorstellungen charakterisiert dabei das Dokument in seiner Gesamtheit, wie der Islamwissenschaftler Rainer Brunner für die Bundeszentrale für politische

Bildung herausarbeitet.

Mehr noch: Vor dem Hintergrund, dass die Verfasser der Charta sich zum Koran als „unverfälschte[m] Wort Gottes“ und „Grundlage [...] des islamischen Rechts und der islamischen Lebensweise“ bekennen, wird jede Aussage über Vereinbarkeit religiöser und säkularer Rechtsordnung von vornherein von einem Standpunkt aus getroffen, der die islamischen Offenbarungsschriften zum einzigen Maßstab macht. Gerade dieser Standpunkt ist jedoch, so Islam- und Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, das maßgeblich Hindernis für notwendige Reformen innerhalb des Islams: „Das Problem ist nicht, was im Koran steht, sondern der Stellenwert des Koran, dass der Koran das direkte Wort Gottes ist und ein Manifest Gottes ist.“

Die Rolle antisemitischer Vorurteile in islamischen Gemeinschaften

Zwar kritisiert Josef Schuster zurecht die Verlogenheit der Aussage der AfD-Politikerin von Storch, dass antisemitische Straftaten in erster Linie von Muslimen ausgehen, während die AfD selbst wiederholt durch antisemitische Äußerungen ihrer Mitglieder aufgefallen ist. Die Mehrzahl antisemitischer Straftaten geht nach wie vor von Neonazis und anderen Rechtsextremisten aus. Tatsächlich nehmen jedoch Angriffe gegen Juden bei denen der oder die Täter einem muslimischen Hintergrund zugerechnet werden, sowohl in den behördlichen Statistiken, als auch in der Wahrnehmung der Betroffenen zu – schon bevor im Jahr 2015 die größte Anzahl syrischer und irakischer Flüchtlinge in Deutschland eintraf.

Das JFDA warnte in diesem Zusammenhang bereits vor den gefährlichen Wechselwirkungen, die möglicherweise zustande kommen, wenn antisemitische Vorstellungen, auch bezüglich der israelischen Rolle im Nahost-Konflikt, den gemeinsamen Nenner muslimischer Einwanderer und derjenigen Muslime bilden, auf die sie hier treffen:

„In arabischen Ländern [wird der Antisemitismus] jedoch offener ausgelebt und von staatlicher Seite propagiert. Schulbücher, Zeitungen, Fernsehen und Internet dienen dabei als Medium. (...) Wie leicht ein solch rabiater Antisemitismus auch in der deutschen Gesellschaft abrufbar ist, zeigte sich bereits im Sommer 2014, als auf den Straßen Sprechchöre wie ‚Juden ins Gas‘ oder ‚Kindermörder Israel‘ erklangen.“

Ein Vorfall auf der Demonstration zum 1. Mai in Berlin macht dieses Problem erneut deutlich: Personen, die am Rande des Zuges die Flagge des Staates Israel schwenkten, wurden von Demonstranten aus dem Umfeld pro-palästinensischer Gruppierungen beschimpft und körperlich angegriffen. [1]

Antisemitismus ist darüber hinaus nicht nur eine unter vielen alltäglichen Einstellungen, die in arabischen Staaten und unter den aus diesen ausgewanderten Muslimen in Europa verbreitet sind. Der Hass auf Juden und den Staat Israel ist außerdem zentraler Kristallisationspunkt des islamistischen Terrorismus, sowohl historisch als auch theoretisch, innerislamische Antagonismen zwischen Sunniten und Schiiten übergreifend. In der vom JFDA herausgegebenen Studie „Terroranschläge in Paris gegen Juden und ›Kreuzfahrer‹. Der antisemitische Dschihad als ›Holy World War‹“ macht der Terrorismusexperte Berndt Georg Thamm nachdrücklich auf diesen Umstand aufmerksam. Der islamistische Terrorismus bedroht die westlichen Länder und ihre Bevölkerung im Allgemeinen. Jedoch war der jüdische Staat Israel stets das erste Ziel der im Sinne dieser Ideologie verübten Gewalt. Ebenso deutlich ist erkennbar, dass Juden und jüdische Einrichtungen unter den bevorzugten Angriffszielen radikaler Islamisten in Ländern auf der ganzen Welt weit oben rangieren.

Gegen die „Extremisten auf beiden Seiten“

Die dargestellten Probleme anzuerkennen ist dabei kein Gebot der Billigkeit gegenüber AfD, PEGIDA und Co. Wie der Sozialwissenschaftler Wolfgang Kraushaar in seiner Analyse des „rechtspopulistischen Ethnozentrismus“ anmerkt:

„Vernachlässigung, absichtliche Ignorierung, gezielte Dethematisierung und eine mitunter tiefsitzende Tabuisierung solcher Topoi stellen wichtige Faktoren für die Möglichkeit dar, einen populistischen Konstitutionsprozess in Gang zu bringen. Es bedarf solcher durch Auslassungen geschaffener Gelegenheiten, um das Potential, die offenbar nie ausgehenden populistischen Ressourcen, aktivieren zu können.“

Dass es sich bei volksverhetzenden Ausfällen gegen muslimische Zuwanderer um einen Ausdruck „berechtigter Sorgen“ handelt – wie auch einzelne Vertreter etablierter Parteien zuweilen andeuten –, muss klar verneint werden. Auch wird der harte Kern der Rassisten sich von seinen Ressentiments weder durch Gesprächsangebote, noch durch Verurteilungen abbringen lassen. Es muss diesen jedoch das Mobilisierungspotential dadurch entzogen werden, dass die Problematiken im Bereich der Integration und der Inneren Sicherheit klar benannt werden und sichtbare Konsequenzen gezogen werden. Auf diese Weise würde den „Populisten und Extremisten auf beiden Seiten“, das heißt sowohl den Rassisten, als auch den religiösen Fundamentalisten wirksam begegnet werden. Sollte es jedoch nicht gelingen die rechtspopulistische Besetzung dieser Themen zu verhindern, so Kraushaar weiter, müsse damit gerechnet werden, dass sich im Zwielficht von Populismus und Ausländerfeindlichkeit ein „ethnozentrisches System“ bildet, das kurzfristig mindestens den militanten Elementen als Ermächtigung zu Gewalttaten gegen Asylbewerber und andere Einwanderer erscheint. Langfristig wäre nicht abzusehen, ob es rechtspopulistischen oder -extremen Gruppierungen unter diesen Umständen nicht gelingen könnte, sich in den bundesrepublikanischen Institutionen zu etablieren.

[1] https://www.youtube.com/watch?v=JYv_MFvIMLY

Kaffeekränzchen mit Pegida

18. Mai 2016

Am Mittwochabend haben rund 30 Pogida-Anhänger in Potsdam demonstriert – zum mittlerweile 11. Mal seit Beginn des Jahres. Ihnen haben sich mit drei Kundgebungen mehrere hundert Menschen entgegenstellt.

Am heutigen Mittwoch lud Pogida nach mehrwöchiger Pause zu ihrem 11. „Abendspaziergang gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ein. Am Potsdamer Hauptbahnhof sammelten sich gegen 18.30 Uhr ungefähr 20 Pogida-Demonstranten mit Deutschland und Russlandfahnen. Weitaus weniger als die 150 Teilnehmer_innen, die der Anmelder und Versammlungsleiter Holger Schmidt erwartete.

Da noch nicht so viele Teilnehmer eingetroffen waren, wurde auf Vorschlag von dem Pegida Anwalt Jens Lorek erstmal eine Runde Kaffee bestellt, in der Hoffnung durch die Verzögerung, die Rede von Eric Graziani Grünwald vor größerem Publikum zu beginnen.

Während die Anzahl der Pogida-Demonstranten sehr überschaubar blieb, gab es über 300 Gegendemonstranten. Das Toleranzbündnis „Potsdam bekennt Farbe“ unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) rief zu einem friedlichen Protest auf und betonte, dass Potsdam eine offene und tolerante Stadt sei. Richtung Pogida gewandt sagte Jakobs „Wir sind zehnmal mehr als die paar Hanseln“. Neben den Gegendemonstranten und den gezählten 19

Pogida-Teilnehmer_innen gesellten sich noch 600 Polizisten aus Berlin und Brandenburg dazu. Trotz der wenigen Teilnehmer_innen begann Graziani seine Rede über Merkel und den Einfluss der „Rothschilds- und die Sorousclan-Familien“. Schon auf der 7. Mai Demonstration „Merkel muss weg“ hielt er eine Rede zu dem Thema. Zudem behauptete er linke Parteien seien „viel gefährlicher als der Nationalsozialismus während des Dritten Reiches“.

Mit einiger Verzögerung ging der „Abendspaziergang“ mit mittlerweile rund 30 Personen Richtung Zentrum Ost los. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, indem ein Pogida-Redner eine Demonstrantin laut PNN mit „zieh doch eine Burka an oder geh nach Afrika“ beschimpfte. Die Polizei schirmte Gegendemonstranten ansonsten weitestgehend ab. An einer Baustelle musste sie dabei mehr als 70 Gegendemonstranten zurückdrängen. Polizeisprecher Heiko Schmidt zieht jedoch ein entspanntes Fazit: es sei größtenteils ruhig geblieben. Bei einem Tumult auf dem abgesperrten Gelände kam es zu Rängeleien. Die Demonstranten kletterten unberechtigt über Zäune und warfen offenbar mit herumliegenden Bauteilen.

Auf der Abschlusskundgebung am Hauptbahnhof gab es einen Redebeitrag von dem bekannten Neonazi Alexander Kurth aus Leipzig. Als ehemaliger NPD-Kader gehört er zu den führenden Neonazis in Leipzig und Umgebung und saß wegen diverser Gewaltdelikte im Gefängnis. Auf der Kundgebung forderte er dazu auf, die Politikerin Claudia Roth in die Türkei abzuschicken. Slogans wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ und „Wir sind das Volk“ heizten dabei die Stimmung auf. Zum Abschluss lobte Ordner Lorek noch die 30 Teilnehmer_innen mit Sätzen wie „Ihr seid die Elite“ und „artikulierte Sätze sind nur von hier gekommen, nicht von der Gegenseite“. Bevor sich die Demonstration auflöste, wurde „Deutschland Deutschland über alles“ angestimmt und bot damit der Samba-Musik der Gegendemonstration nur wenig akustische Konkurrenz. Bei der Abreise wurden die Pogida-Demonstranten im Hauptbahnhof mit „Nazis raus“ begleitet.

Pogida geht erst seit Mitte Januar diesen Jahres auf die Straße. Trotzdem nahm die Teilnehmer_innen-Anzahl stetig ab – bei der letzten Kundgebung am 7. April fanden sich immerhin noch 60 Teilnehmer_innen ein. Ein Zeichen dafür, dass Pogida keinen Raum in Potsdam findet.

Abwärtstrend: AfD-Kundgebungen im Brandenburgischen kommen die Teilnehmer abhanden

24. Mai 2016

AfD-Bundesvorstand Alexander Gauland kommt nach Neuruppin. Für erfolgreiche Mobilisierung im brandenburgischen Kreisverband Ostprignitz-Ruppin sorgen anscheinend andere.

Unter dem Titel „Kundgebung gegen das Politikversagen“ veranstaltete der AfD- Kreisverband Ostprignitz-Ruppin am 23. Mai ihre bereits vierte Veranstaltung dieser Art auf dem Neuruppiner Schulplatz. Als Redner waren neben dem Vorsitzenden des Kreisverbands Ostprignitz-Ruppin, Michael Nehls, der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag und Bundesvorstand, Alexander Gauland, sowie sein Fraktions-Vize, Andreas Kalbitz, vertreten. Demgegenüber mobilisierte das Bündnis „Für Toleranz und Demokratie“ unter dem Motto „Unsere Alternative zu Gauland: Neuruppin bleibt bunt!“ die ebenfalls vierte Demonstration gegen die Kundgebung der AfD. Dem Bündnis gelang es über 100 Einwohner Neuruppins zum Protest gegen die Kundgebung der AfD zu mobilisieren, die ihrerseits lediglich 90 Personen anziehen konnte.

Die Veranstaltung

Als Hauptredner wiederholte Alexander Gauland seine bereits Mitte April in einem Interview der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung aufgestellten These, dass die „islamische Religion (...)“

nicht mit dem Grundgesetz vereinbar“ sei. Die fortschreitende Islamisierung der Bundesrepublik sei jedoch mittlerweile daran zu erkennen, dass beispielsweise in einigen Schulen kein Schweinefleisch mehr auf dem Speiseplan stehe. Besorgt gab er zu bedenken, dass aufgrund diesen Trends bald auch christliche Feiertage wie Ostern und Weihnachten abgeschafft werden könnten.

Bereits zum wiederholten Male nahm auch Gaulands Vize der Landtagsfraktion, Andreas Kalbitz, teil. Offensiver als Gauland, wettete Kalbitz hinsichtlich der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gegen den „hirnlosen Willkommens-Fetischismus“. Unter den Gegendemonstranten machte er offenbar „Horden rotlackierter Linksfaschisten“ aus. Michael Nehls vom Kreisverband Ostprignitz-Ruppin lancierte Gerüchte darüber, dass muslimische Flüchtlinge in aktuellen Asylverfahren angeblich gegenüber christlichen bevorzugt behandelt würden. Außerdem kam er auf den Fall des in Bad Godesberg getöteten Niklas P. zu sprechen, den Medienberichten zufolge Mitte Mai bereits etwa 50 Rechtsextreme ebenda zum Anlass einer Demonstration gegen „Ausländerkriminalität“ nahmen. In Anlehnung daran bezeichnete Nehls Tatverdächtige als „Gesocks“. Im Gegensatz zur Selbstwahrnehmung einiger AfD-Funktionäre – zumeist aus den Westländern – als Vertreter eines wirtschaftsliberalen Kurses, machte Nehls Anleihen am völkischen Antikapitalismus – „Feinde“ seien die „Weltkonzerne“.

Der Hintergrund

Kalbitz, der zuvor der rechten Kleinpartei „Die Republikaner“ angehörte, ist nach Informationen des rbb ebenfalls Mitglied in dem von Altnazis gegründeten Verein „Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit“ e. V., dessen erklärtes Ziel die „Sicherung eines wahren deutschen Geschichtsbildes“ sei, „insbesondere [bezüglich der] Zeit vor 1945“. Der Verein steht außerdem in Verbindung mit der ebenfalls von ehemaligen NSDAP- und SS-Mitgliedern gegründeten „Gesellschaft für freie Publizistik“, der nach Angaben des Verfassungsschutzes größten rechtsextremen „Kulturvereinigung“ der Bundesrepublik.

Neben Dauergast Kalbitz, deutet auch die Zusammensetzung der Teilnehmer darauf hin, dass die AfD zumindest in Teilen Brandenburg auf einen klaren Rechtsaußenkurs setzt. Auf Presseanfragen, wie die AfD Ostprignitz-Ruppin dazu stehe, dass ihre Kundgebungen auch von Mitgliedern der rechtsextremen NPD besucht würden, reagierte der Kreisverband bereits Ende März. Mit Hinweis auf das Diskriminierungsverbot im Artikel 3 des Grundgesetzes erklärte er, dass Mitglieder und Funktionäre der NPD ausdrücklich nicht von der Teilnahme ausgeschlossen würden. Dies sei nicht nur die einzige verfassungskonforme Verfahrensweise, sondern gerade der Beleg dafür, dass der AfD gegenüber erhobene Vorwürfe des Rechtsextremismus haltlos seien.

Dies scheint sich auch in der Entwicklung der Teilnehmerzahlen auszudrücken. Diese waren seit Beginn des Jahres 2016 bereits rückläufig. Zuletzt zog jedoch der Auftritt des thüringischen Landeschefs der AfD und Vertreter des rechten Parteiflügels, Björn Höcke, im April erneut etwa 150 Zuschauer an. Dass nun mit dem prominenten Bundesvorstand Gauland lediglich 90 Teilnehmer mobilisiert wurden, könnte als Hinweis darauf interpretiert werden, dass selbst dessen Kurs weiten Teilen der Sympathisanten des KV Ostprignitz-Ruppin nicht rigoros genug ist. Beobachter des JFDA konnten dementsprechend im Umfeld der aktuellen Veranstaltung lediglich einige Personen aus dem Spektrum der rechtsextremen „Freien Kräfte Neuruppin“, sowie den Organisator des „Bürgerbündnis Havelland“, Christian Kaiser aus Rathenow (Foto links), ausmachen.

Angesichts dieser Entwicklung war der Vorsitzende des Kreisverbands Ostprignitz-Ruppin, Michael Nehls, vermutlich erleichtert die Sommerpause verkünden zu können: Erst im Herbst dieses Jahres wird die AfD wieder nach Neuruppin kommen.

Gauland und Höcke in Elsterwerda gegen „Kanzler-Diktatur“

3. Juni 2016

Unter dem Motto „Demonstration für unsere Heimat“ veranstaltete der AfD Kreisverband Elbe-Elster am 2. Juni eine Kundgebung mit anschließendem Aufzug durch Elsterwerda. Als Hauptredner traten der stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Alexander Gauland, der Landesvorsitzende der AfD Thüringen Björn Höcke, sowie der stellvertretende Landesvorsitzender der AfD Brandenburg Andreas Kalbitz auf. Einleitende Worte sprachen der Vorsitzende des Kreisverbandes Volker Nothing und der Stadtverordnete Andreas Franke.

Der 2013 gegründete AfD-Kreisverband Elbe-Elster hatte bereits am 3. März zu einer Demonstration unter dem Motto „Asylchaos stoppen, Familien stärken, Demokratie verteidigen“ in Elsterwerda aufgerufen, an der ca. 400 Menschen teilnahmen. Im Gegensatz zur letzten Veranstaltung, wurde keine Gegenveranstaltung angemeldet. Trotz AfD-Prominenz erschienen nur 300 Teilnehmende – z. T. angereist aus Sachsen – um den Hauptredner Höcke zu hören.

„Für den Asylorkan bluten wir“ behauptete dieser im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die er als „Kanzler-Diktatorin“ diffamierte. Laut Höcke würde „unser Volk ausgenommen [...] wie eine Weihnachtsgans“. Er forderte eine „neue vaterlandsliebende Elite“ und ein „Heimatrecht in der Mitte Europas“.

Offensiver trat an diesem Tag Gauland auf. Dieser rechtfertigte erneut seine Äußerungen im Zusammenhang mit dem Fußballspieler Jérôme Boateng und verwies dabei auf „die vornehmen Viertel“ in Hamburg („Die wollen alle keine Flüchtlinge“). Im April dieses Jahres hatten Anwohnende des Björnsonweges in Hamburg Blankenese versucht den geplanten Bau einer Unterkunft für Geflüchtete zu verhindern. [1]

Während seiner Rede wiederholte er mehrfach die Parole „Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land“. Dieser Slogan ist im gleichen Wortlaut von der NPD bekannt und wird vom Verfassungsschutz Bayern als „typisches Redemuster der rechtsextremistischen Szene“ bezeichnet. Laut Gauland gebe es Menschen, die nicht integrierbar seien, da diese „nicht in diese Gesellschaft und in diese Kultur passen“. Er habe „Zweifel bei Menschen“, „die nun mal die Kaaba umrunden“. Man müsse anerkennen, dass „die deutsche Leitkultur, die entscheidende in diesem Lande ist und alles andere sich unterzuordnen hat“.

Er sehe darüber hinaus einen „Versuch das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommenen Bevölkerung“.

Als letzter Redner griff auch Kalbitz eine rechte Parole auf: „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“. Mit diesem Slogan sorgte die rechtsextreme Kleinpartei „Der III. Weg“ zuletzt für Schlagzeilen, da diese Droh-Postkarten an Flüchtlingsinitiativen und Politiker versandte.

[2] Kalbitz war nach Informationen des rbb ebenfalls Mitglied in dem von Altnazis gegründeten Verein „Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit“ e. V., dessen erklärtes Ziel die „Sicherung eines wahren deutschen Geschichtsbildes“ sei, „insbesondere [bezüglich der] Zeit vor 1945“. Der Verein steht außerdem in Verbindung mit der ebenfalls von ehemaligen NSDAP- und SS-Mitgliedern gegründeten „Gesellschaft für freie Publizistik“, der nach Angaben des Verfassungsschutzes größten rechtsextremen „Kulturvereinigung“ der Bundesrepublik.

Christoph Berndt, Vorsitzender des Vereins „Zukunft Heimat“, griff am Rande der Kundgebung das Flüchtlingsthema mit dem Schild mit der Aufschrift „Massenzuwanderung ist auch Völkermord“ auf. Der Verein führt seit Oktober 2015 Demonstrationen in Südbrandenburg gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung durch, an der u. a. Kalbitz als Redner auftrat und ehemalige Mitglieder der verbotenen extrem rechten Gruppierung „Spreelichter“ teilnahmen. Der Verfassungsschutz vermutet

eine „Beteiligung von ehemaligen Mitgliedern“ eben dieser Gruppe an der „Produktion oder Verbreitung von Mobilisierungsvideos“ des Vereins.

Am 4. Juni werden Gauland, Höcke und Kalbitz neben Jörg Meuthen, André Poggenburg und Thomas Tillschneider auf dem rechtsaußen Treffen der AfD-internen Gruppe „Der Flügel“ am Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen als Redner erwartet.

[1] <http://jfdade.de/blog/2016/04/15/hier-fliegen-gleich-die-locher-aus-dem-kase/>

[2] <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/04/der-dritte-weg-schickt-hetz-postkarten.html>

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=D2OU3xCB2UY>

Judenhass als Quellentext

15. Juni 2016

Nach den intensiven Debatten über das Ende des Urheberrechtes Adolf Hitlers für „Mein Kampf“ um die Jahreswende, in denen Vor- und Nachteile hypothetisch abgewogen wurden, besteht nun der konkrete Verdacht rechtsextremer Vereinahmung. Der vorbestrafte Neonazi Adrian Preißinger vertreibt über den Verlag „Der Schelm“ nicht nur in Kürze „Mein Kampf“, sondern bereits seit zwei Jahren eine Fülle an antisemitischen Propagandaschriften aus der Zeit des Nationalsozialismus als „Quellentexte“.

Ein Artikel von Markus Weiss

Das Jahr 2016 bezeichnet das Ende der 70-jährigen Urheberschaft Adolf Hitlers für sein bekanntestes Werk (das JFDA e.V. berichtete). [1] Seit Januar darf „Mein Kampf“ folglich neu aufgelegt werden. Dies sorgte schon Monate zuvor für hitzige Debatten, in denen Für und Wider, Gefahr und Möglichkeit der Neuauflage dieser Bekenntnisschrift zum eliminatorischen Antisemitismus diskutiert wurde. Letztlich wurde darauf verwiesen, dass „Mein Kampf“ auf den Index für „jugendgefährdende Schriften“ gesetzt werde, nicht in den öffentlichen Handel fließen würde und vor allem in kommentierter Form zu Zwecken der politischen Aufklärungsarbeit dienen solle.

Ein halbes Jahr später melden sich neuerlich Zweifel ob der politischen Tragweite dieser Entscheidung. Eine Frage, die sich in Bezug auf den rechtsextremen Verlag „Der Schelm“ und seinen Verleger Adrian Preißinger geradezu aufdrängt und die nun juristisch geklärt werden muss. Seit mindestens zwei Jahren vertreibt der bereits wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi und ehemalige Mitarbeiter der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ Adrian Preißinger, im Verlag „Der Schelm“, antisemitische Hetzschriften als Faksimiles (Nachdrucke der Originalausgaben). Darunter befinden sich u.a. Henry Fords „Der internationale Jude“, Josef Goebbels „Das Buch Isidor“ sowie Bücher des führenden NSDAP-Ideologen Alfred Rosenberg. Jede einzelne dieser Schriften, hat ihren ideologischen Beitrag dazu geleistet, den Weg zur Shoah, also zum Millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden, zu ebnen.

Vor strafrechtlichen Problemen bei der Publikation dieser menschenverachtenden Literatur schützt sich der Verleger, indem er sie als „wissenschaftliche Quelltexte zur kritischen Begutachtung“ deklariert.

Denn Bücher sind dann vom §86 StGB – Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen – ausgenommen, wenn „das Propagandamittel [...] der staatsbürgerlichen

Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.“ Diese Ausnahme gilt auch für den §130, den Tatbestand der Volksverhetzung. Dass diese „Quellentexte“ überwiegend antisemitische NS-Literatur darstellen, scheint bislang kein juristisches Problem dargestellt zu haben.

Für Aufmerksamkeit gesorgt hat nun der für Ende Juli 2016 geplante, unveränderte Nachdruck von Hitlers „Mein Kampf“ in der Ausgabe von 1943, erschienen im NSDAP-Verlag. Einzig ein kurzes Vor- und Schlusswort sollen dem Nachdruck hinzugefügt werden. Das zweiseitige Vorwort steuert nach Angaben des Schelm-Verlags der ebenfalls einschlägig vorbestrafte, rechtsextreme Holocaust-Leugner und Gründer des australischen Adelaide-Instituts Fredrick Toben bei. Sein Institut wurde vor allem durch die Ausrichtung eines Kongresses international bekannt, bei dem die „weltweit erste Holocaustleugner-Riege auftrat“. Toben ist dementsprechend mit anderen Neonazis und Holocaustleugnern international gut vernetzt und ein gern gesehener Gast im Iran, wo er 2006 an der sogenannten Holocaust-Konferenz teilnahm.

Sowohl die Website des Instituts als auch Tobens private Webpräsenz sind eine Propagandaplattform nicht nur für die Leugnung der Shoah, sondern ebenso für Antiisraelismus, brachialen Antisemitismus und wüste Verschwörungstheorien (vgl. Wolfgang Benz (Hg): Handbuch des Antisemitismus, Band 5, S. 5).

Der wissenschaftliche Gehalt und Mehrwert einer Neuauflage muss daher grundsätzlich stark bezweifelt werden. Wer am Original interessiert ist, wird in Antiquariaten, (Uni-)Bibliotheken oder mit etwas Mühe im Internet fündig werden. Bereits mit wenigen Klicks ist eine digitalisierte Version von „Mein Kampf“ aufzustoßern. Eine mit ausführlichen Anmerkungen ergänzte wissenschaftliche Ausgabe ist zudem ebenfalls vor kurzem erschienen (das JFDA e.V. berichtete).

Man kann daher nur hoffen, dass die Strafverfolgungsbehörden zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen, wie der Online-Bezahldienst paypal. Dieser hat wegen des offensichtlich neonazistischen Verlagscharakters die Geschäftsbeziehungen mit dem Schelm-Verlag beendet.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen des Nachdrucks von „Mein Kampf“. Es bleibt allerdings ein Skandal, dass Preißinger seit Monaten unbehelligt weitere antisemitische Hetzschriften unter einem wissenschaftlichen Deckmantel vertreiben kann. Wenn diese Strategie Erfolg hat, wäre das ein fatales Zeichen. Denn die ns-verherrlichende Ausrichtung des Verlags ist offensichtlich. Allein der Domain-Name „Volkstod“ lässt aufhorchen. Dieser Begriff, der sich bei alten wie neuen Nazis großer Beliebtheit erfreut, warnt vor dem „Aussterben der deutschen Rasse“, für das vor allem Homosexuelle, Migrant*innen und Juden*Jüdinnen zur Verantwortung gezogen werden. Diese gefährdeten, der völkisch-rassistischen, wahnhaften Logik zufolge, den gesunden Fortbestand des „Deutschen Volkes“ wahlweise durch mangelnde Fortpflanzung, durch die sogenannte „Rassenschande“ oder als „innere Zersetzer“ – eine Zuschreibung, die dem Stereotyp „des Juden“ vorbehalten ist. Einige rechtsextreme/neonazistische Gruppen sowie die NPD initiierten dementsprechend in den vergangenen Jahren rassistische Kampagnen unter diesem Schlagwort. Der eindeutigste Hinweis auf die nazistische Ausrichtung des Schelm-Verlages ist jedoch das eingangs erwähnte Sortiment an NS-Literatur und antisemitischer Propaganda-Schriften, die ohne kritische Kontextualisierung, dafür jedoch mit aktuellen Kommentaren von Holocaustleugnern und ähnlicher Klientel, vertrieben werden.

Dass die Veröffentlichung und Verbreitung dieser Literatur durch den Schelm-Verlag einem wissenschaftlichen oder aufklärerischen Zweck dient, daran lassen auch Äußerungen Preißingers Zweifel aufkommen. So fabuliert er auf der Website des Verlages in einer Korrespondenz mit einem BILD-Redakteur von der „Juden-Lobby“ und stellt fest: „Die Oberjiddn schmeißen das Stöckchen – Journaillisten, Politiker, das Bayerische Justizministerium und die Generalstaatsanwaltschaft von

Bamberg (Oberfranken) apportieren brav...“

Die von ihm kolportierte Wahnvorstellung einer jüdisch gesteuerten Medienlandschaft bezeichnet einen integralen Bestandteil antisemitischer Weltanschauung und verweist auf den Mythos der „jüdischen Weltverschwörung“, den schon die Nationalsozialisten als Triebfeder ihres mörderischen Handelns benannten.

Dass Preißings ausgeprägte Begeisterung für die völkische Ideologie des Nationalsozialismus zu rechtlichen Konsequenzen führen kann, zeigt ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 1992.

Damals wurde Preißinger vom Landgericht Dresden wegen Volksverhetzung, der Verwendung von NS-Symbolen und Gewaltverherrlichung zu einer Geldstrafe sowie drei Jahren Haft verurteilt.

Ausschlaggebend dafür waren mehrere Tausend von ihm produzierte CDs von Neonazi-Bands, die teilweise verboten waren.

Preißingers Vorliebe für den Vertrieb (neo)nazistischer Inhalte hat das offensichtlich keinen Abbruch getan – versehen mit einem weiß-roten Streifen auf dem Cover, auf dem sie als „Wissenschaftlicher Quellentext“ ausgewiesen werden. Ob das vor einer neuen Verurteilung schützt, werden die Gerichte entscheiden.

Dass Preißinger ansonsten bisher ohne rechtliche Konsequenzen antisemitische Propagandaschriften verbreiten konnte, ist eine Farce.

Sollten die Gerichte nun entscheiden, dass ein bekennender, wegen Volksverhetzung verurteilter Neonazi, rechtmäßig „Mein Kampf“ vertreiben und damit das ideologische Erbe der Nationalsozialisten für seine eigene, menschenverachtende, antisemitische Propaganda nutzbar machen darf, käme dies einer politischen Katastrophe noch ungeahnten Ausmaßes gleich.

[1] <http://jfda.de/blog/2016/01/07/mein-kampf/>

Anti-Bilderberg-Protest: Eine antisemitische und rassistische Querfront gegen die „Elite“

15. Juni 2016

Die 64. „Bilderberg-Konferenz“ lockte vom 9. bis zum 12. Juni eine Querfront aus neuen rechten Bewegungen, linken Gruppierungen und Weltverschwörungstheoretikern zum Gegenprotest nach Dresden.

Die von der Öffentlichkeit abgeschottete Konferenz löst seit nunmehr 60 Jahren viel Argwohn bei diversen Gruppierungen aus. Die Vorstellung von der kleinen, übermächtigen Elite, die hinter verschlossenen Türen die Weltherrschaft aushandelt, bezeichnet nicht nur ein klassisches antisemitisches Konstrukt, sondern spiegelt auch die Vorstellung diverser Personen und Gruppierungen wieder, die sich zu den Protesten gegen die Bilderberg-Konferenz in Dresden eingefunden haben. Von Rechtspopulist_innen über Friedensbewegte, Reichsbürger_innen, antiimperialistische Linke bis hin zur rechtsextremen Szene finden sich die verschiedensten Protagonist_innen ein.

Im Vorfeld verurteilte Axel Troost, Bundestagsabgeordneter und Sprecher für Finanzen der Partei DIE LINKE die Bilderberg-Konferenz als „informelles Netzwerk der Elite“ bei dem „ohnehin Privilegierte ihren Einfluss vergrößern“. Doch nicht nur auf der linken Seite wurde Kritik an der Konferenz geäußert: In der rechten Zeitschrift „Compact“ wurde zur „Querfront gegen Bilderberger in Dresden“ aufgerufen, denn „wer Mächtige unbeaufsichtigt lässt, darf sich nicht wundern, wenn dort die eigene Versklavung beschlossen wird“.

Im Sinne der Querfront, hatten zahlreiche Initiativen im Vorfeld Protest gegen das Treffen angekündigt. Mit dabei waren u. a. die Alternative für Deutschland (AfD), die

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Initiative “LOVEstorm people”, die antifaschistische Aktion “Die Rote Fahne”, die Dresdner “Mahnwache für den Frieden”, PEGIDA und die sich selbst als solche bezeichnenden “Reichsbürger”. Die Polizei war mit bis zu 400 Beamten im Einsatz.

Schon seit 1954 tagt die Konferenz jährlich, benannt nach dem niederländischen „Hotel de Bilderberg“, in welchem das erste Treffen stattfand. Dieses Jahr fand diese in Dresdens nobelstem Hotel, dem Taschenbergpalais, mit 126 Teilnehmenden aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien statt. Unter ihnen befand sich der niederländische König Willem-Alexander, der frühere Außenminister der Vereinigten Staaten Henry Kissinger und Google-Vorstandsvorsitzender Eric Schmidt. Angela Merkel war dieses Jahr nicht dabei – dafür kamen drei deutsche Minister: Finanzminister Wolfgang Schäuble, Innenminister Thomas de Maizière und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.

Die informelle Zusammenkunft wird privat veranstaltet, ohne politische Entscheidungsbefugnisse. „Es ist eine informelle Gruppe, die über verschiedene Themen spricht und die Diskussion hinter verschlossenen Türen führt, um die Diskussion zu erleichtern“, sagte der Vorsitzende des Lenkungsausschusses und Chef des Axa-Versicherungskonzern Henri de Castries.

NPD will “Bilderberger Macht brechen”

Am Donnerstag, dem ersten Tag der Proteste gegen die Bilderberg-Konferenz, rief die NPD zu einer Kundgebung unter dem Motto „Volksherrschaft durchsetzen – Bilderberger-Macht brechen – Heimlichtuerei beenden“ auf. Auf der knapp einstündigen Kundgebung sprachen der Bundesvorsitzende Frank Franz, der Berliner Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke, Jens Baur sowie der Abgeordnete und Chefredakteur der rechtsextremen Zeitschrift „Hier & Jetzt“ Arne Schimmer vor rund 80 Teilnehmenden.

Einleitend kritisierte Baur, dass eine “ganz kleine Gruppe mein[e], undemokratisch Weltregierung spielen zu können”. Laut Schimmer, seien “Nationalisten [...] das letzte Bollwerk gegen diese internationalen Macht-Eliten”. Indirekt bezog sich Schmidtke positiv auf den Nationalsozialismus, indem er sagte, dass “es seit über 70 Jahren eine Unsitte” sei, “dass das Volk der Wirtschaft dient”. Schuld sei die “fehlende Souveränität des deutschen Volkes.” Frank kritisierte, dass Pressevertreter vom “Bilderberg-Treffen” ausgeschlossen werden würden, sagte jedoch wenig später, dass “die wahren Massenvernichtungswaffen” in den “Gebäuden, wie denen des Axel-Springer-Verlages, in den Medienhäusern dieser Welt”, sitzen und die “Völker im Kopf kaputt machen” würden. Zum Ende rief die NPD dazu auf, sich an den anderen Protesten gegen das “Bilderberg-Treffen” zu beteiligen, “egal, wer diese angemeldet hat”.

Es zeigte sich, dass die NPD auch in Sachsen, trotz ranghoher Funktionäre, kaum Anhänger zu einer Kundgebung in die Landeshauptstadt mobilisieren kann. Es gab jedoch auch keine Proteste gegen die NPD.

„Reichsbürger“ bieten Sammelbecken für Verschwörungstheoretiker

An allen vier Tagen boten die so genannten Reichsbürger einen Infostand unter der Fahne der rechtsextremen “Europäischen Aktion” auf dem Postplatz an. Unter anderem wurde dem Holocaustleugner Burghard Bangert erlaubt eine Rede zu halten. Bangert vertreibt antisemitische Schriften wie “NWO – NO. Die offensichtlichen Lügen der Juden”, die er auch am Stand verteilte. Die “Reichsbürger” verteilten zudem Schriften der Holocaustleugner Ursula Haverbeck, Horst Mahler und Rigolf Hennig sowie Flyer der “Europäischen Aktion” (EA). In einem Flyer der EA

heißt es: „Es geht um die Vernichtung der Völker, voran des Deutschen, weil diese den Zionisten auf dem Weg zur Weltherrschaft im Wege stehen.“ Laut Polizeiangaben laufen Ermittlungen gegen einen 65-jährigen Reichsbürger, da der Verdacht bestände, dass dieser während seines Redebeitrages auf dem Postplatz den Holocaust leugnete.

Die „Reichsbürger“ bilden ein Sammelbecken für Verschwörungstheoretiker, Antisemiten und völkische Ideologen. Sie berufen sich auf das Deutsche Reich und leugnen die Existenz der Bundesrepublik. Somit seien auch das Grundgesetz, bundesdeutsche Gesetze, Bescheide und Gerichtsurteile nichtig. Staatsangehöriger des Deutschen Reiches kann ihnen zufolge nur werden, wer die „richtige Blutabstammung“ hat.

AfD trifft in Dresden auf „Reichsbürger“ und Holocaustleugner

Mit Musik von Xavier Naidoo leitete die AfD ihre Kundgebung am Samstag ein. Der Leipziger AfD-Kreisvorsitzende Siegbert Droese bezeichnete die Bilderberg-Teilnehmer_innen als „zweifelhafte Elite“, die dafür sorgen, „dass unser Planet immer zentraler gelenkt wird“. Der sächsische Landtagsabgeordnete der AfD Jörg Urban sprach sich gegen den Glauben an eine „geheime Weltregierung“ aus, konstatierte jedoch „das Treffen der Bilderberger steht symbolhaft für eine Politik von europäischen und amerikanischen Eliten aus Banken, Konzernen, die ihre Puppen aus dem Puppentheater der Medienvertreter und der Politik tanzen lassen.“ Ein weiterer Abgeordnete, Detlev Spangenberg, hetzte gegen „kriminelle Ausländer“, sah aber „Angriffe auf Asylbewerberheime und Flüchtlinge“ als „absolut falschen Ansatz“, da dies nur dem „politischen Gegner“ nütze. Schließlich warb ein AfD'ler für PEGIDA und forderte die Dresdner auf, mutig zu sein und jeden Montag auf die Straße zu gehen, um gegen „das System“ zu kämpfen.

Schon am Tag zuvor hielten AfD- und Pegida-Aktivist_innen fast zeitgleich eine „spontane“ Protestaktion auf dem Theaterplatz ab. Da die Proteste nicht angemeldet waren, nahm die Polizei die Personalien der AfDler_innen auf und untersagte ihnen das Zeigen ihrer beiden Transparente. Auch die PEGIDA-Anhänger_innen mussten kurz darauf ihre Manifestation abbrechen.

Als die offizielle Kundgebung der AfD beendet war, zogen einige Aktivist_innen mit einem langen Transparent Richtung Hotel der Bilderberg-Konferenz los. Der Zug musste auf Weisung der Polizei gegenüber dem Stand der „Reichsbürger“ inne halten. Diese Gelegenheit nutzte der einschlägig verurteilte Antisemite und Holocaustleugner Gerhard Ittner zur Begrüßung der AfDler und verbreitete seine kruden Thesen über die nicht vorhandene „deutsche Souveränität“ und seine rassistische Weltsicht. Die AfD-Aktivist_innen hörten Ittner aufmerksam zu.

Querfront-Demo

Eine weitere Demo am Samstag setzte sich aus einem Potpourri aus u. a. organisierten Neonazis, Freien Kameradschaftler_innen und Aktivist_innen von der so genannten Mahnwachen für den Frieden zusammen. Zeitweilig mit dabei waren aus Berlin angereiste „Bärgida“-Aktivist_innen und die ehemalige Pegida-Pressesprecherin Kathrin Oertel samt Familie. Der AfD'ler Roland Ulbrich und Anne Zimmermann, Mitbegründerin der „Initiative Heimatschutz Meißen“, hielten bei der Demo ein Transparent der „Patriotischen Plattform“, in welcher sich „nationalliberale“ AfD-Mitglieder organisieren. Hendra Kemzow von der Montagsmahnwache München fabulierte in seiner Rede über „Geo-Engineering“ und „Chemtrails“, einer weit verbreiteten Verschwörungstheorie über Wettermanipulation bzw. Vergiftung der Bevölkerung, sowie über die Familie Rothschild, die den IWF (Internationaler Währungsfond) beraten würde. Er kritisierte das „Finanzsystem“ sowie die „privaten Familien, denen die Federal Reserve Bank gehören und die ihre Macht und ihren Einfluss“ ausüben würden. Unterstützt wurde er von dem ehemaligen „Blood & Honour“-Kader Sven Liebich,

der behauptete, dass “alles was als Verschwörungstheorie galt, [...] sich in der Vergangenheit als richtig erwiesen” habe.

Schweinefleisch gegen Islam-Stand

Zu einem antimuslimischen Zwischenfall kam es am Samstag auf dem Gomondaipplatz: Nach Polizeiberichten wurden die Betreiber eines Islam-Infostandes von einer Gruppe aus circa 15 Personen beleidigt und mit Schweinefleisch beworfen. Dabei schlug eine Frau einen 18-Jährigen am Infostand ins Gesicht. Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung und Beleidigung wurden eingeleitet. Auch Tatjana Festerling und Edwin Wangensveld von “Pegida Nederland” waren mit einem Transparent „Festung Europa“, in direkter Nähe zu Infostand und Angriff und veröffentlichten selbst Fotos darüber. Sie wurden nach eigenen Angaben kurzzeitig festgenommen. “Festung Europas” spielt auf eine Politik der Abschottung, insbesondere bei der Asyl- und Migrationspolitik an. Für viele rechte Gruppierungen ist die “Festung Europas” ein wichtiges Ziel, um Flüchtlinge abzuweisen.

Ein Herz aus Menschen – “LOVEstorm people”

Am Sonntag wollte die Initiative „LOVEstorm people“, die sich unter anderem „Für ein Rothschild-freies Deutschland!“ einsetzten, mit buntem Spektakel unter dem Motto „Bilder gegen Bilderberger“, ein Herz aus über 12.000 Menschen formieren und sich damit einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde sichern. Im Ankündigungstext auf der Website heißt es, dass sie “friedlich und künstlerisch gegen eine geplante NWO – Neue Weltordnung, in der alles kontrolliert und gleichgeschaltet werden soll” protestieren. Mitmachen bei der Aktion konnte jeder, eine Abgrenzung nach Rechts gab es nicht. Die Organisatorin Anja Heussmann tauchte auch an den Tagen zuvor bei “spontanen” Pegida-Aktionen auf. Der Versuch ein Herz aus 12.000 Menschen zu stellen, scheiterte jedoch und es kamen nur etwa 180 Menschen zusammen.

Angriff auf Journalist_innen

Den Vorwurf der medialen Intransparenz gegen die Bilderberg-Konferenz konterkarierten die Veranstalter und Teilnehmende des Gegenprotests mit aggressiven Verhalten gegen Journalist_innen, die sie als ihnen nicht wohlgesonnen ausmachten. Nachdem der Musiker von DIE BANDBREITE Marcel Wojnarowicz entdeckte, dass Journalisten vor Ort waren, die in der Vergangenheit vermeintlich kritisch über ihn berichteten, rief er die anwesenden Kundgebungsteilnehmer dazu auf, Porträtaufnahmen von den Medienvertretern anzufertigen, um diese bei Facebook zu veröffentlichen. Nach dem nächsten Song umringten auf Zuruf von Wojnarowicz etliche Aktivist_innen die Journalist_innen und fertigten offensichtlich Porträtaufnahmen an. Diese bedrohliche Situation bekam die anwesende Bereitschaftspolizei mit, schritt jedoch nicht unmittelbar ein.

Proteste gegen Anti-Bilderberg-Demo

Obwohl verschiedenste offen antisemitisch und rassistische Gruppierungen zusammen protestierten, gab es während der vier Tage in Dresden lediglich einen organisierten Gegenprotest: Nur circa 30 Teilnehmer_innen demonstrierten am Samstag unter dem Motto “Gegen jeden Antisemitismus” von der Neustadt zum Neumarkt.

Auch wenn die Aktivitäten rund um das Bilderberger-Treffen wesentlich kleiner ausgefallen sind, als

die Antagonist_innen der Konferenz angekündigt hatten, lässt sich eine besorgniserregende Entwicklung erkennen. Unter dem Schlagwort der Querfront, das bis vor wenigen Jahren zu den politischen Auslaufmodellen zu zählen schien, feiert hier der öffentliche Schulterchluss zwischen unterschiedlichsten politischen Strömungen und Akteur_innen seine Renaissance. In Anbetracht des gemeinsamen „Feindes“ kommen von organisierten Neonazis über Shoaleugner_innen, Weltverschwörungstheoretiker_innen, „Reichsbürger“, Anti-Imperialist_innen, Rechtspopulist_innen, Friedensbewegte und viele weitere Antisemit_innen und Rassist_innen auf einen Nenner. Das neue an dieser Form der Querfront ist jedoch nicht nur die große ideologische Schnittmenge ihrer Protagonist_innen, sondern vielmehr die Abwesenheit vormaliger Hemmungen, solche Koalitionen einzugehen. Eine Weltsicht, die sich immerzu selbst darin bestätigt, dass „die Bösen“ immer „die Anderen“ sind arbeitet nicht nur losgelöst von einer rational-empirischen Herangehensweise an gesellschaftliche Probleme, sondern auch mit jedem zusammen, der bereit ist, sich diesem Wahn zu ergeben.

Fotoimpressionen: <https://www.facebook.com/juedischesforum/posts/1238972136142764>

Youtube-Video: https://www.youtube.com/watch?v=c6OQ_WIGGXs

Aufmarsch der völkisch-nationalistischen "Identitären Bewegung" (IB) in Berlin

21. Juni 2016

Am vergangenen Freitag (17.6.2016) fand in Berlin der erste größere Aufmarsch der "Identitären Bewegung" (IB) statt, an dem sich rund 120 Aktivist_innen aus Berlin und Brandenburg sowie anderen Bundesländern und Österreich beteiligten.

Nach kurzem Auftakt am Bahnhof Friedrichstraße bewegte sich der Aufzug über von der Polizei hermetisch abgeriegelte Straßen zum Finanzministerium an der Wilhelmstraße, wo der Umzug wegen einer Sitzblockade von Gegendemonstrant_innen am Leipziger Platz vorzeitig beendet werden musste.

Die ursprünglich in Frankreich als neurechte Gruppierung entstandene "Identitäre Bewegung" vertritt ein ethnopluralistisch-kulturrassistisches Gesellschaftskonzept. Experten ordnen die IB als eine Spielart des Rechtsextremismus ein.

Auch wenn sich die IB durch ihr Auftreten einen seriösen Anstrich zu verleihen versucht, ist dennoch die Nähe zu anderen rechten Parteien und Organisationen offensichtlich. Nicht wenige Aktivist_innen bei der Berliner Demonstration waren früher bei der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) aktiv.

Daniel Fiß beispielsweise, der in Berlin als Redner auftrat, betätigte sich vormals in der Neonazi-Kameradschaft "Nationale Sozialisten Rostock" (NSR) und bei den "Junge Nationaldemokraten" (JN).

Die Alternative für Deutschland (AfD) bzw. ihre Jugendorganisation "Junge Alternative" war mit mehreren Personen bei diesem rechten Aufmarsch vertreten. So liefen der stellvertretende JA-Vorsitzende und AfD-Kandidat für die kommende Berlin-Wahl Joel Bußmann sowie sein Vorstandskollege The-Hao Ha bei der Demonstration mit. Extra aus Göttingen war der JA-Vorsitzende im Bezirk Braunschweig, Lars Steinke, und aus Brandenburg der ehemalige JA-Landeschef Jean-Pascal Hohm angereist. Von der "Patriotischen Plattform" ließ sich wie bereits beim rechten Protest am 9. Mai 2016 das AfD-Mitglied Johannes Sondermann blicken.

Neben Daniel Fiß aus Rostock hielten Karsten Verber aus Berlin, Martin Sellner von der "Identitären Bewegung Österreich" sowie Nils Altmieks, Vorsitzender der "Identitären Bewegung Deutschland",

kurze Ansprachen. Fiß sprach in seiner Rede von einer angeblichen "natürlichen Liebe" zum Land, zur Heimat sowie zur Tradition und ermahnte die Teilnehmenden zum aktiven Widerstand für diese Werte.

Mehrfach unterbrochen vom "Ahu-Ahu" Schlachtruf aus dem Film "300", in dem minutenlang erschlagen, aufgespießt, Köpfe abgetrennt und Augen ausgestochen werden, zog Martin Sellner zum Ende des Aufmarsches eine positive Bilanz. Man habe, so Sellner in pathetischen Worten, das Banner des Lambdas als Zeichen und Signalfeuer in Berlin aufgepflanzt.

Gemessen an dem, was sich die „Identitäre Bewegung“ bei diesem großen Auftakt eines „Sommers des Widerstands“ versprochen hatte - 400 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet waren angekündigt - war das, was in Berlin am vergangenen Freitag zusammen kam, eher die Entzündung eines Teelichts, statt eines Signalfeuers.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=pY3lM47s7B8>

Wir hätten es besser wissen können...

6. Juli 2016

*Ein sicherheitspolitisches Essay zur langjährigen Entwicklung terroristischer Bedrohungen
von Berndt Georg Thamm*

Prolog

Im Nahen Osten hat ein nun schon ein halbes Jahrzehnt währender Vielfrontenkrieg zur größten humanitären Katastrophe in der jüngeren Geschichte dieser Region geführt, zu der auch der wohl größte Flüchtlingsexodus seit dem Zweiten Weltkrieg gehört. Zu den Kombattanten dieses Krieges zählen diverse Kämpfer des islamistischen Terrorismus, insbesondere Jihadisten der al-Qaida in Syrien (al Nusra) und des Islamischen Staates (IS). Erst Anfang des Jahres warnte der Bundesnachrichtendienst (BND) eindringlich vor dieser „großen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus“. Die Lage sei, so die Analyse des Dienstes, „für die westliche Staatengemeinschaft heute ungleich gefährlicher“ als 2001, dem Jahr der 9/11- Terroranschläge der al-Qaida in den USA. Die „Zone der Instabilität“, so der BND, sei vom Hindukusch in die unmittelbare Nachbarschaft Europas vorgerückt. Nun, diese Art der Bedrohlichkeit kommt nicht überraschend, hat sie sich doch über Jahrzehnte zu dieser globalen Gefahr entwickeln können.

„Krieg der Kulturen“ am Hindukusch – Finaler Schauplatz des Kalten Krieges

Der Grundstein für diese Entwicklung wurde am vorgenannten, fernen Hindukusch zur Endzeit einer bipolaren Weltordnung des letzten Jahrhunderts gelegt. Im 20. Jahrhundert hatte nach dem Zweiten Weltkrieg (1939 – 1945) ein „Kalter Krieg“ (1946 – 1989) die Welt in zwei Lager gespalten. Die beiden feindlichen Blöcke dieses Ost- West-Konflikts führte ihren Cold War unter gegenseitiger Nuklearbedrohung global. Vorwiegend außerhalb der nördlichen Hemisphäre führten sie „Stellvertreterkriege“, insgesamt mehr als 150 „heiße“ Kriege. Der letzte dieser heißen Kriege im Kalten Krieg wurden am Hindukusch geführt. Für die Sowjetunion, die hier in Afghanistan erstmals in den Konflikt eines blockfreien Landes mit islamischer Bevölkerung eingriff, wurde der fast zehnjährige Einsatz (1979 – 1989) zur größten militärischen Operation seit dem Zweiten Weltkrieg. Für die USA „wurde das Unternehmen Afghanistan zur umfassendsten Operation der CIA“. Weltpolitisch gesehen wurde das zur dar al-Islam (Gebiet des Islam) gehörende Afghanistan zum finalen heißen Kriegsschauplatz des Kalten Krieges. Mit dem Sieg der muslimischen „Gotteskrieger“ (Mudjaheddin) über die „Gottlosen“ aus dem sowjetischen „Gebiet des Krieges“ (dar al-harb) fand in

der Folge eine bis dahin mehr oder weniger verlässliche Sicherheitsarchitektur der bis zu diesem Zeitpunkt gültigen bipolaren Weltordnung ihr Ende.

Endzeit der bipolaren Weltordnung – Endzeit einer Sicherheitsarchitektur mit klarer Trennung von Äußerer und Innerer Sicherheit

In dieser hatte die inhaltliche Trennung von Äußerer und Innerer Sicherheit Sinn gemacht. Seinerzeit, so die Definition im „Polizeilexikon“ (Rupprecht, 1995), wurde unter Äußerer Sicherheit „im allgemeinen die Sicherheit vor militärischen Angriffen verstanden. Sinnvoller erscheint es aber, auch die Sicherheit vor kriminellen Angriffen und vor Katastrophen hier mit zuzurechnen, die über die Staatsgrenzen eindringen und die Sicherheit der Bürger bedrohen. Dazu zählt auch die „importierte“ internationale Kriminalität“. Die Innere Sicherheit wurde definiert als „Beschreibung des Idealzustandes einer vollkommenen Verwirklichung des Rechtsstaates, in dem die Bevölkerung keinen kriminellen Beeinträchtigungen, schweren Unfällen und Katastrophen ausgesetzt ist. Da dieser Idealzustand in keiner Gesellschaftsform tatsächlich erreichbar ist, stellt die Innere Sicherheit eine Zielbeschreibung dar. Mit Mitteln der Prävention und der Repression ist ein Höchstmaß an Innerer Sicherheit zu erreichen“. War in Zeiten der bipolaren, von staatlichen Akteuren dominierten Weltordnung diese klare Trennung von Innerer und Äußerer Sicherheit möglich, konnte sie nach dem Ende dieser alten Ordnung in dieser Schärfe nicht mehr aufrechterhalten werden, wurde sie doch durch gravierende politgeographische Änderungen (Auflösung des 1955 gegründeten militärisch-politischen Bündnissystems „Warschauer Pakt“ in Europa nach 36 Jahren am 1. Juli 1991 und die Auflösung der 1922 gegründeten Union der sozialistischen Sowjetrepubliken – UdSSR nach 69 Jahren am 17. Dezember 1991) nicht nur perforiert, sondern ging in Teilen ineinander über.

Änderung der alten Ordnung- hin zu nichtstaatlichen Akteuren und Asymmetrie bewaffneter Konflikte

Die alte Weltordnung war noch durch Dominanz staatlicher Akteure und Symmetrie der militärischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. In der Zeit danach schienen in einer sich abzeichnenden Ordnungsänderung nun mehr nichtstaatliche Akteure und die Asymmetrie bewaffneter Konflikte zu dominieren. über diese Entwicklung hin zu diesen „neuen“ Krieg schrieb der Politikwissenschaftler Herfried Münkler 2002: „In den letzten Jahrzehnten sind neben die klassischen Staatenkriege, die noch die Szenarien des Kalten Krieges prägten, neue Formen der Kriegführung und Gewaltanwendung getreten. Parastaatliche, teilweise private Akteure – lokale Warlords, Guerilla-Gruppen, Söldnerfirmen und internationale Terrornetzwerke – betätigen sich als Kriegsunternehmer und verändern, von der westlichen Öffentlichkeit noch kaum bemerkt, die Erscheinungsformen der Kriegführung“. Vor diesem Hintergrund des Endes der alten Ordnung fand auch die dazugehörige alte Sicherheitspolitik ihr Ende.

Konflikte neuen Typs – Staatszerfall und Erosion des Gewaltmonopols

Für den Beginn der Suche nach einer neuen Ordnung stand ab Anfang der 1990er Jahre ein Konflikt neuen Typs, der mit der vorherigen bipolaren Ost/West- Konfrontation alter Zeit nichts mehr gemein hatte. Zum Substitut des vorherigen Kalten Krieges wurde quasi der zunehmende Zerfall staatlicher Autorität, wie er in Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens beobachtet werden konnte. über zwei Milliarden Menschen, so BND-Präsident Ernst Uhrlau schon 2007, lebten „in Räumen begrenzter Staatlichkeit“. Das Phänomen der failing (zerfallenden) und der failed (zerfallenen) Staaten wäre mit beträchtlichen Gefahren für die internationale Sicherheit verbunden, zu denen

Uhr lau seinerzeit die Destabilisierung ganzer Regionen, massive Fluchtbewegungen und die Förderung des Terrorismus zählte, Dieser Staatszerfall ist insbesondere durch die Erosion des Gewaltmonopols gekennzeichnet.

Lücken im Schutzmarkt – Privatisierung der Schutzaufgaben

Dadurch bedingte „Lücken im Sicherheitsmarkt“ hatten eine Privatisierung der Schutzaufgaben zur Folge. Eine Privatisierung polizeilicher Aufgaben betraf insbesondere den Personen- und Objektschutz. Die Privatisierung nachrichtendienstlicher Aufgaben in einem zunehmenden „Information Warfare“ betraf vornehmlich die Beschaffung von Informationen, deren Aufbereitung und Auswertung durch die „Private Intelligence“. Am schnellsten und intensivsten war die Privatisierung militärischer Aufgaben. Zu denen zählte die wachsende Privatized Military Industry (PMI) beispielsweise das Ausspähen von Angriffszielen, die Entwicklung von Überwachungssoftware, Risikoanalysen, Spezialausbildungen für moderne High-Tech-Waffen und last not least das originäre Kerngeschäft, die Ausführung von direkten Kampfeinsätzen. Mit dieser vor nunmehr zwei Jahrzehnten begonnenen und heute irreversiblen Privatisierung der Schutzaufgaben sind in der Folge sicherheitspolitisch nicht zu unterschätzende Gefahren verbunden, die von unterschiedlicher Anwendungspraxis der Anbieter und der Nutznießer abhängig sind. Beispielsweise könnten das staatliche Gewaltmonopol unterhöhlt, rechtsfreie Räume geschaffen und das Völkerrecht ausgehebelt werden.

Transformation der Sicherheitsarchitektur – Transformation privater Gewaltinhaber

Profiteure dieser Entwicklung waren auch nichtstaatliche Akteure wie die internationale Organisierte Kriminalität (OK) und der internationale Terrorismus (TE). Mit der Transformation der Sicherheitsarchitektur korrespondierte die Transformation dieser privaten Gewaltinhaber, die in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts durch innovative Prozesse gekennzeichnet war; insbesondere durch Rationalisierung und Militarisierung (= Tatplanungen und Tatbegehungen wurden durch Einbeziehung gelernter Soldaten militärischer/Einsatz und Nutzung von Korruption und Desinformation durch Einbeziehung gelernter Nachrichtendienstler noch professioneller), Brutalisierung (= professionelle Menschenverachtung erreichte ein noch höheres Niveau/ Zivilpersonen wurden zu „soft targets“ erklärt) und Internationalisierung (= internationale OK-„Gipfel“/ Gründung einer fundamentalistischen TE-„Internationalen“) und last not least Praxisanwendung des Prinzips des Franchising. Beide nichtstaatlichen Akteure OK und TE entwickelten Netz(werk)-strukturen. Meist auf einen Anlass bezogen, weniger auf Zeit angelegt, fingen „Networkcrime“ und „Networkterrorism“ an zu kooperieren. In diesem Bündnis verschmolzen die professionellen organisatorischen Strukturen der OK mit der Gewaltbereitschaft des TE zum „Symbiotischen Terrorismus“ zum Zwecke einer wie auch immer gearteten Vorteilsgewinnung. Zu den Deliktbereichen des Symbiotischen TE gehörten z.B. die Schleusung (nicht unwichtig der Seitenzweig der „Kämpfer-Schleusung“), Entführungen mit Lösegelderpressung und nicht zuletzt Rauschgift („Narcoterrorismus“).

Transnationale organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus – Nutznießer der Ordnungsänderung und ihrer Folgen

Wie nie zuvor bedrohten transformierte nichtstaatliche Akteure nach dem Ende der alten Ordnung die sich neu ordnende Staatenwelt mit ihren Modifikationen der Äußeren und Inneren Sicherheit. In schwachen Staaten nutzten sie effektiv die Erosion des Gewaltmonopols und wurden so zu den

eigentlichen Profiteuren in der Welt zerfallender und zerfallener Staaten. Doch auch starke Staaten wurden auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert durch sie bedroht. Dazu Jürgen Storbek, Europol-Direktor im Mai 2001: „Mehr als je zuvor hat die OK einen Einfluß auf die Sicherheitslage in den europäischen Staaten und wahrscheinlich weltweit. Regierungen und Parlamente müssen prüfen, ob die Ressourcen, die bisher für militärische Verteidigung ausgegeben wurden, inzwischen teilweise oder sogar überwiegend in die innere Sicherheit investiert werden müssen. Der Feind steht nicht mehr außerhalb der Landesgrenzen, er hat sich bei uns eingenistet ... OK wird immer internationaler in gleicher Weise oder vielmehr noch stärker als legale Wirtschaft und legaler Handel ... Erfolgreiche kriminelle Organisationen betreiben Marktanalyse, sie nutzen modernste Technik zur Herstellung und zum Vertrieb von illegalen Gütern oder zur Kommunikation und Verwaltung des kriminellen Unternehmens. Man setzt regionale und lokale kriminelle Subunternehmen ein, die die illegalen Leistungen billiger und besser erbringen können“. Nicht weniger bedrohlich schien das Bild des internationalen Terrorismus, das der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington (Der Kampf der Kulturen) 1997 zeichnete: „Der Krieg (in Afghanistan) hinterließ eine unsichere Allianz von islamistischen Organisationen, die entschlossen waren, den Islam gegen alle nichtmuslimischen Kräfte zu fördern. Seine Hinterlassenschaft waren ferner fachkundige und erfahrene Kämpfer, Ausbildungslager und logistische Einrichtungen, hochentwickelte transislamische Netzwerke persönlicher und organisatorischer Art ... Nach dem Erreichten verspürte man den brennenden Wunsch, zu weiteren Siegen zu eilen“.

Wir hätten es besser wissen können ... Warnungen vor der Terrorgefahr nach dem Afghanistankrieg und vor dem 9/11-Anschlag

An mahnenden und warnenden Stimmen zu dem, was sich als die Staatenwelt bedrohendes Gefahrenpotential während des Krieges in Afghanistan entwickelte, hatte es wahrlich nicht gemangelt. Am Ende, so der pakistanische Publizist in seinem Buch über die Taliban im Jahr 2000, „hatten über 100.000 radikale Muslime direkten Kontakt mit Pakistan und Afghanistan und unterstanden dem Einfluss des Dihad ... Keiner der Geheimdienste schien sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein, die sich aus dem Zusammenkommen von Tausenden islamischen Radikalen aus der ganzen Welt (aus 43 islamischen Ländern des Mittleren Ostens, aus Nord- und Ostafrika, Zentralasien und dem Fernen Osten) ergaben“. Und eben dieser am Hindukusch entstandene islamistische Privatterrorismus, insbesondere die vom saudischen Kriegsveteran Osama Bin Laden 1988 gegründete al-Qaida, interessierte sich auch für das neue Europa nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, konnte er doch seine Kämpferpotentiale (Dihadisten) mehr oder weniger ungestört in die dortigen offenen Gesellschaften einbringen. Vorausschauend sah Peter Frisch, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), in diesem Islamismus das „Problem des 21. Jahrhunderts“ und erklärte deren sich abzeichnende Gefährlichkeit zum Sicherheitsproblem Nummer eins. Knapp vier Jahre vor dem 9/11 warnte er in einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (Nr.36/1. September 1997): „In Afghanistan haben ungefähr 10.000 bis 15.000 arabische Freiwillige ihre Glaubensbrüder im Kampf für einen islamischen Staat unterstützt. Viele sind getötet worden. Von denen, die überlebt haben, ist ein Teil in Europa eingesickert, einige wahrscheinlich auch in Deutschland. Diese Leute sind zum Töten ausgebildet. Sie können wieder in Anspruch genommen werden. Wir sind sehr intensiv bemüht herauszufinden, wie sie hereingekommen und wo sie geblieben sind ...“ Nur ein Jahr nach dieser mehr als deutlichen BfV-Gefahrenereinschätzung fing in Deutschland keine eigentlich zu erwartende Aufstockung, sondern ein personeller Abbau in den Sicherheitsbehörden an, der nach Angaben der Polizeigewerkschaften ab 1998 zur Streichung von etwa 16.000 Stellen durch Bund und Länder führte. Eine tiefe Zäsur in der internationalen Sicherheit,

die drei Jahre später der Terrorismus schlug, stellte die Richtigkeit dieser sicherheitspolitischen Entscheidung in Frage.

Vom 9/11 zum NATO-Bündnisfall – der Beginn eines Global War on Terrorism mit der Folge der Globalisierung des Dihad

In Afghanistan waren die radikalislamischen Taliban aus einem mehrjährigen Bürgerkrieg als Siegermacht hervorgegangen, deklarierten das Land 1997 zum Islamischen Emirat, ihrem „Modell für die gesamte islamische Welt“. Ihr „Gottesstaat“ wurde zum sicheren Hafen für die vor knapp zehn Jahren dort gegründete al-Qaida. Deren territorial ungebundener Dihad gegen den „internationalen Unglauben“, insbesondere gegen „Kreuzfahrer“ und Juden, kulminierte mit ihren Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 (9/11). Ob der „Außensteuerung der Anschläge“ beschlossen drei Wochen später die NATO- Botschafter auf einer Sitzung in Brüssel am 2. Oktober, die Terroraktion als Angriff auf alle NATO-Staaten zu bewerten. In der Folge wurde zum ersten Mal in den 52

Jahren seit Gründung der NATO nach Artikel 5 der Bündnisfall ausgerufen. Für die USA begann in der Folge ein Global War on Terrorism (GWOT), in dessen Rahmen die militärische Großoperation Enduring Freedom (OEF) stattfand, an der sich rund 70 Nationen beteiligten. Schon am 7. Oktober 2001 begann die US-geführte OEF in Afghanistan gegen Terroristen und Taliban, auf deren Seiten 12.000 Foreign Fighters aus über 40 muslimischen Ländern standen. Mit der Kapitulation der Taliban war zwei Monate später die weltweit reaktionärste Klerikaldiktatur beendet. Um die Region sicherer zu machen und damit zu stabilisieren, wurde wenig später eine UN- Schutztruppe, die International Security Assistance Force (ISAF) geschaffen, die bis zum 31. Dezember 2014 in Afghanistan blieb. Anders als erhofft, hatte ihr Einsatz über 13 Jahre kein sicheres Umfeld entstehen lassen. Afghanistan blieb gefährlich, trotz der internationalen Unterstütmismission „Resolut Support“, die am 1. Januar 2015 die OEF abgelöst hatte. Parallel zur OEF in Afghanistan hatte am 20. März 2003 die US-geführte Koalitionsoffensive Operation Iraqi Freedom (OIF) mit Soldaten aus über 28 Staaten am Golf begonnen. Mit der Eroberung Bagdads, dem Sturz Saddam Husseins und der Kapitulation seiner Armee erklärte US-Präsident Bush am 1. Mai 2003 den Krieg für beendet. Es folgte ein Krieg nach dem Kriege, der sich nicht nur gegen die westlichen Besatzungstruppen richtete. Zu den Kombattanten gehörten auch ausländische Dihadisten, so die al-Qaida im Irak (AQI), die nach dem Tode ihres Führers Abu Mussab al-Zarqaw 2006 in Islamischer Staat im Irak (ISI) umbenannt wurde. Die Foreign Fighters waren noch djihadterroristisch aktiv, als nach über sieben Jahren Krieg US-Präsident Obama am 31. August 2010 die OIF für beendet erklärte. Kein halbes Jahr später löste die Protestbewegung „Arabischer Frühling“ 2010/11 in der arabischen Welt Nordafrikas/Nahost eine Welle der Gewalt (Arabellion) aus, die bis zum heutigen Tage insbesondere über Libyen, Syrien, Irak und dem Jemen rollt. Ein halbes Jahrzehnt Bürgerkrieg haben von dort ausgehend in der arabischen Welt eine Art „regionaler Kernschmelze“ ausgelöst, die sich auch aus der religiösen Gewaltideologie des dortigen „Islamischen Staates“ (IS) speist. Aus dem ISI hervorgegangen hatten dessen Dihadmilizen im Bürgerkrieg besetzte irakisch-syrische Gebiete Ende Juni 2014 zu einem „neuen Kalifat für den neuen sunnitisch-islamischen Menschen“ proklamiert. Dieses neue Kalifat zu sichern und auszubauen zog bis heute 30.000 Foreign Fighters aus 115 Staaten in die Region. Das Kalifat zu bekämpfen machte und macht sich eine US-geführte Anti-IS-Koalition von über 60 Staaten zur Aufgabe. Ein Ende diese Kriege, der sich zur größten humanitären Katastrophe in der jüngeren Geschichte des Nahen Ostens entwickelt hat und zur Ursache des größten Flüchtlingsexodus in der arabischen Welt seit dem Zweiten Weltkrieg wurde, ist nicht absehbar; zumal mit der Türkei, dem Iran und Saudi-Arabien auch alle Regionalmächte mit ihren ethnischen (Türken vs Kurden) und religiösen (Schiiten vs Sunniten) Konflikten involviert

sind. Darüber hinaus hat sich der dort zentrierende Dihadterrorismus, dessen Wiege einst am Hindukusch stand, in den ersten fünfzehn Jahren dieses 21. Jahrhunderts so globalisiert, daß er 2016 auf allen fünf Kontinenten zu einem immer ernsteren sicherheitspolitischen Problem wurde – was insbesondere auch auf Europa und damit Deutschland zutrifft.

„Kreuzfahrernation“ Deutschland – eine fünfzehnjährige Entwicklung zum „Feind des Islam“

Rund fünfzehn Jahre zuvor waren die Terroranschläge in New York und Washington als ein Angriff gegen alle NATO-Staaten bewertet worden. Und alle – auch Deutschland – hatten sich damit verpflichtet, den USA im Bedarfsfall politisch und militärisch beizustehen. Unterstützung bekamen die USA und Großbritannien von Frankreich und Australien. Mit Beginn der OEF am 7. Oktober 2001 nannte US-Präsident Bush auch schon Deutschland als „involvierte Nation“. Für diese nahmen durch das Mandat des Bundestages vom 16. November 2001 auch Soldaten der Bundeswehr teil. Gut einen Monat später stimmte der Bundestag am 22. Dezember erstmals für die Entsendung von Bundeswehrsoldaten in die „multinationale Friedenstruppe in Afghanistan“ ISAF. Schon Mitte Januar 2002 folgte der erste Teil eines Vorauskommandos der Bundeswehr. Zeitparallel kamen Elite-Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) zum Einsatz, die bis November 2002 „im Anhang von Special Forces der Amerikaner und Briten“ in die direkte Terrorismusbekämpfung eingebunden waren. Das OEF-Mandat umfasste auch Marineeinheiten am Horn von Afrika. Darüber hinaus wurde die Bundesmarine im Rahmen der internationalen TE-Bekämpfung schon im Oktober 2001 an der Operation „Active Endeavour“ (OAE) beteiligt, zu deren Aufgaben die Überwachung des Seeverkehrs im Mittelmeer gehörte. Last not least war Deutschland vom 26. November bis 5. Dezember 2001 Ausrichter der ersten internationalen Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg. Gleich danach wurde der Gastgeber von der UN und der Afghanischen-Interims-Administration (AIA) gefragt, ob er nicht die Leitungsfunktion beim Aufbau einer nationalen Polizei übernehmen könne. In der Folge übernahm Deutschland über viele Jahre die zivile Aufgabe des Polizeiaufbaus in Afghanistan. Nicht nur im Ausland, auch im Inland war Deutschland in der Bekämpfung des militant islamistischen TE hochaktiv. So begann am 16. April 2002 gegen Mitglieder der Frankfurter „Meliani-Zelle“, die einen TE-Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt geplant hatten, der Prozess vor dem OLG Frankfurt. Das Verfahren war ein Novum, Nirgendwo in Europa war bis dahin Dihadisten, die in Afghanistan ausgebildet worden waren, der Prozess gemacht worden. Und nicht zuletzt fanden vor dem Hanseatischen OLG 2002/2003 und 2004 die weltweit ersten Verfahren zum 9/11 gegen zwei Mitglieder der „Hamburger Zelle“ als Terrorhelfer statt. Die genannten Beispiele verdeutlichen, daß Deutschland schon im zeitlichen Umfeld des 9/11 in die Terrorbekämpfung „nicht nur involviert“ war, sondern sich deutlich exponiert hatte. So deutlich, daß die Führung der al-Qaida Deutschland schon im Spätherbst 2002 über den arabischen Nachrichtensender al-Jazeera (Qatar) drohend ins Visier nahm: „... Wir haben .. schon einmal davor gewarnt, sich dem Krieg in Afghanistan anzuschließen ... Es ist Zeit, abzurechnen. Ihr werdet getötet werden, so wie ihr tötet, und ihr werdet bombardiert werden, so wie ihr bombardiert ...“ Seit dieser Drohung sind bis heute, die „Kreuzfahrernation“ Deutschland steht erneut an Seiten einer US-geführten Koalition im Krieg gegen den Dihad-terrorismus und dessen Hauptakteur „Islamischer Staat“ (IS), über 13 Jahre vergangen. In dieser Zeit hat sich in Deutschland, dem „verbündeten Land mit der ungerechten amerikanischen Regierung“ (Osama Bin Laden), im Innen- und Außenbereich viel geändert. Unter den hier rund vier Millionen lebenden Muslimen ist die Splittergruppe des politischen Salafismus, so der Verfassungsschutz, zur am schnellsten wachsenden radikalislamischen Bewegung geworden. Das BfV ging im Januar von rund 8350 Anhängern, darunter 1100 Gewaltbereiten aus. Die „Dihad-Erfolge“ des Kalifats machten ab Sommer 2014 die IS-Terrormiliz für das „terroristische Personenpotential“ der Salafistenszene in

Deutschland zunehmend attraktiv, Bis dahin waren 320 Islamisten in die Konfliktregion Syrien-Irak gereist. Bis Februar 2016 war ihre Anzahl, so das Bundeskriminalamt (BKA), auf etwas mehr als 800 gestiegen. Von diesen hatten in der Bürgerkriegsregion 130 ihr Leben gelassen, ein Teil als Selbstmordattentäter. Ein Drittel kehrte nach Deutschland zurück, darunter 70 Personen mit Kampferfahrung. Kampferfahrungen brachten und bringen aber auch französische, belgische und andere Rückkehrer unserer Nachbarstaaten mit, stellt Europa doch mit 6000 Freiwilligen das drittgrößte Kontingent der „ausländischen Kämpfer“ (Foreign Fighters) für den IS. Von diesen sollen, so Nachrichtendienste im Irak und Europa, mindestens 400 „für Angriffe nach Vorbild von Spezialeinsatzkräften in einem internationalen Umfeld“ trainiert worden sein, also für Terrorereignisse außerhalb des Kalifats. Im Visier hätten diese IS-Kommandos insbesondere Europa. Sie sollen völlig frei in der Wahl der Orte und Ziele ihrer Anschläge, sowie der Methoden und der Zeitabläufe sein. Ein mehrtägiger Anschlag Ende November 2008 in Indiens Metropole Mumbai (Bombay) diene wohl als Modell für „neue, gefechtsartige Möglichkeiten“. Mit Sturmgewehren, Handgranaten und Sprengsätzen (Sprengstoffwesten) ausgerüstete „Märtyrer“-Teams attackieren in einer Metropole fast zeitgleich mehrere „weiche“ Ziele (soft targets). Nach diesem „Modell Mumbai“ erfolgte am 13. November 2015 der IS-Terror-Anschlag in Paris. Neun Attentäter, aufgeteilt in drei Hit-Teams, machten mit einem Fußballstadion, Cafés und Restaurants der Bistrotterrassen und einer Konzerthalle sechs Orte zum Ziel ihres Terrors. 130 Menschen fanden den Tod, über 350 wurden verletzt. Die Opfer stammten aus 19 Nationen. Gut vier Monate später erfolgte ein weiterer IS- Anschlag. Am 22. März 2016 machten in Brüssel mindestens vier Attentäter, aufgeteilt in zwei Hit-Teams, die Abfertigungshalle im Flughafen und eine Metrostation zum Ziel ihres selbstmörderischen Terrors. Mindestens 31 Menschen wurden getötet, 300 verletzt. Aus 40 Nationen stammten die Opfer. Paris und Brüssel hängen personell zusammen. Die belgischen Ermittler vermuten ein Netzwerk von bis zu 30 Personen, abgetaucht in Europa, Deutschland ist dabei nicht außen vor, kann und darf auch nicht eine Terrorattacke nach dem Modell Mumbai im Inland ausschließen. Die Polizei wird sich darauf vorbereiten müssen. Verfügt sie aber auch, den Terrorangriff in Paris vor Augen, über geeignete Schutzkleidung (gegen Sturmgewehre des Typs Kalaschnikow) und geeignete (gepanzerte) Fahrzeuge? Wie sieht es mit den Detektionsleistungen der Sprengstoff-spürhunde aus? Wie wird mit brisanten, hochexplosiven und schwer handhabungs-sicheren Sprengstoffarten umgegangen. Diese und andere ganz praktische Fragen sind zum Schutze der TE-Bekämpfer am Einsatzort zu stellen, nicht nur vor dem Hintergrund der koordinierten Terroraktionen. Dihadterroristen der al-Qaida und des aus ihr hervorgegangenen IS praktizieren auch „niederschwellige“ Terrorattacken, ohne großen logistischen Aufwand. Schon über mehrere Jahre greift die „Strategie der Zerstörung für Jedermann“, im Klartext „einfache“ Mordtaten ohne hohen Organisationsgrad. Zur einfachen Mordwaffe wird das Auto, eine brennbare oder ätzende Flüssigkeit aus dem Baumarkt oder schlicht ein Küchenmesser. Jüngstes Beispiel für diese „Strategie des individuellen Dihad“ ist eine dem IS nahe stehende 15-jährige deutsch-marokkanische Gymnasiastin, die Ende Februar in Hannovers Hauptbahnhof einen Bundespolizisten bei einer Routinekontrolle mit einem Küchenmesser in den Hals stach und ihn schwer verletzte. Der IS, so das BfV, setzt weiterhin erfolgreich auf die Radikalisierung westlicher Jugendlicher. Zunehmend geraten dabei auch Mädchen („die immer jünger werden“) in den Fokus, so die Einschätzung des Amtes im März. Ein Fünftel der Islamisten, die von Deutschland in die Bürgerkriegsregion Nahost reisten, waren Frauen. Etwa 40 waren minderjährig. Zur Effektivität der Internet-Propaganda des terroristischen Gegenübers warnte BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen: „Das ist ein Punkt, wo wir als Gesellschaft trotz aller Präventionsprojekte noch keine Patentlösung haben“.

Epilog

Deutschland 2015 – ein Jahr voller Terrorwarnungen: Dresden im Januar, Braunschweig und Bremen im Februar, Frankfurt im April, Hannover im November und München im Dezember. Ein Jahr, in dem Bundes- und Länderpolizisten 20 Millionen Überstunden angehäuft haben. Die seit Ende der 1990er Jahre von Bund und Länder gestrichenen rund 16.000 Polizeistellen werden bitter vermisst. Ob der Sicherheitslage ist eine personelle Verstärkung der Sicherheitsbehörden mehr als notwendig. Der Bedarf wird mit 12.000 bis 20.000 Stellen beziffert, läßt sich kurzfristig jedoch nicht realisieren. Deutschland 2016 – ein Jahr mit Terrorbedrohungen auf hohem Niveau. Es gilt 3760 km Landgrenzen (zur Zeit z.B. Pkw-Kontrollen Belgien/ Deutschland) und 760 km Seegrenzen zu sichern. Im Inland sind zwei Abgangs- und Umladehäfen für Container, 15 große Verkehrsflughäfen, über 5600 Bahnhöfe, 65.000 km Gleise, zig Tausende Versorgungseinrichtungen und anderes mehr zu schützen. Die Anzahl der weichen Ziele sind in einer offenen Gesellschaft letztendlich nicht quantifizierbar. Dennoch wird eine Früherkennung von Gefahrenherden erwartet, aus denen sich die polizeilichen Abwehrmaßnahmen ergeben. Analysen, insbesondere Schwachstellenanalysen sind vor dem Hintergrund zunehmender Professionalisierung des militanten islamistischen Terrorismus dringend erforderlich, zumal dieser mit seinem Cyber-Djihad auch eine digitale Front errichtet hat. Für diese brachte das terroristische Gegenüber erst im Dezember 2015 mit der „kybernetiq“ das „erste deutschsprachige Magazin von Mudschahidin mit den Schwerpunkten Informationstechnologie, Kommunikation und Sicherheit“ in Stellung. Zum Inhalt der Ausgabe 1 gehört auch der Beitrag: BEWEGE DICH UNTER DEM RADAR – „Wir töten auf der Basis von Megadaten“.

Quelle:

EULENSPIEGEL

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

Bezirksgruppe Braunschweig

Ausgabe 02/2016

Seiten 20 – 26

<http://www.gdp-bezirksgruppe-bs.de/images/stories/bilder/eulenspiegel/0216.pdf>

Auftaktkundgebung des Al Qudstag-Marsches

8. Juli 2016

„Uns geht es darum aufzuzeigen, dass der Zionismus ungerecht, menschenfeindlich und gesellschaftszerstörerisch wirkt.“ (Jürgen Grassmann, bei der Auftaktkundgebung des Qudstag-Marsches in Berlin, 2016)

7. Juli 2016

Die vorliegende Auswertung des Qudstag-Marsches am 02. Juli 2016 wurde durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin, das Register Charlottenburg-Wilmersdorf und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) erstellt.

Der diesjährige Qudstag-Marsch am 02. Juli wurde erstmals von Gerhard Bauer angemeldet, der auf der Auftaktkundgebung als „christlicher Freund“ anmoderiert wurde (14:50 Uhr:

Auftaktkundgebung / Adenauerplatz; siehe Anlage 7). Die Zahl der Teilnehmenden lag am Auftaktort zwischen 750-800 und kurz vor der Abschlusskundgebung bei 850-900 (2015: 800).

Die Auswirkung der strengen Auflagen beim Qudstag-Marsch 2016

Am 28. Juni wurde durch den Berliner Innensenator Frank Henkel das Zeigen von Symbolen der Hisbollah auf dem diesjährigen Qudstag-Marsch untersagt. Die für die Versammlung erlassenen Auflagen untersagten u.a. „jedes Werben für die Hizb Allah Organisation und ihr nahe stehende

Organisationen [...]. Kennzeichen, Symbole oder Embleme dieser Organisationen dürfen weder auf Fahnen und Transparenten noch an der Kleidung der Teilnehmende[n] oder auf Sonstige Weise gezeigt werden.“ Inhaltlich war es per Auflagenbescheid „untersagt, Gewalttaten, die darauf gerichtet waren oder sind, Menschen zu töten, zu verletzen oder zu entführen, in Wort, Bild oder Schrift zu verherrlichen oder gutzuheißen bzw. zu solchen Taten aufzufordern.“

Bei der Bewertung der Ergebnisse des zivilgesellschaftlichen Monitorings antisemitischer Ausdrucksformen auf dem Qudstag-Marsch am 02. Juli 2016 muss die abschreckende Wirkung des Auflagenbescheids berücksichtigt werden.

Wie in den letzten Jahren traten die Ordner des Qudstag-Marsches zum Teil rigoros gegen Versammlungsteilnehmende auf, um sie am Verlassen der ihnen zugewiesenen Fahrbahnseite zu hindern. Dennoch konnte das zivilgesellschaftliche Monitoring der RIAS, des Register und des JFDA insbesondere beim Passieren der Gegenproteste am Adenauerplatz, am George-Grosz-Platz und am Breitscheidplatz eine temporäre Auflösung der Ordnung feststellen, welche letztlich nur durch die aufgestellten Absperrgitter aufrecht erhalten werden konnte. Die antisemitische Parole „Kindermörder Israel“ wurde sowohl am George-Grosz-Platz als auch am Breitscheidplatz von Teilnehmenden des Qudstag-Marsches gerufen. Bemerkenswert ist, dass sich die im hinteren Teil des Aufzugs in der Überzahl befindlichen Frauen beim Rufen dieser Parole besonders hervor taten. Das erkennbare Bemühen seitens der Veranstalter den offenen Antisemitismus der vergangenen Jahre dieses Mal stärker zu unterbinden, war in diesem Sinne nur eingeschränkt erfolgreich. Wie groß die Herausforderung für die Veranstalter war, den Auflagenbescheid umzusetzen zeigte sich schon beim Verlesen desselben: auf die textbezogenen Auflagen „Tod Israel“ „Tod den Juden“ und „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ antworteten Teilnehmende mit den Zwischenrufen „Wieso?“ und „Was dürfen wir sagen?“ (14:28 Uhr)

Belegte Hizb Allah-Bezüge auf dem Qudstag-Marsch 2016

Insgesamt stellten wir acht Bezüge zur Hizb Allah oder ihr nahe stehende Organisationen auf der Versammlung fest. In zwei Fällen kam es zu Personaliaufnahmen:

14:35 Uhr: Auftaktkundgebung / Adenauer Platz

Eine Frau trug einen Hizb Allah-Schal. Nachdem sie von Teilnehmenden der Versammlung auf das Verbot hingewiesen wurde, nahm sie ihn ab.

14:40 Uhr: Auftaktkundgebung / Adenauer Platz

Ein Mann trug unter seinem Hemd ein Hizb Allah-T-Shirt. Nachdem er von Teilnehmenden der Versammlung auf das Verbot hingewiesen wurde, knöpfte er das Hemd zu und verdeckte so das beauftragte Logo.

15:00 Uhr: Auftaktkundgebung / Adenauer Platz

Ein Versammlungsteilnehmer trägt das Logo der schiitisch-libanesischen „Amal-Miliz“, welche der Hizb Allah nahesteht. Darüber auf Arabisch „Gruppe des libanesischen Widerstands“. (siehe Anlage 1).

15:40 Uhr: Auftaktkundgebung / Adenauer Platz

Ein junger Mann mit einem Hizb Allah-T-Shirt erreichte die Versammlung kurz bevor diese sich in Bewegung setzte. Gegenüber den Polizisten gab er an, direkt von der Arbeit zu kommen. Er wurde in Gewahrsam genommen (siehe Anlage 2).

15:55 Uhr: Kurfürstendamm / Höhe Leibnizstraße

Im Aufzug wurde zunächst für ca. 20 Sekunden eine 1m x 2m große Hizb Allah-Flagge geschwenkt. Wenige Augenblicke später wurde sie zwei weitere Male geschwenkt (siehe Anlage 3).

16:25 Uhr: Kurfürstendamm / Höhe Joachimsthaler Straße

Eine Teilnehmerin trug einen gelben Jute-Beutel auf dem in grüner Schrift und Großbuchstaben

„Join the resistance“ stand. Im Kontext des Qudstag-Marsches, der Farbwahl und der Semantik liegt ein Bezug zur Hizb Allah nahe (siehe Anlage 4).

Ab 16:45 Uhr: Breitscheidplatz bis zur Abschlusskundgebung

Auf einem Poster wurden der verstorbene iranische Revolutionsführer Ruhollah Khomeini, der Führer der Hizb Allah, Hassan Nasrallah, sowie der Kommandant der iranischen Quds-Einheiten Kassim Soleimani abgebildet. Auf Arabisch stand im unteren Bildrand „Hizb Allah – Das sind die Sieger“ (siehe Anlage 5).

17:15 Uhr, Abschlusskundgebung Wittenbergplatz

Eine Frau mit Hizb Allah-Fahne wurde von Polizisten in Gewahrsam genommen.

Antisemitische Chiffren – „Zionismus“ und Israel als Projektionsfläche

Die Auseinandersetzung mit dem Auflagenbescheid spielte bei den Reden vom Lautsprecherwagen immer wieder eine Rolle. Der Moderator, der als Vertreter der „Arbeitsgruppe Quds“ auftrat, interpretierte das Zustandekommen und die Bedeutung der Auflagen wie folgt:

„Die Zionisten, die dahinter stecken, umgehen damit die demokratische Ordnung, die unterwandern die demokratischen Strukturen. Das zeigt doch, dass keine Gesetze für die gelten. [...] Da sieht man, dass der Zionismus über die Grenzen Israels hinaus eine Gefahr für den Frieden auf dieser Welt ist, nicht nur eine Gefahr, sondern der Zionismus ist auch der schlimmste Gegner der Demokratie und des Rechtsstaates.“ (Moderator, Auftaktkundgebung, 14:32 Uhr)

Die Dämonisierung des Zionismus, welche als jüdische Nationalbewegung verstanden werden kann, war ohne Zweifel das wichtigste Topos des diesjährigen Qudstag-Marsches. Während des gesamten Aufzugs wurde durch Ansagen vom Lautsprecherwagen das Bild einer Bedrohung für den Weltfrieden durch den Zionismus wiederholt. Das Wirken zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland gegen die Hizb Allah und die Entscheidung des Innensenators das Zeigen entsprechender Symbole zu verbieten, wurde als besonders undemokratisch, der Zionismus sogar als die größte Gefahr für den Weltfrieden charakterisiert. In den Zuschreibungen tauchten immer wieder die antisemitische Denkfigur der „Unterwanderung“ demokratischer Strukturen und der Vorwurf der illegitimen Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger auf. Zugespitzt wurde die Dämonisierung des Zionismus durch Jürgen Grassmann in seiner Ansprache am Auftaktort: „Uns geht es darum aufzuzeigen, dass der Zionismus ungerecht, menschenfeindlich und gesellschaftszerstörerisch wirkt.“ (Jürgen Grassmann, Auftaktkundgebung, 15:21 Uhr). Dieser Satz fasst das wichtigste Anliegen der Organisator_innen des Qudstag-Marsches zusammen und erinnert stark an die antisemitische Anklage gegen Juden und Jüdinnen Gesellschaften zu zersetzen und von innen heraus zu zerstören.

Eine weitere mehrmals praktizierte Form den Zionismus zu dämonisieren drückte sich in Gleichsetzungen mit dem „Faschismus“ aus:

„Wir sind genauso wie alle anderen, die hier vielleicht außen stehen, gegen Faschismus, gegen Terrorismus und gegen Zionismus. Das sind Synonyme. [...] Wofür steht der Zionismus? Wenn es alles andere wäre als Faschismus, dann bin ich sehr bereit, wir sind alle sehr bereit, hier mit euch zur reden. Aber das muss man ja verstehen: Zionismus steht für Faschismus.“ (Moderator, Kurfürstendamm, Höhe Knesebeckstraße, 16:16 Uhr)

Nach der Arbeitsdefinition Antisemitismus der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, sowie des Projekts Berliner Register sind Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus als antisemitisch zu bewerten. Dass der Moderator hier den „Zionismus“ mit dem „Faschismus“ gleichsetzt kann als antisemitische Umwegkommunikation verstanden werden, die sich dem problematischen Gehalt zwar bewusst ist, der Problematisierung jedoch durch eine anders lautende Semantik versucht zu entgehen. Die Aussage dämonisiert und delegitimiert Israels Agieren einerseits

und relativiert deutsche und europäische Verbrechen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts andererseits. Die Ansprache zielte auch darauf die eigene Israel-feindliche Position als vermeintlich „antifaschistisch“ zu legitimieren.

Von Seiten des Moderators wurde auf der Abschlusskundgebung Israel als der Pariah-Staat der Gegenwart dämonisiert: „Gibt es heute eine Gewalttat, die sich hinsichtlich ihrer Kaltblütigkeit mit dem Siedlungsbau des zionistischen Regimes vergleichen ließe?“ (Moderator, Wittenbergplatz, 17:07 Uhr). Während des Aufzugs auf Höhe des Olivaer Platz, fügte der Moderator, an die häufig gerufene Parole „Unsere Stimme bleibt nicht stumm, Israel bringt Menschen um“ „und zwar systematisch“ (15:49 Uhr) hinzu. Auch in dieser sprachlichen Figur des „systematischen Umbringens von Menschen“ ist eine Parallelisierung mit den nationalsozialistischen Verbrechen enthalten. Auf dieselbe Parole reagierte am Straßenrand auf Höhe der Knesebeckstraße eine Passantin in Richtung ihrer Begleiter_innen gewandt, in einer deutlich wahrnehmbaren Lautstärke, „Ja, da haben sie total recht. Das liegt alles an diesen scheiß Juden!“ (16:10 Uhr).

Religiös motivierter Judenhass

Auf der Abschlusskundgebung wird von Hassan Sadeghi (siehe Anlage 8) die al-Isra Sure rezitiert. Im 4. Vers wird prophezeit, dass die „Kinder Israels [...] verderben stiften und auf der Erde nach der Vorherrschaft streben“ (17:04 Uhr). Der ebenfalls rezitierte 5. Vers lautet: „Wenn nun die Drohung für das erste Mal (der Unheilstiftung) in Erfüllung geht, schicken wir Diener von uns, die über eine gewaltige Kampfkraft verfügen, gegen euch, damit sie (zur Strafe der Unheilstifter) in die Häuser und Städte eindringen. Es ist eine Verheißung, die bestimmt ausgeführt wird.“ (17:05 Uhr) Im Kontext des Qudstag-Marsches ist die Rezitation dieser Verse als eine religiös begründete Aufforderung bzw. Legitimation von Gewalt gegen Israel zu interpretieren.

Antisemitische Bildsprache auf dem Qudstag-Marsch

Die Mehrheit der Plakate auf dem Qudstag-Marsch wurde von der „Arbeitsgruppe Quds“ während der Auftaktkundgebung verteilt und am Ende der Versammlung wieder eingesammelt.

Das Konterfei Benjamin Netanyahus auf einem „Fahndungsplakat“ wurde mit einem Filzstift so ergänzt, dass der israelische Ministerpräsident als Vampir mit zwei Hörnern und blutsaugenden Zähnen figuriert (siehe Anlage 6). Das Verwenden von Symbolen oder Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen, um Israel oder die Israelis zu beschreiben, ist auf Grundlage der erwähnten Arbeitsdefinition als antisemitisch zu bewerten.

Auf Höhe Tauentzienstraße wurde eine junge Frau mit einem Plakat festgestellt, welches ein Ende der deutschen Schuld fordert: „Keine Ewigkeit der Schuld der Deutschen. Unsere Generation trägt keine Schuld.“ (16:52 Uhr) Die Aussage knüpft an die Schlussstrichdebatte an und drückt eine revisionistische Haltung aus. Wenngleich diese Aussage nicht explizit antisemitisch ist, vermittelt sie eine spezifische Form des Nachkriegsantisemitismus, welche sich in einer Schuld- und Erinnerungsabwehr ausdrückt.

An der Seitenfront eines zweiten Lautsprecherwagens war während der ganzen Zeit der Versammlung eine durchgestrichene Israel-Fahne zu sehen, was ein deutlicher Hinweis für die Einstellung der organisierenden Strukturen ist: Israels Existenzrecht wird auch in dieser Symbolik negiert bzw. in Frage gestellt.

Exkurs: Martin Lejeune auf dem Qudstag-Marsch 2016

Wie im vergangenen Jahr trat Martin Lejeune als Redner auf der Abschlusskundgebung des Qudstag-Marsches auf (17:13 Uhr). In seiner kurzen Ansprache warb er für die Teilnahme an seiner Kundgebung in „Gedenken an die Opfer des Gaza-Kriegs“, welche er ursprünglich am „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin Mitte durchführen wollte. In seiner Rede am Wittenbergplatz bezeichnete er das israelische Vorgehen im Gaza-Streifen als „Völkermord“. Er wolle nicht, dass seine Regierung Mitschuld daran trage. Bereits zuvor war er beim Auftaktort der Gegenveranstaltung am „Kranzler Eck“ durch eine Störaktion aufgefallen und von der Polizei abgeführt worden. Diese Erfahrung hielt ihn nicht davon ab, unter den Teilnehmenden des Qudstag-Marsches mit Hilfe eines Fragebogens eine Umfrage durchzuführen. Eine Auswahl der Fragen beleuchtet das Weltbild Lejeunes, der in den vergangenen Jahren die Nähe zu unterschiedlichen Gegner_innen Israels suchte. Die Teilnehmenden seiner Befragung sollten die folgenden Statements mit „Ja/Zustimmung“ oder „Nein/Ablehnung“ beantworten und eine „Begründung“ für ihre Antworten formulieren:

- „In öffentlichen Schulen/Hochschulen Berlins sollen Gebetsräume eingerichtet werden.“
- „In Berlin soll das Trinken von Alkohol im öffentlichen Raum weiterhin erlaubt sein.“
- „Werbung mit unrealistischen oder ungesunden Körperbildern in Berlins Bussen und U-Bahnen sollen weiterhin erlaubt sein.“
- „In Berlin sollen weitere Moscheen mit Minaretten gebaut werden.“
- „Ich wende mich in Familienangelegenheiten an ein weltliches Gericht.“
- „Die deutsche Bundesregierung soll Israel weiterhin unterstützen.“
- „Die deutsche Bundesregierung soll weiterhin Waffen an Israel liefern.“
- „Ich habe in den letzten fünf Monaten mindestens ein israelisches Produkt gekauft.“
- „Soll die deutsche Bundesregierung die jüdische Kultur und Religion in Deutschland fördern?“
- „Der Zionismus wird von allen Juden unterstützt.“
- „Zionistische Vereinen, Organisationen sollen in Deutschland verboten werden.“

Fazit

- Auf dem Qudstag-Marsch am 25. Juli 2014 wurde nicht nur zum Mord an Juden_Jüdinnen aufgerufen, sondern Personen mit Israel-Fahnen am Rande des Aufzugs wurden mehrmals körperlich angegriffen. Der Aufzug im Jahr 2015 verlief zwar gewaltlos, war jedoch von einer offeneren und äußerst aggressiven Hetze gegen Israel und die „Zionisten“ von Seiten der Redner_innen geprägt.
- Auf dem diesjährigen Qudstag-Marsch war aufgrund der strengen Auflagen von Seiten der Redner_innen das Bemühen zu erkennen, den Antisemitismus noch stärker zu verschleiern und weniger aggressiv aufzutreten. Dass dies nicht immer gelang, belegen mehrere Aussagen des Moderators zwischen der Auftakt- und Abschlusskundgebung, vor allem aber die in Arabisch vorgetragene Koran-Rezitation auf dem Wittenbergplatz, durch welche ein gewalttätiges Vorgehen gegen die „Kinder Israels“ religiös gerechtfertigt wurde.
- Das zentrale Anliegen des Qudstag-Marsches, das öffentliche Eintreten für die Vernichtung Israels bleibt auch bei strengeren Auflagen bestehen. Dass dies so nicht gesagt wird, sondern diverse Umwegkommunikationen für die Vermittlung der Botschaft gewählt werden, ändert an diesem Umstand nichts. Der zentrale Topos, die Dämonisierung des Zionismus, bedient immer wieder antisemitische Denkfiguren und Bildsprache.
- Im Januar 2015 befand das Amtsgericht Essen (Az. 57 Cs-29 Js 579/14-631/14), dass das Wort „Zionisten“ im Kontext Israel-feindlicher Manifestationen ein Codewort für „Juden“ sei und sah in der Aussage „Tod und Hass den Zionisten“ den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Die Berufungsinstanz bestätigte im Mai 2015 das Urteil. Würde diese Auffassung auf den Berliner Qudstag-Marsch übertragen werden, wäre ein erheblich größerer Teil der Reden auf dem diesjährigen Qudstag-Marsch als antisemitisch inkriminiert und in Teilen als Volksverhetzungen

sogar strafbar.

Erstellt durch:

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V.
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin
Register Charlottenburg-Wilmersdorf

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=wNvwnlW2MUE> sowie
<https://www.youtube.com/watch?v=OHhdoFQ5JLI>

Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Eine Einführung

21. Juli 2016

Einführungsvortrag zum Fachgespräch „Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Was können, müssen wir tun?“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Reichstagsgebäude Berlin, am 4. Juli 2016.

von Berndt Georg Thamm

Nach den Terror-Anschlägen im Jüdischen Museum in Brüssel im Mai 2014 und im jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015 baten mich meine Freunde im Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) um Gefahreinschätzungen zur Bedrohungssituation der Jewish Community, der ich mit zwei Expertisen gerne nachkam. [1] Jüdisches Leben ist bis heute bedroht, was nicht zuletzt die Al-Quds-Demonstration wieder deutlich machte, die vor wenigen Tagen wieder in Berlin stattfand, nunmehr schon seit 20 Jahren.

Im heutigen Fachgespräch „Antisemitismus im fundamentalistischen Islam“ möchte ich, ob der begrenzten Zeit in komprimierter Form darstellen, daß fundamentalistische Muslime – schiitische „Märtyrer“ und sunnitische „Gotteskrieger“ – ihren sog. Heiligen Krieg (Djihad) in nur wenigen Jahrzehnten zu einem „Holy“ World War haben werden lassen. Bis zum heutigen Tage ist die Speerspitze dieses Djihad-Terrorismus antisemitisch.

In gut zwei Monaten steht uns am 11. September bereits der 15. Jahrestag des 9/11 ins Haus – der Terror-Anschläge in und gegen die USA, die von selbstmörderischen Kommandos der al-Qaida begangen wurden. Eben der al-Qaida, die vor fast drei Jahrzehnten (1988) gegründet wurde und die durch Transformationen viele Gesichter bekam, bis hin zu dem aus der al-Qaida im Irak (AQI) erwachsenen Islamischen Staat (IS). Dieser neue IS und die alte Qaida konkurrieren seit wenigen Jahren um die Leadership im globalen Djihad.

Was unterscheidet nun diese Terror-Konkurrenten?

- Laut Qaida-Begründer Osama Bin Laden (OBL) soll eine sunnitisch-schiitische Einheitsfront gegen den Internationalen Unglauben (al-Kufre al-Alami) mit dem Ziel kämpfen, nach gewonnener Endschlacht (Armageddon) ein globales Kalifat zu errichten.
- Laut IS-Vordenker Abu Mussab al-Zarqawi kämpft eine sunnitische Einheitsfront gegen den Internationalen Unglauben & Glaubensabtrünnige (insbesondere Schiiten) und Glaubensverfälscher (z.B. Yesiden) vom nahöstlichen Territorium eines am 29. Juni 2014 proklamierten neuen Kalifats (für den neuen sunnitischen Menschen) mit dem Ziel, dieses um territoriale Zugewinne der Levante und weitere Gebiete des Islam (dar al-Islam) zu erweitern und auszubauen.

Was verbindet diese Terror-Konkurrenten?

Letztlich ihre Zielstellungen. Sowohl im zu gründenden globalen Kalifat der al-Qaida als auch in der Territorialerweiterung des gegründeten IS-Kalifats ist die Existenz Israels nicht vorgesehen, wohl aber die der Heiligen Stadt Jerusalem (al Quds) – natürlich „judenfrei“.

Sowohl der Qaida-Begründer als auch der IS-Führer machten dies in Worten und Taten deutlich.

Wortzitate der Führer des Djiha-Terrorismus:

- OBL im Dezember 1994 (noch vom Exil im Sudan aus): „Der jüdische Feind ist der Aggressor, der Verderber der Religion und der Welt. So ist es unsere gesetzliche Pflicht, im Namen Gottes Djiha zu führen ... damit Palästina vollständig befreit und wieder unter islamischer Souveränität leben kann“.
- Abu Bakr al-Baghdadi alias Kalif Ibrahim im Dezember 2015: „Wir haben Palästina keine Sekunde lang vergessen“. Der neue Kalif kündigte Angriffe an: man werde Palästina zu einem „Grab für die Israelis“ machen.

Gewaltandrohung/ausübung durch die Terror-Konkurrenten:

- OBL begründete 1998 die „Internationale Front für den Heiligen Krieg gegen Juden und Kreuzfahrer“, die in der Folge einen territorial ungebundenen (Guerilla) Krieg führte, auch gegen Zivilisten. Beispiele antisemitischer Terror-Taten:
 - Anschlagplanungen auf jüdische Einrichtungen in Deutschland 2001/2002,
 - Anschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge in Tunesien 2002,
 - Doppelschlag auf israelische Touristen in Kenia 2002,
 - Doppelschlag auf die Neve-Schalom-Synagoge und die Beth-Israel-Synagoge in der Türkei 2003,
 - Anschlag auf ein jüdisches Zentrum in Indien 2008.
- Der IS rief im Oktober 2015 vor dem Hintergrund der palästinensischen sog. Messer-Intifada gegen Israelis zum globalen Mord an Juden auf. Unter anderen stellte er „empfindliche Stellen, geeignet zum Niederstechen von Juden“, bildhaft ins Netz. Das „Hauptzielpublikum“ der Kampagne sind die Palästinenser, doch die Inhalte dürften auch ein anderes breiteres Publikum erreichen, das sich mit dem IS identifiziert oder sich von ihm inspirieren lässt, sowohl in den Ländern des Nahen Ostens als auch in den muslimischen Gemeinden weltweit. [2] Beispielsweise in Deutschland:
 - Hier griff Ende Februar eine 15-jährige deutsch-marokkanische Schülerin im Hauptbahnhof in Hannover einen Bundespolizisten an und stach diesem bei einer Kontrolle ein Gemüsemesser in den Hals.
 - Jüngstes Opfer derartiger Angriffe war Ende Juni ein 13-jähriges Mädchen im Westjordanland, das von einem palästinensischen Attentäter mitten im Schlaf mit dem Messer getötet wurde.

Der diese jungen Attentäter inspirierende IS bekämpft als sog. „Schutzmacht der Sunniten“ gnadenlos die „glaubensabtrünnigen“ Schiiten. Diese hatten schon 1979 im Iran nach Rückkehr des Ayatollah Khomeini am 1. April die Islamische Republik als Theokratie (Gottesstaat) ausgerufen, die nach Ansicht des obersten Rechtsgelehrten nun ein „Ausgangspunkt für eine globale Ausbreitung der islamischen Staatsidee“ war – natürlich ohne Israel.

„Seit über 20 Jahren warne ich vor der israelischen Gefahr. Wir müssen uns alle erheben, den Staat Israel auflösen und das Volk Palästinas an seine Stelle setzen“, so Khomeini im Februar 1980.

Um diese – für den Iran bis heute gültige – Botschaft in die Welt zu tragen, hatte Ayatollah Khomeini ein halbes Jahr zuvor am 7. August 1979 (zum Ende des Fastenmonats Ramadan) den internationalen „Al-Quds-Tag“ proklamiert.

- An diesem sollten zum einen alle Muslime ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk bekunden und für „die Befreiung der Muslime unter dem zionistischen Regime“ demonstrieren.
- Und zum anderen sollte mit diesem Tag daran erinnert werden, daß al-Quds (Jerusalem), die sich „Israel widerrechtlich angeeignet“ hatte, für alle Muslime die drittheiligste Stadt nach Mekka (Muhammads Geburtsstadt) und Medina (hier lebte

und herrschte der Prophet) war.

So unveröhnlich sich im langen und blutigen innerislamischen Konflikt schiitische und sunnitische Kombattanten gegenüberstehen, zur Erinnerung sei der gegenwärtige Stellvertreterkrieg im Jemen genannt, so gegenstandslos wird diese Unversöhnlichkeit, wenn es um Judenfeindschaft und erst recht gegen den verhassten Feind Israel geht.

Erst Vorgestern (2. Juli) wurde dies auf der nunmehr schon 20. Demonstration des al-Quds-Tages in Berlin (seit 1996) deutlich, auf der Exil-Schiiten (nicht zuletzt Hizbollah-Sympathisanten) und sunnitische Palästinenser (auch Hamas-Sympathisanten) gemeinsam gegen Israel für ein „freies Gaza“ demonstrierten – dem Operationsgebiet der Hamas, des Islamischen Dschihad und mittlerweile auch des IS – deren Anliegen nicht zuletzt die Vernichtung Israels ist.

„Wenn und wo Juden bedroht sind“, so der Historiker Michael Wolffsohn im Januar 2015 nach den Terror-Anschlägen in Paris, „ist die offene Gesellschaft bedroht“. Und ich füge hinzu: auch unsere Gesellschaft in Deutschland.

Einführungsvideo des JFDA zur Veranstaltung:

<https://www.youtube.com/watch?v=SbBdXUazl0w&t=6s>

[1] 1. Terroranschlag in Brüssel – Verbote eines Tsunami djihadistisch-antisemitischer Gewalt, Analyse für das JFDA Juni 2014, veröffentlicht in der Zschr. „Die Mahnung“, Hrsg. BVN Berlin, 61. Jg. Nr7/Juli 2014, S. 2 – 5.

2. Terroranschläge in Paris gegen Juden und „Kreuzfahrer – Der antisemitische Dschihad als „Holy World War“, Studie für das JFDA März 2015, veröffentlicht als JFDA-Studie (Deutsch) Sept./Okt. 2015, Englisch Januar 2016.

[2] IS-Hetzkampagne ruft vor dem Hintergrund der palästinensischen Terrorwelle zum Mord an Juden auf, in: Das Meir Amit Informationszentrum über Geheimdienste und Terrorismus im israelischen Zentrum für Nachrichtendienst, Kulturerbe und Gedenke, 21. Oktober 2015, S.2.

Islamistischer Terror in Würzburg?

21. Juli 2016

von Ulrich W. Sahn, Jerusalem, 19. Juli 2016

Wie der Zufall so will, wurde die Nachricht über den Terroranschlag eines jungen Afghanen im Regionalzug bei Würzburg im israelischen Rundfunk verbreitet, als noch kein einziges deutsches Medium dazu auch nur die kleinste Meldung veröffentlicht hatte. In Deutschland wird er Rias A. genannt. Ein IS Video identifiziert ihn jetzt als Muhammad Riyad. Während in Israel sehr schnell mit dem Finger auf „islamistischen Terror“ gewiesen wird, musste die deutsche Polizei erst eine handgemalte IS-Flagge im Zimmer des 17-Jährigen in Ochsenfurt entdecken, um ein islamistisches Motiv einzukalkulieren. Die Polizei hat während des Anschlags im Regionalzug das „Allah U-Akbar“ während eines Notrufs mitgeschnitten. Deutsche Reporter vermieden tunlichst das Wort islamisch oder islamistisch. Erst hieß es, ein „Verdächtiger“ sei mit Axt und Messern auf die Touristengruppe aus Hong Kong losgegangen. Dann kam der „mutmaßliche Täter“, als ob es Zweifel an der Tat gegeben hätte. Und schließlich wurde neutral von einem „Amoklauf“ geredet. Einen Höhepunkt des Zynismus vollbrachte die Grünenpolitikerin und ehemalige Justizministerin Renate Künast mit ihrer Frage auf Twitter, weshalb die Polizei den flüchtenden Afghanen erschossen habe, anstatt ihn zu überwältigen. Inzwischen wird in deutschen Medien vorgeschlagen, nicht von Terror oder Terroristen zu reden, sondern von Kriminellen und Gewalttaten. So solle den Tätern die Lust genommen werden, für Allah zu sterben und in der islamischen Welt als „Schahid“ (Märtyrer) verehrt zu werden.

All diese Diskussionen sind seit Jahren in Israel bestens bekannt. „Der Terrorist des Einen ist Widerstandskämpfer des Anderen.“ Diese Definition macht es den Israelis leicht, fast jeden „nationalistisch motivierten“ Anschlag, nicht nur von Palästinensern, sondern auch von extremistischen Juden, als „Terror“ zu bezeichnen. Selbstverständlich kennen die Palästinenser selber nur Freiheitskämpfer, Widerstand, Heldentaten und am Ende „Märtyrer“, deren Blut den heiligen Boden Palästinas düngt. Selbst Massenmörder, die sich in Bussen oder Restaurants gesprengt haben, um willkürlich israelische Zivilisten zu ermorden, werden von der palästinensischen Autonomiebehörde offiziell mit Denkmälern oder Wandgemälden geehrt. Schulen, Straßen und Fußballplätze werden nach ihnen benannt. Wenn sie mit lebenslänglicher Haft im israelischen Gefängnis sitzen, erhalten sie fürstliche Gehälter. Und auch ihre Familienangehörigen sind finanziell bestens versorgt.

Zu den europäischen Mantras, wie Israelis am besten den palästinensischen Widerstand/Terror brechen könnten, zählen Rückzug aus den besetzten Gebieten, die Errichtung eines palästinensischen Staates und seit Aufkommen der Messerstechereien durch „einsame Wölfe“, heißt es, man müsse den jungen Menschen eine „Perspektive“ geben. All diese Vorschläge verfehlen die Wirklichkeit vor Ort. Palästinensischen Terror hat es schon vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 gegeben, also ehe Israel die heutigen besetzten Gebiete eroberte. Die die Fatah-Partei begeht ihre „Gründung“ mit Gedenken an einen Anschlag in Israel durch „Fedajin“ aus dem Gazastreifen 1966. Der „Nahostexperte“ Michael Lüders verglich zwar die Banlieus bei Paris mit den von Israel besetzten Gebieten. Doch Ochsenfurt oder Würzburg dürften kaum einem solchen Vergleich standhalten, um Regierungen in Europa für die Radikalisierung junger Moslems verantwortlich zu machen. Auch die Errichtung eines palästinensischen Staates bietet keinerlei Garantie für ein Ende des „Widerstandes“. Im Gazastreifen und im Westjordanland leben die meisten Palästinenser dank der Osloer Verträge in einem staatsähnlichen Gebilde, der „Selbstverwaltung“. Sie haben eine eigene Gerichtsbarkeit und Polizei in palästinensischen Uniformen. Bei allen zivilen Belangen haben die Israelis seit 1994 kein Mitspracherecht mehr. Nur wenn Palästinenser nach Israel fahren oder ins Ausland reisen wollen, müssen sie eine kostenlose Genehmigung einholen, so wie jeder Deutsche für die Einreise in bestimmte Länder bei den jeweiligen Botschaften ein teures Visum beantragen muss. Und schließlich die fehlende „Perspektive“ für die jungen Leute. Ungebildete Terroristen aus ärmlichen Verhältnissen hat es bisher nur sehr selten gegeben. Der Afghane aus Ochsenfurt sollte demnächst eine Bäckerlehre antreten. Palästinensische Terroristen stammen fast ausnahmslos aus wohlhabenden Familien. Sie studierten an israelischen Universitäten oder hatten schon einen guten Job. Ein relativ neues Phänomen sind Kinder, darunter 13-Jährige, die nach Familienstreit zum Messer greifen, um „Juden abzustechen“.

Die Motive der Täter können unterschiedlich sein. Junge Mädchen, die vor ihrer Hochzeit geschwängert wurden, sind aus in ihrer konservativen Gesellschaft ausgestoßen. Für sie gibt es dann nur den Selbstmord als „Schahida“, um sich zu rehabilitieren.

Die Mörder von Brüssel, Paris, Nizza, Kopenhagen oder Ochsenfurt, palästinensische „Widerstandskämpfer“ und Selbstmordattentäter von Bagdad, Aleppo, Beirut oder Tunis haben eines gemein: Selbst wenn sie nicht ausdrücklich „Allah U-Akbar“ (Allah ist der Größte) rufen, was etwa die Zeitschrift Cicero in einem großen Artikel im Falle des Attentäters von Nizza als „Falschmeldung“ abtut, unterliegen alle einer islamistischen Gehirnwäsche und dem Glauben an ein besseres Leben im Paradies, mit oder ohne 72 „Jungfrauen“. Der Motor aller Anschläge ist eine für politische Zwecke missbrauchte religiöse Ideologie. Der Jubel auf Straßen und öffentlichen Plätzen in der muslimischen Welt, etwa nach 9/11 im Jahr 2001 und nach großen Anschlägen seitdem, bezeugen, dass dieser Terror nicht nur von Extremisten gutgeheißen wird, sondern Rückhalt in

weiten Kreisen der muslimischen Gesellschaften hat.

Bisher hat noch kein Theologe, Gelehrter oder gar Politiker einen funktionierenden Vorschlag geäußert, wie die von Gott diktierten Glaubenssätze abgeschafft oder geändert werden könnten. Einschlägige Islamfeinde picken brutale Koransuren heraus, um zu beweisen, dass alle Moslems eine akute Gefahr für die Umwelt darstellen.

Moslems hingegen nennen die Namen von extremistischen Geistlichen, die einen großen Einfluss haben und mit ihren Fatwas (Rechtssprüchen) den relativ neuen menschenverachtenden Terror anfeuern. Einer von ihnen ist der prominente Scheich Jusuf al-Qardawi. Der gebürtige Ägypter hat schon vor über 20 Jahren empfohlen, „Rom“ zu erobern. In der arabischen Welt wird er „Mufti der Selbstmordattentate“ genannt. Einen ähnlichen Einfluss hatte Osama bin Laden. Ohne ihn wäre der bislang schlimmste Terroranschlag der Menschheitsgeschichte nicht zustande gekommen.

In Deutschland hatte eine kleine Gruppe von Gleichgesinnten ausgereicht, eine mörderische Ideologie zu erfinden und einer ganzen Nation das Gehirn zu waschen, was zur Zerstörung der Welt und dem Tod von Millionen Menschen führte.

(C) Ulrich W. Sahn

Von den Juden und ihren Lügen

22. Juli 2016

von Ulrich W. Sahn, Jerusalem, 17. Juli 2016

Die evangelische Kirche Deutschland (EKD) hat 2017 zum Luther-Jahr gekürt, um die Verdienste des Reformators zu würdigen, darunter dessen wortgewaltige und einzigartige Übersetzung der Bibel ins Frühneuhochdeutsche. Dieses Luther-Jahr wird das erste Jahrhundertjubiläum seit Auschwitz sein, schreiben die Autoren einer Neuauflage von Luthers Spätschrift „Von den Juden und iren Lügen“ (so der Originaltitel).

Bei einem Besuch in der Lutherstadt Wittenberg vor ein paar Jahren boten die Buchhandlungen fast alles an, was Luther oder über Luther geschrieben worden war. Nur ein Buch war nicht zu finden. Eben jenes Spätwerk. Es passt nicht so recht in das Konzept der EKD nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Luther-Archiv war damals so freundlich, mir die Fotokopie eines Nachdrucks aus der Nazizeit 1936 anzufertigen.

Jetzt haben vier Autoren, Karl-Heinz Büchner, Bernd Kammermeier, Reinhold Schlotz und Robert Zwilling, im Aschaffener Alibri Verlag das umstrittene Luther-Buch neu herausgegeben. Auf der linken Seite ist in Schwabacher Frakturschrift der Originaltext aus dem Jahr 1543 mitsamt Orthografie-Fehlern wiedergegeben. Auf der rechten Seite ist eine hochdeutsche Übersetzung in normalen lateinischen Lettern abgedruckt. Stets kann man auf Luthers Originalformulierungen zurückgreifen. Am Ende des Buches befinden sich noch 200 Endnoten mit Erläuterungen zu den von Luther verwendeten Namen und Begriffen, die dem heutigen Leser nicht mehr geläufig sind. Luther hat in dieser Spätschrift seinen abgrundtiefen Hass gegen Juden ausgebreitet. Das Buch liest sich wie eine Vorlage für Hitlers Judenverfolgungen. So empfahl der Reformator, Synagogen und „Judenhäuser“ zu verbrennen und Juden wie die „Zigeuner unter ein Dach oder in einen Stall“ zu tun. Man solle ihre religiösen Bücher wegnehmen und Rabbinern, unter Androhung der Todesstrafe, das Lehren verbieten. Luther empfiehlt eine Aufhebung der Bewegungsfreiheit für Juden, Zwangsenteignungen und Zwangsarbeit.

Zum Auftakt der Luther-Dekade 2008 hatte der damalige EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber

Luthers judenfeindliche Schriften als „beschämende Aussagen zu den Juden“ verniedlicht. Schon ein flüchtiger Blick auf willkürlich ausgewählte Seiten dieses Buches macht verständlich, warum die evangelischen Kirchen dieses Spätwerk vor ihren 70 Millionen Anhängern versteckt haben. So wurde bewusst ein unvollständiges und verfälschtes Bild des Reformators vermittelt, der immerhin ungewollt zu einer Spaltung der katholischen Kirche geführt hat und so den Weg zum verheerenden Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) geebnet.

Es sollen noch zwei weitere Bände mit judenfeindlichen Schriften Luthers folgen. Die Spätschrift war kein Ausrutscher. Der Judenhass zog sich wie ein roter Faden auch durch andere Werke seines letzten Lebensdrittels. Ein Vorgeschmack, aus Luthers Tischrede Nr. 1795, wurde dem Buch als Motto vorgesetzt: „Wenn ich einen Juden taufe, will ich ihn an die Elbbrücken führen, einen Stein um den Hals hängen, ihn hinabstoßen, und sagen: Ich taufe Dich im Namen Abrahams.“ Hierzu sei angemerkt, dass der prominente Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann 2013 in Evangelischen Akademie der Nordkirche in Hamburg behauptete: „Luther konnte sich Judenmord nicht vorstellen.“ [1] Vorsorglich warnen die Autoren davor, Luthers Schrift nicht zur Rechtfertigung von neonazistischem oder antisemitischem Gedankengut zu missbrauchen. Die werkgetreue Übertragung in heutiges Deutsch diene allein der Aufklärung.

Langsam setzt sich inzwischen auch die EKD mit den unrühmlichen Gedanken ihres Kirchengründers auseinander, mag aber noch immer nicht die Dinge beim Namen nennen. Es heißt: „Luthers Empfehlungen zum Umgang mit Juden seien widersprüchlich und hätten Schmähungen und Forderungen nach vollständiger Entrechtung und Vertreibung der Juden eingeschlossen.“ (ekd) Dass der Reformator ein hasserfüllter antisemitischer Mordhelfer war, will den Vertretern seiner Kirche noch nicht in die Feder. Es steht zu hoffen, dass am Ende des Jahres auch diese historische Wahrheit ungeschminkt dasteht. Für die Lutherdekade und das Luther-Jahr haben Bund, Länder und Kommunen ein Gesamtetat von über 220 Millionen Euro aus Steuergeldern bereitgestellt.

(C) Ulrich W. Sahn

Martin Luther: Von den Juden und ihren Lügen
347 Seiten, kartoniert, erschienen 2016, Euro 20.-
ISBN 978-3-86569-196-5

[1] <https://www.luther2017.de/de/neuigkeiten/auf-spurensuche-zwischen-alster-und-elbe/>

Hitlergruß und Volksverhetzung bei rechtem Aufmarsch in Berlin

2. August 2016

Wie bei den vorangegangenen Aufmärschen der rechten „Wir für Deutschland“ Bewegung in Berlin, zeigten viele der rund 1300 Teilnehmer_innen bei der Demo am vergangenen Samstag unverhohlen ihre nationalistische Gesinnung bis hin zur antisemitischen Volksverhetzung und des Zeigens des Hitlergrußes. Auch dieses Mal kamen tausende Berlinerinnen und Berliner zu mehreren Gegendemonstrationen zusammen.

Am vergangenen Samstagnachmittag (30.7.2016) fand in Berlin der nunmehr vierte Aufmarsch des nationalistischen Initiativkreises „Wir für Deutschland“ unter dem Motto „Merkel muss weg“ statt, der am Hauptbahnhof startete und endete und durchs Regierungsviertel führte. An diesem Aufzug beteiligen sich mit rund 1300 Aktivist_innen weit weniger Menschen als an den beiden vorangegangenen vom Veranstalter deklarierten Großdemonstrationen. Die Demonstrierenden kamen vor allem aus Berlin und Brandenburg sowie den ostdeutschen Bundesländern. Neben Wut- und Protestbürgern beteiligten sich Freie Nationalisten, Funktionäre der NPD und von Pro-Deutschland,

AfD-ler, Holocaustleugner, Reichsbürger, antizionistische Antisemiten, rechte Hooligans, Aktivist_innen der von Lars Mährholz 2014 gegründeten Montagsmahnwachen sowie diverse *GIDA-Zusammenschlüsse an dieser Versammlung.

Neonazistyle prägte Bild der Demonstration

Um den Anschein zu erwecken, es handele sich nicht um eine nationalistische Demonstration, verbot der Veranstalter Enrico Stubbe von der rechtspopulistischen Kleinstpartei Pro-Deutschland zu Beginn der Veranstaltung das Mitführen von schwarz-weiß-roten Fahnen des Deutschen Reichs. Zwar wurde diese Einschränkung konsequent umgesetzt, jedoch prägten andere Symbole der rechts-nationalistischen Szene das Gesamtbild des Aufmarsches. Nicht wenige trugen Klamotten der bei Rechten beliebten Marke Thor Steinar oder andere Kleidung und Accessoires, die szenetypisch sind. Das Transparent mit der Aufschrift „Tschüss Angie! Tschüss BRD! Den Demokraten den Stecker ziehen! Nationaler Sozialismus – JETZT!“, das Neonazis am Ende der Demo trugen, war Beweis für die demokratiefeindliche Haltung vieler Teilnehmender.

Wegen des Aufdrucks „70 Jahre Lüge und Verrat“ sowie einer Schlangenabbildung auf der Vorder- und „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldat“ auf der Rückseite seines T-Shirt, musste der Träger sein Hemd auf polizeiliche Anweisung hin während des Aufzuges ausziehen. Wie in vielen nationalsozialistischen Karikaturen zu sehen ist, [1] symbolisiert die Schlange in diesem Kontext die Juden, die hier als Lügner und Verräter dargestellt werden. Somit bekommt das T-Shirt, das über einschlägige Internetshops bezogen werden kann, eine eindeutig volksverhetzende Note.

Antizionistische Antisemiten diesmal nicht als Redner

Im Gegensatz zum Aufmarsch am 12. März war Curd Schumacher, rechter Videoblogger mit Rauschbart und Hut, dieses Mal nur im Publikum vertreten. So konnte er nicht seine antisemitischen Thesen, seine Behauptung „Amerika gehört faktisch dem jüdischen Volk“ oder seine Formel vom „internationalen zionistischen Großkapital“ von der Bühne herab loswerden. [2] Auch Hendra Kremzow von der Mahnwache München sowie der Friedensfusion, eine von mehreren Nachfolgegruppierungen der Montagsmahnwachen, hatte sich am Samstag auf den langen Weg von München nach Berlin gemacht, war aber nicht als Redner vorgesehen. Kremzow behauptete am 12. März vor dem Brandenburger Tor, „die ganze Riege der Politiker, die wir hier in Deutschland haben, die sind alle vergattert worden, bei den USA, bei den Zionisten. [...] Ich verspreche euch jeder gottverdammte Politiker, jeder Etablierte in Deutschland ist vergattert worden bei den Amis und bei den Zionisten. [...] Und was die USA und die Zionisten wollen? Sie wollen alle Nationen in Europa innenpolitisch destabilisieren. Die Zionisten, die versuchen unsere Demokratie auszuhebeln. [...] Das Problem mit den Zionisten ist überall“ (Hendra Kremzow, 12.3.2016, Berlin). [3] Obwohl Kremzow und seine Gesinnungskameraden fast ausschließlich von den Zionisten als die Feinde der Menschheit reden, erkennen Fachleute in dieser Formulierung die Umwegkommunikation der neuen Antisemiten. „Die Antisemiten heute benutzen nicht mehr unbedingt das Wort „Jude“ und „jüdisch“, und sagen „Wir sind gegen Juden und Judentum“, sondern sie haben eine sogenannte Umwegkommunikation entwickelt“, sagte die Kognitionswissenschaftlerin der Technischen Universität Berlin Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel in einem Interview des JFDAs. [4]

Demokratiefeindlichkeit und Menschenhass war Leitmotiv vieler Redner

In gleich mehreren Ansprachen bei dieser Demonstration wurde deutlich, dass abgrundtiefer Hass gegen „das System“ und gegen die Vertreter dieses politischen Systems Motor und Motiv waren,

sich an diesem Aufmarsch zu beteiligen.

Der Schweizer Ignaz Baerth von der rechten Kleinstpartei Direktdemokratische Partei Schweiz (DPS) schäumte in seiner Rede, dass so eine Volksverräterin wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel, aus dem Lande gejagt gehört oder Zitat: „Was ich von euch gehört habe, Merkel gehört ans Brandenburger Tor.“ Kaum war dieser Satz gesprochen, schallte es aus dem Publikum: „Öffentliche Steinigung für Merkel“.

Ergänzend zum immer wieder skandierten „Merkel muss weg“ forderte Sascha Perschke von PEGIDA-Hannover: „wir müssen das ganze System zum Einsturz bringen“. Auf seine Frage: „Wollt ihr das System zum Einsturz bringen?“ bekam er ein begeisterndes „Ja!“ zurück, was er zufrieden mit den Worten „dann lasst uns daran arbeiten, dieses Ziel zu erreichen“ bestätigte. Diese Worte Perschkes erinnern an die Forderung des NPD-Funktionärs Udo Pastörs, der 2007 bei einer Nazidemonstration im brandenburgischen Halbe sagte: „Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel. (...) Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Und es ist heute schon ungleich viel einfacher, (...) dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen.“ [5] Die 24-jährige Julia Schwarze, Aktivistin von „Wir lieben Sachsen/Thügida“ forderte bei der Auftaktkundgebung am Hauptbahnhof vom deutschen Volk den Schutz der Heimat und Kultur. Sie kritisierte im feinsten Sächsisch, dass Halal-Lebensmittel in deutschen Supermärkten angeboten werde. In Rückgriff auf ein altes antisemitisches Stereotyp meinte Schwarze, dies sei „geschändetes“ Fleisch von leidenden Tieren. Auch wenn Julia Schwarze sich lediglich auf Halal-Lebensmittel bezog, bezieht sie sich zwangsläufig auf koschere Produkte, die unter ähnlichen Bedingungen hergestellt und geschächtet werden.

Demonstrierende skandieren Naziparolen und „Lügenpresse“ im Regierungsviertel

Die Demonstrant_innen des Aufzuges, der sich durch das von der Polizei hermetisch abgeriegelte Regierungsviertel bewegte, skandierten immer wieder „Merkel muss weg“ und „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“. Auch Naziparolen, wie „Nationaler Sozialismus – jetzt“ und „Hier marschiert der nationale Widerstand“ wurden, angeleitet von einer Gruppe Frauen mit Megafon im vorderen Bereich des Zuges angestimmt.

Und nachdem Eric Graziani Grünwald, einer der Moderatoren des Marsches, die „Lügenpresse“ mit der „Deutschen Wochenschau“ gleichsetzte, sie mitverantwortlich machte für die Terroranschläge in Nizza und Brüssel, schallte aus der Demonstration in unmittelbarer Nähe des ARD-Hauptstadtstudios „Lügenpresse, Lügenpresse“ sowie „Lügenpresse auf die Fresse“.

Festnahmen und mehrere kleinere Zwischenfälle

Neben dem jungen Mann, der volksverhetzendes Gedankengut auf seinem T-Shirt präsentierte, nahm die Polizei einen Teilnehmer wegen Zeigens des Hitlergrußes vorläufig in Gewahrsam. Ein anderer Aktivist, der ebenfalls aus seiner Gesinnung kein Hehl machte, posierte in Höhe der Scheidemannstraße gleich zweimal vor Fotografen mit dem Hitlergruß.

Trotz des Versuches der Ordner Eskalationen zu vermeiden, gab es neben den vorübergehenden Festnahmen durch die Polizei mehrere kleinere Zwischenfälle. Zu Beginn der Kundgebung wurde eine muslimische Familie mit zwei kleinen Kindern auf dem Weg zum Bahnhof von rechten Demonstranten angepöbelt. Eine Journalistin wurde von zwei Demonstranten angegangen und leicht geschubst. Auch Menschen die am Rande der Demonstration ihren Unmut äußerten, wurden teilweise bedroht und eingeschüchtert. Zwei Menschen, die „Nazis raus“ riefen, wurden von Demonstranten verfolgt und mussten fliehen. Zudem kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung auf Höhe des Reichstages, als sich zwei Demonstranten vom Zug lösten und auf

eine Gruppe losgingen.

Tausende bei Gegenprotesten

Im Vergleich zur Demonstration am 7. Mai 2016 war der offene Gegenprotest in unmittelbarer Nähe zum rechten Aufmarsch dieses Mal eher verhalten.

Neben einer Gegendemonstration unter dem Motto „Für ein solidarisches Berlin – gegen rechte Hetze“, die gegen 14 Uhr mit zirka 1000 Teilnehmer_innen am Strausberger Platz startete und zur Wilhelmstraße zog, gab es Proteste gegen Rechts am ARD-Hauptstadtstudio und dem Brandenburger Tor sowie am Alexanderplatz, wo sich mehrere tausend Berlinerinnen und Berliner zu einem „Zug der Liebe“ versammelten.

Im Vorfeld appellierte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD), ein sichtbares Zeichen gegen Intoleranz zu setzen. „Berlin ist eine weltoffene, bunte, tolerante und demokratische Metropole. Das zeigen wir auch den Demonstranten, die diese demokratischen Rechte und die gelebte Vielfalt anderer nicht tolerieren wollen“, so Müller.

Letztendlich war die „Merkel-muss-weg“-Demonstration nicht nur nationalistisch, antisemitisch und rassistisch, sondern besaß auch ein hohes aggressives Potenzial. Bei Bestätigung des derzeitigen Trends wird die nächste „Merkel muss weg“- Demonstration, die für Anfang November 2016 geplant ist, mit noch weniger Aktivist_innen, dafür aber noch radikaler über die Bühne gehen.

Fotos:

<https://www.facebook.com/juedischesforum/posts/1288829484490362>

Youtube-Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=lysJQIKkv5A>

[1] www.facebook.com/juedischesforum/photos/p.1288841741155803/1288841741155803/?type=3&theater

[2] <https://www.youtube.com/watch?v=vcA73jFan8k#t=8m4s>

[3] <https://www.youtube.com/watch?v=s3TySovxK00#t=9m5s>

[4] <https://www.youtube.com/watch?v=krdzCDBf3a8#t=11m1s>

[5]

<http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/bundespartei/artikel/lasst-uns-diese-ganze-verfaultere-republik-unterwuehlen-pastoers-rathenow-rede-kein-einzelfall.html>

Djihadterrorismus als globale Bedrohung der Sicherheit

10. August 2016

von Berndt Georg Thamm

Vortrag auf der 3. Regionalkonferenz „DialogForum Sicherheitspolitik (DFS)“ zum Thema „Islamismus-Radikalismus-Terrorismus“ des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. Landesgruppe Bayern, Nürnberg 31. Juli 2016

Prolog

Russland, 5. Juli:

Auf dem Flugfeld des Militärflughafens Tuschino, einem Stadtteil im Nordwesten Moskaus, hatten sich zum diesjährigen Rock-Festival „Krylja“ (Flügel) um die 40.000 Zuschauer eingefunden. Auf dem Open-Air-Konzert traten ausschließlich russische Gruppen auf. Am Nachmittag versuchten

zwei junge Frauen auf das Gelände zu kommen. Da sie sich an den Eingängen nicht kontrollieren lassen wollten, wurden sie von den Sicherheitskräften nicht eingelassen. In der Folge sprengten sich die Frauen vor dem Konzertgelände in der Nähe der Kassen mit Sprengsätzen in die Luft. Einer davon war mit Metallsplintern, Schrauben und Nägeln präpariert. Die beiden 20-jährigen Frauen, tschetschenische Selbstmordattentäterinnen, rissen sich und 13 Konzertbesucher in den Tod und verletzten 48. Die meisten der Opfer waren zwischen 16 und 25 Jahre alt. Die Polizei und der FSB vermuteten als Drahtzieher den tschetschenischen Warlord Schamil Bassajew (1965 – 2006), dem ein ganzes Bataillon „schwarzer Witwen“ zur Verfügung gestanden haben soll.

Deutschland, dreizehn Jahre später:

Am 24. Juli 2016 war der letzte Tag des „Ansbach-Open“-Musikfestivals, zu dem über 2500 Besucher in die fränkische Stadt gekommen waren. Am Abend suchte ein junger Mann (27), auf das Gelände zu kommen. Da er keine Einlasskarte hatte, wurde er von der Security abgewiesen. In der Folge sprengte der Mann, ein abgelehnter Asylbewerber aus Syrien, eine in seinem Rucksack verbrachte Nagelbombe. Mit dem selbstgebauten Sprengsatz, in dem sich auch Metallteile befanden, tötete sich der mutmaßliche Dihadist selbst und verletzte 15 Menschen. Als Impulsgeber gilt der Islamische Staat (IS). Der Attentäter hatte einen „Treueeid“ auf dessen Führer Abu Bakr al-Baghdadi „erneuert“, ein Indiz für eine länger andauernde IS-Mitgliedschaft des Flüchtlings. Möglicherweise war der Mann vom IS als „Schläfer“ nach Deutschland geschickt worden.

Diese Tat in Ansbach (Bayern) stellt eine Zäsur dar, handelt es sich doch um den ersten „vollendeten“ Selbstmordanschlag mit islamistisch-dihadistischer Motivation in Deutschland.

Al-Qaida und ihre Transformationen

Diese Zäsur wurde rund sechs Wochen vor dem 15. Jahrestag des 9/11, der Terroranschläge der al-Qaida in den USA am 11. September 2001 geschlagen.

Eben der al-Qaida, die vor fast drei Jahrzehnten zum Ende des ersten großen Dihad der Moderne – dem Afghanistankrieg (1979 -1989) – 1988 von dem saudischen Wahhabiten Osama Bin Laden (1957 2011) gegründet wurde. Eben der al-Qaida, die im Laufe dreier Dekaden durch Transformationen viele Gesichter bekam, bis hin zu dem aus der al-Qaida im Irak (AQI) erwachsenen IS. Dieser neue IS konkurriert mit der „alten“ al-Qaida seit wenigen Jahren um die Leadership im globalen Dihad. Was unterscheidet nun die Terrorkonkurrenten?

- Laut Qaida-Begründer Osama Bin Laden (OBL) soll eine sunnitisch-schiitische Einheitsfront gegen den Internationalen Unglauben (al-Kufre al-Alami) mit dem Ziel kämpfen, nach gewonnener Endschlacht (Armageddon) ein globales Kalifat zu errichten.
- Laut IS-Vordenker Abu Mussab al-Zarqawi (1966 – 2006) kämpft eine rein sunnitische Einheitsfront gegen den Internationalen Unglauben & Glaubensabtrünnige (insbesondere Schiiten) und Glaubensverfälscher (z. B. Yesiden) vom nahöstlichen Territorium eines am 29. Juni 2004 proklamierten „neuen Kalifats für den neuen sunnitischen Menschen“ aus mit dem Ziel, dieses um territoriale Zugewinne in der Levante und weiteren Gebieten des Islam (dar al-Islam) zu vergrößern und auszubauen.

Was verbindet die Terrorkonkurrenten? Letztlich ihre Zielvorstellungen. Denn sowohl im zu gründenden Kalifat der al-Qaida als auch in der Territoriaausweitung des gegründeten neuen Kalifats/IS ist die Existenz Israels nicht vorgesehen, wohl aber die der Heiligen Stadt Jerusalem (al-Quds) – diese natürlich „judenfrei“.

Globale Mordaufrufe der Terror-Konkurrenten

Beide Terror-Konkurrenten haben schon früh den Kampf gegen ihre Feinde (des Islam) globalisiert.

Al-Qaida gründete dafür schon 1998 seine „Internationale Islamische Front für den Heiligen Krieg gegen Juden und Kreuzfahrer“. Im Manifest dieser Front hieß es u.a.: „... Folglich und entsprechend dem Befehl Gottes teilen wir allen Muslimen das folgende Urteil mit: Die Amerikaner zu töten, ob Zivilisten oder Soldaten, ist eine Pflicht für jeden Muslim, der es tun kann, in jedem Land, wo er sich befindet, bis die al-Aqsa-Moschee (in Jerusalem, A.d.V.) und die große Moschee in Mekka von ihnen befreit sind (...) Wir rufen die muslimische Ulema (Gelehrte, A.d.V.), ihre Anführer, ihre jungen Leute und ihre Soldaten auf, die amerikanischen Soldaten des Satans und ihre Verbündeten, Ausgeburten des Satans, anzugreifen und zu verjagen ...“ Keine sechs Monate nach diesem Mordaufruf wurden am 7. August fast zeitgleich auf die US-Botschaften in Daressalam (Tansania) und Nairobi (Kenia) Bombenanschläge verübt. Durch den terroristischen Doppelanschlag in den rund 1000 Kilometer voneinander entfernten Hauptstädten wurden 257 Menschen getötet und mehr als 5000 verletzt.

Mit diesem Manifest wurde festgeschrieben, dass der Dihad territorial ungebunden, asymmetrisch und auch gegen „ungläubige“ Zivilisten zu führen ist. Die Transformationen der al-Qaida änderten an dieser Festschreibung nichts. Über 15 Jahre nach der Gründung der „Internationalen Islamischen Front“ war es nun der djihadterroristische IS, der den globalen Mordaufruf gegen „ungläubige“ Soldaten und Zivilisten quasi erneuerte und ins Netz stellte. Als Reaktion auf eine Unterstützerkonferenz in Paris am 15. September 2014, auf der sich 30 Staaten als internationale Koalition auf ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die IS-Terrormiliz einigten, rief der IS-Sprecher wenig später Anhänger und Unterstützer zur Tötung von Bürgern aller Staaten auf, die sich dieser Koalition angeschlossen hatten.

Eben darauf nahm fast zwei Jahre später die dem IS nahestehende Agentur „Amaq“ in ihren Breaking News zum Ansbach-Anschlag mit Deutschlandbezug Stellung, in denen es einen Tag später am 25. Juli hieß: „Insider source confirms to Amaq Agency that the individual who carried out the martyrdom operation in Ansbach, Germany was a soldier of the Islamic State who executed the operation in response to calls to target nations in the coalition fighting the Islamic State.“

Djihadterroristische Vorgehensweisen und ihre „Mentoren“

Die heute praktizierten terroristischen Vorgehensweisen wurden in der Nachkriegszeit des ersten Großen Dihad in Afghanistan von zwei arabischen Dihadisten geprägt.

- *Abu Mussab al-Suri und der globalisierte „Islamische Widerstand“*
Zum einen von dem 1958 geborenen Syrer mit dem Kampfnamen Abu Mussab al-Suri, der bis zum 11. September 2001 mehr ein Mann OBLs war. Da aus seiner Sicht mit dem 9/11-Anschlag Afghanistan „verloren ging“, distanzierte er sich von der Qaida-Führung und suchte nach neuen, übergreifenden Strategien des Dihad. Diese beschrieb er in einem rund 1600 Seiten starken Buch, einem Call to „Global Islamic Resistance“ (GIR) vor nunmehr zwölf Jahren 2004. Mit seinem voluminösen „Appell zum weltweiten islamischen Widerstand“ stellte er insbesondere auf einfache, niederschwellige Strategien im Dihad ab. Al-Suri wurde damit zum heute vielleicht wichtigsten Inspirator für „einsame Wölfe“ (lonely wolves), eben Einzeltäter. Seine Kampfschrift wendet sich an Sympathisanten in allen Ländern, in denen Muslime als Minderheit leben und von Nichtmuslimen „unterdrückt“ werden. I-Suris „Appell“ gab und gibt ungezählten Einzeltätern und Kleinstgruppen, daheimgebliebenen ISIS/IS-Sympathisanten und Syrien-Heimkehrern „djihadistische Orientierung“. Wohl auch den Attentätern von Paris 2015, so Frankreichs renommiertes Islamwissenschaftler Gilles Keppel, die dem Aufruf des Vordenkers al-Suri folgten, „der zu einem ‘globalen Dihad’ aufgerufen hat und der eine Spaltung der Gesellschaft, einen regelrechten Bürgerkrieg zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen herbeiführen möchte. Elf Jahre später wurde von einem anonymen Autor des Dihad ein Handbuch für Glaubenskämpfer (A Mujahid Guide) 2015 ins Netz gestellt. Der Titel „How to survive in the

west“ ist Programm, wendet es sich doch an Muslime, die in Ländern leben, in denen Nichtmuslime die Mehrheit stellen. Durch das Studium dieses nur 70 Seiten starken „Überlebens“-Werkes soll gelernt werden, wie man zur „Schläferzelle“ wird, die zur richtigen Zeit aktiviert wird, wenn die Muslimgemeinschaft dies braucht. Das Konzept der militanten Islamisten, durch djihadterroristische Aktionen „gewaltsame Gegenreaktionen der Mehrheitsgesellschaft zu provozieren“, zeigte im vergangenen Jahr nach den Pariser Anschlägen „Erfolge“.

- *Christliche Kirchen – „legitime Ziele“ für Dihadisten*

Vor diesem Hintergrund sind Attacken auf Synagogen, Brandanschläge auf Moscheen und nicht zuletzt der Terror-Anschlag in einer katholischen Kirche in Saint-Etienne-du-Rouvray bei Rouen in Nordfrankreich vor fünf Tagen auch zu sehen. Hier hatten am 26. Juli zwei 19-jährige Gewalttäter dem 85-jährigen Priester während der Frühmesse die Kehle durchgeschnitten und in die Brust gestochen, dann weitere Gläubige als Geiseln genommen. Die Terrortat reklamierte der IS für sich, stellte durch sein Medium Amaq die Attentäter als „Soldaten des IS“ dar. In der Tradition, Gewaltanwendung religiös zu begründen, steht die al-Qaida, deren Bewegung den „Heiligen Krieg (Djihad) als Gipfel des Glaubens“ spirituell beeinflusst und die Gewalt gegen ihre Feinde (des Islam) zum „ultimativen Gottesdienst“ verklärt. Diese Tradition hat auch der aus der Qaida hervorgegangene IS übernommen. Schon dessen Vorläufer ISI (Islamischer Staat im Irak ab 2006) sah vor einem halben Jahrzehnt „Götzendiener als legitime Ziele“ terroristischer Anschläge.

- So wurde am 30. Oktober 2010 in Bagdad in der katholischen Sayidad-al-Nebjab-Kathedrale ein schweres Massaker verübt. Ein ISI-Kommando hatte die Kirche in ihre Gewalt genommen und drohte mit der Tötung von 120 irakischen Christen, wenn nicht inhaftierte ISI-Kämpfer im Irak und in Ägypten freigelassen würden. Bei der folgenden Erstürmung der Kirche durch die Polizei wurden mindestens 58 Menschen, darunter 46 Gläubige und zwei Priester getötet. In einer folgenden „Botschaft“ im Internet stellte der ISI koptischen Bischöfen ein Ultimatum. Innerhalb von zwei Tagen sollten diese zwei angeblich zum Islam konvertierte Frauen freilassen. Ein Sprecher des koptischen Oberhaupts Shenouda III. wies diesen Schuldanwurf zurück.
- Acht Wochen später waren in Ägypten in der Nacht zum 1. Januar 2011 in der koptischen Allerheiligen-Kirche St. Markus-Petri im Stadtteil Sidi Bechr von Alexandria rund 1000 Besucher zum Gottesdienst zusammengekommen. Nach dem priesterlichen Schlusssegen strömten die Gläubigen auf die Straße, wo ein Selbstmordattentäter auf sie wartete. Mit der Zündung seiner Autobombe riss er 23 Menschen in den Tod und verletzte fast 100. Noch nie zuvor hatte es in Ägypten einen derartigen Terroranschlag auf eine christliche Kirche gegeben.

Nach dem Anschlag in Bagdad hatte der ISI eine Drohung ins Netz gestellt, in der es hieß, alle christlichen Kirchen und Einrichtungen, alle Kirchenführer und ihre Anhänger seien „legitime Ziele für heilige Krieger“.

Acht Wochen zuvor hatte US-Präsident Barack Obama am 31. August 2010 die am 20. März 2003 begonnene Operation „Iraqi Freedom“ (OIF) für beendet erklärt. In diesem dritten Golfkrieg hatte die djihadterroristische Bewegung Zulauf bekommen. In mehr als 60 Staaten waren nunmehr Qaida-Djihadisten aktiv. Das ferne Qaida-Zentrum am Hindukusch hatte ob dieser Entwicklungen nur noch indirekt Einfluss auf – nach dem Franchising-Prinzip – globalisierte, lokale, aber auch autonome Führerschaften.

- *Abu Mussab al-Zaraawi – Kalifats-Visionär mit Masterplan*

Was OBL für die al-Qaida, war der palästinensische Jordanier mit dem Kampfnamen Abu

Mussab al-Zarqawi für die aus der Qaida hervorgegangenen IS-Bewegung (AQI, ISI, ISIS, ISIL, IS). Wie al-Suri war auch er einst Gefolgsmann OBLs. Als er 1989 nach Afghanistan kam, war der große Djihaad schon beendet. Wie OBL wurde auch al-Zarqawi von dem palästinensischen „Djihaad-Imam“ Abdallah Yusuf Azzam (1941 – 1989) beeinflusst, insbesondere von dessen Vorstellungen von einer „Bewegung des islamischen Welt-Djihaad“. Al-Zarqawi verinnerlichte die Lehre: Ablehnung der Moderne, Rückkehr zu den Wurzeln des (Frühzeit-)Islam, Ausrufung des Kalifats. Er wurde zu einem regelrechten „Kalifats-Visionär“, entwickelte in der Folge eine Art Masterplan zur Vision: Im Laufe zweier Dekaden (2001 bis 2020) sollte ein letztlich globaler Djihaad (in sieben Zeitstufen) zur Errichtung eines Welt-Kalifats führen.

Als nach den 9/11-Anschlägen der Qaida-Terroristen in den USA eine internationale (Operation Enduring Freedom) Koalition in Afghanistan gegen den Qaida-Gastgeber Taliban zog, kämpfte al-Zarqawi als Qaida-Mann auf Seiten der Taliban gegen die OEF-Truppen. Nachdem diese Anfang Dezember 2001 das Emirat Afghanistan, für die Taliban und ihren Führer Mohammed Omar (1950 – 2013) ein „Modell für die gesamte islamische Welt“, besiegt hatten, floh Abu Mussab al-Zarqawi in den Iran und von dort im April 2002 in den Irak. Seine Vision von einem „sunnitischen Kalifat vom Golf bis nach Syrien und letztlich Jerusalem“ war sozusagen der Gegenentwurf zu einem „schiitischen Superstaat, der sich vom Iran über den Irak und Syrien bis zum Libanon“ erstrecken könnte und dessen Errichtung es zu verhindern galt – mit allen Mitteln. Mit allen Mitteln werden bis zum heutigen Tage vom IS die Schriften als „Abtrünnige vom wahren Glauben“ bekämpft. Nicht zuletzt belegen dies schwere Anschläge, so

- im Irak am 3. Juli 2016 in Bagdads schiitischen Stadtviertel Karrada, wo ein IS-Selbstmordattentäter sich mit einem mit Dynamit beladenen Kühlwagen in die Luft sprengte und über 300 Menschen damit den Tod brachte;
- und drei Wochen später in Afghanistan, wo am 23. Juli in Kabul sich Tausende afghanischer Schiiten der Hasara-Ethnie zu einem Protestmarsch versammelt hatten. Kaum setzten sich die Demonstranten in Bewegung, zündete mindestens ein IS-Selbstmordattentäter eine Bombe. Mindestens 80 Menschen wurden getötet und über 200 weitere verletzt.
- *Die selbsternannte Schutzmacht der Sunniten – IS vs. Saudi-Arabien*
In der nahöstlichen Bürgerkriegsregion hat sich der IS zur „Schutzmacht“ der Sunniten selbst ernannt, sprach und spricht dem Königreich Saudi-Arabien selbige Schutzaufgabe ab. Mittlerweile hat der IS im Königreich, einst der „nahe Feind“ OBLs, zahlreiche Sympathisanten. Nach Angaben des saudischen Innenministeriums Anfang Juli sind momentan
 - mehr als 5000 Terrorverdächtige in Haft,
 - darunter 800 IS-Djihaadisten.
 - Dem IS/Kalifat sollen sich 3000 Saudis angeschlossen haben,
 - von denen einige Hundert zurückgekehrt sind.
- Schätzungen über die Anzahl der IS-Sympathisanten im Königreich gehen im Einzelfall bis in sechsstelligen Bereiche.

Anschläge nahe der Großen Moschee in Medina, in der Hafenstadt Jeddah nahe dem US-Konsulat sowie der östlichen Stadt Qatif unweit der schiitischen Al-Omran Moschee in der jüngsten Zeit machen die Bedrohung des IS auf der Arabischen Halbinsel mehr als deutlich. Auf drastisch-blutige Weise hat der IS, aber auch schon seine Vorgänger ab 2003/2004, den innerislamischen Konflikt – Sunniten vs. Schiiten – reanimiert. Vor diesem Hintergrund hat der Bürgerkrieg im Irak und Syrien auch religiöse Bezüge. Mit ausgelöst wurde der Krieg vor einem halben Jahrzehnt durch den „arabischen Frühling“ 2010/2011.

- *Der individuelle Diihad – Strategiewechsel der Terroristen*
Im zeitlichen Umfeld dieser „Arabellion“ liegen die Wurzeln der Strategiewechsel der Djiihadterroristen – weg von großen und zeit-aufwändigen (von der Planung bis zur Tatbegehung) Terroranschlägen hin zur Strategie des mehr „individuellen Djihad“. Es wurde auf „do-it-yourself-Anschläge“ quasi für Jedermann abgestellt, weg von Anschlägen mit hohem Organisationsgrad hin zu „einfachen“ Mordtaten. Mitte September 2014 spezifizierte selbige der IS-Sprecher Abu Mohammed al-Adnani in einer Internet-Botschaft:
„Tötet sie, wie ihr wollt. Zertrümmert ihnen den Kopf, schlachtet sie mit dem Messer, überfährt sie mit dem Auto, werft sie von einem hohen Gebäude, erwürgt oder vergiftet sie“.
Die Botschaft vernahmen auch junge Palästinenser, die im darauffolgenden Monat anfangen, das „Auto als Waffe“ einzusetzen. Ab Oktober/November 2014 fuhren junge Attentäter in Jerusalem ihre Autos in Straßenbahnhaltestellen und töteten/verletzten Wartende und Fahrgäste. Die Botschaft wurde auch in Europa vernommen.

- So fuhr in Frankreich am 14. Juli 2016 (Nationalfeiertag) ein 31-jähriger Tunesier in Nizza einen gemieteten 19-Tonnen-Lastwagen auf die für den Verkehr gesperrte Promenade des Anglais und tötete auf seiner zwei Kilometer langen Todesfahrt mindestens 84 Menschen, verletzte über 300, 26 davon schwer. Der IS reklamierte die Terrortat für sich, bezeichnete den Attentäter als „Soldaten des Kalifats“.

Auch das vom IS als Mordwaffe „empfohlene“ Messer führte, wiederum zunächst in Israel, vermehrt zu derartigen Attacken. So stach am 21. Januar 2015 ein Palästinenser aus dem Westjordanland in Tel Aviv auf den Fahrer eines Busses und dessen Passagiere ein, verletzte insgesamt 13 Menschen, vier davon schwer.

Derartige Attacken führten zum Begriff „Messer-Intifada“. Vor diesem Hintergrund rief der IS im Oktober 2015 zum globalen Mord an Juden auf. Seine „Anleitungen zu Messerattacken“ richtete der IS jedoch nicht nur an die Palästinenser in Nahost, sondern auch an die „einsamen Wölfe“ in den muslimischen Gemeinden weltweit, auch in Europa, auch in Deutschland.

- Hier griff am 26. Februar 2016 eine 15-jährige deutsch-marokkanische Schülerin im Hauptbahnhof in Hannover einen Bundespolizisten während einer Kontrolle an und stach diesem ein Gemüsemesser in den Hals. Die danach ermittelnde Bundesanwaltschaft ging davon aus, dass sich die Schülerin spätestens im November 2015 das Gedankengut des IS zu eigen gemacht hätte.
- Und am 18. Juli 2016 griff ein 17 Jahre alter mutmaßlich afghanischer Asylbewerber aus dem bayerischen Ochsenfurt in einem Regionalzug bei Würzburg mit einer Axt und einem Messer vier Bahnpassagiere an und verletzte sie schwer. Nach der Tat veröffentlichte die IS-nahe Agentur Amaq ein Video des Attentäters. Darin nennt sich dieser selbst „Soldat des Kalifats“ und kündigte einen Anschlag an. Die Bundesanwaltschaft ermittelt vor diesem Hintergrund, ob der Täter als Mitglied der IS-Terrormiliz gehandelt hatte.
- *Die ausländischen Kämpfer (Foreign Fighters) des IS*
Dem IS werden bis heute mehr als 120 Anschläge mit rund 2000 Opfern in fast 30 Ländern zugeordnet, die wenigsten bis dato in Europa und in den USA. Um generell am Djihad teilzunehmen, speziell das Kalifat mit weiter auf- und auszubauen, sind bisher aus allen fünf Kontinenten der Welt mit seinen rund 200 Staaten etwa 30.000 ausländische Kämpfer (Foreign Fighters) aus 115 Ländern in die nahöstliche Bürgerkriegsregion gekommen. Deren Ausreise zum IS nach Syrien und in den Irak. „Hidschra“ genannt nach der Auswanderung des Propheten Mohammed aus Mekka nach Medina, ist nicht immer leicht. Für den Trip ins Kalifat haben (möglicherweise britische) IS-Sympathisanten praktische Hinweise in einem 50-seitigen e-book mit dem Titel „Hijrah in the Islamic State – What to Packup, who to Contact, where to Go &

more“ zusammengefasst und 2015 ins Netz gestellt. Trotz verbesserter türkischer Kontrollen an der syrischen Grenze sollen der Zeitung „New York Times“ zufolge, so hieß es Ende Juli 2016, nach wie vor bis zu 1000 Foreign Fighters pro Monat in das IS-Territorium gelangen.

- *IS-Terroreinsätze nach dem „Modell Mumbai“*

Nach der arabisch-islamischen Welt und Russland/Zentralasien stellt wohl Europa mit rund 6000 Freiwilligen das drittgrößte Kontingent an Foreign Fighters. Von diesen sollen, so Nachrichtendienste im Irak und in Europa, speziell Ausgebildete Europa ins Visier nehmen. In einem Bericht EUROPOLS hieß es im Januar 2016, dass der IS „neue, gefechtsartige Möglichkeiten“ entwickelt hätte, um weltweit eine Reihe „großangelegter Terroranschläge“ zu verüben. Dazu hätte der IS ein Kommando für Einsätze außerhalb seines Kalifats in Syrien und Irak gebildet, das „für Angriffe nach Vorbild von Spezialeinsatzkräften in einem internationalen Umfeld trainiert“.

Diese IS-Kommandos sollen völlig frei in der Wahl der Orte und Ziele ihrer Anschläge sowie der Methoden und der Zeitabläufe sein. Ein mehrtägiger Anschlag vor fast acht Jahren in Indien diente wohl als „Modell für neue, gefechtsartige Möglichkeiten“.

- Vom 26. bis 28. November 2008 war eine Terrorgruppe aus Pakistan in der indischen Küstenmetropole Mumbai (Bombay) im „Einsatz“ Von der Terrororganisation „Lashkar-i-Toiba“ (Armee der Reinen) ausgebildet, stürmten nach der Überfahrt 5 Zweier-Hit-Teams 5 zuvor ausgemachte Anschlagssorte: Hotel Oberoff, Touristencafé, Hotel Taj Mahal, Victoria Railway Station und das jüdische Nariman-House. In diesen drei Tagen töteten die mit Sturmgewehren, Handgranaten und Sprengsätzen ausgestatteten LiT-Terroristen insgesamt 166 Menschen (darunter 26 Ausländer) und verletzten über 300.

Nach diesem „Modell Mumbai“ erfolgten in den nächsten Jahren weitere Terroranschläge/Überfälle, so

- vom 21. bis 24. September 2013 in Kenias Metropole Nairobi. Hier überfiel ein vielköpfiges Hit-Team somalischer Dihadisten der al-Shabaab den riesigen viergeschossigen Gebäudekomplex der Westgate Mall und nahm bewaffnet mit automatischen Waffen Besucher und Kunden als Geiseln. Nach Beendigung der Geiselnahme waren 72 Personen tot, über 200 verletzt.
- Am 13. November 2015 attackierten in Frankreichs Hauptstadt drei Hit-Teams mit IS-Hintergrund drei Anschlagssziele: das Fußballstadion, Cafés und Restaurants der Bistrotterrassen und eine Konzerthalle. Die mit Sturmgewehren und Sprengsätzen ausgestatteten Dihadterroristen töteten in Paris 130 Menschen und verletzten über 350. Aus 19 Staaten stammten die Opfer.
- Am 22. März 2016 nahmen in Belgiens Hauptstadt zwei Hit-Teams mit IS-Hintergrund zwei Anschlagssziele ins Visier: den Flughafen Brüssel (Abfertigungshalle) und eine U-Bahn(Metro)-Station in der Stadt. Mit den Terroraktionen töteten sie mindestens 31 Menschen und verletzten rund 300. Aus 40 Staaten stammten die Opfer.

Eine Terroraktion nach diesem Modell Mumbai, dass mit Sturmgewehren, Handgranaten und/oder Sprengsätzen (Sprengstoffwesten) ausgerüstete „Märtyrer“ als Hit-Teams fast zeitgleich mehrere „weiche Ziele“ (soft targets) attackieren, wäre in fast jeder Metropole Europas vorstellbar. Vor diesem Hintergrund konnten am 22. Juli die Strafverfolgungsbehörden in München zu Beginn einer unübersichtlichen Lage (Schüsse im/vor dem Olympia-Einkaufszentrum, mehrere Tote, bis zu drei Täter im Stadtgebiet) auch eine Terroraktion (in der Folge Ausruf einer akuten Terrorlage) nicht ausschließen, die sich später als Amok-Lauf eines 18-jährigen Deutsch-Iraners spezifizieren ließ. Keine vier Monate zuvor hatte

der IS über Twitter am 30. März zu Anschlägen in Deutschland aufgerufen.

- *IS – das „digitale Kalifat“*

Im nunmehr dritten Jahr seines Bestehens, so der Begründer der Tageszeitung „Al-Quds Al-Arabi“ (London 1998) Abdel Bar Atwan, „hat der IS nicht nur die politische Landschaft des Nahen Ostens komplett auf den Kopf gestellt“ – er weitet „auch in der virtuellen Welt sein digitales Kalifat aus.“ Sein Fazit: Das „digitale Kalifat ist territorial noch flexibel und würde ohne Land als virtueller Terror-Staat weiter existieren“.

Al-Qaida vs IS? Oder al-Qaida & IS

Was wäre, wenn sich die Terror-Konkurrenten nicht mehr gegen-seitig bekämpfen, sondern im Kampf gegen den Internationalen Unglauben zusammenfinden würden?

Der Anschlag in Frankreich, wo drei Dihadisten im Großraum Paris vom 7. bis 9. Januar 2015 Mordanschläge auf französische Juden und „Kreuzfahrer“ verübten, insgesamt 17 Menschen (14 Zivilisten, darunter vier jüdische Bürger, und drei Polizisten) töteten, sollten uns zu denken geben. Zwei der Täter (die das Redaktionsgebäude der Zeitschrift „Charlie-Hebdo“ stürmten) hatten sich djihadistisch zur al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH), ein Täter (der den jüdischen Supermarkt „Hyper Cacher“ überfiel) zum IS bekannt. Seine Aktion, so der letztere, wäre mit den Charlie Hebdo- Attentätern abgestimmt gewesen.

Derartige „Abstimmungen“ waren in der Bürgerkriegsregion Nahost zwischen den djihadistischen Kombattanten al-Nusra (der al-Qaida) und dem IS nicht auszumachen. Doch Ende Juli 2016 verkündete der Führer der al-Nusra-Front, Abu Mohammed al Dschaulani, in einem ins Internet gestellten Video, dass sich al-Nusra von al-Qaida getrennt hätte und sich in „Dschabhat Fatah al Sham“ (Front für die Eroberung Großsyriens) umbenannt hätte.

Sowohl der IS als auch die al-Nusra sind aus der al-Qaida hervorgegangen. Eine Annäherung von IS und Nusra-Front kann (und darf) nicht ausgeschlossen werden.

Epilog

Nicht nur, aber auch vor eben diesen Hintergründen halte ich die globale djihadterroristische Bedrohung für die größte sicherheitspolitische Herausforderung. Mit dieser Bedrohung werden wir nicht nur über die Zeiten einiger Wahlperioden, sondern über Dekaden, wenn nicht gar über mehrere Generationen zu tun haben. Vor diesem Hintergrund sollten, ja müssen wir lernen, mit dieser Langzeitbedrohung zu leben. Ein Land in der Welt hat diesen über ein halbes Jahrhundert erworbenen Erfahrungshintergrund. Von Israel könnten wir Europäer das eine oder andere im Umgang mit terroristischer Langzeitbedrohung lernen.

Rechts gegen Rechts – Eine Paaranalyse

11. August 2016

Braucht die AfD schon wieder einen Paartherapeuten?

Sollen wir nun weinen oder lachen? Europäer jedenfalls lachen sich kaputt über die „Alternative für Deutschland“ (AfD). So lästert das luxemburgische Blatt L'ESSENTIELL am 09.08.2016 über die Suche der baden-württembergischen AfD-Fraktion nach einem Paartherapeuten. Der Leipziger Mediator Gernot Barth soll als professioneller Streitschlichter alles geben, um die Wogen zwischen den verfeindeten Lagern der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag zu glätten.

Aber damit nicht genug. Die AfD hat noch mehr Probleme beim Wählerfang im rechtspopulistischen Jagdgebiet.

Worum geht es? Auf der Jagd nach Wählerstimmen kämpft die AfD nun auch um die Wähler der

NPD. Und die NPD wiederum kämpft um ihr Überleben im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Nach der jüngsten Infratest-dimap-Umfrage zieht die AfD am 4. September aller Voraussicht nach zum ersten Mal in den Landtag ein. Die NPD, die bei der letzten Landtagswahl mit 6,0 Prozent der Stimmen in den Landtag kam, wird möglicherweise bei der Landtagswahl 2016 die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden können – und müsste somit aus dem Landtag ausscheiden. Damit wäre nun auch der letzte Platz für die NPD in deutschen Landesparlamenten mit dem Tode bedroht.

Für die NPD geht es um alles im Kampf der beiden Parteien. Die AfD ist auf dem besten Weg, die Lufthoheit von den Stammtischen auf die von ihrer Propaganda erreichbaren Wähler zu übertragen. Die Kampfparole „Ausländer raus“ reicht im Überlebenskampf zwischen Rechts-Extremen und Rechts-Populisten nicht mehr aus. Die Facebook-Seite des NPD-Kreisverbands Westmecklenburg will noch rechter sein als rechts und noch islamfeindlicher als die AfD es schon ist.

Dazu dient ihr, wie der Tagesspiegel berichtet, ein Foto: „Das Foto wirkt auf subtile Weise infam. Eine in schwarzem Tuch eingehüllte, vollverschleierte Frau fasst ein Wahlplakat der „Alternative für Deutschland“ an, das an einem Laternenpfahl hängt. [2] Ob die Frau, die aussieht wie eine strenggläubige Muslima, das Plakat wohlwollend betrachtet oder es sogar aufgehängt hat, bleibt der Fantasie des Betrachters überlassen. Darum geht es offenbar bei dem Eintrag auf der Facebook-Seite des NPD-Kreisverbands Westmecklenburg. Das Foto suggeriert, die AfD lasse sich trotz islamfeindlicher Töne von Islamisten helfen. Der NPD-Kreisverband schreibt zwar nur, „Zusendung aus Schwerin! Was soll man davon halten?“, doch die Jugendorganisation der Partei, die JN, poltert in einem Kommentar. „Neben homosexuellen und negroiden AfDlern nun das noch. Diese Partei ist nichts weiter als ein Ablassventil für den Volkszorn. Unser Alternative lautet daher Nationalismus statt Patriotismus!“

Braucht die AfD also schon wieder einen Paartherapeuten? Wohl doch nicht. Die AfD ist mit Ihrer Wahlaussicht in Mecklenburg-Vorpommern von fast 20 Prozent so in Fahrt gekommen, dass sie den kleinen Bruder NPD einfach nur überfahren muss. Klingt irgendwie gruselig, nicht wahr?

[1] <http://www.lessentiel.lu/de/news/deutschland/story/31040672>

[2]

<http://www.tagesspiegel.de/politik/npd-in-mecklenburg-vorpommern-rechte-gegen-rechte/13965576.html>

Weltsozialforum 2016 provoziert mit antisemitischer Karikatur

11. August 2016

Nach Veröffentlichung einer antisemitischen Karikatur haben kanadische Offizielle ihrer Unterstützung für das Weltsozialforum 2016, das am Dienstag (9. August) in Montreal begann, zurückgezogen.

Das Weltsozialforum ist eine Konferenz von linken Globalisierungskritikern, die alljährlich in unterschiedlichen Ländern stattfindet. Mit Kanada findet das Treffen mit tausenden von Teilnehmenden erstmalig in einem hochindustrialisierten Land statt. Partner des 13. WSF, das bis zum 14. August geht, sind bzw. waren die kanadische Regierung, die Provinz Quebec, die Stadt Montreal sowie als Veranstaltungsorte die Universitäten McGill, Québec à Montréal und Cégep du Vieux Montréal. Aus Deutschland listet die WSF-Website Brot für die Welt als unterstützende Organisation auf.

In über 20 Vorträgen und Diskussionsrunden sollte es laut Plan um „Terrorismus, Wahhabismus, Zionismus“, den Boykott israelischer Produkte, den sogenannten Apartheitsstaat Israel und die Geschichte der „Freedom Flotilla“ gehen.

Den Workshop mit Seyed Ali Mousavi zum Thema " Terrorizim, Wahhabism, Zionism" bewarb die Homepage des Weltsozialforums mit einer eklatant antisemitischen Karikatur. Dort zu sehen ein wahhabitischer Terrorist, der aus dem Mund des amerikanischen Maskottchens Uncle Sam ragt, der wiederum aus dem Mund eines stereotypen ultra-orthodoxen Juden auftaucht, auf dessen Hut ein Davidstern prangt.

Insgesamt vier Veranstaltungen mit Seyed Ali Mousavi vom „Center of religious dialogue for peaceful coexistence“ standen auf der ursprünglichen Timeline des WSF. Außer über „Terrorismus, Wahhabismus, Zionismus“ wollte Mousavi noch über die „Söldner der Saudis im Dienste des zionistischen Weltkapitalismus“ diskutieren.

Nachdem die antisemitische Abbildung von kanadischen Medien und jüdischen NGOs thematisiert wurde, die Regierung in Ottawa ihrer Unterstützung zurückzog, nahmen die Organisatoren des Weltsozialforums sämtliche Workshops mit Seyed Ali Mousavi aus dem Programm und löschten still und leise die antisemitische Ankündigung von der Homepage.

Eine offizielle Stellungnahme zur Karikatur und deren Löschung wird es schon deswegen vom WSF mutmaßlich nicht geben, weil andere Veranstaltungen, die laut Titel einen antisemitischen Charakter haben, im Programm geblieben sind.

Mindestens ein Dutzend Workshops behandelt die Förderung des Boykotts von Israel, weltweit unter dem Label „Boycott, Divestment and Sanctions“ – kurz BDS – bekannt. In einem weiteren Workshop wird man sich über den „neuen Antisemitismus“ als Erfindung israelischer Lobbyisten unterhalten, die ihrer Kritiker zum Schweigen bringen wollen.

Zu diesen eindeutig ausgerichteten Veranstaltungen während der nächsten Tage gesellt sich auf der Homepage des Weltsozialforums unter der Überschrift „Non Apartheid“ die Verbindlichkeit des WSF-Kollektivs, dass alle auszuschließen seien, die nicht die Palästinenser und alle Menschen die für ihre Emanzipation und Freiheit kämpfen, unterstützen.

Screenshot der antisemitischen Karikatur auf der Homepage des WSF 2016:

<https://jfd.de/wp-content/uploads/2016/08/02e-704x318.jpg>

siehe auch:

http://www.bnairbrith.ca/government_partnered_conference_spreads_antisemitism_in_montreal

Wer sind WIR eigentlich – und wer ist DAS VOLK?

31. August 2016

Von Peter-M. Utsch

Es ist schon wieder einige Zeit her, als der Ruf WIR SIND DAS VOLK einen deutschen Teilstaat ins Wanken brachte und die deutsche Einheit ankündigte. Inzwischen wird auch wieder zu „Montagsdemonstrationen“ aufgerufen. Heute skandieren dort Sprechchöre nicht nur „Lügenpresse“ und „Merkel-Diktatur“. Auch der vormalig von vielen Menschen willkommen geheißen Slogan WIR SIND DAS VOLK erschallt wieder auf deutschen Marktplätzen.

Warum aber möchte man dem heute nicht mehr so recht zustimmen?

Am kommenden Sonntag werden viel zu viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Stimmen rechtspopulistischen Parteien geben, die DAS VOLK „völkisch“ interpretieren und Deutschland in eine exklusive Volksgemeinschaft umwandeln möchten.

Neueste Wahlprognosen von Infratest dimap für die Landtagswahl am 4. September sagen zwar der NPD nur noch 3% voraus, der AfD aber bis zu 21%. Damit würde die AfD fast gleichauf mit der CDU liegen und nur wenige Prozentpunkte hinter der SPD.

Der Frontmann des nationalen AfD-Flügels, Björn Höcke, hält gerne völkische Reden. „Wir als Volk sind innerlich kaputter als nach dem zweiten Weltkrieg“, rief Höcke bei einer Wahlveranstaltung in Neubrandenburg. Die Angst vor dem Ende des deutschen Volkes ist ein Hauptmotiv bei fast jedem Auftritt von Höcke.

Die Bedrohung durch Einwanderung wird zu einer Situation stilisiert, bei der es um Leben und Tod zu gehen scheint. Zumindest für das WIR – aus völkischer Sicht.

Aber wer sind WIR eigentlich?

Die AfD jedenfalls beschreibt ZEIT-ONLINE als „Partei der radikalisierten Mitte“ und antwortet dann auf die Frage: „Wer sind die Wähler der AfD?“ [1]

Danach wählen „nicht nur Bürger mit einfacher, sondern vor allem mit mittlerer Bildung die AfD. Damit gelingt es der Partei nicht nur, die Abgehängten zu mobilisieren, sondern auch Teile der Mittelschicht zu erreichen. Jene, die zwar nicht entkoppelt sind, aber dem Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften offenbar keinen Glauben mehr schenken und sich durch Veränderungen in erster Linie gefährdet sehen.“

Und wer darf sich heute tatsächlich zu dem „WIR“ zählen?

Menschen, die alle irgendwie gleich sind nach Herkunft, Aussehen und Verhalten? Oder auch Menschen, die anders denken und anderen Parteien ihre Stimme geben als einer sich völkisch orientierenden Einheitspartei?

Wie steht es um Menschen, die anders aussehen, sich anders verhalten, sich anders religiös oder weltanschaulich orientieren, eine andere Muttersprache und andere Herkunft haben???

Darf man die ANDEREN, die ja nur anders WIR sind als WIR uns jeweilig verstehen, darf man also die auch zum gemeinsamen WIR in Deutschland zählen?

Und wie ist es mit den Gästen, die Deutschland besuchen? Und wie mit den Menschen, die hier Zuflucht suchen?

Zu den unbestreitbaren jüdisch-christlichen Wurzeln des neuerdings wieder viel beschworenen „Abendlandes“ gehört jedenfalls auch die Gastfreundschaft genauso wie die gebotene Aufnahme des „Fremdlings“ und des Schutzsuchenden.

Und das ist keine multikulturelle Romantik, sondern eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für unser „WIR“, die alle Kräfte und Chancen der Vernunft wie der Ökonomie in Anspruch nimmt – heute und in Zukunft.

[1]

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/afd-analyse-erfolg-landtagswahlen-partei-waehler>

Der Judenstern zuerst – danach der Holocaust

2. September 2016

Von Peter-M. Utasch

Es leben noch Menschen, die sich daran erinnern können: Vor genau 75 Jahren im September 1941 wurde in Deutschland eine neue Polizei-Verordnung erlassen. Gleich der erste Satz war wie ein Faustschlag in das Gesicht aller Menschen, die immer noch nicht von der Seuche des Nationalsozialismus infiziert waren:

„Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.“

Und es hieß weiter:

„Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem

Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.“

Für die Juden war diese Kennzeichnung nicht nur eine weitere Demütigung. Es war ein vorbereitender Schritt auf dem Weg zur Erfassung von Menschen aus der unmittelbaren Nachbarschaft, um sie wenig später zu sammeln und in die Konzentrations- und Vernichtungslager zu deportieren.

Dabei hatten die Nationalsozialisten in ihrem Judenhass kaum Neues entwickelt. Sie haben aber alte Vorstellungen ohne jede Hemmung umgesetzt – in millionenfachen Massenmord.

„Man findet“, so der Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland, Dr. habil. Klaus Holz in einem JFDA-Interview, „im nationalsozialistischen Antisemitismus keine fundamental neuen Sachen, die es vorher nicht schon gegeben hätte. ... Das, was die Nationalsozialisten dann mit dem Holocaust tun, dass sie tatsächlich alle Juden töten, töten wollen und es auch tun, ist eine Vorstellung, die es vorher schon gibt ... deutlich vor dem Nationalsozialismus. Es gab nichtrassistische Antisemiten, die auch die Vorstellung hatten, dass eine ‚Endlösung der Judenfrage‘ notwendig sei, dass sie die einzige Option sei. ... Das betrifft christliche und auch nichtchristliche Autoren, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts schon darüber nachdenken, wie denn ‚die Judenfrage‘ zu lösen sei. Sie lassen eigentlich keine andere Option übrig als die Vorstellung: ‚Der Jude muss verschwinden! Eigentlich gibt es kein Existenzrecht für Juden.‘“ [1]

Auch das Stigma an der Kleidung als Zeichen der Ausgrenzung war ja nicht neu. Bereits im Kalifat des arabischen Großreichs wurden um 634 besondere Kleiderordnungen für Christen und Juden eingeführt. Fünfhundert Jahre später wurden im christlichen Abendland verschiedene Kennzeichen für Juden verordnet, etwa gelbe, blaue oder rote „Judenhüte“. [2] Und es gab auch schon farbige, meist gelbe Stoffaufnäher auf Obergewändern. Der seit dem 13. Jahrhundert in einigen deutschsprachigen Städten eingeführte gelbe Ring wurde ab 1551 mit dem „Judenpatent“ von Kaiser Ferdinand I für jüdische Männer, Frauen und Kinder aller deutschsprachigen Länder gefordert und in Preußen erst 1790 unter Friedrich II wieder abgeschafft.

„Wenn einer den Judenstern trägt“, hetzte Propaganda-Minister Goebbels vor 75 Jahren, „so ist er damit als Volksfeind gekennzeichnet. ... Es ist das eine außerordentlich humane Vorschrift, sozusagen eine hygienische Prophylaxe, die verhindern soll, dass der Jude sich unerkannt in unsern Reihen einschleichen kann, um Zwietracht zu säen.“

Als wäre das alles nicht schon demütigend genug gewesen, mussten Juden den „Judenstern“ als sichtbares Erkennungszeichen der kommenden Ermordung für zehn Pfennig pro Stück einschließlich entstandener Verwaltungskosten selber bezahlen, wie der Religionsphilosoph Ernst Simons Jahrzehnte später berichtete.

Es gab auch vor 75 Jahren sicher Menschen, die soviel Vernichtungshass nicht teilten. Aber miterlebt hatte man das alles ja schon früher: Unmittelbar nach der Machtübernahme im Jahr 1933 hatten die Nationalsozialisten begonnen, Juden systematisch auszugrenzen. Sie erließen Berufsverbote, erklärten mit den Nürnberger Gesetzen Juden zu Bürgern minderen Rechts, untersagten ihnen unter anderem, Haustiere zu halten und auf Parkbänken zu sitzen und verpflichteten sie, die Zwangsvornamen Sara beziehungsweise Israel zu führen.

Plötzlich waren Menschen, die bisher einigermaßen normal zusammengelebt hatten, in anerkannte Menschen und in Nicht-Menschen aufgeteilt. Man kaufte in Geschäften ein, die an Juden nicht verkauften, verkehrte in Gasthäusern, wo Juden nicht bedient wurden und ging in Schwimmbäder, die Juden nicht betreten durften.

Und was antworteten Eltern damals ihren Kindern auf die Frage, warum jüdische Klassenkameraden plötzlich fehlten und auch nicht wieder auftauchten?

Es ist wenig tröstlich zu hören, dass das alles so lange her ist. Aber was tun Nichtjuden heute, wenn Juden in Deutschland erneut fürchten müssen, als solche gebrandmarkt zu werden, weil ein Mann in der Öffentlichkeit eine Kippa trägt oder eine Frau sich als Jüdin zu erkennen gibt?

Was haben deutsche Nichtjuden gelernt aus den vergangenen 75 Jahren? – Vielleicht, dass sie selber etwas für sich tun und erfahren, wenn sie sich ihrer eigenen jüdisch-christlichen Wurzeln bewusst werden. Und unabhängig von der endlich erlangten Demokratie samt aller Meinungs- und Religionsfreiheit bleibt es doch wohl ein Akt der Selbstachtung, den eigenen Nachbarn, Verwandten und Mitbürger wie sich selbst zu achten, zu schützen und zu verteidigen.

[1]

<https://juedisches-forum-demokratie-leben.de/blog/2016/04/19/rassismus-antisemitismus-erklaert-interview-dr-klaus-holz/>

[2] <https://de.wikipedia.org/wiki/Judenhut>

„Aufstehen gegen Rassismus“-Demonstration

4. September 2016

Unter dem Motto "Aufstehen gegen Rassismus" demonstrierten am 3. September 2016 rund 5000 Menschen in Berlin. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftliche Akteuren, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kulturschaffenden und Parteien.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=gx4NBP8oisw>

Israelfeindliche Hetze auf Schüler_innen Demonstration

7. Oktober 2016

Die politische Gruppe Revolution versuchte die Berliner Schüler-Demonstration zum Thema „Rassismus stoppen“ für ihre anti-israelische und antisemitische Hetze zu instrumentalisieren.

Die Gruppe „Jugend gegen Rassismus“ rief am Donnerstag, dem 29. September, bundesweit Schülerinnen und Schüler dazu auf, die Klassenräume zu verlassen, um ihrer Ablehnung von Rassismus, Sexismus und Homophobie Ausdruck zu verleihen. Mehr als 1000 von ihnen kamen dieser Einladung in Berlin nach. Auf selbst gestalteten Transparenten wurde unter anderem Kritik an dem Erstarken rechtspopulistischer Strömungen geübt. Darüber hinaus wurde dafür geworben, aus Krisengebieten geflüchteten Menschen in der Bundesrepublik Asyl zu gewähren.

Wir begrüßen, dass junge Menschen sich für Geflohene politisch engagieren und ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Leider mussten wir jedoch auch feststellen, dass es – wie bereits im vergangenen Jahr – Versuche gab, den Einsatz der Schüler_innen für eine Hetze gegen eine andere Menschengruppe zu instrumentalisieren, nämlich gegen die in Israel lebenden Jüd_innen und deren Unterstützer_innen. Ein Redner der Gruppe Revolution versuchte, die Situation der Palästinenser_innen mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik zu verknüpfen, um so seiner Hetze gegen Israel ein Forum zu geben.

Die Redner der Gruppe Revolution riefen von ihrem Lautsprecherwagen herab zum Boykott und Kampf gegen den Staat Israel auf. Damit reiht sich die Gruppe in eine globale antiisraelische Protestbewegung ein, die versucht, Israel von der globalen Gemeinschaft auszuschließen, Israelis zu isolieren und einzuschüchtern und von akademischen, politischen oder ökonomischen Zusammenschlüssen auszuschließen. Die Sprecher der Gruppe Revolution versuchten zudem, Unterstützer_innen Israels einzuschüchtern und zu beleidigen. Die Rapperin Thawra bezeichnete sogenannte „antideutsche“ Unterstützer_innen Israels als „hässlich“ und verkündete, dass sie diese

noch mehr hassen würde als die Hamas.

In einer weiteren Verkehrung geschichtlicher und politischer Verhältnisse wird die Politik Israels mit Kolonialismus, Rassismus und Faschismus gleichgesetzt. Die Rapperin Thawra propagierte den Kampf gegen Israel, das sie als „Apartheid-“ und „Besatzungsregime“ bezeichnete. Zudem wurden palästinensische Orte mit „Lagern“ verglichen, in denen Menschen zu leiden hätten. Israels Politik wurde von einem Sprecher als faschistisch bezeichnet. Diese Täter-Opfer Umkehr folgt der Triebfeder antisemitischer Ressentiments, bei der Redner_innen tatsächliche ideologische Haltungen der Parteien und geschichtliche Entwicklungen ausblenden oder bewusst verkehren. Die Gleichsetzung Israels mit dem Faschismus bedient gleichzeitig mehrere aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus. Gemäß der Arbeitsdefinition des Europäischen Parlaments stellt ein Vergleich israelischer Politik mit der des Nationalsozialismus eine antisemitische Äußerung dar. Dabei werden nicht nur geschichtliche Verhältnisse verdreht, sondern auch das Leiden der Opfer wird relativiert.

Auch die Gleichsetzung Israels mit einem Kolonialstaat ist sachlich falsch. Tatsächlich verdrängten und bekämpften die ersten jüdischen militärischen Selbstverteidigungs- und sozialistisch-demokratischen Verbände die britische Kolonialregierung im Mandatsgebiet Palästinas. Sie halfen so, ein demokratisches Staatssystem zu etablieren, in dem Muslime und Christen bis heute mehr Rechte, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten haben als in den meisten anderen Ländern des Mittleren Ostens. Durch die Abschaffung des Kolonialismus entwickelte sich Israel zu einem der am deutlichsten multikulturellen sowie zu einem der ökonomisch und politisch erfolgreichsten post-kolonialen Länder. Die Gleichsetzung von Israel mit dem ehemals südafrikanischen Apartheidstaat zeugt zudem von einer tiefen Unkenntnis der damaligen politischen Verhältnisse. Auf diese Weise wird die Unterstützung und Solidarität negiert, die diese Opfer von Israel und zahlreichen jüdischen Organisationen weltweit erfahren haben.

Gemäß der Arbeitsdefinition des Europäischen Parlaments zu aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus ist eine entmenschlichende, dämonisierende Darstellung von Jüdinnen und Juden oder eine imaginierte übermenschliche Macht der Juden als Kollektiv in Form des jüdischen Staates ein ständig wiederkehrendes Stereotyp.

Auch in der Darstellung eines Redners der Gruppe Revolution wird Israel als übermenschlich und dämonisch in Gestalt des Goliath dargestellt. Absurderweise wird hier auf eine jüdische Vorstellung des Widerstands zurückgegriffen. Der Kampf des jüdischen Königs David wird hier mit einem imaginären Widerstandskampf aller Palästinenser gleichgesetzt, und Israel wird als der übermenschliche Krieger der Philister Goliath dargestellt. Die aus jüdischer Tradition stammende Gestalt des Goliath ist ein Feind Israels. Das Bild eines übermächtigen israelischen Gegners wird durch verschwörungstheoretische Ergänzungen verstärkt. So wird unterstellt, dass Israel von dem Schutz der „Großmacht“ USA, der in Deutschland „herrschenden Lobbyarbeit“ und dem Schuldgefühl der Deutschen profitiere.

Mit Sprechchören „Palästina, Intifada!“ rief ein Redner abschließend zu Gewalt gegen den jüdischen Staat auf. Die Aufrufe zur Intifada haben speziell seit dem Beginn der derzeitigen Terrorwelle in Israel im letzten Jahr eine besonders beunruhigende Bedeutung. Der Begriff Intifada wird von Terrorist_innen gebraucht, die seit Mitte letzten Jahres vermehrt Zivilistinnen und Zivilisten niederstechen, oder Gruppen von Israelis mit Lastkraftwagen oder Autos überfahren und durch die Nutzung des Begriffs „Intifada“ ihr Verbrechen als Widerstand zu legitimieren versuchen. Uns beunruhigt insbesondere der Applaus vieler Teilnehmer_innen im Anschluss an den Aufruf zur Intifada. Es ist nicht zu akzeptieren, dass kein Versuch seitens der Veranstalter_innen und

Demonstrant_innen unternommen wurde, sich von diesen Positionen zu distanzieren. Wir müssen uns fragen, was diese Art von antiisraelischer Hetze, die sich strukturell nicht von antisemitischen Strategien der Dämonisierung und Delegitimierung unterscheidet, auf einer Schüler-Veranstaltung gegen Rassismus zu suchen hat.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=A38voffpWbU>

KenFM-Veranstaltung vor dem Kanzleramt – Ein verschwörungsideologischer Selbstbedienungsladen

13. Oktober 2016

Polit-Aktivist Ken Jebsen greift auf einer Demonstration vor dem Kanzleramt die Institutionen der Bundesrepublik an. Dabei sind ihm auch Relativierungen des Nationalsozialismus und islamistischer Terroranschläge recht.

Unter dem Titel „Es reicht!“ mobilisierte der Aktivist und Redakteur des „alternativen“ Medienportals „KenFM“, Ken Jebsen, am 1. Oktober mehrere hundert Menschen zu einer Kundgebung vor das Bundeskanzleramt in Berlin. Die Demonstration richtete sich dem Aufruf zufolge gegen die „menschenverachtende Kriegstreiber-Politik der Bundesregierung“.

Wie diese Ankündigung bereits vermuten lässt, blieben die Ziele von Jebsens ausufernder Polemik – er selbst ergriff drei Mal das Wort – nur vage umrissen. Seine Reden setzten sich in weiten Teilen aus Andeutungen und Anspielungen zusammen.

Zum einen galten seine Angriffe den von ihm so bezeichneten „embedded“-Medien. Diese hätten beispielsweise in der Erfüllung ihrer Aufgabe versagt, als sie nicht der Frage nachgingen, was am 11. September 2001 mit Turm 7 des World Trade Centers geschehen sei. In Kreisen der 9/11-„Truther“ wird die Auffassung vertreten, der Einsturz dieses Gebäude sei längst als geplante Sprengung entlarvt worden. In einer den Nationalsozialismus relativierenden Redeweise verkündete Jebsen: „Es gab in Deutschland die Machtergreifung 33. Und es gab wieder eine Machtergreifung, das ist der 11. September! Das ist auch eine Machtergreifung, das ist eine mediale Machtergreifung.“

Zum anderen wandte er sich gegen Repräsentanten der Bundesrepublik, wobei er sich auch gegen das System der „repräsentativen Parteiendemokratie“ im Allgemeinen aussprach. So bezeichnete er Bundespräsident Joachim Gauck als „Gaukler“, „Vasall“ und „Scharfmacher“.

Darüber hinaus attackierte Jebsen das „Geldsystem“. Gemeint ist damit das System politisch formal unabhängiger Notenbanken wie der Europäischen Zentralbank oder der Federal Reserve der Vereinigten Staaten. Unter dem Schlagwort „Geldsystem“ wird dabei vor Allem versucht ein ideologisches Milieu von Antikapitalisten, Nationalisten und Antisemiten anzusprechen, oftmals mit dem Hinweis, die Notenbanken würden von prominenten Juden wie etwa der Familie Rothschild kontrolliert. Jebsen selbst ist sich dessen offenbar bewusst und verwahrt sich daher im gleichen Atemzug gegen Antisemitismusvorwürfe, die in diesem Zusammenhang unrechtmäßig erhoben würden.

Dass sich Jebsens Aktivismus jedoch in erster Linie aus antiwestlichem Ressentiment speist und nicht das Ergebnis eingehender Kritik ist, wurde im Laufe seines Vortrags deutlich. So erklärt er etwa, dass seine taktischen Vorstellungen am Vorbild al-Qaidas orientiert seien. Damit jedoch nicht genug, denn in diesem Zusammenhang formulierte Jebsen ausnahmsweise unmissverständlich: „Seid einzelne Zellen! Das lerne ich von al-Qaida. [...] Das, was wir heute als Terrorismus bezeichnen, das war im 2. Weltkrieg noch Widerstand“. Wem Jebsen in dieser Konstellation der „Widerstandsgruppe“ al-Qaida gegenüber die Rolle der Nazis zudenkt, bleibt ein weiteres Mal der

Phantasie des Zuhörers überlassen.

Jebsen benutzte außerdem die Metapher des Puppenspielers. Diese schließt an die verschwörungsideologische Vorstellung an, die politischen und religiösen Konflikte der ganzen Welt würden zum Zwecke der Herrschaft bewusst gesteuert.

Dass das Mittel der Anspielung bei Jebsen systematisch eingesetzt wird, lässt sich an der Dynamik der Veranstaltung als ganzer erkennen. Während Jebsen selbst Topoi wie die Anschläge vom 11. September lediglich streift, können weniger bekannte Redner ohne Zurückhaltung Theorien darüber verbreiten, dass islamistische Terroranschläge lediglich mediale Inszenierungen seien. Jebsen selbst verbleibt dabei in der Pose des kritischen Fragers, der sich auf keine Position festlegen lässt, während er gleichzeitig das verschwörungsideologische Potential für seine Veranstaltungen mobilisiert.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=bemR0aQos70>

Mit Antiamerikanismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologie für den Frieden?

14. Oktober 2016

Am 8.10. fanden in Berlin gleich zwei Veranstaltungen statt, die sich selbst als sogenannte „Friedensdemo“ bezeichneten. Trotz entsprechender Distanzierungsversuche hat sich gezeigt, dass an beiden Demonstrationen zahlreiche Personen aus dem neurechten, verschwörungsideologischen Spektrum teilnahmen und entsprechende Ideologien weitestgehend ungehindert verbreitet werden konnten.

Die kleinere der beiden Veranstaltungen unter dem Motto „Raus aus der NATO!“ wurde von Stephan Steins organisiert, der für die Webseite „Rote Fahne“ verantwortlich ist. Das Angebot trägt zwar den Namen der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten Zeitung der KPD, besticht allerdings vor allem durch Antiamerikanismus, Verschwörungsideologie und Israelfeindlichkeit. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass diese Themen auch auf der „Friedensdemo“ in Berlin zur Schau gestellt worden sind.

Angeführt wurde die Demonstration zeitweise von Said Dudin, der bereits seit Anfang der 70er Jahre aktiv ist und als Kontaktmann der RAF, die sich um eine militärische Ausbildung in Jordanien bemühte und diese auch erhielt, fungierte. Zahlreiche Teilnehmer_innen stammten aus dem Umfeld von PEGADA/EnDgAmE und den „Montagsmahnwachen für den Frieden“, die wegen antisemitischer Inhalte regelmäßig Gegenstand unterschiedlichster Kritik sind.

Auf verschiedenen Plakaten und Transparenten wurde antiamerikanische und antisemitische Symbolik bedient, sowohl offen als auch notdürftig chiffriert. Unmittelbar hinter dem Fronttransparent der „Antiimperialistischen Aktion“ marschierte eine bekannte Person aus dem neonazistischen Querfrontspektrum, die in der jüngsten Vergangenheit unter anderem durch die Unterstützung der antisemitischen BDS-Kampagne auffiel, aber auch als Redner auf rassistischen „Nein zum Heim“-Kundgebungen teilnahm.

Wenige Meter hinter ihm war auf einem Plakat zu lesen, die Geschichte des Holocaust sei eine „Geschichte voller Lügen.“ Außerdem sei islamistischer Terror eine Erfindung der „zionistisch“ gesteuerten Geheimdienste. Auf der anderen Seite des Plakates wurde der verurteilte Holocaustleugner Horst Mahler zitiert. Direkt daneben befand sich ein weiterer, bekannter Aktivist, der sich fast identisch äußerte. Die „zionistischen niederländischen und deutschen Staatsanwälte“ betrieben, so war zu lesen, „psychische Folter“. Auch er ging davon aus, Geheimdienste und Politik seien „zionistisch“ unterwandert bzw. kontrolliert. In Anbetracht dessen, dass es sich angeblich um

eine Demonstration für den Frieden handelte, ist auch befremdlich, mit welcher Selbstverständlichkeit zumindest indirekt zu Gewalt gegen missliebige Politiker_innen aufgerufen wurde, beispielweise durch die Abbildung von Galgen.

Aber auch auf der weitaus größeren Demonstration, die von einem breiten Bündnis getragen wurde, waren Antisemitismus, Antiamerikanismus und Verschwörungsideologie nicht zu übersehen. Teilnehmer_innen der unter dem Motto „Die Waffen nieder!“ stattfindenden Veranstaltung führten unter anderem Transparente mit sich, auf denen eine gierige Krake in den Nationalfarben der USA zu sehen war. Bei dieser Darstellung handelt es sich ursprünglich um einen Code aus dem Repertoire des klassischen Antisemitismus, heute findet sie sich allerdings auch regelmäßig im Kontext antiamerikanischer Stimmungsmache. An der Demonstration nahmen unter anderem auch Vertreter_innen der Gruppe „Bautzner Frieden“ teil, die in der Vergangenheit bereits einem bekennenden Nationalsozialisten eine Bühne bot und auf ihrer Homepage in einer Art und Weise Hitler zitiert, die zumindest stellenweise durchaus als zustimmend gewertet werden kann. Den Organisator_innen gelang es offenbar nicht, sich von eindeutig rechtsextremen Akteur_innen abzugrenzen.

Neben der bekannten Politikerin Sahra Wagenknecht stand auch Florian Ernst Kirner auf der Redner_innenbühne, der unter seinem Künstlernamen „Prinz Chaos II.“ die Demonstration mit einem musikalischen Beitrag unterstützte. Kirner engagierte sich schon früh in den bereits erwähnten „Montagsmahnwachen für den Frieden“, deren unterkomplexes und verschwörungsideologisch grundiertes Weltbild er zwar stellenweise kritisierte, in Teilen aber auch reproduzierte. Erst vor wenigen Tagen verkündete er, bei den Geschehnissen um den Terrorverdacht in Chemnitz handle es sich um „eine jämmerliche, geheimdienstinduzierte Schmierkomödie.“ Dass die Organisator_innen der großen Bündnis-Demonstration ausgerechnet Personen wie Kirner eine Bühne gaben, lässt den Verdacht zu, dass den verbal geäußerten Distanzierungen von verschwörungsideologischen Milieus kaum Taten folgten.

Auch andere Personen aus dem neurechten, verschwörungsideologischen Spektrum schienen auf der Demonstration geduldet zu werden. Aktivist_innen der Reichsbürgerbewegung waren vertreten, auch Mitglieder der Identitären Bewegung konnten sich ungehindert unter den Teilnehmenden bewegen. In Anbetracht der oben aufgeführten Beispiele nimmt das JFDA mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sogenannte „Friedensdemos“ nach wie vor als Plattform für Antisemitismus, Antiamerikanismus und Verschwörungsideologie genutzt werden. Es lohnt sich folglich ein genauer Blick darauf, was sich hinter solchen Veranstaltungen konkret verbirgt und es zeigt sich wie wichtig es bleibt, diesen Tendenzen entgegenzutreten.

Fotos: <https://www.facebook.com/juedischesforum/posts/1373983602641616>

„Intifada bis zum Sozialismus“, „Lager in Palästina“ – Was ist daran antisemitisch?

14. Oktober 2016

„Intifada bis zum Sozialismus“, „Lager in Palästina“ – Was ist daran antisemitisch?

Wir finden es besorgniserregend, dass eine antirassistische Schüler_innen Demonstration von bestimmten Personen und Gruppen missbraucht wird, um ihre antiisraelische und antisemitische Hetze zu verbreiten. Als Reaktion auf unsere Analyse antisemitischer Inhalte der Redner_innen, die auf dem Lautsprecherwagen der Gruppe „Revolution“ gesprochen oder gesungen hatten, gab es viele Rückmeldungen, die teilweise bestimmte antisemitische Vorurteile reproduziert haben. Zudem lassen manche Reaktionen vermuten, dass unsere detaillierte Analyse nicht genau gelesen wurde.

Wir möchten deshalb zu einzelnen Ideen, die in den Reaktionen auftreten, Stellung beziehen und deren antisemitische Struktur aufzeigen.

Es ist auffallend, dass in den Reaktionen oftmals ausschließlich Israelis als die Täter dargestellt werden. Allerdings geht die vermeintlich objektive Kritik an Israel oft in Antisemitismus über. Antisemitismus wie auch Rassismus liegt keiner objektiven Beurteilung zugrunde. Das Urteil steht hier bereits vor der Prüfung fest: Der Schuldige ist stets „der Jude“ oder Israel als imaginiertes „kollektiver Jude“. Der Antisemitismusforscher und Autor Natan Sharansky hat diesbezüglich einen sogenannten 3D-Test entwickelt, um moderne Formen des Antisemitismus im öffentlichen Diskurs zu entlarven. Demnach muss ein antisemitisches Motiv einen oder mehrere Kriterien folgender drei Strukturen folgen: Dämonisierung, Delegitimierung und der Anwendung von Doppelstandards.

Dämonisierung: Auf dem Lautsprecherwagen der Gruppe „Revolution“ wurden palästinensische Gebiete als „Lager“ beschrieben und suggeriert, dass Israel diese Lager kreieren würde. Dabei wird ein Bild produziert, in dem das imaginierte „Kollektiv der Juden“, also Israel, mit Nazi-Deutschland gleichgesetzt wird und die Palästinenser mit den jüdischen Opfern des NS gleichgesetzt werden. Israel mit dem Nationalsozialismus zu vergleichen, stellt nicht nur eine Dämonisierung Israels dar, es verkehrt auch geschichtliche Zusammenhänge. Die deutschen Nationalsozialisten kreierten eine industrialisierte Maschinerie, um jede Jüdin und jeden Juden zu ermorden. Dadurch dass Israel gemeinhin als „jüdisches Kollektiv“ imaginiert wird, bietet die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus auch eine entlastende Funktion: Als Deutscher fühlt man sich nicht mehr so schlecht, denn nun kann man „den Juden“ die Taten der deutschen Großelterngeneration vorwerfen. Diese Darstellung ist in einen antisemitischen gesellschaftlichen Diskurs eingebettet.

Mehr dazu, warum der Vergleich zwischen Israel und Nazi-Deutschland ein gängiges Motiv im heutigen Antisemitismus ist, findet sich hier: <http://ohpi.org.au/antisemitism-israel-nazi/>

Doppelstandards: Der Begriff „Israelkritik“ an sich beruht auf einem Doppelstandard, da der Kritiker sich wie selbstverständlich ausschließlich auf Israel als „bösen Staat“ konzentriert. Eine Kritik anderer Staaten wie zum Beispiel Marokko, wo es territoriale Konflikte und Diskriminierungen gegenüber den Berbern gibt, bleibt oft aus. Begriffe wie „Russlandkritik“, „Türkeikritik“, „Marokkokritik“ oder „Griechenlandkritik“ gibt es im allgemeinen Sprachgebrauch kaum. Im Antisemitismus werden „den Juden“ bestimmte negative Eigenschaften unterstellt. Seit der Staatsgründung Israels und der Tabuisierung der Benutzung eindeutiger auf Jüdinnen und Juden bezogener antisemitischer Stereotype im öffentlichen Raum, werden diese negativen Eigenschaften häufig auf Israel projiziert. Im klassischen Antisemitismus gelten „die Juden“ oft als Weltbrandstifter, als Verkörperung alles Bösen, als Verursacher der Weltkriege, des Kapitalismus oder des Bolschewismus, je nachdem aus welchem politischen Blickwinkel versucht wird, die Probleme der Welt zu erklären. Auch heute wird Israel häufig als Weltfrieden bedrohendes Kollektiv dargestellt, oder als *exemple par excellence* für einen Kolonial- oder Apartheidstaat.

In folgender Broschüre wird auf die in „Israelkritik“ verpackte Ausformungen des Antisemitismus genauer eingegangen: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf>

Die Kritik an Israel in dem Kommentar der Gruppe „Revolution“ und anderer Beiträge ist selektiv. Es werden gesellschaftliche Verhältnisse angesprochen, die ausschließlich anhand von Israel kritisiert werden. Der Begriff Apartheid zum Beispiel ließe sich viel treffender mit der Geschichte des Staates Südafrikas erläutern. Die in den Kommentaren geäußerten Vorurteile, dass es in Israel getrennte Straßen für Muslime und Juden gibt, ist schlichtweg falsch. Tatsächlich können Muslime in jüdischen Nachbarschaften und Dörfern arbeiten, einkaufen und leben. Muslime und Christen können sogar die heiligste jüdische Stätte, die Klagemauer, besuchen. Juden können allerdings nicht ohne weiteres muslimische Nachbarschaften besuchen, weil die Gefahr besteht, dass sie dort gelyncht werden. In manchen Fällen wurden Juden von Palästinensern in solchen gefährlichen

Situationen geholfen, wie zum Beispiel bei einem Fall im September letzten Jahres, bei dem ein Palästinenser eine Gruppe amerikanischer Yeshiva Studenten vor einem Lynchmob rettete. Diese Gruppe von Yeshiva Studenten wollten nicht provozieren, sondern sie hatten sich verfahren. Dieser Vorfall zeigt, dass es keine Rolle spielte, ob die Opfer tatsächlich Israelis waren oder nicht. Der Mob wollte die Gruppe lynchen, weil sie durch ihre Kleidung eindeutig als jüdisch zu erkennen war. [1] Jüdinnen und Juden sowie Christen können ebenfalls nicht auf dem Tempelberg beten, wohingegen Muslime und Christen an der Klagemauer beten dürfen. Wenn die Kommentatorinnen und Kommentatoren hier von einer gesellschaftlichen Segregation sprechen, fragen wir uns, ob sie dabei auch den Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus bestimmten Orten ansprechen.

Das in Israel herrschenden Gesellschaftssystem, was eines der demokratischsten in allen ehemaligen Kolonialländern des Mittleren Ostens ist, lässt sich nicht mit den Verhältnissen Südafrikas unter dem Apartheidregime oder mit dem Nationalsozialismus vergleichen. Das zu tun, verhöhnt das tatsächliche Leiden der Opfer dieser Regime. Bahai, Christen, Drusen, Muslime und Angehörige vieler anderer Kulturen und Religionen haben die Möglichkeit, in Israel ein- und auszureisen, dort zu arbeiten und Staatsbürger zu sein. Muslime haben in Israel die Möglichkeit zu studieren und in der Politik mitzuwirken sowie eine Karriere in wichtigen Bereichen der Gesellschaft zu absolvieren. So gibt es in Israel viele muslimische Ärzte, Anwälte, Professoren, Ingenieure. Es gibt sogar Muslime in der israelischen Armee und Polizei. Die Kritik der Antisemiten berücksichtigt diese Vielfalt nicht. Es wird auch nicht berücksichtigt, dass es viele Palästinenser sowie christliche, drusische und muslimische Israelis gibt, die sich ganz offen gegen eine solche antiisraelische Hetze stellen, Jüdinnen und Juden jeden Tag vor gewalttätigen antisemitischen Angriffen und den demokratischen Staat Israel vor Angriffen in ihren Funktionen im Bereich der Sicherheit, Polizei, als Soldat oder als Zivilist schützen.

Die Gruppe „Revolution“ schreibt in ihrer Stellungnahme zu unserer Analyse, dass Antisemitismus durch die Diskriminierung gegen Musliminnen und Muslime reproduziert würde. Es wird somit gesagt, dass Jüdinnen und Juden an dem Antisemitismus selbst schuld sind. Die Opfer werden zu Tätern. Sind im Umkehrschluss auch Musliminnen und Muslime, die diskriminiert werden, an den Diskriminierungen selbst schuld? Diese Argumentation ist irreführend und folgt einem in dem kollektiven Gedächtnis eingeschriebenen antisemitischen Diskurs, bei dem Jüdinnen und Juden für die Diskriminierungen, die sie erfahren, verantwortlich gemacht werden. Auch in der nationalsozialistischen Ideologie wurden Jüdinnen und Juden für ihre angebliche Verkörperung kapitalistischer Verhältnisse, des Bolschewismus und einer angeblichen amerikanisch-jüdischen Weltverschwörung verantwortlich gemacht. Antisemitismus ist eine Ideologie, die verschiedene politische Ströme, soziale Schichten und Gesellschaften durchdrungen hat und bei der das imaginierte „Kollektiv der Juden“ für alles Übel der heutigen Zeit verantwortlich gemacht wird. Allen Ausformungen des Antisemitismus ist die Vorstellung von einer jüdischen Macht gemeinsam. Die Juden oder Israelis werden in diesem Kontext als das Böse oder als Teufel dargestellt. So wie beispielsweise in palästinensischem Fernsehen oder palästinensischen Kinderbüchern und Kindersendungen. [2]

Bei dem Aufzeigen moderne Formen des Antisemitismus oder der Bedienung antisemitischer Diskurse im öffentlichen Diskurs herabwürdigen wir nicht die Opfer des Nationalsozialismus, so wie uns hier an mancher Stelle vorgeworfen wurde, sondern im Gegenteil, wir gedenken der Shoah und machen auf neue Ausformungen antisemitischer Ressentiments aufmerksam. Die Hetze gegen Israel, die auf dem Lautsprecherwagen der Gruppe „Revolution“ von „Intifada“-Rufen begleitet wurde, ist genau aus diesem Grund auch aus unserer Sicht besonders problematisch, weil dieser Begriff dazu genutzt wird, um Gewalt und Angriffe gegenüber Jüdinnen und Juden in Israel zu legitimieren und

dazu aufzurufen. Seit September 2015 leiden Israelis unter einer neuen Terrorwelle. Sie wird von palästinensischen Radikalen als „Messer-Intifada“ bezeichnet. Seit letztem Jahr allein wurden mindestens 53 jüdische Israelis von Palästinensern auf offener Straße heimtückisch ermordet. Hunderte wurden darüber hinaus in solchen Angriffen lebensgefährlich verletzt. [3]

Die Angriffe sind besonders brutal, denn die palästinensischen Angreifer nutzten lange Messer, Äxte, Autos und Lastkraftwagen als Mordwaffe. Im letzten Jahr wurden im Namen der „Intifada“ aber auch Bomben gegen Zivilisten angewendet. Eine Bombe, die von Hamas Mitgliedern gebaut und auf einem Bus in Jerusalem im April dieses Jahres explodierte, war mit Nägeln und Schrauben angereichert, die Verletzungen der Opfer waren deshalb besonders schwerwiegend. Hamas pries den Anschlag auf Zivilisten in einem öffentlichen Verkehrsmittel als „positive und wichtige Entwicklung der Intifada“. [4] Für einen vereitelten Bombenanschlag auf eine Straßenbahn in Jerusalem entwickelte ein palästinensischer Student der Ingenieurwissenschaften eine Bombe, die mit Rattengift getränkte Nägel enthielt. Diese Bombe hätte erheblichen Schaden hervorgerufen. Die Entscheidung, Rattengift beim Morden von Israelis zu verwenden, geht auch auf ein antisemitisches Motiv zurück, bei dem der imaginierte „Jude“ als Tier, vorwiegend als Ratte oder Spinne dargestellt wird.

Dem vermeintlich objektiven „Israelkritiker“ bleibt verschlossen, dass die „Intifada“-Angriffe offen antisemitisch sind. Oftmals sind die Opfer Menschen, die durch ihren religiösen Kleidungsstil deutlich als jüdisch zu erkennen sind. Es trifft also ganz gezielt Jüdinnen und Juden. So etwa bei dem Massaker in einer Synagoge in Jerusalem im November 2014. Dabei wurden Gläubige beim Morgengebet mit einer Axt, Messern und Schusswaffen von zwei Palästinensern angegriffen. Fünf Menschen starben nach dem Angriff; darunter Rabbiner Avraham Shmuel Goldberg (68) und auch ein drusischer Polizist, der als erster am Einsatzort war und sein Leben riskierte, um die Gläubigen zu retten. Es gibt übrigens zahlreiche andere Beispiele, in denen Israelis nicht-jüdischen Glaubens unter Einsatz ihres Lebens versucht haben, Opfer der sogenannten „Intifada“ zu retten. Dies zeigt, dass die Verhältnisse in Israel weitaus diverser und vielseitiger sind, als in den Kommentaren hier oder in der Stellungnahme der Gruppe „Revolution“ dargestellt. Das Massaker in der Synagoge in Jerusalem im November 2014 war Teil einer Reihe gewalttätiger Angriffe und Morde gegenüber Jüdinnen und Juden im Sommer und Herbst 2014. Auch diese Mordwelle wurde von manchen Nachrichtendiensten und palästinensischen Gruppen als „Intifada“ bezeichnet. Die Angehörige der Attentäterinnen und Attentäter werden regelmäßig von Hamas oder anderen Unterstützer_innen finanziell belohnt. In vielen palästinensischen TV-Interviews lobpreisen die Angehörige der Mörderinnen und Mörder ihre Taten. [5]

In den letzten Jahren haben heimtückische Angriffe von palästinensischen Terroristen gegen Zivilisten zugenommen. Jeden Monat werden in Israel vornehmlich jüdische Zivilisten mit Messern, Äxten, Schusswaffen von Palästinensern angegriffen und lebensgefährlich verletzt oder getötet. Eine andere Methode der Attentäter ist es, mit Lastkraftwagen und Autos in Menschenmengen zu fahren, meistens in Gruppen wartender Passagiere an Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. Damit trifft es vermehrt Jüdinnen und Juden, die aus sozial schwächeren Schichten kommen und auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, um zu ihrer Arbeitsstelle, Schule oder Arztterminen zu gelangen. Die Ermordeten sind oft alte und gebrechliche Menschen, die sich nicht schnell genug dem Angreifer entziehen oder sich wehren können.

Eine andere Methode der Attentäter ist es, Jüdinnen und Juden in ihrem Haus zu überfallen und zu ermorden. So wurde beispielsweise am 29. Juni dieses Jahres ein 13-jähriges Mädchen, Hallel Yaffa Ariel, am frühen Morgen in ihrem Bett von einem palästinensischen „Widerstandskämpfer“, der sich in ihr Haus in in der Nähe von Hebron eingeschlichen hatte, von ihm mit mehreren Messerstichen

brutal getötet. Danach hat seine Familie ihn als Helden gefeiert. Das Morden bei Nacht hat ebenfalls eine Geschichte. Zuvor wurden bereits andere Familien in ihren Häusern ermordet, beginnend mit dem wohl bekanntesten und brutalsten Massaker, der Ermordung der Familie Fogel im März 2011. Eine weitere Form des Mordens der sogenannten „Intifada“-Kämpfer ist es, gezielt jüdisch aussehende Familien in Autos von einem vorbeifahrenden Auto aus zu exekutieren. Ende September 2015 wurden Eitam und Naama Henkin in ihrem Auto vor den Augen ihrer Kinder – 4 Monate alt bzw. 4, 7 und 9 Jahre alt – erschossen. Die Eltern wurden von mehreren Schüssen in ihren Oberkörper getötet. Die Mutter starb sofort, und der Vater versuchte trotz seiner erlittenen Schusswunden, die Kinder aus dem Auto zu befreien und zur Flucht zu bewegen, bevor er auch kollabierte und starb. Anschließend traten die palästinensischen Angreifer aus ihrem Auto und vergewisserten sich, dass die Eltern tot seien und flohen dann. In einem ähnlichen Anschlag im November 2015 wurde ein Vater und sein Sohn von einem vorbeifahrenden Auto aus erschossen. Im Juli diesen Jahres wurde ebenfalls eine jüdische Familie von Palästinensern in einem vorbeifahrenden Auto erschossen. Auch hier wurden die Eltern vor den Augen ihrer Kinder erschossen, und auch deren Kinder, 14 und 15 Jahre alt wurden verwundet. Der Vater, Rabbiner Michael Mark, wurde bei dem Anschlag getötet. Er setzte sich Zeit seines Lebens für die Verständigung von Juden, Christen und Muslimen ein und vertrat die Ansicht, dass religiöse Stätten für Angehörige aller Religionen zugänglich sein sollten. Der erste, der sich um die Familie kümmerte, war ein palästinensischer Arzt, der zufällig kurz nach dem Anschlag an dem Tatort auf seinem Weg zur Arbeit vorbeifuhr. Seine Hilfe war lebensrettend. Dafür wurde er aber anschließend von der Palästinensischen Behörde aus seinem Beruf entlassen. Die lokalen israelischen Behörden versuchten daraufhin, dem palästinensischen Arzt zu helfen und ihm eine Arbeitserlaubnis zu besorgen, damit er in Zukunft an einem israelischen Krankenhaus arbeiten kann.

Es hilft, diese Ereignisse in einer Analyse im Detail zu berücksichtigen, denn sie zeigen, dass der Konflikt nicht so dichotom ist, wie er in der Darstellung vieler Reaktionen auf unsere Analyse dargestellt wird. Die Fälle zeigen aber auch, wie problematisch der Aufruf zur „Intifada“ ist, so wie er von dem Lautsprecherwagen der Gruppe „Revolution“ zu hören war. Denn er wird von radikalen Palästinensern benutzt, um die Ermordung von Jüdinnen und Juden in Israel zu rechtfertigen. Erst letzten Sonntag schossen Palästinenser in Jerusalem auf eine an einer Bushaltestelle wartende Menschenmenge von einem vorbeifahrenden Auto aus. Dabei starben zwei Frauen. Eine Frau war 60 Jahre alt, sechs weitere Opfer waren zum Teil schwerverletzt. Wie viele der anderen hier beschriebenen Terroristen war auch der 39-jährige Mousabah Abu Sabih Mitglied der Hamas. Hamas-Sprecher Fawzi Barhoum preiste den Anschlag und nannte es „Intifada“ und rief zu weiteren Angriffen auf. Wie auch in vorherigen Angriffen lobte die Gruppe Islamischer Dschihad und Fatah den Terroristen als „Märtyrer.“ Aber ist das Morden von vornehmlich als jüdisch erkennbaren israelischen Zivilisten, Familien, älteren Frauen und Männern, Kindern und sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten ein legitimer antikapitalistischer und anti-kolonialer Widerstand? Die „Intifada“-Rufe beunruhigen insbesondere vor dem Hintergrund jüngster Ereignisse und der Nutzung des Begriffs, um weitere solcher gegen die jüdische Bevölkerung Israels gerichtete Morde zu legitimieren.

Zum Nachlesen:

<http://www.nichts-gegen-juden.de/>

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf>

<http://ohpi.org.au/antisemitism-israel-nazi/>

[1]

<http://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Two-American-tourists-injured-in-Hebron-riots-415169>
[2] <https://www.gatestoneinstitute.org/7220/palestinian-authority-antisemitism>,
<https://www.algemeiner.com/2013/07/18/palestinian-authority-tv-airs-anti-semitic-cartoon-portraying-jews-conspiring-with-the-devil-video/>
[3] <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Terrorism/victims.html>
[4]
<http://www.haaretz.com/israel-news/1.715076>, <http://www.timesofisrael.com/with-bomb-covered-in-poisoned-nails-palestinian-tried-to-attack-jerusalem-tram/>, <http://europe.newsweek.com/hamas-says-jerusalem-bus-bomb-shows-commitment-third-intifada-453845?rm=eu>
[5]
<http://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Palestinians-in-Gaza-celebrate-deadly-Jerusalem-synagogue-attack-382125>

Gasthof lehnt Israelische Gäste ab

31. Oktober 2016

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus beobachtet mit großer Besorgnis den Anstieg antisemitischer Diskriminierungen gegenüber Israelis in Deutschland. Zu diesen Vorkommnissen zählt auch der Fall mehrerer israelischer Familien deren Hotelbuchung in dem Schwarzwälder Gästehaus Mattenhof aufgrund ihrer Herkunft abgelehnt wurde. Eine der Familien erhielt eine Absage des Hotels mit folgendem Wortlaut:

“Hello, We don’t Want have [sic] Guests from Israel, because our appartments [sic] are Not for them. Please cancel the Booking. You can cancel without Money. Please do it. Thank you. Greetings, [Barbara] Schmider.” [1]

Auch die anderen Familien hatten Absagen bekommen – allerdings mit anderen Begründungen: Es würde in der Zeit zu stark nach Bauernhof riechen oder dass Buchungen generell nicht auf lange Zeit im Voraus angenommen werden könnten. Wohlgemerkt nachdem die Buchung über die Seite booking.com bereits vorgenommen und bestätigt wurde. Die Floskel, dass für die Stornierung keine zusätzlichen Gebühren seitens des Hotels vorgenommen würden wirkt dabei wie blanker Hohn. In Folge der Veröffentlichung des Mailverkehrs durch die Betroffenen, betonte die Betreiberin des Hotels, dass es sich lediglich um ein großes Missverständnis handeln würde und die Stornierung aufgrund einer Überbuchung erfolgt wäre. Die Seite booking.com hat infolge des Vorfalls bereits das entsprechende Hotel von ihrer Webpräsenz entfernt sowie den beteiligten Familien eine Entschädigung angeboten (1000€).

Die offensichtlich fadenscheinigen Gründe für die vermeintliche Stornierung seitens des Hotels stehen in krassem Gegensatz zu der Deutlichkeit der Nachricht, die die Stornierung mit der Staatsangehörigkeit der Familien begründet. Auch der Umstand, dass allen Familien gleichzeitig abgesagt wurde, spricht nicht für die vermeintlich nachgeschobene Aussage, dass es sich dabei um ein großes „Missverständnis“ handeln würde.

Das Jüdische Forum zeigt sich entsetzt über das diskriminierende Verhalten der Hotelbetreiber und der offenen Feindseligkeit gegenüber israelischen Touristen. Diese Atmosphäre der Feindseligkeit wird durch die Verbreitung kulturrassistischer und fremdenfeindlicher Stereotype gegenüber Israelis zusätzlich verstärkt. So werden israelische Gäste beispielsweise in einem Vortrag der Hochschwarzwald Tourismus GmbH für Gastgeber im Schwarzwald als eher unangenehme Hotelgäste beschrieben und Lösungsansätze für einen Umgang mit ihnen nahegelegt.

Israelis haben demnach grundsätzlich mehr Kinder als europäische Familien, zeichnen sich durch starke soziale Netzwerke aus und reisen oft mit Freunden und Familie. Außerdem würden Israelis

versuchen durch ihren Urlaub den Sachzwängen und Verpflichtungen zu entfliehen, der „Israeli kaufe sich mit dem Urlaub ein Stück ‚Freiheit‘“. Zudem werden hier kulturrassistische Bilder transportiert, so versuche „der Israeli“, wie oft im klassisch orientalisierten aber auch antisemitischen Stereotyp angelegt, alles zu verhandeln. Der Israeli würde zudem glauben als Kunde stets im Nachteil zu sein. Es wird hier ein Bild einer sehr schwierigen Reisegruppe vermittelt, weshalb den Gastgebern auch empfohlen wird von Israelis eine Sicherheits-Kaution zu verlangen. Der Gastgeber wird hinsichtlich dieser schwierigen Gästegruppe beruhigt, dass im Härtefall immer das deutsche Recht und das international oder europäische Reiserecht gelte.

Dem israelischen Gast wird außerdem unterstellt, dass ihm nationale, kollektive und individuelle Probleme stets wichtiger seien als die Umwelt, Sitte oder das Verhalten des Gastlandes. Daraus ergibt sich nach den Referent_innen, dass Israelis ein Bewusstsein für deutsche Mülltrennung fehle, zu laut und diskussionsfreudig seien, denn man lebe im Mittleren Osten „nach außen gekehrt und findet das völlig ok....“

Vielleicht haben auch Mitarbeiter_innen des Gästehaus Mattenhof diesen Vortrag der Hochschwarzwald Tourismus GmbH besucht und sich bei ihrer klaren Absage diesen Hinweis der Referenten zu Herzen genommen: „Israelis lieben klare Ansagen: das Wichtigste zuerst... – Weiteres und Allgemeines danach.“

Powerpointpräsentation „Israelis im Schwarzwald“:

<http://www.hochschwarzwald.de/Partnernet/Unterlagen-zum-Impulsvortrag-Umgang-mit-israelischen-Gaesten>

Israelis als Urlauber im Schwarzwald – nicht ganz unproblematisch:

<https://www.netzwerk-suedbaden.de/israelis-als-schwarzwaldurlauber-nicht-ganz-unproblematisch/>

[1] <https://jfda.de/wp-content/uploads/2016/10/Israelische-touristen-geschw%C3%A4rzt.png>

Reichsbürger, Neonazis und AfD’ler demonstrieren gemeinsam in Berlin

8. November 2016

Am 5. November fanden in Berlin fast zeitgleich vier (neu-)rechte Veranstaltungen statt, die ein breites Spektrum an Akteuren der Neuen Rechte mobilisieren konnte.

„*Merkel muss weg*“

Mit bis zu 600 Teilnehmenden bildete die vierte Auflage der vom bundesweiten Bündnis „Wir für Deutschland“ initiierte Aufzug „Merkel muss weg“ in Berlin Mitte die größte Veranstaltung des Tages. Angemeldet wurde diese erneut durch Enrico Stubbe, Beisitzer im Bundesvorstand der Kleinstpartei „Pro Deutschland“. An der Demonstration beteiligten sich diverse rechtspopulistische Bürgerinitiativen, Hooligan-Gruppierungen, Anhänger_innen der „Identitären Bewegung“ und der neonazistischen Partei „III. Weg“, sogenannte „Reichsbürger“ sowie Funktionäre der Parteien Pro Deutschland, NPD und AfD.

Wiederholt skandierten Teilnehmende des Aufzuges rassistische bzw. extrem rechte Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ und „Alles für Volk, Rasse und Nation“.

Auf der Auftaktkundgebung bezeichnete der Schweizer Redner Ignaz Bearth die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als „eine Marionette der reichen Mächte dieser Welt, der US-amerikanischen Geopolitik“. Der Rapper Chris Ares aus dem Umfeld des „Bündnis Deutscher Patrioten“ forderte die Zuhörenden auf „für unsere Heimat, für unsere Familien und den Fortbestand unserer Kultur und den Fortbestand unserer Identität“ zu „kämpfen“.

Mit dem Roland Ulbrich, Vorstandsmitglied der „Patriotischen Plattform“, trat zum ersten Mal ein Politiker der AfD auf einer „Merkel muss weg“-Demonstration als Redner auf. Im März hatte die AfD-Sprecherin Frauke Petry „dringend“ abgeraten, sich an der Veranstaltung zu beteiligen, da dies dem Image der AfD Schaden könne, „wenn es dort plötzlich zu gewalttätigen Ausschreitungen käme und irgendwo AfD-Fahnen auftauchten“.

In seiner Rede sagte der Leipziger Rechtsanwalt Ulbrich, dass die Bundesrepublik der „Masseneinwanderung“ nichts entgegensetzen könne, da die BRD rechtswidriger Weise keine Verfassung habe. Laut Ulbrich habe es „nichts mit ‘reichsdeutsch’ zu tun, wenn man diesen Rechtsbruch, der hier läuft, anprangert. [...] Nur so – mit einem souveränen Deutschland, das eine Verfassung hat, werden wir die derzeitige Krise einer versuchten Masseneinwanderung bewältigen können.“

In diesen Zusammenhang stellte Ulbrich auch die Deutsche Nationalhymne. So wie es keine Verfassung gäbe, so wurde ebenso die „Nationalhymne amputiert, und zwar ganz bewusst zunächst einmal aus Rücksicht gegenüber internationalen Mächten“. Es sei an der Zeit wieder alle drei Strophen des „Liedes der Deutschen“ als Nationalhymne zu verwenden.

Auf einer Zwischenkundgebung sang der Neonazi-Rapper Patrick Killat („Villain051“) von „Rothschilds“, „Leichen in Palästina“ und beleidigte mehrfach die Bundeskanzlerin Merkel sexistisch in Fäkalsprache als „Fotze“.

Der ehemalige Sprecher von Pegida Wien, Georg Immanuel Nagel, sagte in seiner flüchtlingsfeindlichen und völkischen Rede, das „deutsche Volk“ ließe sich „nicht austauschen“. Zudem wolle es nicht von seinen „Steuergeldern internationale Konzerne und irgendwelche Fickificki-Refugees durchfüttern“.

Zu Gegenkundgebungen vor dem Berliner Hauptbahnhof hatten das „Berliner Bündnis gegen Rechts“, linke Gruppen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Parteien sowie die Initiative „Berlin Nazifrei“ aufgerufen. Laut Berliner Polizei beteiligten sich 800 Gegendemonstrant_innen am Protest gegen den Aufmarsch

Bedingt durch das regnerische Wetter und Verzögerungen bei der Durchführung des Umzugs zum Berliner Alexanderplatz sank die Zahl der Teilnehmer_innen im Verlauf. Aufgrund einer Blockade durch Gegendemonstrant_innen wurde der rechte Aufzug ca. zwei Stunden aufgehalten. Erst nach der gewaltsamen Räumung der Blockade durch Einsatzkräfte der Polizei wurde der rechte Aufmarsch mit 200 Personen fortgesetzt. Im Zusammenhang mit dem Aufzug und den Gegenprotesten gab es laut Berliner Polizei 43 Ingewahrsamnahmen.

Rückblickend bleiben die Teilnehmerzahlen weiter rückläufig. Nach 3.000 Teilnehmenden im März und 1.800 im Mai, folgten im Juli noch rund 1.000 Personen dem Aufruf durchs Regierungsviertel zu marschieren. Für Anfang 2017 sind bereits weitere Veranstaltungen unter gleichem Motto geplant.

„Frei – Sozial & Souverän“

Fast zeitgleich zog unter dem Motto „Frei – Sozial & Souverän“ eine weitere extrem rechte Demonstration durch die City West. Die Initiative „Hand in Hand“, um Eric Graziani Grünwald, hatte sich im Vorfeld vom „Wir für Deutschland“-Bündnis abgespalten und eine eigene „parteilose“ Demonstration mit 800 Teilnehmenden angemeldet – konnte jedoch nur rund 50 Personen mobilisieren. Unterstützt wurde die Veranstaltung von Aktivisten des „Bürgerbündnis Havelland“ aus Rathenow, der Hooligan-Gruppe „Brigade Magdeburg“, Aktivist_innen aus Leipzig und aus dem Umfeld des Potsdamers Christian Müller (Pogida). Am Rande formierte sich spontaner Gegenprotest; auch zufällig vorbeikommende Autofahrer_innen und Passant_innen äußerten teils lautstark ihren Unmut über die extrem rechte Veranstaltung. Bereits am 24. September demonstrierte das Bündnis mit rund 150 Menschen in Berlin.

„Konferenz für Meinungsfreiheit“

Das Compact Magazin um Jürgen Elsässer lud währenddessen tagsüber zur „Konferenz für Meinungsfreiheit“ in das Berliner Halong Hotel, nachdem der ursprüngliche Veranstaltungsort in Köln abgesagt hatte. Die monatlich erscheinende Zeitschrift gilt als zentrales publizistisches Organ der Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum. Es sprachen unter anderem Lutz Bachmann (Pegida), Martin Sellner (Identitäre Bewegung Österreich), André Poggenburg (Landesvorsitzender AfD Sachsen-Anhalt), Karl Albrecht Schachtschneider (Wissensmanufaktur & Institut für Staatspolitik) und Oskar Freysinger (SVP). Vor dem Veranstaltungsort der ausverkauften Konferenz, an der Vertreter der AfD, der Identitären Bewegung und Pegida teilnahmen, versammelten sich am Vormittag etwa 60 Gegendemonstrant_innen.

„Million Mask March“

Im Rahmen eines internationalen Aufrufs aus der „Anonymous“-Bewegung startete abends der „Million Mask March“ am Brandenburger Tor. Etwa 150 Teilnehmer_innen trugen mehrheitlich sogenannte Guy Fawkes-Masken, in Anlehnung an das Hackernetzwerk Anonymous. Die Veranstaltung bot vor allem verschwörungsideologische und antiamerikanische Inhalte, machte sich jedoch auch Positionen aus dem rechtspopulistischen und -extremistischen Spektrum zu eigen. Als Organisator und Hauptredner trat der „Reichsbürger“-Aktivist Christoph Kastius auf. Der polizeibekannteste Rechtsextremist redete erneut nicht nur über Rothschilds und Rockefellers, sondern pöbelte auch gegen Blockierer der „Merkel muss weg“-Demo als „linksversifft Antifas“. Ein weiterer Redner behauptete unter anderem, dass die Vereinigten Staaten, Israel und deren Verbündete den Islamischen Staat finanzieren, „Multikonzerne [...] Kriege inszenieren“, und die Bundesregierung nach den Anweisungen der „Bilderberger“ zur Etablierung der „Neuen Weltordnung“ handle. Auf der Abschlusskundgebung warb eine Teilnehmerin für die „Reichsbürger“-Demonstration der Gruppe um „staatenlos.info“ am 9. November vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.

Unter den Teilnehmenden befanden sich weitere Aktivist_innen der „Reichsbürger“-Bewegung, sowie dem Spektrum der Gruppe „Endgame“. Auch das flüchtlingsfeindliche „Hand in Hand“-Bündnis hatte im Vorfeld aufgerufen, sich an dieser Demonstration auch zu beteiligen – was Graziani u. a. auch taten. Auffällig häufig war die namensgebende Parole der größeren extrem rechten Demo – „Merkel muss weg!“ – zu hören. Bereits während des Tages waren Guy Fawkes-Masken auch auf dieser Demonstration zu sehen.

Die Veranstaltungen richteten sich über die Themenwahl an eine ähnliche Zielgruppe und standen so z. T. in unmittelbarer Konkurrenz zueinander. Beide extrem rechten Demonstrationen konnten weniger Menschen mobilisieren, als bei ähnlichen Veranstaltungen zuvor. Trotz sinkender Teilnehmerzahlen auf der Straße und zunehmender Fragmentierung, erreichten zwei Events an diesem Tag eine enorme Reichweite in sozialen Medien. Live-Übertragungen durch Smartphones von Teilnehmenden und Organisator_innen der „Merkel muss weg“-Demonstration wurden in weniger als 24 Stunden über 200.000-mal angesehen. Die technisch aufwändige Live-Übertragung der Compact-Konferenz wurde innerhalb eines Tages fast 25.000-mal aufgerufen.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=dQ014S7iUCo>

Rechte Allianz demonstriert nach Anschlag in Berlin

23. Dezember 2016

Weniger als 48 Stunden nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mobilisierten am 21. Dezember diverse rechte bis extrem rechte Gruppierungen zu eigenen Veranstaltungen nach Berlin.

Unter dem Motto "Grenzen dicht machen" rief die extrem rechte Initiative "Wache auf – Handeln statt klagen" zu einer Demonstration auf dem Hardenbergplatz, nur unweit der Stelle des Anschlages, auf. In den vergangenen zwei Jahren hatte diese mehrfach Proteste gegen Asylunterkünfte in Berlin Buch und Berlin Marzahn organisiert. Vor rund 100 Teilnehmenden sprachen der stellvertretende Parteivorsitzender der NPD, Ronny Zasowk, der Berliner NPD-Aktivist, Sebastian Schmidtke, die ehemalige Stadtratskandidatin der Leipziger AfD Uta Nürnberger sowie die Thügida-Aktivistin Kay Hönicke und David Köckert. Rechte Hooligans skandierten Parolen wie "Ein Baum, ein Strick – ein Antifa-Genick".

Rund 800 Menschen waren dem Aufruf des "Berliner Bündnis gegen Rechts" sowie verschiedener Initiativen gefolgt und stellten sich in unmittelbarer Rufweite zum Teil mit roten Herzen den extrem Rechten entgegen. Die angekündigte Demonstration wurde wegen des Gegenprotestes kurzfristig abgesagt und auf eine Kundgebung beschränkt.

Zu einer sogenannten Mahnwache, kurzfristig von der Polizei vom Platz vor dem Kanzleramt vor das Paul-Löbe-Haus verschoben, rief zunächst der Brandenburger Landtagsabgeordneter der AfD, Franz Wiese, unter dem Titel seiner bis Mitte Dezember wöchentlich stattfindenden Veranstaltung „Merkel muss weg“ auf. Gleichzeitig bewarb das Bündnis „Ein Prozent“ auf der gleichnamigen Facebookseite die Veranstaltung als ihre „Aktion“. „Ein Prozent“ ist ein Zusammenschluss des neurechten Publizisten Götz Kubitschek und seinem „Institut für Staatspolitik“ mit dem rechtspopulistischen Magazin Compact um Jürgen Elsässer, sowie der „Patriotischen Plattform“ innerhalb der AfD.

War noch zuletzt unklar, inwieweit Franz Wieses „Merkel muss weg“-Projekt und seine Teilnahme an der „Compact“-Konferenz im November von seiner Partei goutiert würden, adelte am Mittwoch der brandenburgische Parteivorsitzende Alexander Gauland samt seines Fraktionsvize Andreas Kalbitz die Veranstaltung mit seiner Anwesenheit. Neben Gauland und Elsässer war als weiterer prominenter Teilnehmer der Chef der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen, Björn Höcke zugegen. Die anwesende AfD-Prominenz beschränkte sich darauf den zahlreich erschienenen Medienvertretern Interviews zu geben.

Statt der Genannten sprach allein der als „Geistlicher“ vorgestellte Thomas Wawerka, der zwar anmerken musste, nicht im Auftrag seiner Kirche erschienen zu sein, jedoch nichtsdestotrotz im Talar auftrat. Wawerka, der tatsächlich nach seiner Probezeit nicht als Pfarrer übernommen wurde, da er seiner Kirche wegen „menschenfeindlicher“ Aussagen als nicht geeignet erschien, bezeichnete sich in der Vergangenheit gegenüber der Wochenzeitung Die Zeit als „rechtskonservativ“ und gab unter anderem der neurechten Zeitschrift „Blaue Narzisse“ ein Interview. „Der Missbrauch von Amtskleidung auf einer Rechtsaußen-Veranstaltung kurz nach der fürchterlichen Gewalttat von Berlin ist ein wirklicher Affront“, kritisierte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, den Auftritt auf seiner Facebook-Seite.

Abzüglich unzähliger Kamerateams, nahmen schätzungsweise 200 Personen an der einstündigen Veranstaltung teil. Neben Flaggen und Transparenten der AfD und der Initiative „Ein Prozent“, waren im Publikum Plakate mit Symbolik und Parolen der vom Bundesverfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ („Remigration jetzt!“), sowie Warnungen vor vermeintlichen „BRD-Globalfaschisten“ zu sehen. Während der rechtsextreme Pegida-Ableger „Thügida“ auf der Veranstaltung am Hardenbergplatz zusammen mit der NPD auftrat, war die Berliner Gruppe „Bärgida“ samt Transparent auf der AfD-nahen Veranstaltung zugegen. Nach Ende der

Veranstaltung riefen Teilnehmer per Megaphon dazu auf, an der “Blockade” der CDU-Geschäftsstelle durch Aktivisten der „Identitären Bewegung“ teilzunehmen.

Ungefähr 50 Aktivisten der extrem rechten “Identitären Bewegung” und der Jungen Alternative versammelten sich unmittelbar nach dem Ende der AfD-Kundgebung vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle am Adenauerplatz. Angeleitet von Martin Sellner, Leiter der Identitären Bewegung Österreich, und dem Berliner Aktivisten Robert Timm verteilten sie Flugblätter, zündeten Pyrotechnik und riefen fremdenfeindliche Parolen. Eine Gruppe von rechten Aktivisten um Götz Kubitschek (“Einprozent”), Siegfried Däbritz (Pegida), Jürgen Elsässer (Compact) versuchte sich anzuschließen, wurde jedoch von der Polizei abgedrängt. Nach ungefähr zwei Stunden und mehrmaliger Aufforderungen wurde die unangemeldete Versammlung von der Polizei geräumt und die Teilnehmenden kurzzeitig in Gewahrsam genommen.

Videos des zahlenmäßig kleinsten Auftritts vor der CDU-Zentrale wurden innerhalb von weniger als 24 Stunden bis zu 200.000-mal aufgerufen. Liveübertragungen der Kundgebung am Kanzleramt wurden auf Facebook innerhalb kürzester Zeit bis zu 60.000-mal aufgerufen.

Zuvor war die “Identitäre Bewegung” zwar immer wieder medienwirksam in Erscheinung getreten, hatte sich jedoch beim Erscheinen der Polizei hörig gezeigt und war bereitwillig ihren Anweisungen gefolgt. Sich mehr als zwei Stunden der Staatsgewalt zu widersetzen und dann wegtragen zu lassen, ist eine neue Qualität ihres Aktionismus und Zeichen einer zunehmenden Radikalisierung dieser Gruppierung.

Eine breite Allianz aus rechten bis extrem rechten Akteuren wächst zusammen. Ganz selbstverständlich stehen Spitzenkandidaten der AfD, Vertreter der Initiative “Einprozent” und der Herausgeber des Magazins Compact Schulter an Schulter, um einem Kostüm-Pfarrer zu lauschen, gegen Merkel zu hetzen und anschließend die “Identitäre Bewegung” bei einer Straftat zu beklatschen.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=qjcmzCk4fWc>

Einigkeit und Recht und „Volksgemeinschaft“ – Überlegungen zur konformistischen Revolte in Deutschland

30. Dezember 2016

von Melanie Hermann

„Konformismus“, so informiert uns Wikipedia, wird von seinen Kritiker_innen als Haltung verstanden, „die sich im Lebensvollzug und in der Entscheidungsfindung überdurchschnittlich stark, unter Aufgabe eigener Individualität an den Normen und Meinungen der Mehrheit der Gesellschaft beziehungsweise der Bezugsgruppe orientiert.“ Eine Revolte dagegen findet laut Duden dann statt, wenn sich eine Gruppe gegen die bestehenden Verhältnisse auflehnt.

Beide Konzepte erscheinen ihren Definitionen folgend zunächst vollkommen unvereinbar.

Konformist_innen und Revolutionär_innen verbindet selten mehr als Antipathie und politische Gegnerschaft. Ein Antagonismus, der ebenso widerspruchsfrei zu sein scheint wie die Einteilung politischer Lager in Linke, Rechte und die, zunehmend zur Disposition stehende, bürgerliche Mitte. Die Beobachtungen der letzten Jahre lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, ob diese Grenzziehungen nach wie vor so klar verlaufen bzw. ob sie es überhaupt je taten. Vor allem stellt sich die Frage, ob eine Einstufung politischer Diskurse, Bewegungen und Prozesse in links oder rechts als vordergründiges Kriterium ihrer inhaltlichen Verortung zielführend ist.

Zunehmend fällt der Begriff der Querfront, um eine mögliche Erklärung für die sich häufenden inhaltlichen wie personellen Überschneidungen zwischen diversen politischen Strömungen zu finden. Insbesondere all jene Gruppen, Parteien und Bewegungen, die als neu-rechts oder rechtspopulistisch gehandelt werden, werfen diesbezüglich Ungereimtheiten auf.

In ihrer inhaltlichen Ausrichtung, beispielsweise in ihrer Bewertung von Migrationsbewegungen nach Deutschland, ihrer Position zur Emanzipation von Frauen oder der Rechte von LGBTI (LesbianGayBisexualTranssexual/TransgenderIntersexual), bedienen sowohl Bewegungen wie Pegida (und Ableger) als auch die AfD Argumentationsstrukturen, die eine große Schnittmenge mit bzw. Offenheit für extrem-rechte Weltansichten aufweisen.

Das, was die meisten neu-rechten bzw. rechtspopulistischen Bewegungen von dezidiert rechtsextremen Parteien und Kameradschaften unterscheidet, ist, dass sie partout keine Nazis sein wollen, sich bisweilen sogar als postmoderne Antifaschist_innen begreifen.

Indem sie sich selbst zu Freiheitskämpfern des „Das-wird-man-doch-wohl-sagen-Dürfens“ stilisieren, die sich gegen Nazis von heute – wie beispielsweise die Antifa, „grünversifft“ Gutmenschen“ oder die „Kanzlerdiktatorin“ – auflehnen, präsentieren sie sich als die moralischen Sieger der deutschen Gegenwart und Geschichte.

Insbesondere die AfD als demokratisch wählbare Partei, aber auch Pegida, Montagsmahnwachen und Friedensbewegte grenzen sich nicht nur überwiegend dezidiert von der deutschen Vergangenheit ab, sie sehen sich sogar in der Verantwortung, ein Wiederholen derselben zu vermeiden. Nur, dass aus ihrer Sicht sie heute die Opfer sind, die sich gegen ihre Unterdrücker zur Wehr setzen müssen.

Diese sich gleichsam als Notwehr und als rebellischer Akt gerierende Täter-Opfer-Umkehr berechtigt, ja verpflichtet sie ihrer regressiven Logik zufolge sogar zu einer Bandbreite an vermeintlichen Abwehrhandlungen.

Doch bevor wir uns dem rebellischen Anteil der konformistischen Revolte zuwenden, lohnt es sich, zunächst einen Blick auf die gekränkten Anteile dieser Vergemeinschaftung zu werfen.

Es sei zunächst vorweg genommen, dass die Partizipation an modernen Gesellschaften allen Individuen einiges abverlangt. Die Teilhabe an der bürgerlichen Gesellschaft wird niemandem geschenkt, für einige ist sie lediglich in weiterer Ferne als für andere. Weiß, männlich, heterosexuell, etc. zu sein, ist bereits ein großer Schritt in die gewünschte Richtung. Unter dem Druck, seines eigenen Glückes Schmied sein zu müssen, befinden sich die bürgerlichen Subjekte in einem permanenten Konkurrenzkampf zueinander. Nur durch unentwegte Selbstbeherrschung ist es ihnen möglich, ihre Triebe, Affekte und unerfüllbaren Wünsche zugunsten ihres zweckgerichteten Charakters zu kontrollieren. Dieser schmerzhaft Prozess führt nicht selten zu einer unbewussten Projektion des Unbehagens auf ein konstruiertes „Anderes“, das es auf keinen Fall besser haben sollte als man selbst, also als der „kleine Mann“ oder die „besorgte Bürgerin“. Zudem macht diese Fremdprojektion das eigene Unbehagen nicht nur greifbar, sondern auch bekämpfbar, wenn es im Außen personifiziert werden kann.

Die Intention der vorangestellten Aufschlüsselung des individuellen und kollektivierten Leidensdruckes ist es mitnichten, die regressiven Handlungsmuster, die Rechtspopulist_innen entwickeln, zu relativieren. Im Gegenteil. Ihr Handeln erscheint umso unentschuldbarer, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie groß die Fülle an progressiven Formen individueller wie kollektivierter Strategien ist, mit den Widrigkeiten moderner Vergesellschaftung umzugehen. Der neu-rechte oder rechtspopulistische Protest sucht jedoch gar nicht nach differenzierten Erklärungsansätzen für komplexe gesellschaftliche Probleme. Gerade diese Komplexität verursacht Angst, verstärkt das Bedürfnis nach klaren Grenzen – sowohl zwischen Nationen als auch zwischen Identitäten.

Für die Kolporteure der konformistischen Revolte ist die wichtigste Grenze jene, zwischen ihrer Volksgemeinschaft und allen, die nicht dazu gehören. Volk wird von ihnen verstanden als vor-diskursive, „natürliche“ und vor allem homogene Schicksalsgemeinschaft, in der die geschundenen Individuen endlich zu ihrem Recht und Frieden kommen sollen. Ein zentraler Bestandteil dieses regressiven Glücksversprechens ist die Sehnsucht nach Einfachheit. Weg mit der abstrakten „Zinsknechtschaft“, weg mit dem „Genderwahn“, weg mit allen Errungenschaften der Aufklärung, zugunsten eines vermeintlichen Naturzustandes. Hier manifestiert sich das antiaufklärerische, antimoderne Moment der konformistischen Revolte. Die Subjekte sehnen sich danach, in einer eindeutigen, widerspruchsfreien Identität und Gemeinschaft aufzugehen. Die völkische Ideologie projiziert kollektiv die Widersprüche moderner Vergesellschaftung in ein außen gelagertes „Anderes“, um sie dort anzugreifen und letztlich zu vernichten. Nur durch die Vernichtung des äußeren Feindes kann die innere „Zersetzung der Volksgemeinschaft“ aufgehalten und ihr Glücksversprechen endlich erfüllt werden, so die wahnhafte Vorstellung.

Das Narrativ von einer kleinen verschworenen Gruppe, die im Geheimen die Strippen zieht und über „uns alle“ herrscht, taucht zumindest strukturell in den unterschiedlichsten politischen Kontexten auf. Die Simplifizierung abstrakter Herrschaftsverhältnisse und komplexer sozio-politischer Prozesse zu einem banalen Gut-Böse-Schema ist ein zentrales Element der meisten Verschwörungsideologien und wenn nicht explizit, so doch implizit antisemitisch.

Der moderne Antisemitismus geriert sich als Abwehrkampf gegen die Nebenwirkungen moderner Vergesellschaftung, die in dem Konstrukt „des Juden“ gebündelt werden und sich entweder unmittelbar auf Jüdinnen und Juden oder mittelbar bzw. codiert auf Israel oder „die Rothschilds“ etc. entladen. Der deutsche Antisemitismus ging nicht etwa mit dem „III. Reich“ unter, er wurde lediglich modifiziert, in eine Sprache übersetzt also, die nach der Shoah antisemitische Ressentiments auch für nicht-bekennende Nazis sagbar machte.

Jene Verschwörungsideologien, die das Bild der heimtückischen Strippenzieher bedienen, weisen daher in der Regel antisemitische Strukturen auf. Wer sie dechiffriert, gelangt in den meisten Fällen schneller als ihm lieb ist zum Bild „des Juden“ als Ursprung allen Übels, zum Phantasma der jüdischen Weltverschwörung also

Gegen die bösen Strippenzieher, in welches Gewandt auch immer sie von den neu-rechten Verschwörungsideologen gekleidet wurden, gilt es, sich zur Wehr zu setzen, zu revoltieren. Zentral für das Moment der Revolte ist der positive Bezug auf „die Volksgemeinschaft“, die ausgebeutet, unterjocht, „überfremdet“ oder sogar existenziell bedroht wird. Die wahnhafte Weltsicht der konformistischen Rebellen bringt sie in die verantwortungsvolle Position, zu den Wenigen zu gehören, die verstanden zu haben glauben, was schief läuft in Deutschland und der Welt. Und nicht nur das. Außer ihnen scheint niemand die große Gefahr zu erkennen, in der das „deutsche Volk“ schwebt. Also ist es an ihnen, die verblendete Gesellschaft über die Verhältnisse aufzuklären und gegen die imaginierten Feindbilder in Stellung zu bringen. Ihr Rebellentum basiert auf der Annahme, sie würden Tabus brechen, in dem sie sich gegen das „Meinungsdiktat“ der Bundesregierung auflehnen und sagen, was angeblich nicht gesagt werden darf. Insbesondere Freiheit und Demokratie seien ihnen wichtig, da sind sich AfD, Pegida, Friedensbewegte und sogar die Identitäre Bewegung einig. Dabei geht es jedoch nicht um die individuelle Freiheit oder politische Teilhabe unterschiedlicher Einzelner mit diversen widersprüchlichen Interessen, sondern um das politische Agieren eines naturalisierten Volkskörpers.

„In dieser »identitären« oder »organischen Demokratie« erfolgt die politische Willensbildung nicht mehr als individueller Akt von Gleichen, sondern als kollektiver Akt von Identischen. Diese

»Demokratie« ist nicht mehr »auf vermeintlich unveräußerliche Rechte des jeder Zugehörigkeit entrissenen Individuums« gegründet, sondern auf die »Zugehörigkeit zu einem Volk« und auf »die politische Form, in der sich das Volk zu entfalten sucht« (Benoist zit. nach Schiedel, 2011).“ Die Freiheit, nach der die konformistische Revolte sich sehnt, meint nicht das Privileg, frei zu sein von Herrschaft, Zwang oder Leid, sondern die Freiheit, Ressentiments nicht nur uncodiert öffentlich äußern zu dürfen, sondern die Möglichkeit, sie zum common sense zu erklären. Dies sei in der BRD nicht möglich. Bei dieser handle es sich ohnehin um einen schwachen, weil nicht souveränen Staat, der ausschließlich im Sinne fremder Mächte und zu Ungunsten der deutschen „Volksgemeinschaft“ handle. Alle innenpolitischen Schwierigkeiten und Hemmnisse laufen in dieser herbeiphantasierten Fremdherrschaft zusammen. Dem Gefühl der eigenen Schwäche wollen die konformistischen Rebellen beikommen, indem sie den von ihnen als schwach empfundenen Staat kritisieren und sich eine autoritäre Alternative wünschen (vgl. Schiedel, S. 20). Der autoritäre Staat im neu-rechten oder rechtspopulistischen Sinne braucht nicht unbedingt einen charismatischen Führer, sondern basiert auf der Diktatur der „Volksgemeinschaft“, verbunden durch „Blut und Boden“. Wenn also die konformistische Revolte unterschiedlicher Couleur heute lauthals nach direkter Demokratie verlangt, sei an die Worte Theodor W. Adornos erinnert: „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“

Verschwörungsideologie, Selbstviktimsierung und Gewalt in Zeiten der sogenannten „Flüchtlingskrise“

30. Dezember 2016

von *Florian Eisheuer*

Am Morgen des 17. Oktober 2015 bereitete sich Frank S. auf einen langen Tag vor. Seine Wohnung ist zu diesem Zeitpunkt schon beinahe leergeräumt und seine digitalen Spuren sind verwischt, als er das „Editionsmesser Rambo III mit Sylvester Stallone-Signatur“ und 33cm langer Klinge einpackt und sich auf den Weg nach Köln-Braunsfeld macht. Dort findet eine Wahlkampfveranstaltung der Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker statt. Vor Ort bittet er sie zunächst um eine Rose. Dann zieht er das Messer und rammt es der Politikerin in den Hals. Zehn Zentimeter tief dringt die Klinge ein. Reker überlebt nur durch eine Notoperation.

Trotz Vertuschungsversuchen gelang es, die Inhalte auf der Festplatte von Frank S. wiederherzustellen. Von „Rotfaschisten“ und „Antidemokraten“ ist dort die Rede. Diese hätten schon längst das Ruder übernommen. Frank S. ist ein Getriebener, einer der sich und uns alle in Gefahr wähnt. Munition für sein paranoides Weltbild erhält er von einschlägig bekannten rechtsextremistischen und verschwörungsideologischen Internetportalen. Besonders die Webseite des Kopp-Verlages scheint es ihm angetan zu haben. Über die „Migrationswaffe“ oder auch „Migrationsbombe“ kann man sich dort informieren, darüber also, dass Geflüchtete als Waffe gegen das „deutsche Volk“ eingesetzt würden. Immer wieder liest er Artikel über die „Asylindustrie“ und „Lügenpresse“, die ihn in seiner Annahme bestätigen, das „deutsche Volk“ sei in großer Gefahr. In einer Mail schrieb er bereits vor dem Attentat, man müsse „das tun was nötig ist, um noch schlimmeres zu vermeiden“. Bei seiner Gerichtsverhandlung inszenierte er sich dann endgültig als jemand, der zum Wohle aller – bzw. all jener, die für ihn als „deutsch“ gelten – zu drastischen Mitteln greife, um die drohende Katastrophe abzuwenden, nämlich den Austausch des „deutschen Volkes“. „Diese Regierung will das eigene Volk austauschen“ lautete eine seiner Aussagen. Er habe diese Pläne durchkreuzen wollen, in einem Akt der Notwehr.

Verschwörungstheorien über den angeblichen Austausch oder gar die Vernichtung des „deutschen Volkes“ erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Nicht nur im neonazistischen Spektrum, sondern

auch unter den “Nipstern” der Identitären Bewegung, im Umfeld der AfD, im vermeintlich unpolitischen “Truther”-Milieu, aber auch bei Einzelpersonen aus der CDU.

“Wer möchte nicht gern Opfer sein?”

Als Kurt Tucholsky in seinem Gedicht “Rosen auf den Weg gestreut” die Frage stellte, “Wer möchte nicht gern Opfer sein?”, so geschah dies zwar zugegebenermaßen in einem fundamental anderen Kontext, das Grundprinzip lässt sich aber dennoch übertragen. Opfer zu sein, impliziert eine gewisse Reinheit und Unschuld. Opfer zu sein, verlangt der Umwelt aber auch Solidarität und praktische Unterstützung ab.

Andererseits bedeutet es aber auch das Eingeständnis eines “Beherrschungsdefizits”, wie es Herfried Münkler in seinem Aufsatz „,Nothing to kill or die for...’ – Überlegungen zu einer politischen Theorie des Opfers“ nennt, also eine Form der Ohnmacht und ein Gefühl des Ausgeliefertseins. Dieses Gefühl ist nicht nur eines, das in einer komplexen, modernen Gesellschaft bereits strukturell angelegt ist, sondern auch zentraler Einstiegspunkt für und Grundkonstante im Glauben an Verschwörungsnarrative. Slavoj Žižek weist in “Liebe dein Symptom wie dich selbst” darauf hin, das postmoderne Subjekt betone als Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse sein Beschädigtsein und inszeniere sich als Opfer.

Opfer von Umständen zu sein, die man selbst nicht kontrollieren kann, ist zwar das Eingeständnis von Schwäche, sich aber gleichzeitig als “Aufgewachter” zu sehen, der diese Umstände wenigstens durchschaut hat und die “wahren Schuldigen” benennen kann, ist gleichzeitig der Versuch, aus dieser Schwäche letztlich doch eine Position der Stärke werden zu lassen.

Diese verschwörungsideologische Grundstruktur wird zwar grundsätzlich immer kollektiv gedacht – “Wir” und “Die da oben” – muss sich jedoch nicht zwangsläufig auf der Ebene eines volksgemeinschaftlichen Denkens ausdrücken. Genau dies geschieht allerdings zumindest in Deutschland mit großer Regelmäßigkeit. Nicht nur hat die identitätsstiftende Selbstinszenierung als Opfer hier gewissermaßen Tradition – man denke beispielsweise an die Dolchstoßlegende – sondern es existieren auch tradierte Zuschreibungen, wer denn der Widersacher dieses “deutschen Volkes” genau sei. Jüdinnen und Juden nämlich, oder genauer noch: Die Vorstellung eines abstrakten, zersetzenden “Jüdischen”.

Insofern ist es kaum verwunderlich, dass die entsprechenden Verschwörungserzählungen auf dieses Angebot zurückgreifen. Es kursieren zahllose Artikel, Youtube-Videos und Memes laut derer das aktuelle Geschehen eine Fortführung schon lange bestehender, jüdischer Pläne zur Vernichtung des “deutschen Volkes” seien. Der sogenannte “Morgenthauplan” dürfte weitestgehend bekannt sein. Aber auch der angebliche “Kaufmanplan” wird regelmäßig in entsprechenden Milieus thematisiert. Letzterer bezieht sich auf ein Traktat des US-amerikanischen Juden Theodore Newman Kaufman mit dem Titel “Germany must perish”, Deutschland muss sterben/verschwinden. Das Buch wurde 1941 in Minimalauflage im Selbstverlag veröffentlicht und hatte keinerlei gesellschaftliche und politische Relevanz – bis sich die nationalsozialistische Propaganda seiner annahm und als Beleg für einen jüdischen Plot gegen die Deutschen anführte.

Bei den Nürnberger Prozessen bezog sich Julius Streicher auf das Werk Kaufmans. Der nationalsozialistische Vernichtungsantisemitismus sei lediglich eine Reaktion auf die Vernichtungspläne der Juden gewesen, denen man habe zuvorkommen müssen – in Notwehr. Heutige Bezüge auf den “Kaufmanplan”, wie sie in klassisch verschwörungsideologischen und/oder neurechten Milieus kolportiert werden, stehen in direktem Bezug zu dieser nationalsozialistischen Propaganda. Verschwörungsideologische Internetseiten verbreiten heute die These, die aktuelle “Flüchtlingswelle” sei eine Fortführung des Kaufmanplanes mit anderen Mitteln.

Es lassen sich aber auch andere Aktualisierungsbestrebungen feststellen. So wird beispielsweise dem

– ebenfalls jüdischen – Milliardär George Soros unterstellt, die bisher gescheiterten Pläne seiner Vorgänger mit Hilfe seines Open Society Institutes umsetzen zu wollen – durch die Förderung von Migrationsbewegungen ins Herz Europas und einer damit verbundenen Vernichtung ethnischer Homogenität.

Auf den Protesten gegen die sogenannte “Bilderberger”-Konferenz waren allerdings auch Schilder zu sehen, auf denen behauptet wurde, man könne aktuell die praktische Umsetzung des “Kalergi-Plans” beobachten. Richard von Coudenhove-Kalergi, ein Spiritus Rector des europäischen Gedankens, habe angeblich in seinen Büchern offenbart, er wolle die europäischen “Rassen” und “Völker” vernichten und durch eine “eurasisch-negroide Mischrasse” ersetzen, wobei die Deutschen eines seiner Hauptziele seien. Diese Behauptung ist frei erfunden. Nichts dergleichen findet sich in seinen Werken. Kalergi war auch gar nicht jüdisch. Eine jüdische Identität wird ihm in entsprechenden Milieus einfach angedichtet. Antisemitismus entpuppt sich einmal mehr als Weltsicht, in der nicht nur alles Jüdische schlecht, sondern auch alles Schlechte jüdisch ist. Selbst die Frage, warum ausgerechnet eine deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, die angebliche “Umvolkung” oder “Vernichtung” des “deutschen Volkes” unterstütze, wird auf diese simple Art beantwortet. Merkel sei in Wirklichkeit Jüdin, verstecke ihre wahre Identität aber, um ihre gegen die Deutschen gerichteten Pläne ungestört umsetzen zu können.

Deutsche, Helden und zweierlei Opfer

Sich gegen einen Gegner aufzulehnen, der über fast schon übermenschliche Fähigkeiten und Ressourcen verfügt, hat etwas durchaus Heldenhaftes. Selbstheroisierung ist die Kehrseite der Selbstviktimisierung. Opfer, die nicht mehr Opfer sein möchten, sondern sich wehren. Trotz aller Gefahren. Trotz aller Widrigkeiten.

Es schwingt eine gehörige Portion Selbstgerechtigkeit und Pathos in der Selbstinszenierung jener mit, die sich selbst als die “Erwachten” sehen wollen. Sie seien Soldaten, Ritter, Wölfe und handelten tapfer, mutig und selbstlos. Es gehe ihnen gar nicht primär um ihr eigenes Wohl, um ihre eigene Zukunft, sondern um jene von “uns”, jene des “deutschen Volkes”. Dass das “deutsche Volk” hier nicht als “Bevölkerung Deutschlands” gedacht, sondern völkisch definiert wird, versteht sich von selbst.

Man könnte sagen, sie opfern sich selbst, ihr Handeln ist aufopferungsvoll. Der deutsche Begriff “Opfer” stellt hier eine interessante Doppelbedeutung zur Verfügung. Seiner lateinischen Wurzel nach leitet sich “Opfer” von den Wörtern operari und offere ab, weist also sowohl einen Bezug auf das Handeln auf als auch einen Bezug auf das Geben. Ursprünglich handelt es sich also um einen aktiven Opferbegriff. Opfer im Sinne einer Gabe für ein größeres Etwas, beispielsweise eine rituelle Opfergabe im religiösen Kontext. In der heutigen Verwendung hingegen gibt es eine zweite Bedeutung. Ein Opfer ist ein Mensch, dem etwas Schreckliches widerfahren ist, wie beispielsweise einem Unfallopfer oder einem Kriminalitätsoffer. Ein aktiver Opferbegriff steht also einem passiven gegenüber.

Münkler verweist auf den Historiker Reinhart Koselleck, der nachweisen konnte, dass der Opferbegriff in Deutschland bis 1945 primär ein aktiver gewesen ist. Vor allem in den 50er Jahren erfolgte eine Transformation. Während man sich im nationalsozialistischen Deutschland noch für die Volksgemeinschaft aufopferte, sich also aktiv zum Opfer für eine größere Sache machte, war man nun in der nach innen aber auch nach außen kommunizierten Selbstzuschreibung seinerseits zum Opfer des Nationalsozialismus geworden.

Das Wechselspiel zwischen den unterschiedlichen Opfervarianten wird in diesem historischen Prozess besonders deutlich, lässt sich aber eben auch im Kontext zeitgenössischer Verschwörungsideologie beobachten. Im Sinne dieser Doppelbedeutung machen sich entsprechende Akteure selbst durch den Akt der “Aufopferung” zur Opfergabe. Frank S. wusste ganz genau, dass er mit seiner Tat nicht einfach davonkommen wird. Ganz im Gegenteil ließ er sich nach der Bluttat widerstandslos festnehmen. Dennoch opferte er sich und seine Freiheit für eine Sache, die größer ist als er selbst, nämlich für das als Volksgemeinschaft verstandene “deutsche Volk”. In entsprechenden Milieus wird er als Held gefeiert. Seine Taktik der Selbsttheroisierung fiel also auf fruchtbaren Boden.

Man wird sich doch wohl noch wehren dürfen!?

Die Kreise, in denen Frank S. als Held gefeiert wird, empfinden seine Gewalttat als angemessene und legitime Reaktion auf eine als real wahrgenommene Bedrohung. Begriffe wie “Notwehr” oder “Widerstand” spielen in den aktuellen Diskursen neonazistischer, neurechter, verschwörungsideologischer Milieus eine zunehmend größere Rolle. Kombiniert mit Fotos von Waffen oder Kampfhunden gehören sie in entsprechenden Facebook-Gruppen beispielsweise zum guten Ton. Man schmückt sich auch gerne mit dem Brecht-Zitat “Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht”. Es mag perfide wirken, wenn ausgerechnet auf Brecht zurückgegriffen wird, aber es entspricht der Logik jener, die solchen Verschwörungsideologien anhängen. Frank S. bezeichnete die Kreise, denen das Attentat auf Henriette Reker eben auch galt, als “Rotfaschisten” und “Anti-Demokraten”. Seine mutmaßliche Tat ist innerhalb dieser kruden Logik also praktizierter Antifaschismus und ein Akt der Verteidigung demokratischer Werte – und somit mehr als legitim. AfD, Pegida und andere inszenieren sich nicht selten als die neuen Juden. Als beispielsweise im Herbst 2016 ein Berliner Nobelrestaurant einen Aufkleber an seine Türe anbrachte, der zum Ausdruck bringen sollte, man wolle keine Anhänger*innen der AfD im Restaurant haben, füllten sich Kommentarspalten rasch mit Holocaustvergleichen. Anspielungen auf den “gelben Stern” oder Behauptungen, das Verhalten des Restaurants erinnere an den Boykott jüdischer Geschäfte im Nationalsozialismus, waren dabei nicht etwa eine seltene Ausnahme, sondern beinahe die Regel. Diese Umkehrung der Rollen stellt nicht nur eine äußerst perfide Variante der Selbstviktimisierung und Geschichtsrelativierung dar, sondern impliziert auch einen gewissen Aufforderungscharakter: Wer sich mit den Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland solidarisiert hätte, solle dies doch bitte heute auch mit der AfD tun, die in einer ganz ähnlichen Situation stecke. Widerstand gegen das Restaurant und andere Geschäfte, Organisationen und Institutionen, die nichts mit der AfD zu tun haben wollen, sei ein mehr als legitimer Akt.

Das Grundgesetz sieht ein Widerstandsrecht der Deutschen vor, nämlich dann, wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung konkreter Gefahr ausgesetzt ist. Letztes Jahr veröffentlichte die neurechte Zeitschrift “Sezession” ein Rechtsgutachten des Juristen Thor von Waldstein mit dem Titel “Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen”. Darin argumentiert er “vor dem Hintergrund der seit Sommer 2015 flutartig angestiegenen Masseneinwanderung von Fremden” seien die Bedingungen für eine Inanspruchnahme des Rechts auf Widerstand gegeben. Die deutsche Politik handle gegen die Interessen des (ethnisch-völkisch definierten) deutschen Volkes und stelle eine akute Gefahr für selbiges dar. Dies geschehe nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich als “Putsch von oben”. Die “überwiegend vorhandene ethnische Homogenität der Deutschen soll im Wege eines Rassismus gegen das eigene Volk aufgelöst werden”. In Anbetracht dieser Situation spekuliert von Waldstein am Ende seiner Ausführungen gar, ob es momentan nicht nur ein Recht auf Widerstand

gebe, sondern sogar eine Pflicht zum Widerstand. Dieser Widerstand wäre nach seiner Lesart dann ein antirassistischer.

Verschwörungsideologischer Rassismus als politische Gefahr

Diskurse, die den Rassismus der aktuellen Diskurse im Kontext der sogenannten “Flüchtlingskrise” mit Verschwörungsideologie kombinieren, stellen eine politische Gefahr dar. Sie beinhalten nicht nur ein doppeltes Identitätsangebot – Opfer und Held zugleich – sondern liefern auch die Legitimationsbasis für gewaltvolles Handeln von Tätern, die sich selbst nicht als Täter sehen wollen. Diese als Widerstand deklarierte Gewalt, kann sich sowohl gegen die Geflüchteten selbst als auch gegen die angeblichen Verursacher der Situation richten. Um in der Metapher der “Migrationswaffe” zu bleiben, kann sowohl der Angreifer – also Politiker*innen und Menschen, die sie unterstützen – außer Gefecht gesetzt werden, als auch die Waffe – also die Geflüchteten – unschädlich gemacht werden. Beides wird mittlerweile in die Tat umgesetzt.